



HESSISCHER LANDTAG

20. 03. 2015

Antwort der Landesregierung

**auf die Große Anfrage der Abg. Eckert, Faeser, Franz, Gnadl, Hartmann, Holschuh,
Rudolph (SPD) und Fraktion**

**betreffend Kenntnisstand zu rechtsextremen und neonazistischen Strukturen
in Hessen sowie zu rechtsextremen Einstellungsmustern in der sog. Mitte der
Gesellschaft**

Drucksache 19/691

Vorbemerkung der Fragesteller:

Vor acht Jahren hat die SPD-Fraktion ihre letzte Große Anfrage zum Themenfeld Rechtsextremismus gestellt. Seitdem hat sich die rechtsextreme Szene grundlegend gewandelt. Waren 2006 die sogenannten "Autonomen Nationalisten" nur Szeneexperten bekannt, so haben sie heute den Kameradschaften längst den Rang abgelaufen.

Gleichzeitig hat sich in der Forschung die Kritik an der sogenannten Extremismustheorie weiter verfestigt, die Sichtweise, dass das Phänomen Rechtsextremismus in seiner inneren Struktur und der Anschlussfähigkeit an die Mehrheitsgesellschaft einzigartig ist, kann als weitgehend bestätigt angesehen werden. Langzeitstudien wie die "Mitte-Studien" der Friedrich-Ebert-Stiftung oder die Studien zur "gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" von Heitmeyer machen deutlich, dass das Phänomen Rechtsextremismus sich nicht nur am "Rechten Rand" der Gesellschaft abspielt.

Ebenso haben parlamentarische Initiativen in der 18. Wahlperiode zum Thema Bewaffnung der sogenannten PMK-Gruppen gezeigt, dass Rechtsextremisten sich auch durch einen besonders hohen "Bewaffnungsgrad" mit legalen wie illegalen Waffen auszeichnen. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der NSU-Mordserie alarmierend.

Die Berichterstattung um den letztlich zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilten Neonazi Patrick W. hat ein Phänomen zu Tage gefördert, das eine andere Dimension von rechtsextremen Aktivitäten beispielhaft aufzeigt. Die Verbindung einer rechten "kameradschaftlich" organisierten Gruppierung mit etlichen Gewerben und einem als professionell anzusehenden Drogenhandel ist hochgefährlich. Ebenfalls verfükten Mitglieder dieser Gruppierung über illegale Schusswaffen. Auch Konzerte und andere Events, die einen klaren rechtsextremen Bezug hatten (bspw. sog. Gaskammerpartys), wurden durch diese Gruppe ausgerichtet. Diese Vorgänge rund um Patrick W. müssen als Versuch des Aufbaus einer kriminellen Organisation mit rechtsextremem ideologischem Überbau gewertet werden. Es bleibt abzuwarten, ob sich dies als singuläres Phänomen herausstellt oder als eine neue Dimension der Gefahr von rechts.

Besonderer Aufmerksamkeit bedarf der Schutz zu uns geflüchteter Menschen, denn Übergriffe und Proteste gegen Flüchtlinge sind nach wie vor ein immer wieder zu beobachtendes Phänomen in der gesamten Bundesrepublik, das von der extremen Rechten betrieben, angefeuert und instrumentalisiert wird. Vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen müssen sich die politischen Verantwortlichen früh um Prävention bemühen und sich in Fällen akuter Bedrohung mit allen rechtsstaatlichen Mitteln für den Schutz von Flüchtlingen einsetzen, unabhängig von deren rechtlichem Status.

Seit in den 1980er-Jahren bundesweit beachtete Presseberichte bestimmte Fußball-Fangruppen als organisierte Rechtsextremisten dargestellt haben, gilt diesem Bereich eine besondere Aufmerksamkeit. So haben sich in verschiedenen Bundesländern jahrelang Fanprojekte der Fußball-Bundesligavereine in der Fanarbeit engagiert, um Gewalt rund um die Stadien und rechtsextremistische Agitation einzudämmen und zurückzudrängen.

Verschiedentlich haben in der Vergangenheit auch Rechtsextremisten z.B. als Saalschutz bei Veranstaltungen der NPD, JN, DVU oder anderer rechten Gruppierungen im Umfeld des Kampfsports Mitglieder rekrutiert oder ihre Ideologie verbreitet.

Die Große Anfrage soll den heutigen Zustand der rechtsextremen Szene genauso wie die Fortschritte bei präventiver Politik und die Veränderungen in der gesamten Gesellschaft zum Thema haben.

Vorbemerkung des Hessischen Ministers des Innern und für Sport:

Hinsichtlich der Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen kann zunächst auf die klassischen Instrumente der politischen Bildung verwiesen werden, die unter anderem in den fachlich zuständigen Referaten der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) geleistet wird. So wurden und werden zur Aufklärung gegen Rechtsextremismus und für die Stärkung der demokratischen Grundwerte umfangreiche Projekte (z.B. ballance hessen), Veranstaltungen (z.B. Schulworkshops, Argumentationstrainings) und Publikationen (derzeit 13 Titel zum Bereich Rechtsextremismus und 23 Titel zum Nationalsozialismus) von der Landeszentrale angeboten.

Im Bereich der Aufarbeitung des Nationalsozialismus wird seit Jahren ebenfalls eine Vielzahl von Zeiteugengesprächen und Fahrten von Schulklassen und Jugendgruppen zu und Seminare in den Gedenkstätten des Nationalsozialismus gefördert. Dabei bezieht die Landeszentrale im Rahmen ihrer Bildungsangebote auch die Ergebnisse der NS-Forschung ein und macht sie der Öffentlichkeit zugänglich. Dies geschieht mittels Fachvorträgen und Fachtagungen für interessierte Bürgerinnen und Bürger, durch Förderung von Ausstellungsvorhaben in Städten und Gemeinden des Landes, durch Ankauf, Weitergabe oder Ausleihe von Publikationen, aber auch durch die Präsentation hessischer Gedenkstätten und Einrichtungen des Gedenkens mit ihren Arbeiten im Bereich der NS-Forschung auf der Homepage der Landeszentrale.

Darüber hinaus wird auch durch die vom Land Hessen geförderten Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Hadamar, Breitenau, Trutzhain und das Dokumentations- und Informationszentrum Stadtallendorf und die dort geleistete pädagogische Arbeit sowie durch die Kooperation mit weiteren Erinnerungsinitiativen die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus gefördert.

Aufgabe des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) ist die Beobachtung extremistischer Bestrebungen, also ziel- und zweckgerichteter Aktivitäten von Personenzusammenschlüssen - bei der Anwendung von Gewalt auch Einzelpersonen -, die aktiv die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpfen. Eine Einstufung als Beobachtungsobjekt ist die Voraussetzung für eine Bearbeitung und damit Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Alle anderen Gruppen oder Einzelpersonen, die diese Schwelle nicht überschreiten, werden durch das LfV nicht beobachtet.

Innerhalb der rechtsextremistischen Szene unterscheiden die Verfassungsschutzbehörden drei Bereiche: Parteien, neonazistische Gruppierungen (in der Öffentlichkeit häufig auch "Freie Kräfte" genannt) und subkulturell orientierte Rechtsextremisten ("Skinheads"). Da die einzelnen Bereiche allerdings immer weiter miteinander verschmelzen, sind sie in der Bearbeitung kaum noch trennbar. Darüber hinaus gibt es den sonstigen Rechtsextremismus, der etwa die sogenannten intellektuellen rechtsextremistischen Gruppierungen umfasst.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Beantwortung personenbezogene Daten enthält (§ 39 Abs. 2 und 3 des Hessischen Datenschutzgesetzes, HDSG).

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Große Anfrage im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei, der Justizministerin, dem Kultusminister, dem Minister für Integration und Soziales, dem Finanzminister und dem Minister für Wissenschaft und Kunst wie folgt:

Die rechtsextremistische Szene in Hessen

1. Allgemein

Frage 1...

- a) Wie viele Personen gehören nach Informationen der Landesregierung in Hessen rechtsextremistischen und neonazistischen Organisationen (einschließlich "freier Kameradschaften" und Gruppen, die sich als "Freie Kräfte", "Autonome Nationalisten", "Identitäre Bewegung" usw. bezeichnen) und Parteien an?

In Hessen sind derzeit etwa 250 Neonazis aktiv (bundesweit: 5.800). Die Zahl ist in den letzten Jahren konstant geblieben. Der NPD gehören ebenfalls etwa 250 Personen an (bundesweit: 5.500). Hier setzt sich der schon länger bestehende Abwärtstrend fort. Auf den sonstigen Rechtsextremismus entfallen etwa 430 Personen (bundesweit: 4.000), wobei etwas weniger als die Hälfte auf den nicht organisationsgebundenen Rechtsextremismus (Teilfrage b) entfällt. Für den Bereich der rechtsextremistischen Parteien und der neonazistischen Organisationen einschließlich des sonstigen Rechtsextremismus ergibt sich eine Gesamtzahl von 930 Personen (bundesweit: 15.300).

Hinsichtlich der rechtsextremistischen Skinheads wird auf die Beantwortung der Frage 19 a verwiesen.

- b) Wie hoch schätzt die Landesregierung das Potenzial von Anhängern ohne feste Bindungen oder Mitgliedschaften in solchen Organisationen ein, die aber für rechtsextremistische Organisationen und Medien ansprechbar sind?

Innerhalb der rechtsextremistischen Szene ergibt sich dieses Potenzial im Wesentlichen aus dem subkulturellen Rechtsextremismus (370 Personen; siehe auch Frage 19 a und einem Teil der unter 1 a genannten sonstigen Rechtsextremisten (etwa 200 Personen). Daraus ergibt sich eine Zahl von etwa 570 Personen. In den übrigen Bereichen besteht zumeist eine wenn auch nur lose Anbindung an eine Organisation.

Darüber hinaus dürfte jedoch eine Vielzahl von Einzelpersonen für rechtsextremistische Positionen ansprechbar sein. Festzustellen ist dies etwa bei einem Vergleich der Zahl der NPD-Anhänger und der Anzahl von Stimmen für die NPD im Rahmen von Wahlen: Hier zeigt sich, in welchem Umfang Personen über die Mitgliedschaft hinaus mobilisierbar sind. Die Wahlentscheidung für rechtsextremistische Parteien erfolgt allerdings oftmals nicht aus Überzeugung, sondern aus einer Protesthaltung heraus. Daher kann aus der Zustimmung bei Wahlen nicht auf eine Bereitschaft dieses Wählerpotenzials zu einem offenen Bekenntnis geschlossen werden.

- c) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über Anzahl, Namen, Mitgliederzahlen, Verbreitung und Organisationsgrad von rechtsextremen Organisationen, die sich vor allem aus hier lebenden Menschen ausländischer Herkunft oder Menschen mit Migrationshintergrund rekrutieren (bspw. den sogenannten "Grauen Wölfen"), vor?

In Hessen sind Strukturen der Ülkücü-Bewegung, auch "Graue Wölfe" genannt, bekannt. Die Anhänger dieser türkischen, nationalistischen Bewegung bezeichnen sich selbst als "Ülkücü", übersetzt als "Idealisten". Die Ideologie der Ülkücü-Bewegung beinhaltet im Kern einen auf das Türkentum bezogenen, ethnisch begründeten Nationalismus. Diese Höherbewertung des Türkentums beinhaltet zugleich eine Abwertung anderer Ethnien und Gruppierungen. Grundsätzlich umfasst die Ülkücü-Bewegung sowohl die in Vereinen organisierten Zusammenschlüsse als auch die nicht organisierte Szene. Aktuell wird für Hessen ein Personenpotenzial von 2.500 Mitgliedern und Anhängern gezählt. Die Ülkücü-Bewegung ist hauptsächlich in Nord-, Mittel- und Westhessen verbreitet.

Die "Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V." (ADÜTDF) mit Sitz in Frankfurt am Main ist deutschlandweit die größte der Ülkücü-Bewegung zuzuordnende Organisation. Sie orientiert sich in Bezug auf gesellschaftliche und politische Themen an der türkischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP). Diese Partei wurde 1969 durch Alparslan Türkeş gegründet und propagiert eine extrem nationalistische Politik. Die ADÜTDF bildet deren Auslandsvertretung. Ihr sind streng hierarchisch Vereine auf lokaler Ebene untergeordnet. Neben der Jugendarbeit und einem umfangreichen Freizeitangebot und religiösen Vorträgen finden in den Ortsvereinen zum Teil auch ideologische Schulungen statt. Die Anhänger der ADÜTDF verwenden als Symbol den sogenannten Wolfsgruß, ein aus Daumen, Mittel- und Ringfinger der rechten Hand gebildetes Zeichen, sowie das Logo der MHP (drei weiße Halbmonde auf rotem Untergrund).

Die neben den Vereinsstrukturen bestehende, von der Ideologie der "Grauen Wölfe" geprägte Jugendkultur bedient sich ebenfalls dieser Symbole. Sie organisiert sich vor allem über soziale Netzwerke und Videoplattformen im Internet. Hinzu kommt bei der vorwiegend jugendlichen Anhängerschaft der Aspekt der Gewaltverherrlichung bis hin zur Gewaltbereitschaft. Die nicht organisierte Ülkücü-Bewegung verbreitet im Internet Gewalt darstellendes Video- und Bildmaterial und hetzt gegen nicht türkischstämmige Gruppen und Personen. Auch werden Parolen und politische Hetze über Musik transportiert. Diese Propaganda weist in unterschiedlicher Gewichtung verfassungsfeindliche Merkmale auf. Die Gewaltkomponente ist hierbei in erster Linie ein Jugendphänomen, die Ideologie eines aller Organisationsformen und aller Altersgruppen.

- d) Wie viele Personen des rechtsextremistischen Spektrums werden nach Erkenntnissen der Polizei und des Verfassungsschutzes als gewaltbereit eingeschätzt?

Polizei und Verfassungsschutz bewerten in Hessen 380 bis 400 Rechtsextremisten als gewaltbereit (bundesweit: 9.600). Darunter werden nicht nur Personen gefasst, die bereits mit Gewalttaten in Erscheinung getreten sind, sondern auch solche, bei denen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass bei der Begehung einer Straftat erhebliche Gewalt gegen Personen oder Sachen eingesetzt wurde oder bei zukünftigen Straftaten eingesetzt werden dürfte, mithin Personen, die Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele ansehen.

Bei den türkischen Nationalisten (Graue Wölfe, siehe auch Teilfrage c) besteht insbesondere bei der nicht organisierten Ülkücü-Jugend eine latente Gewaltbereitschaft. Konkrete Gewaltanwendung tritt in Einzelfällen auf.

- e) Wie viele Personen (auch Schätzungen) im organisierten rechtsextremen Spektrum sind unter 25 Jahren, wie viele Personen sind unter 16 Jahren?

Etwa 470 der bekannten Rechtsextremisten haben das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet. Personen unter 16 Jahren finden sich lediglich vereinzelt. Dies ist auch darin begründet, dass Personen unter 16 Jahren engeren gesetzlichen Speichervoraussetzungen unterliegen. Sie dürfen etwa nur für einen kürzeren Zeitraum gespeichert werden. Vor Vollendung des 14. Lebensjahrs ist eine Speicherung nur bei tatsächlichen Anhaltspunkten für schwerwiegende Straftaten möglich.

- f) Wie hoch ist der Anteil von Frauen im organisierten Rechtsextremismus?

Der Anteil von Frauen im Rechtsextremismus in Hessen liegt bei 20 bis 25 %. In den letzten Jahren ist eine leichte Steigerung des Frauenanteils erkennbar, was eine gewisse steigende Relevanz von Frauen im Rechtsextremismus widerspiegelt. Ein Grund für den höheren Frauenanteil ist auch, dass die - im Vergleich zu Parteienspektrum und intellektuellem Rechtsextremismus - besonders stark von Männern dominierte subkulturelle rechtsextremistische Szene im Rechtsextremismus mehr und mehr an Bedeutung verliert.

- g) Wie hoch ist der Anteil von Frauen in Führungsfunktionen?

Frauen haben im Rechtsextremismus selten eine Führungsfunktion inne. Dies liegt schon in dem im Rechtsextremismus vorherrschenden Frauenbild begründet (siehe Fragenblock 16). Dies gilt insbesondere für die Bereiche des subkulturellen Rechtsextremismus oder der Neonaziszene. Führungsverantwortung kommt Frauen eher - aber auch dort nur vereinzelt - im Parteienspektrum oder im Bereich der intellektuellen rechtsextremistischen Gruppierungen zu.

- h) Wie hoch ist der Anteil von Frauen an Straf- und Gewalttaten?

Ermittelte weibliche Tatverdächtige bei Straf- und Gewalttaten der PMK - rechts - für die Jahre 2005 bis 2014:

Jahr	Tatverdächtige gesamt	Anteil weiblich in %
2005	445	5,17 %
2006	470	7,87 %
2007	434	8,29 %
2008	518	7,34 %
2009	445	10,11 %
2010	291	10,31 %
2011	251	7,17 %
2012	260	11,54 %
2013	294	13,27 %
2014	242	7,90 %

- i) Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über soziale Herkunft, Schichtung und Ausbildungsniveau der Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen?

Die soziologische Struktur der rechtsextremistischen Szene, insbesondere Bildung, Beruf und soziale Herkunft, wird vom LfV weder systematisch erfasst noch ausgewertet.

- j) Wie bewertet die Landesregierung die relativ weite Verbreitung von legalen und illegalen Waffen in der rechtsextremen Szene?

Die rechtsextremistische Szene im Bundesgebiet verfügt über eine nicht unerhebliche Anzahl von Waffen und Munition. Dieser - zumeist legale - Waffenbesitz ist ein Indiz für eine hier wie auch im Bereich des Linksextremismus vorhandene Militanz innerhalb der bundesweiten Szene.

Im Phänomenbereich PMK - rechts - in Hessen ergibt sich im Verhältnis zur Gesamtzahl der Straftaten innerhalb der PMK - rechts - derzeit jedoch ein geringer Anteil an Straftaten mit Waffenbezug.

Eine diesbezügliche Entwicklung innerhalb der bundesweiten Szene wird durch Polizei und Verfassungsschutz sorgfältig beobachtet. Die hessischen Sicherheits- und Ordnungsbehörden nutzen alle rechtlichen Möglichkeiten, um Rechtsextremisten erteilte waffenrechtliche Erlaubnisse zu entziehen.

- k) In welchem Umfang sind der Landesregierung in den letzten zehn Jahren Aktivitäten von Rechtsextremisten in Bereichen wie Drogenhandel, Zwangsprostitution, Waffenhandel oder anderen Betätigungsfeldern, die klassischerweise in den Bereich der organisierten Kriminalität zuzurechnen sind, bekannt geworden?

- l) Wie schätzt die Landesregierung die zukünftige Relevanz dieses Phänomens der Vermischung von Rechtsextremismus und organisierter Kriminalität in Hessen und bundesweit ein?

Die Teilfragen k und l werden im Sachzusammenhang wie folgt beantwortet:

In der Gesamtbetrachtung der jeweiligen Deliktsbereiche konnte in Einzelfällen festgestellt werden, dass Rechtsextremisten auch mit Straftaten der organisierten Kriminalität wie etwa Drogenhandel, Zwangsprostitution oder Waffenhandel in Erscheinung getreten sind. Es liegen jedoch keine Erkenntnisse über systematische Verflechtungen zwischen Rechtsextremisten bzw. rechtsextremistischen Gruppierungen und den Betätigungsfeldern der organisierten Kriminalität vor.

So konnten im Bereich der Waffenkriminalität vereinzelt Straftaten wegen illegalen Besitzes von Schusswaffen oder Munition sowie Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz festgestellt werden. Hinweise auf illegalen organisierten Waffenhandel liegen nicht vor. Ebenso konnte festgestellt werden, dass Einzelpersonen auch dem Rocker-Milieu zuzurechnen sind. Eine strukturelle Zusammenarbeit zwischen Rockergruppen (Outlaw Motorcycle Gangs - OMCs) und Rechtsextremisten besteht nicht. Eine kleine Zahl von Personen aus der Szene der rechtsmotivierten Straftäter in Hessen ist wegen einer sehr geringen Anzahl von Straftaten aus dem Bereich der Betrugs- und Wirtschaftskriminalität in Erscheinung getreten.

Vertiefende Erkenntnisse aus dem Bereich der Gewalt- und Sexualdelikte sowie Hinweise auf Schwerst- oder Serienstraftaten von Rechtsextremisten liegen nicht vor. Ebenso liegen zu diesem Personenkreis keine Erkenntnisse im Bereich der Eigentums- und Vermögensdelikte vor.

2. Rechtsextremistische Organisationen

Frage 2...

- a) Welche rechtsextremistischen Organisationen, Parteien und Zusammenschlüsse regionaler Art sind in Hessen derzeit aktiv? Hier insbesondere: Die Rechte, Die Republikaner, Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), Junge Nationaldemokraten (JN), Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB), Bund freier Bürger, Bürgerbewegung Solidarität (ehemals Europäische Arbeiterpartei), Deutsche Liga für Volk und Heimat, Bündnis für Deutschland (BfD), Die Identitären, Die Rechte, Gesellschaft für freie Publizistik, Deutsches Kulturwerk, Kampfbund Deutscher Sozialisten, NSDAP/AO, Kameradschaft Bergstraße, Kameradschaft Westerwald, Motorsportclub 28, Aktionsbündnis Mittelhessen, Schwarze Division, Berserker Kirtorf, Deutsche Reichsbürger, Deutsche Sozialisten/Außerparlamentarische Opposition, Freie Nationalisten Rhein-Main, Deutsche Reichspartei, Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HNG) und Gruppierungen aus dem Bereich der Freien Kameradschaften einschließlich der Autonomen Nationalisten.
- b) Sind der Landesregierung, dem Verfassungsschutz oder der Polizei weitere in Hessen aktive rechtsextremistische Gruppen oder Organisationen bekannt?
Wenn ja, welche und wie groß ist die Anzahl der Aktivisten/Mitglieder (bitte einzeln auflisten)?

Die Teilfragen a und b werden im Sachzusammenhang wie folgt beantwortet:

Vereinzelt können Personenzusammenschlüsse wegen einer hohen Geheimhaltungsstufe nicht aufgeführt werden. Aufgrund der teilweisen Mehrfachmitgliedschaften beinhalten die Zahlen auch Mehrfachnennungen.

Den hessischen Sicherheitsbehörden sind folgende in Hessen derzeit aktive rechtsextremistische Gruppen oder Organisationen bekannt:

- Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland - Partei für Volksabstimmung und gegen Zuwanderung ins Soziale Netz; Einzelpersonen aus Hessen als Mitglieder, Anhänger oder Sympathisanten,
- Aktion Freies Deutschland; Einzelpersonen aus Hessen als Mitglieder, Anhänger oder Sympathisanten,
- Aktionsbüro Rhein-Neckar (AB Rhein-Neckar); Einzelpersonen aus Hessen als Mitglieder, Anhänger oder Sympathisanten,
- Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V. (AG-GGG); Einzelpersonen aus Hessen als Mitglieder, Anhänger oder Sympathisanten,
- Autonome Nationalisten Groß-Gerau (AN GG); ca. zehn Aktivisten,
- Autonome Nationalisten Marburg (AN MR oder AN Marburg); Einzelpersonen,
- Autonome Nationalisten Wetzlar (AN Wetzlar); bis zu zehn Aktivisten,
- Der Dritte Weg (Der III. Weg); Partei (Stützpunkt Westerwald) - Zahl hessischer Mitglieder im unteren zweistelligen Bereich,
- Deutsche Reichsbürger; Exilregierung Deutsches Reich; keine gesicherten Mitgliederzahlen,
- Dresdensia Rugia; Einzelpersonen rechtsextremistisch aktiv,
- Europäische Aktion (EA); Einzelpersonen aus Hessen als Mitglieder, Anhänger oder Sympathisanten,
- Freie Nationalisten Odenwald; bis zu acht Aktivisten,
- Freies Netz Hessen (FNH); ca. zehn Aktivisten,

- Gesellschaft für Freie Publizistik (GfP); Einzelpersonen aus Hessen als Mitglieder, Anhänger oder Sympathisanten,
- Junge Nationaldemokraten (JN); ca. 25 Mitglieder,
- Kameradschaft im Lumdatal (keine formale Gruppenbezeichnung); ca. 15 Aktivisten,
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD); ca. 250 Mitglieder,
- Nationale Sozialisten Main-Kinzig (NSMK); ca. 20 Aktivisten,
- Nationale Sozialisten Rhein-Main (NSRM); ca. zehn Aktivisten,
- Nationale Sozialisten Ried (NaSo Ried),
- Sturm 18 e.V. - Netzwerk; bis zu zehn Aktivisten,
- Thule-Seminar e.V.; Einzelpersonen als Mitglieder.

Folgende in der Frage aufgeführten Organisationen bestehen (in Hessen) nicht, nicht mehr oder werden nicht beobachtet:

Die Republikaner (REP)/Die republikanische Jugend (RJ), Nationaldemokratischer Hochschulbund, Bund freier Bürger, Bürgerbewegung Solidarität, Bündnis für Deutschland, Identitäre Bewegung, Deutsches Kulturwerk, NSDAP/AO, Kameradschaft Westerwald, Deutsche Sozialisten/Außerparlamentarische Opposition, Deutsche Reichspartei.

Ergänzend wird auf die Beantwortung der Fragen 4 a und b bezüglich der in den letzten zehn Jahren aufgelösten oder verbotenen Gruppierungen hingewiesen.

3. Mobilisierungsfähigkeit rechtsextremistischer Gruppierungen

Frage 3...

- a) Wie viele Personen werden nach Einschätzung der Landesregierung über die aktiven Mitglieder hinaus zu Veranstaltungen, Konzerten oder Demonstrationen mobilisiert?

Diese Frage lässt sich nicht für alle rechtsextremistischen Organisationen einheitlich beantworten. Hier ist zwischen den rechtsextremistischen Parteien und der Neonazi- und Skinheadszone zu differenzieren. Die Zahl dürfte zwischen zehn und 100 Personen liegen.

Die Bundes-NPD ist die einzige rechtsextremistische Organisation, der es gelingt, Personen außerhalb ihrer Mitglieder anzusprechen und zu mobilisieren. Dies ist auf ihre aktionistische und stark auf öffentliche Demonstrationen und Kundgebungen setzende Strategie zurückzuführen.

In Hessen fanden im Vergleich zu anderen Ländern, insbesondere den neuen Bundesländern, jedoch nur relativ wenige von der NPD angemeldete Demonstrationen und Kundgebungen statt. Öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten gingen vor allem von der Jugendorganisation JN aus. Als Beispiele hierfür können die Durchführung von Infoständen und Aufzügen in Hessen angeführt werden.

Verbindungen der NPD Hessen, insbesondere der JN-Hessen, zur Neonazi-Szene bestehen zwar weiterhin, jedoch hat die Bindungskraft der NPD in Hessen erkennbar nachgelassen. Kennzeichnend für die hessische Neonazi-Szene sind lose organisierte Gruppierungen, die anlassbezogen und in einem engen regionalen Umfeld agieren. Ein zentrales Aktionsfeld des neonazistischen Spektrums - das Demonstrieren - wird durch die hessische Szene kaum genutzt. Insgesamt ist das Mobilisierungspotenzial der hessischen Szene gering. Es hat sich gezeigt, dass sich neonazistische Aktivitäten in Hessen häufig in einem regional oder lokal begrenzten Umfeld vollziehen.

- b) Welche rechtsextremistischen Organisationen aus Hessen nahmen mit wie vielen Personen (auch Schätzungen) an überregionalen Veranstaltungen und Demonstrationen im Bundesgebiet teil (z.B. Demonstrationen in Dresden, Magdeburg, Dortmund, Mai-Demonstrationen etc.)?

Rechtsextremistische Organisationen aus Hessen haben an Veranstaltungen und Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet, vorwiegend an Veranstaltungen zum 1. Mai sowie an den sogenannten "Gedenkmärschen" betreffend die Zerstörung der Städte durch die Luftangriffe der Alliierten im Zweiten Weltkrieg teilgenommen. Die Mehrzahl der überregionalen Veranstaltungen wird jedoch nicht oder nur vereinzelt von hessischen Rechtsextremisten besucht. Ausnahmen stellen die genannten Massendemonstrationen und Massenkundgebungen dar, insbesondere wenn Kennverhältnisse und Verknüpfungen vorhanden sind. In der Regel werden Teilnehmerzahlen im niedrigen zweistelligen Bereich (unter 20 Personen aus Hessen) nicht überschritten. Nur in seltenen Ausnahmefällen treten hessische Rechtsextremisten unter eindeutiger Gruppenbezeichnung auf. Sofern eine gemeinsam organisierte Anreise aus Hessen erfolgt, wird die Koordinierung derzeit häufig durch das Freie Netz Hessen (FNH) durchgeführt.

- c) Wie viele rechtsextremistische Kundgebungen und Demonstrationen fanden in den letzten zehn Jahren in Hessen statt, mit wie vielen Teilnehmern aus welchen Organisationen und Spektren? Wer waren die Anmelder (bitte nach Jahren auflisten)?

Lfd. Nr.	Datum	Ort	Organisation	Teilnehmer ca.
1	17.01.2004	Gladenbach	Aktionsbündnis Mittelhessen	130
2	21.02.2004	Gladenbach	Aktionsbündnis Mittelhessen	120
3	21.02.2004	Marburg	Aktionsbündnis Mittelhessen	60
4	17.04.2004	Gladenbach	Aktionsbündnis Mittelhessen	500
5	23.04.2004	Frankfurt am Main/Niedererlenbach	Republikaner - KV Frankfurt am Main	60
6	08.05.2004	Viernheim		
7	08.05.2004	Biblis		
8	15.05.2004	Lindenfels	Kameradschaft Bergstraße	72
9	17.07.2004	Gladenbach	Aktionsbündnis Mittelhessen	100
10	15.08.2004	Lautertal-Reichenbach	Aktionsbüro Rhein-Neckar	25
11	28.08.2004	Hünstetten-Görsroth	Schwarze Division Germania	40
12	28.08.2004	Heppenheim	Aktionsbüro Rhein-Neckar	75
13	04.09.2004	Korbach	Freier Nationaler Club/REP	13
14	03.10.2004	Heppenheim	Aktionsbüro Rhein-Neckar	100
15	03.10.2004	Pfungstadt	Volkstreues Komitee für gute Ratschläge	30
16	23.10.2004	Marburg-Cappel	Aktionsbündnis Mittelhessen	45
17	04.12.2004	Wetzlar	NPD	
18	29.01.2005	Gladenbach	NPD	27
19	05.03.2005	Fritzlar	Bürgerbündnis Nordhessen	60
20	26.08.2005	Zwingenberg	Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit	14
21	30.08.2005	Lindenfels	Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit	18
22	02.10.2005	Lampertheim	Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit	150
23	08.10.2005	Viernheim	Kameradschaft Viernheim	13
24	13.11.2005	Hünfeld-Mensfelden	MSC28, Skinheads	25
25	11.02.2006	Lahntal-Brungershausen	Skinheads	25
26	21.02.2006	Wiesbaden-Erbenheim	RJ	30
27	01.05.2006	Heppenheim	Aktionsbüro Rhein-Neckar	400
28	22.07.2006	Mahnwachen in Höchst, Lindenfels, Buchen und Reichelsheim	Freie Nationalisten Rhein Main und Aktionsbüro Rhein-Neckar	Je ca. 40-50
29	03.10.2006	Königstein	NPD LV Hessen	
30	02.12.2006	Wiesbaden	NPD	70
31	06.02.2007	Kassel		
32	01.05.2007	Raunheim und Rüsselsheim	NPD	250
33	07.07.2007	Frankfurt-Hausen	NPD	700
34	20.10.2007	Frankfurt-Hausen	NPD	100
35	08.12.2007	Nidda	NPD LV Hessen und KV Wetterau	
36	05.01.2008	Darmstadt	REP	
37	05.01.2008	Hersfeld-Rotenburg	NPD Hessen	
38	19.01.2008	Frankfurt am Main	NPD - Landesverband Hessen	100
39	23.01.2008	Bensheim, Heppenheim, Lorsch	NPD KV Bergstraße	10
40	24.01.2008	Bürrstadt		
41	11.10.2008	Wetzlar		300
42	08.11.2008	Fulda	NPD - Landesverband Hessen	150
43	01.08.2009	Nidda	NPD - Landesverband Hessen	150
44	01.08.2009	Friedberg	NPD - Landesverband Hessen	180
45	01.08.2009	Ranstadt	NPD - Landesverband Hessen	150
46	07.11.2009	Friedberg	NPD - Landesverband Hessen, JN - Landesverband Hessen	115
47	13.11.2009	Wetzlar	Neonazis	20-30
48	08.05.2010	Wiesbaden	JN - Bundesverband	150
49	09.06.2010	Butzbach	JN - Landesverband Hessen	35-40
50	09.06.2010	Bad Nauheim	JN	15
51	28.08.2010	Echzell	JN-Landesverband Hessen	30
52	24.09.2010	Frankfurt Bergen-Enkheim		15-20
53	23.10.2010	Marburg	Einzelperson	6
54	22.01.2011	Frankfurt am Main		15

Lfd. Nr.	Datum	Ort	Organisation	Teilnehmer ca.
55	13.02.2011	Frankfurt am Main		6-10
56	13.02.2011	Bruchköbel		4
57	18.02.2011	Bruchköbel		15-20
58	21.04.2011	Lampertheim		22
59	28.05.2011	Wiesbaden		26
60	28.05.2011	Wetzlar		6
61	01.06.2011	Viernheim		50
62	18.06.2011	Bergen-Enkheim		55
63	16.07.2011	Gießen	NPD - Landesverband Hessen	135
64	15.10.2011	Wetzlar	NPD	5
65	27.07.2012	Frankfurt am Main	NPD Bund	10
66	27.07.2012	Wiesbaden	NPD Bund	10
67	03.08.2012	Offenbach	NPD Bund	10
68	03.08.2012	Darmstadt	NPD Bund	9
69	04.08.2012	Kassel	NPD Bund	11
70	04.08.2012	Marburg	NPD Bund	11
71	25.08.2012	Bensheim	Nationale Sozialisten Ried	35-40
72	03.10.2012	Bad Vilbel	NPD - Landesverband Hessen	11
73	03.10.2012	Friedberg	NPD - Landesverband Hessen	12
74	10.11.2012	Hünfeld	JN - Landesverband Hessen	80
75	16.02.2013	Bürstadt	Freies Netz Hessen, Nationale Sozialisten Ried, Heimattreue Bewegung Odenwald	20
76	01.05.2013	Hanau	NPD/JN	160
77	25.05.2013	Allendorf/Grünberg	NPD/JN	20-30
78	24.08.2013	Kassel	Bürgerbewegung Pro Deutschland	7
79	25.08.2013	Gießen	Bürgerbewegung Pro Deutschland	n.b.
80	25.08.2013	Marburg	Bürgerbewegung Pro Deutschland	6
81	26.08.2013	Wiesbaden	NPD-Bundesverband	10
82	27.08.2013	Hanau	NPD-Bundesverband	n.b.
83	03.09.2013	Wiesbaden	Bürgerbewegung Pro Deutschland	n.b.
84	11.09.2013	Offenbach	Bürgerbewegung Pro Deutschland	8
85	11.09.2013	Frankfurt	Bürgerbewegung Pro Deutschland	8
86	11.09.2013	Hanau	NPD-Bundesverband	8
87	12.09.2013	Friedberg	NPD-Bundesverband	15
88	12.09.2013	Rüsselsheim	NPD-Bundesverband	15
89	12.09.2013	Frankfurt am Main	NPD-Bundesverband	14
90	13.09.2013	Wetzlar	NPD-Bundesverband	15
91	13.09.2013	Gießen	NPD-Bundesverband	n.b.
92	14.09.2013	Hanau	NPD-Bundesverband	14
93	14.09.2013	Bad Hersfeld	NPD-Bundesverband	15
94	16.09.2013	Kassel	NPD-Bundesverband	12
95	02.11.2013	Groß-Gerau	Freies Netz Hessen	15

d) Welche Rolle spielen die "Nationalen Infotelefone" noch in Hessen?

"Nationale Infotelefone" (NIT, Anrufbeantworter mit Ansagen zu Veranstaltungen und dem politischen Zeitgeschehen) waren in der Vergangenheit eines der Kommunikationsmittel der rechtsextremistischen Szene. Hierüber wurden Informationen über Veranstaltungen, Aktionen und Organisationen bereitgestellt. Das erste Infotelefon der rechtsextremistischen Szene wurde 1992 in Wiesbaden geschaltet. Dieses und weitere Infotelefone konnten aufgrund von Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden wiederholt stillgelegt werden. Infotelefone haben in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren. Sie wurden verdrängt durch die Kommunikationsmittel Internet und Mobiltelefone bzw. Messenger-Dienste.

e) Wie hoch schätzt die Landesregierung das Mobilisierungspotenzial gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Hessen ein?

Das Thema "Unterbringung von Flüchtlingen" wird derzeit auch in der rechten Szene diskutiert. Das Mobilisierungspotenzial dürfte in einem niedrigen zweistelligen Bereich liegen.

- f) Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um Angriffe auf Flüchtlinge, wie sie aus der Vergangenheit bekannt sind, zu verhindern?

Bereits anlässlich der Ereignisse in Wohratal vom 13. Januar 2014 wurden die polizeilichen Ermittlungen nach einem personenorientierten Ansatz zentral durch eine im Polizeipräsidium Mittelhessen hierzu eingerichtete Arbeitsgruppe geführt.

Nach Bekanntwerden von Veranstaltungen der rechten Klientel, werden Asylbewerberwohnheime - soweit diese tangiert sein könnten - bereits im Vorfeld in die Lagebewertung einbezogen und gegebenenfalls besondere Schutzmaßnahmen vorgesehen.

Bei Vorliegen entsprechender Erkenntnisse wird regelmäßig die jeweilige abstrakte oder konkrete Gefährdungslage analysiert und bewertet. In Abhängigkeit dieser Bewertung werden dann geeignete (Schutz-)Maßnahmen initiiert und durchgeführt.

Das beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus (Verantwortung HMdIS) hat darüber hinaus gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern wie der Diakonie Hessen und dem Hessischen Flüchtlingsrat einen neuen Ansatz zur "Beratung von Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen" entwickelt. Das Angebot unterstützt und berät zur Vermeidung von Konflikten und zur Deeskalation im Gemeinwesen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen, zum Umgang mit möglichen lokalen rechtsextremistischen Aktivitäten und zur Stärkung der örtlichen Gesellschaft beim Schaffen einer "Willkommenskultur" vor Ort. Zielgruppen für die Beratung sind kommunale Verantwortungsträger wie Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, weitere relevante lokale Akteure aus Kirchen oder Vereinen sowie zivilgesellschaftliche Bündnisse, Initiativen, runde Tische oder Ähnliches von Bürgern und Bürgerinnen vor Ort, die einen Beitrag zur Deeskalation und für eine örtliche "Willkommenskultur" leisten möchten. Über dieses Angebot wurden die Kommunen unter anderem im Rahmen der Broschüre "Freiheit und Demokratie stärken - Handlungsempfehlungen für Kommunen zum Umgang mit Rechtsextremismus" informiert (Broschüre im Internet abrufbar unter: www.hessen-gegen-gewalt.de).

- g) Wie viele politische Kundgebungen, Demonstrationen, Bürgerbündnisse, Mobilisierungsseiten im Web2.0 oder Ähnliches, die sich direkt oder indirekt gegen die Ansiedlung von Flüchtlingen richteten, hat die Landesregierung bisher in Hessen registriert?

In Hessen wurden bisher sieben Aktivitäten, die sich direkt oder indirekt gegen die Ansiedlung von Flüchtlingen richteten, registriert.

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes der NPD 2013 bzw. der sogenannten "NPD-Sommertour" fanden auch in Hessen Wahlkampfveranstaltungen zum Thema "Asylflut und Europawahl stoppen - NPD in den Bundestag" statt. Die Teilnehmerzahl lag zwischen jeweils zehn und 15 Personen (siehe auch Antwort zu Frage 3 e). Auch die Bürgerbewegung Pro Deutschland führte im Rahmen ihrer Wahlkampftour "Zuwanderung stoppen - Islamisierung verhindern" im August und September 2013 Kundgebungen in Hessen durch.

Das Thema Asyl ist auch ein politischer Schwerpunkt der Partei Der Dritte Weg (Der III. Weg). Die Partei führte in den letzten Monaten zahlreiche Flugblattaktionen im Umfeld von Asylbewerberheimen bzw. Asylbewerberunterkünften durch, darunter auch Aktionen in Hessen. Dabei wurden Flugblätter der Partei zum Thema Asyl bzw. Asylpolitik in den Landkreisen Limburg-Weilburg, Hochtaunus, Lahn-Dill, Main-Taunus, Werra-Meißner sowie im Stadtgebiet Frankfurt am Main im Umfeld von Asylbewerberunterkünften verteilt.

Im Internet finden sich zudem unter anderem Facebook-Gruppen, die sich mit dem Thema "Asyl" oder "Asylmissbrauch" beschäftigen, aber nicht immer einer rechtsextremistischen Gruppierung zugerechnet werden können. Zahlen können hier jedoch nicht genannt werden.

- h) Wie viele gewalttätige Übergriffe auf Flüchtlinge oder Flüchtlingsunterbringungen (auch Sachbeschädigungen oder Propagandadelikte) gab es in den letzten zehn Jahren in Hessen (bitte nach Jahren auflisten)?

In der PKS und dem KPMD-PMK sind die Begriffe "Flüchtlinge" bzw. "Flüchtlingsunterbringungen" keine Erfassungskriterien. Daher ist eine Beantwortung der Frage nicht möglich. Eine hilfsweise Auswertung des KPMD-PMK - rechts - mit dem Begriff "Asylunterkunft" (und damit eine Auswertung, die die Fragestellung nicht genau trifft) für die Kalenderjahre 2005 bis 2014 erbrachte nachfolgende insgesamt 13 Tatmeldungen:

Tatzeit	Tatort/Tatörtlichkeit	Delikt (gem. StGB)	geklärt
16.02. - 17.02.2006	64686 Lautertal, Asylantenwohnheim	§§ 86a, 130, 303 - Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung, Sachbeschädigung	offen
19.11.2006	35759 Driedorf-Roth, Asylantenwohnheim	§§ 185, 303 - Beleidigung, Sachbeschädigung	ja
03.09.2011	60649 Frankfurt/M., Erstaufnahmeeinrichtung	§§ 86a, 303 - Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Sachbeschädigung	offen
10.01. - 11.01.2012	65835 Liederbach, Asylantenwohnheim	§§ 86a, 303 - Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Sachbeschädigung	offen
21.12.2012	64409 Messel, Asylantenwohnheim	§ 86a - Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	offen
16.11. - 21.11.2013	34123 Kassel, Asylantenwohnheim	§§ 185, 303, 304 - Beleidigung, Sachbeschädigung, Gemeinschädliche Sachbeschädigung	offen
12.01.2014	35288 Wohratal-Wohra, Asylantenwohnheim	§§ 125, 123, 303 - Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung	ja
14.09.2014	35466 Rabenau, im Umbau befindliche Unterkunft für Asylbewerber	§§ 303, 123 - Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch	offen
05.10.2014	65312 Heidenrod, zukünftiges Asylantenwohnheim	§ 86 a - Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	offen
23.10.2014	35390 Gießen, Internet wg. Hessische Erstaufnahmeeinrichtung	§ 111 - Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	ja
23.10.2014	35394 Gießen, Internet wg. Hessische Erstaufnahmeeinrichtung	§ 130 - Volksverhetzung	ja
02.11.2014	36157 Ebersburg, zukünftige Asylantenunterkunft	§ 303 - Sachbeschädigung	offen
29.11.2014	36145 Hofbieber, zukünftiges Asylantenheim	§§ 303, 241 - Sachbeschädigung, Bedrohung	offen

4. Veränderungen in der Struktur

Frage 4...

- a) Bei welchen Organisationen oder Zusammenschlüssen hat es in den letzten zehn Jahren signifikante Veränderungen in Bezug auf Mitgliederzahlen, ansprechbares Potenzial, Altersstrukturen, Radikalisierungen oder Veränderungen des Feldes der Agitation gegeben?

Rechtsextremisten passen ihre Agitation zumeist aktuellen Themen an, Ideologie und Zielsetzung verändern sich demgegenüber nicht grundsätzlich. Lange Jahre drückte sich die fremdenfeindliche Grundhaltung der Szene in erster Linie durch islamfeindliche Kampagnen und Forderungen aus, im Laufe des letzten Jahres wurde dieses Thema durch das Thema "Anti-Asyl" teilweise abgelöst. Im Sommer 2014 wurde zudem der Gaza-Konflikt genutzt, um die antisemitischen Einstellungsmuster zu begründen.

Organisatorisch gab es im Sinne der Fragestellung in den letzten Jahren insbesondere folgende relevante Veränderungen:

NPD/JN

Nachdem die hessische NPD unter Leitung des ehemaligen Landesvorsitzenden Marcel Wöll (2006 bis 2008) zwischenzeitlich einen leichten Anstieg der Mitgliederzahl verzeichnen konnte, ist diese seit 2008 rückläufig. Dies wirkt sich auch auf das Mobilisierungspotenzial aus. Das Durchschnittsalter der Mitglieder ist - auch aufgrund der mangelnden Nachwuchsgewinnung - tendenziell steigend.

Im Jahr 2008 gliederte sich der Landesverband der hessischen NPD noch in 17 Kreisverbände. Landesspezifische Probleme, das eigenständige Agieren und Lösen der Neonaziszene von der Partei und die durchweg schwachen Ergebnisse bei Wahlen, führten zu einem sichtbaren Zerfall des Landesverbands. So musste 2009 der erst 2007 wieder gegründete Kreisverband Odenwald mit dem Kreisverband Darmstadt zusammengelegt werden. Ebenfalls 2009 wurde aus den ehemals eigenständigen Kreisverbänden Kassel und Waldeck/Schwalm-Eder der Unterbezirksverband Nordhessen und aus den Kreisverbänden Wiesbaden/Rheingau-Taunus, Main-Taunus und Hochtaunus der Unterbezirksverband Wiesbaden/Taunus neu geschaffen. Aktuell besteht der hessische NPD-Landesverband aus elf Kreisverbänden (Bergstraße, Odenwald/Darmstadt, Groß-Gerau, Frankfurt am Main, Offenbach, Main-Kinzig, Lahn-Dill/Limburg-Weilburg, Wetterau,

Marburg-Biedenkopf/Gießen, Hersfeld-Rotenburg/Werra-Meißner-Kreis, Vogelsberg/Fulda) und zwei Unterbezirksverbänden (Wiesbaden/Taunus, Nordhessen).

Nachdem seit etwa 2007 vom hessischen JN-Landesverband keine Aktivitäten mehr ausgingen, wurde er im April 2009 erneut gegründet. Seitdem wurden jedoch keine regionalen Stützpunkte eingerichtet. Wurden in den Jahren 2012 bzw. 2013 noch vereinzelt Demonstrationen organisiert und die einschlägigen Internetpräsenzen regelmäßig gepflegt, so sind seit Ende 2013 kaum noch Aktivitäten feststellbar.

Sowohl der Landesvorstand der NPD als auch der der JN werden derzeit von Stellvertretern geleitet, was den Zerfall sowohl der NPD als auch der JN in Hessen ebenfalls widerspiegelt.

Partei DIE RECHTE

Der Landesverband Hessen der Partei DIE RECHTE hat zum 20. März 2014 seine Arbeit eingestellt. Auch seine Kreis- und Ortsverbände wurden daraufhin aufgelöst. Der Landesverband war am 17. November 2012 gegründet worden und umfasste zeitweise etwa 40 Mitglieder.

Neonazistische Szene/Freie Kräfte

Die Aktivistenzahl in der hessischen neonazistischen Szene war in den letzten Jahren im Wesentlichen konstant; dies gilt auch für deren Altersstruktur. Das Mobilisierungspotenzial steht und fällt mit dem kurzfristigen Erstarken einzelner Gruppierungen und ist auch häufig von Einzelakteuren abhängig. Eine zunehmende Radikalisierung der Szene ist nicht feststellbar.

Neonazistische Strukturen unterliegen generell einer hohen personellen Fluktuation und ändern häufig auch ihren Aufbau oder ihre Bezeichnung. Dies liegt zum einen an dem jungen Personenpotenzial, das sich häufig kurzfristig in eine andere Richtung entwickelt. Zum anderen versucht die Szene so, staatlichen Repressionsmaßnahmen zu entgehen. Weiterhin werden teilweise über Einstellungen im Internet angebliche neue Gruppierungen bekannt bzw. vorgetäuscht, hinter denen sich jedoch nur Einzelpersonen verbergen.

Folgende Veränderungen waren in den letzten Jahren von besonderer Relevanz:

Der Block F (ehem. Revolutionärer Block, RB) ging 2010 in den Nationalen Sozialisten Rhein-Main (NSRM) auf. Das Personenpotenzial ist teilweise identisch, jedoch sind Gründungsmitglieder des Revolutionären Blocks nicht mehr bei den NSRM aktiv.

Im Jahr 2010 wurde die rechtsextremistische Vernetzungsplattform Freies Netz Hessen eingerichtet. Sie entstand aus der Zusammenarbeit von Aktivisten des Block F (später NSRM), Aktivisten aus dem übrigen Rhein-Main-Gebiet und den Nationalen Sozialisten Ried (NaSo Ried). Im Jahr 2012 vernetzte sich FNH zunehmend mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen, wobei der Kern der Aktivisten schwerpunktmäßig aus dem Raum Frankfurt am Main und Südhessen stammte und stammt. Das Mobilisierungspotenzial des FNH übersteigt die Anzahl der zugerechneten Aktivisten und liegt bei mindestens 15 bis 20 Personen. Es stellt anderen Gruppierungen und ggf. Einzelpersonen Ressourcen, Beratungen (Rechtsschulungen u.a.), Materialien und anderweitige Dienstleistungen (z.B. Serverkapazitäten) zur Verfügung. Ein öffentlichkeitswirksames Auftreten findet bei Demonstrationen statt und seit Ende 2012 bzw. Anfang 2013 über den Aufbau überregionaler Kampagnen.

Die Nationalen Sozialisten Ried gingen im Oktober 2013 in die Autonomen Nationalisten Groß Gerau (AN GG) über. Grund war der Wegzug der Führungsperson, es handelt sich ansonsten weiterhin um den gleichen Personenkreis.

Die Kameradschaft Freier Widerstand Main-Kinzig (FWMK) strukturierte sich im November 2013 neu und wurde - in Anlehnung etwa an die Nationalen Sozialisten Rhein-Main oder die Nationalen Sozialisten Ried - in Nationale Sozialisten Main-Kinzig (NSMK) umbenannt.

Die rechtsextremistische Kameradschaft im Lumdata (keine formale Gruppenbezeichnung) löste sich im Juli 2013 formal auf. Die Aktivisten wandten sich danach den Jungen Nationaldemokraten zu.

Das neonazistische Sturm-18-Netzwerk um den Kasseler Rechtsextremisten Bernd T. wurde 2014 ins Vereinsregister eingetragen. Eine Verstärkung oder Verlagerung der Aktivitäten resultierte daraus bislang nicht. Im Zeitraum 2012 bis 2013 hatte T. versucht, aus der Haft heraus ein rechtsextremistisches Gefangenennetzwerk aufzubauen. Tatsächliche Aktivitäten wurden nicht bekannt. Das durch die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main geführte Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Gründung einer Nachfolgeorganisation bzw. Fortführung der im Jahr 2012 rechtskräftig verbotenen Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) ist eingestellt.

b) Welche Organisationen haben sich aufgelöst?

Sofern sich rechtsextremistische Gruppierungen auflösen, erfolgt - insbesondere im Bereich neonazistischer Strukturen - meistens keine offizielle entsprechende Verlautbarung. Bei längerer Inaktivität einzelner Gruppierungen gehen Polizei und Verfassungsschutz von einer (zwischenzeitlichen) Auflösung aus. Oftmals orientieren sich die Akteure auch um oder in anderen Gruppierungen neu. Sofern ein erneutes Auftreten erfolgt, findet daher eine Neubewertung statt. Aufgelöst bzw. inaktiv sind folgende Gruppierungen:

- Aktionsbündnis Mittelhessen (ABM)/Aktionsbüro Mittelhessen/Volkstreues Komitee für gute Ratschläge,
- Aktionsbüro Frankfurt/Rhein-Main,
- Aktionsgruppe 4 Hessen/Kameradschaft Osthessen bzw. Waldhessen,
- Anti Antifa Wetzlar (AA Wetzlar),
- Autonome Nationalisten Herborn (AN Herborn)/Jugendnetz Herborn-Dillenburg,
- Berserker Kirtorf,
- Block F,
- Bruderschaft Hessen,
- Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit,
- Deutsche Bürgerinitiative,
- Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLHV),
- Deutsche Partei (DP),
- Deutscher Freundeskreis für europäische, abendländische Kultur und Sprachen,
- Deutsche Sozialisten/Außerparlamentarische Opposition (DS/APO),
- Deutsches Kolleg,
- Deutsche Volksunion (DVU) - Fusion mit NPD,
- DIE RECHTE (Landesverband),
- Division Mittelhessen,
- Freie Kräfte Schwalm-Eder (FKSE),
- Freie Nationalisten Mittelhessen (FN Mittelhessen)/Freie Kameradschaft Mittelhessen,
- Freie Nationalisten Rhein-Main,
- Freier Widerstand Kassel (FWKS),
- Frieden 2000 - Nachrichten für die Deutschland-Bewegung und deutsche Aufbau-Organisation,
- Friedenskomitee/Deutschland-Bewegung,
- Infoportal Marburg,
- Kameradschaft Bergstraße,
- Kameradschaft Darmstadt (KS Darmstadt),
- Kameradschaft Lützwitzow,
- Kameradschaftliche Jugend Odenwald,
- Kampfbund Deutscher Sozialisten
- Ku-Klux-Klan-Gruppen,
- Motorsportclub 28 Limburg/Diez (MSC28),
- Nationale Sozialisten Waldeck-Frankenberg/Freie Kräfte Waldeck-Frankenberg/Autonome Nationalisten Frankenberg (NS FKB),
- Nibelungensturm Odenwald (NSO),
- Old Brothers Echzell,
- Revolutionärer Block,
- Ring Nationaler Frauen (RNF),
- Schutzbund für das deutsche Volk e. V.,
- Schwarze Division,
- Sturm Fulda,
- Viernheimer Jungs,
- Weiße Rebellen (Südhessen).

c) Welche Organisationen wurden verboten?

Die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) wurde am 31. März 2009 durch den Bundesminister des Innern (BMI) verboten. Die HDJ hatte auch in Hessen Mitglieder.

Die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) mit Sitz in Frankfurt am Main wurde am 20. September 2011 durch den BMI verboten. Das Verbot wurde mit Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 19. Dezember 2012 bestandskräftig.

d) Welche Neugründungen sind zu verzeichnen?

Zu den aktiven Gruppierungen siehe Teilfragen 2 a und b. Folgende der dort Gelisteten wurde in den letzten zehn Jahren gegründet:

- Exilregierung Deutsches Reich (2004),
- Autonome Nationalisten Marburg (2008),
- Autonome Nationalisten Wetzlar (2009),
- Nationale Sozialisten Rhein-Main (2010 hervorgegangen aus dem Block F),
- Freies Netz Hessen (2010),
- Europäische Aktion (2010),
- Kameradschaft im Lumdatal (keine formalen Gruppenbezeichnung) (2012),
- Nationale Sozialisten Main-Kinzig (2013 hervorgegangen aus dem Freien Widerstand Main-Kinzig),
- Freie Nationalisten Odenwald (2011),
- Partei Der Dritte Weg (Der III. Weg - 2013),
- Autonome Nationalisten Groß-Gerau (2013 hervorgegangen aus den Nationalen Sozialisten Ried).

5. Beziehungen und Übergänge zwischen der sogenannten extremen Rechten, der sogenannten Mitte der Gesellschaft und der "klassischen" rechtsextremen Szene

Frage 5...

a) Anhand welcher Kriterien unterscheidet die Landesregierung Rechtsextremismus und Zugehörigkeit zur extremen Rechten?

Der Begriff der "extremen Rechten" ist nicht eindeutig definiert. Als extremistisch im Sinne des Auftrags der Verfassungsschutzbehörden werden Bestrebungen bezeichnet, die unter anderem gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Die Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind im Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV-Gesetz) in § 2 Abs. 4 aufgezählt. Rechtsextremisten wollen etwa die Menschenrechte, die Volkssouveränität, den Parteienpluralismus und die Gewaltenteilung abschaffen oder einschränken.

Zur Einstufung eines Personenzusammenschlusses als verfassungsfeindlich und damit zur Eröffnung der Zuständigkeit des Verfassungsschutzes sind ziel- und zweckgerichtete Bestrebungen erforderlich, die eben gegen jene freiheitliche demokratische Grundordnung als Grundpfeiler unserer parlamentarischen Demokratie gerichtet sind. Voraussetzung der Beobachtung von Einzelpersonen ist, dass diese zur Durchsetzung ihrer Ziele Gewalt anwenden oder anzuwenden beabsichtigen.

b) Wie beobachtet die Landesregierung Personen, die zwar noch nicht als rechtsextrem eingestuft werden, die aber eine deutliche Nähe zum Rechtsextremismus haben?

Personen und Gruppierungen unterhalb der Schwelle zum Rechtsextremismus werden vom LfV nicht beobachtet. Um seinem Auftrag als Frühwarnsystem gerecht zu werden, darf das LfV allerdings nach § 4 Abs. 1 i.V.m. § 6 Abs. 4 des LfV-Gesetzes in sogenannten "Prüffällen" Daten erheben, um aufzuklären, ob extremistische Bestrebungen vorliegen. Nachrichtendienstliche Mittel werden hierbei nicht eingesetzt. Personenbezogene Daten dürfen in diesem Rahmen ebenfalls nicht gespeichert werden.

c) In welchen Bereich ordnet die Landesregierung Zeitungen wie die Junge Freiheit, Blaue Narzisse, Preußische Allgemeine Zeitung, Deutsche Militärzeitschrift, Der Schlesier, Sezession, Zuerst, Compact und ähnliche Publikationen ein?

Die genannten Zeitungen und Zeitschriften sind keine Beobachtungsobjekte des LfV. Sie werden nicht in Hessen verlegt und nicht von hessischen Rechtsextremisten produziert.

- d) Wie bewertet die Landesregierung die Anschlussfähigkeit rechtsextremer Ideologie an die sogenannte Mitte der Gesellschaft?
- e) Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der Studie "Die Mitte im Umbruch" und der Studie "Deutsche Zustände" für Hessen im Hinblick auf eine mögliche Radikalisierung in der Mitte der Gesellschaft?

Die Teilfragen d und e werden im Zusammenhang wie folgt beantwortet:

Die Landesregierung sieht in beiden Studien "Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland" (Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)) sowie der Langzeitstudie "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" (2002 bis 2012, veröffentlicht unter dem Titel "Deutsche Zustände") des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld, Prof. Dr. em. H., einen Beitrag zur Forschung im Bereich des Rechtsextremismus. Sie nimmt gleichwohl zur Kenntnis, dass die Studien nicht unumstritten geblieben sind. Beider Validität wird sowohl im Bereich der Wissenschaft als auch der Gesellschaft angezweifelt. Ein Vorwurf betrifft bereits die Art der Fragestellung, die weit überwiegend bereits ein Ergebnis vorwegnehme. So formuliert etwa der Berliner Politikwissenschaftler Prof. Dr. S. in einem "WELT-online"-Beitrag vom 15. Februar 2007: *"Mit der Art der Fragestellung programmieren die Autoren - wie im Übrigen auch die Forschergruppe um Prof. H. - die Ergebnisse."*

6. Rechtspopulistische Parteien

Frage 6...

- a) Welche Faktoren haben nach Erkenntnissen der Landesregierung zum Erstarken der rechtspopulistischen Partei "AfD" geführt?
- b) Sind der Landesregierung Fälle von Angehörigen der rechtsextremen Szene, die sich nun in der "AfD" organisieren, bekannt?
- c) Wie wurde innerhalb der "AfD" mit diesen Fällen umgegangen?
Sind die betroffenen Personen immer noch Mitglieder?
- d) Wie schätzt die Landesregierung die Gefahr ein, dass Rechtsextremisten an entscheidende Positionen innerhalb der AfD kommen und so den Einfluss auf die Partei ausbauen?
- e) Beobachtet der Verfassungsschutz die AfD in Hessen oder einzelne Mitglieder der AfD?
- f) Wenn Frage 6 e mit Ja beantwortet wird, in welcher Form?
- g) Wenn Frage 6 e mit Ja beantwortet wird, was ist der Anlass zur Beobachtung der AfD oder einzelner Mitglieder der AfD?

Die vorgenannten Fragen werden zusammenhängend wie folgt beantwortet:

Da die Partei Alternative für Deutschland (AfD) vom LfV nicht beobachtet wird, liegen keine Erkenntnisse zu den Teilfragen a bis e vor, sodass eine Beantwortung nicht möglich ist.

7. Rechtsextremismus an den Hochschulen

Frage 7.

- a) Welche Aktivitäten haben rechtsextreme Gruppen (einschließlich der den Rechtsextremisten nahestehenden Burschenschaften) oder Einzelpersonen an Universitäten und Fachhochschulen durchgeführt?

Hochschulen sind kein primäres Ziel rechtsextremistischer Gruppierungen. An hessischen Hochschulen sind keine rechtsextremistischen Hochschulgruppen bekannt. Sofern einzelne Burschenschaften rechtsextremistische Aktivitäten entfalten, erfolgt dies in aller Regel nicht an den Hochschulen, sondern außerhalb der (Hochschul-)Öffentlichkeit in den Räumlichkeiten der Burschenschaften.

Die Frankfurt University of Applied Sciences berichtet von vereinzelt Aktivitäten einiger weniger Studierender im Zeitraum 1990 bis 2010. Diese machten aufgrund ihres Einzelfallcharakters und der Niederschwelligkeit keine Reaktion der Hochschule erforderlich.

Im Sommersemester 2014 wurde ein Student, der ein T-Shirt mit einem Hakenkreuz getragen hat, der Bibliothek verwiesen.

- b) Welche Studentenverbindungen in Hessen stuft die Landesregierung insgesamt als rechtsextrem, welche hierunter als neonazistisch, neofaschistisch oder ultranationalistisch ein?
- c) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über Veranstaltungen mit Referenten der Extremen Rechten bzw. "Neuen Rechten" in Verbindungshäusern von studentischen Verbindungen vor (bitte nach Verbindungen auflisten)?

Die Teilfragen b und c werden im Zusammenhang wie folgt beantwortet:

Studentische Verbindungen oder Studentenverbindungen sind Vereinigungen von Studierenden und Absolventen; es gibt sie in unterschiedlichen Ausprägungen. Zu unterscheiden sind an Universitäten angesiedelte Hochschulgruppen und außeruniversitäre Studierendenverbindungen (z.B. Burschenschaften). Das LfV beobachtet studentische Verbindungen dann, wenn hinreichende Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verfolgen. Bei der Gießener Burschenschaft Dresdensia Rugia (DR) liegen tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen vor (siehe dazu auch Beantwortung der Teilfragen d bis g).

Bei den bekannt gewordenen Veranstaltungen (ohne staatsschutzrelevante Vorkommnisse) handelt es sich um Rednerveranstaltungen, Foren, Diskurse und Burschenschaftstreffen, bei denen teilweise Redner aus dem Bereich der "Neuen Rechten" oder der rechtskonservativen Klientel zu Gast waren:

- Burschenschaft "Germania", Lutherstr. 3, 35037 Marburg: 8 Veranstaltungen,
- Burschenschaft "Rheinfranken", Lutherstr. 5, 35037 Marburg: 11 Veranstaltungen.

- d) Welche Rolle hat die "Dresdensia Rugia" in Gießen im rechtsextremen Flügel der "Deutschen Burschenschaft"?
- e) Wird die "Dresdensia Rugia" durch die Sicherheitsbehörden beobachtet?
- f) Werden weitere Verbindungen beobachtet (z.B. Rheinfranken Marburg, Germania Kassel, Germania Marburg)?
- g) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Verbindungen der "Dresdensia Rugia" zur rechtsextremen Szene sowie zu Parteien vor?

Die Teilfragen d bis g werden im Zusammenhang wie folgt beantwortet:

Der bundesweite Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB), dem etwa 120 Burschenschaften angehören, wird von den Verfassungsschutzbehörden nicht als rechtsextremistisch bewertet. Daher kann die Rolle der Dresdensia Rugia (DR) im Dachverband nicht bewertet werden.

Die DR ist eine Gruppierung, bei der tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen vorliegen. Sie wird als Verdachtsfall beobachtet. Die DR lädt nicht nur Rechtsextremisten zu Vortragsveranstaltungen ein. Auch einzelne Mitglieder nehmen an rechtsextremistischen Veranstaltungen teil, sind hier als Rechtsextremisten bekannt oder haben als solche innerhalb der DR Funktionen übernommen. Nach Erkenntnissen des LfV sind nach wie vor hochrangige NPD-Funktionäre Mitglieder bei den "Alten Herren" der DR.

Über einzelne Mitglieder der DR liegen der Landesregierung unter anderem Erkenntnisse über folgende Verbindungen zur rechtsextremistischen Szene sowie zu Parteien vor:

- Junge Nationaldemokraten (JN),
 - Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO),
 - Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB),
 - NPD Bad Lauterberg,
 - NPD Greifswald,
 - NPD Mecklenburg-Vorpommern,
 - NPD Niedersachsen,
 - NPD in Sachsen,
 - NPD Südpfalz.
- h) Wie beurteilt die Landesregierung die Vorträge von diversen CDU-Politikern in der rechtsextremen Burschenschaft "Dresdensia Rugia" in Gießen, bei den "Marburger Rheinfranken" oder der "Germania Marburg"?

Die Hessische Landesregierung äußert sich grundsätzlich nicht zu Vorträgen von Politikern.

8. Parteifinanzen

Frage 8...

- a) Wie hoch ist das Parteivermögen rechtsextremistischer Parteien in Hessen?
- b) Wie hoch sind die Einnahmen der unter 8 a benannten Parteien und wie setzen sich diese zusammen?

Die Teilfragen a und b werden im Zusammenhang wie folgt beantwortet:

Zur Höhe des Parteivermögens rechtsextremistischer Parteien in Hessen und deren Einnahmen liegen keine eigenen Erkenntnisse vor. Die Parteien sind nicht verpflichtet, gegenüber der Landesregierung ihr Vermögen und ihre Einnahmen offenzulegen. Rechenschaftsberichte der Parteien über ihre finanziellen Mittel und ihr Vermögen sind dem Präsidenten des Deutschen Bundestags vorzulegen.

Nach Art. 21 Abs. 1 Satz 4 des Grundgesetzes müssen die Parteien über die Herkunft und die Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben. Das Parteiengesetz (PartG) führt dieses Transparenzgebot in den §§ 23 ff. näher aus und weist dem Präsidenten des Deutschen Bundestags die Aufgabe zu, die Rechenschaftsberichte der Parteien zu prüfen. Das Parlament und die Öffentlichkeit sind durch die jährlichen Veröffentlichungen über die finanziellen Verhältnisse der Parteien zu unterrichten. Der letzte Bericht des Präsidenten des Deutschen Bundestags über die Rechenschaftsberichte der Parteien datiert vom 18. Dezember 2013 und betrifft die Rechenschaftsberichte 2010 und 2011 (BT-Drs. 18/100).

In jenem Bericht wird unter anderem Folgendes ausgeführt:

"Das Parteiengesetz sieht vor, dass der Bundestagspräsident für die Festsetzung der gesetzlich definierten staatlichen Zuschüsse an die Parteien und die Kontrolle der Parteienfinanzierung insgesamt zuständig ist. ... Nahezu alle Parteien, die Ansprüche auf staatliche Mittel geltend machen können, reichen entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung (§ 23 PartG) jährlich Rechenschaftsberichte bei der Parteienfinanzierungsbehörde ein. Doch bei weitem nicht alle Parteien, die sich bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen den Bürgerinnen und Bürgern zur Wahl stellen, kommen dieser Verpflichtung nach. Parteien, die aufgrund schwacher Wahlergebnisse keine Zuschüsse erhalten würden, haben durch die Nichtbefolgung der Rechnungslegungspflicht keine rechtlichen Nachteile." (BT-Drs. 18/100, S. 5 und 6).

Zu den nicht eingereichten Rechenschaftsberichten wird im Bericht erläutert, dass das Parteiengesetz die im Grundgesetz verankerte Verpflichtung aller Parteien, über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft zu geben, als "Pflicht zur öffentlichen Rechnungslegung" (§§ 23 ff. PartG) konkretisiert habe. Es handele sich hierbei jedoch weder um eine von der Verwaltung oder der Justiz durchzusetzende noch um eine sanktionsbewehrte Verpflichtung. Vielmehr sei die verfassungsrechtlich verankerte Transparenzverpflichtung einfachgesetzlich zur Obliegenheit ausgestaltet worden, deren Missachtung lediglich für eine anspruchsberechtigte Partei negative Folgen nach sich ziehe, da der Bundestagspräsident staatliche Mittel nur auf der Grundlage eines Rechenschaftsberichts festsetzen dürfe. (BT-Drs. 18/100, S. 10).

Hieraus folgt, dass nicht bei allen rechtsextremistischen Parteien Angaben über deren Vermögen und Einnahmen gemacht werden können.

Im Bericht des Bundestagspräsidenten wird weiterhin Folgendes ausgeführt:

"Auch nicht im Deutschen Bundestag vertretene Parteien sind anspruchsberechtigt, wenn sie ein Mindestwählerstimmenanteil erreicht haben (§ 18 Absatz 4 Satz 1 PartG). Im Folgenden werden die Einnahmen, Ausgaben und Vermögen einer Auswahl der im Berichtszeitraum 2002 bis 2011 anspruchsberechtigten Parteien im Vergleich dargestellt, nämlich von PIRATEN, NPD, Die Tierschutzpartei, REP, FAMILIE und ödp. Die im letzten Bericht noch aufgeführte DVU ist nach ihrer Liquidation und erklärten Fusion mit der NPD im Jahr 2010 nicht mehr Bestandteil dieses Berichts." (BT-Drs. 18/100, S. 81).

Im Bericht des Bundestagspräsidenten sind das Vermögen der NPD und der REP auf den Seiten 107 bis 112 und die Höhe der Einnahmen sowie die Art der Einnahmen auf den Seiten 84 bis 97 dargestellt, auf die hiermit verwiesen wird.

Weiterhin wird auf die vergleichenden Kurzübersichten über die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensverhältnisse der Parteien in den Rechnungsjahren 2003 bis 2012 (BT-Drs. 18/3350 vom 3. Dezember 2014) sowie auf die darin zitierten Bekanntmachungen der Rechenschaftsberichte der übrigen anspruchsberechtigten Parteien (BT-Drs. 18/401) und der sonstigen Parteien

(BT-Drs. 18/1080) verwiesen. Die Bekanntmachungen erfassen die NPD, die REP und DIE RECHTE, die vergleichenden Kurzübersichten beziehen sich unter anderem auf die NPD.

9. Neue Medien

Frage 9...

a) Welche Rolle spielt das Internet bei der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts in Hessen?

Zur Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda bleibt das Internet das zentrale Medium. Es dient sceneintern als Kommunikationsmittel und zur Vernetzung. Mit seinen Möglichkeiten bietet es einen nahezu unerschöpflichen Fundus an Informationen zur schnellen und vor allem kostengünstigen Informationsbeschaffung. Im Rahmen der Vernetzungs- und Mobilisierungsbemühungen der rechtsextremistischen Szene gewinnen dabei neben klassischen Internetpräsenzen und Homepages auch die Anwendungen des Web 2.0 zunehmend an Bedeutung. Insbesondere sind hier die sozialen Netzwerke (z.B. facebook) sowie der Kurznachrichtendienst "Twitter" zu nennen. Diese Dienste werden genutzt, um einem möglichst großen Adressatenkreis sceneinterne Berichte, Veranstaltungstermine und Mobilisierungsaufrufe zur Kenntnis zu geben. Durch die vermehrte Verlagerung der Internetaktivitäten hin zu sozialen Netzwerken ist die Anzahl der von Deutschland aus betriebenen eigenständigen rechtsextremistischen Homepages rückläufig. Auf einem großen Teil dieser rechtsextremistischen Homepages wird auf entsprechende Twitter-Accounts, YouTube-Videos oder Angebote in sozialen Netzwerken verwiesen.

Diese virtuelle Selbstdarstellung im Internet dient den Rechtsextremisten nicht nur zur Erhöhung des eigenen Bekanntheitsgrads, sondern auch zur Werbung und Gewinnung neuer Interessenten.

Am Beispiel der Vorfälle in Allendorf/Lumda in den Jahren 2013/14 zeigte sich innerhalb der Arbeit des beratungsNetzwerks hessen, dass rechtsextremistische Akteure gezielt das Medium Internet (über eigene Homepages, Twitter oder über facebook) nutzten, um "tagesaktuell" Vorkommnisse aus ihrer Sicht zu kommentieren und durch ihre öffentlichen Positionierungen bestehende Konfliktlagen verschärfen und somit vor Ort versuchten, neue Dynamik zu erzeugen.

b) Welche hessischen rechtsextremistischen Zusammenschlüsse, Onlineversandhäuser, Verlage, Musikgruppen und ähnliche Anbieter unterhalten nach Erkenntnissen der Landesregierung eigene Homepages?
Gibt es Erkenntnisse über die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer dieser Seiten?

In Hessen verfügen grundsätzlich alle Gruppierungen über eigene Homepages, auch wenn sich immer wieder die Adressen ändern oder die Seiten zeitweise nicht abrufbar sind. Die Inhaber bzw. Betreiber solcher Homepages sind teilweise sehr jung. Oftmals erfolgt bei Anmeldung einer eigenen Homepage keine detaillierte Überprüfung der Daten des Anmelders, eine E-Mail-Adresse genügt in der Regel. Auch dies führt vermutlich dazu, dass zeitweise Internetseiten vorgeblich neuer Gruppierungen bekannt werden, aber bei genauer Überprüfung festzustellen ist, dass sich eine Einzelperson dahinter verbirgt und kein Personenzusammenschluss. Eine besondere Rolle kommt der Homepage des FNH als Vernetzungsplattform zu, auf der Internetpräsenzen anderer hessischer und außerhessischer rechtsextremistischer Gruppierungen und Parteien verlinkt sind (siehe dazu auch Beantwortung der Frage 4).

Der Hang zur Selbstdarstellung der eigenen Person und der eigenen Zielsetzung, sowie die ansteigende Zahl der Internet-Nutzer bewirken einen Anstieg der rechtsextremistischen Homepages. Schwerpunktmäßig findet der Austausch der Szene in Foren statt. Hier erfolgt ein reger Meinungsaustausch. Es werden Informationen über Termine und Veranstaltungen, Konzertberichte, Berichte über Aktionen, Mitfahrgelegenheiten zu Veranstaltungen sowie Hinweise auf verschiedene andere Netzseiten verbreitet.

Die Mitglieder dieser Foren machen kostenlos Werbung für ihre eigene Netzseite und suchen Partner oder Kameraden in ihrem Wohnumfeld. In diesen Foren werden in der Regel auch sogenannte Ansprache-Versuche der Sicherheitsbehörden verbreitet und die "Kameraden" gewarnt und sensibilisiert.

Die vermeintliche Anonymität des Internets lässt den Austausch dieser Informationen stetig anwachsen. Hieran ändern auch die zunehmenden Hackerangriffe der linksextremistischen autonomen "Antifa" auf rechtsextremistische Verlage und Homepages zunächst nichts. Bemerkenswert ist, dass in den Foren nur eine geringe Resonanz auf solche Hackerangriffe erkennbar ist, selbst wenn - wie in einem Fall - die gesamten Besteller-Daten rechtsextremistischer Vertriebe im Internet veröffentlicht wurden. Es kann jedoch festgestellt werden, dass vermehrt der öffentliche Zugang zu Internet-Seiten geschlossen wird, sodass der Zugriff nur noch registrierten Nutzern möglich ist.

Neben zahlreichen privaten Klein-Homepages sind die rechtsextremistischen Parteien mit großen Online-Angeboten im Internet vertreten. Hier werden Propaganda-Materialien zum Download vorgehalten, Termine zu Veranstaltungen eingestellt, Parteiprogramme und Statements veröffentlicht. Verlinkungen zu den Landes-, Kreis- und Ortsebenen vervollständigen das Angebot der Parteien.

Über die Zahl der Nutzer der Seiten gibt es keine Erkenntnisse. Zwar verfügen einige über einen sogenannten Counter, aber da dieser durch den Betreiber jederzeit zu verändern ist, kann hier keine hinreichend belastbare Aussage getroffen werden.

Weiterhin kommt Anbietern wie "Twitter" und "WhatsApp" eine große Bedeutung in der Kommunikation zu. Wegen der starken Verbreitung der sogenannten Smartphones können so schnell Informationen an einen großen Verteilerkreis weitergegeben und jederzeit und überall spontan abgerufen werden.

Folgende Internetpräsenzen/Homepages hessischer rechtsextremistischer Zusammenschlüsse, Onlineversandhäuser, Verlage, Musikgruppen und ähnliche Anbieter sind derzeit bekannt:

Lfd. Nr.	Homepage	Gruppierung/Partei
1	www.npdfrankfurt.de	NPD Frankfurt a.M.
2	http://logr.org/nsrm/	Nationalen Sozialisten Rhein-Main
3	www.npd-hessen.de	NPD Hessen
4	http://logr.org/anwetzlar/	Autonome Nationalisten Wetzlar
5	www.infoportal-wetzlar.com	Nicht bekannt
6	www.npd-lahn-dill.de	NPD Kreisverband Lahn-Dill
7	http://logr.org/anmr	Autonome Nationalisten Marburg (ANMR)
8	www.npd-hessen.de/...NPD_Marburg_Biedenkopf...	NPD Kreisverband Marburg-Biedenkopf
9	www.supremacythroughintolerance.org;	Privatperson
10	https://twitter.com/Lumdata1 http://logr.org/JNLumdata1	Ein Zusammenschluss rechter Personen aus Lumdata1 im Kreis Gießen hat mutmaßlich eine eigene Internetplattform betrieben.
11	http://facebook.de	Facebook-Profile der Gruppierungen: Freie Kräfte Fulda, Hersfelder Echo, JN Hessen, JN Südhessen, Mainlichter, Nordglanz, NPD Landesverband Hessen, NPD KV Frankfurt a.M., NPD KV Wetterau, NPD Südhessen, Reaktion Rhein-Main
12	www.facebook.com/pages/herfelder-echo	Hersfelder Echo (Internetmagazin)
13	Keine Moschee in Fulda	temporäre Facebook-Gruppen "Keine Moschee in Fulda"
14	www.fn-hessen.net.fatcow.com/angg/	Autonome Nationalisten Groß-Gerau (ANGG)
15	http://logr.org/odenwald	Freie Nationalisten Odenwald-Bergstraße
16	http://fn-hessen.net	Internetpräsenzen des FN Hessen
17	www.sturm18.de	Internetpräsenz der Gruppierung "Sturm 18" im Jahr 2010-2011 inaktuell; sowie 2014 neue Internetpräsenz (geschlossene Benutzergruppe)
18	www.jn-hessen.de	JN Hessen
19	www.npd-vogelberg.de	NPD KV-Vogelberg
20	www.npd-buedingen.de	NPD-KV Büdingen
21	www.npd-nordhessen.de	NPD-KV-Nordhessen
22	www.npd-wetterau.de	NPD KV-Wetterau
23	www.npd-hersfeld-rotenburg.de	NPD-KV-Hersfeld-Rotenburg
24	www.nordglanz.net	NSBM-Band Nordglanz
25	www.twitter.com	Twitter-Accounts der Gruppierungen: ANGG, FN-Hessen, JN Lumdata1, NPD Hessen, NS Rhein-Main, NaSo Ried, Infoportal Wetzlar

Aufgrund der Schnellebigkeit des Mediums Internet unterliegen diese Erkenntnisse allerdings einer ständigen Veränderung.

- c) Über welche Provider werden rechtsextremistische Inhalte in das Internet gestellt und inwieweit sind diese bereit, menschenverachtende, rassistische oder solche Inhalte, die Straftatbestände erfüllen, aus dem Netz zu nehmen?

Die überwiegende Zahl der Webangebote der rechtsextremistischen Szene wird über Server in den USA betrieben. Vor allem die Nutzung des Social Web (Web 2.0) - die am meisten genutzten Plattformen sind facebook, YouTube und Twitter (US-Dienste) - trägt zu dieser Entwicklung bei.

Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen der USA zur Meinungsfreiheit schränken die Möglichkeiten der Bekämpfung solcher Sachverhalte ein. So kann bei der Ahndung von Propagandadelikten durch die amerikanischen Behörden grundsätzlich keine polizeiliche Unterstützung gewährt werden. Sachverhalte mit Aufrufen zur Gewalt müssen sich konkret gegen eine Person oder Sache richten und der Täter muss tatsächlich in der Lage sein, seine Drohung zu verwirklichen oder durch andere realisieren zu lassen. Eine grundsätzliche Gefährdung des öffentlichen Friedens durch das Verbreiten von Hass wird in den USA nicht gesehen.

Für deutsche Provider greift die sogenannte Haftungsprivilegierung. Danach sind sie für gespeicherte Inhalte nicht verantwortlich, sofern sie keine Kenntnis von den Inhalten haben. Zu einer gezielten Suche sind sie nicht verpflichtet. Werden sie aber von strafrechtlich relevanten Inhalten in Kenntnis gesetzt, so müssen sie entsprechend handeln. Dies erfolgt erfahrungsgemäß zeitnah.

Ausländische Provider agieren grundsätzlich gemäß ihren jeweiligen Landesgesetzen. Es kann demnach vorkommen, dass beispielsweise eine Hakenkreuzabbildung durch einen US-amerikanischen Provider nicht entfernt wird.

- d) Welche Rolle spielt das Internet bei den Umsätzen von Verlagen, die in Deutschland verbotenes NS-Propagandamaterial vertreiben, und gibt es Erkenntnisse oder Schätzungen über den Umsatz dieser Verlage in Hessen?

Das Medium Internet wird durch Rechtsextremisten in zunehmendem Maße insbesondere zu Propagandazwecken und als Kommunikationsmittel genutzt. In welchem Maße verbotenes NS-Propagandamaterial vertrieben wird, kann nicht bewertet werden. Grundsätzlich kommt dort dem Vertrieb über ausländische Websites oder die persönliche Weitergabe (etwa bei Konzerten) eine größere Bedeutung zu. Über detaillierte Umsatzbeträge liegen keine Erkenntnisse vor. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich die zunehmende Verbreitung und Bedeutung des Internets auch in den jeweiligen Verlagsumsätzen widerspiegeln.

- e) Welche Gegenmaßnahmen trifft die Hessische Landesregierung gegen rechtsextremistische Propaganda im Internet?

Gesetzliche Vorschriften zur Verfolgung und zu den möglichen Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda im Internet ergeben sich, wie auch bei der präventiven und repressiven Bekämpfung anderer Delikte, aus der Strafprozessordnung, dem Strafgesetzbuch, dem Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie strafrechtlichen Nebengesetzen wie z.B. dem Jugendschutzgesetz.

Ein Einwirken auf ausländische Provider bleibt wegen der oftmals fehlenden Strafbarkeit im jeweiligen Einstellungsland erfolglos. Im Zuständigkeitsbereich der deutschen Gerichtsbarkeit hingegen kann nach den oben genannten gesetzlichen Grundlagen gegen die Provider vorgegangen werden. Hierbei hat sich die direkte Ansprache der Provider, mit der Aufforderung, rechtsextremistische Angebote aus dem Netz zu nehmen, als effektiv erwiesen. Nach dem in Deutschland gültigen Mediendienste-Staatsvertrag (MDStV) besteht für den Zugangsanbieter keine Verantwortlichkeit für die Seiten, die er lediglich "durchleitet". Die Zugangsanbieter können daher nicht in die Pflicht genommen werden, die Weiterleitung von Seiten mit strafbarem, insbesondere rechtsextremistischem Inhalt, zu unterbinden.

Das Sperren von rechtsextremistischen Seiten beim einstellenden Provider im Internet ist nur möglich, wenn diese unzulässige/strafbare Inhalte aufweisen. Dies obliegt nach § 22 MDStV der Aufsichtsbehörde.

In Hessen führt neben den Polizeipräsidien und dem Landeskriminalamt (HLKA) auch das LfV im Rahmen seiner Aufgabenwahrnehmung eigenständige Internetrecherchen durch. Hierdurch sollen Erkenntnisse über die Inhalte, die Autoren und gegebenenfalls die Strukturen innerhalb der rechtsextremistischen Szene gewonnen werden. Hinweise auf strafrechtlich relevante Internetauftritte werden dem HLKA übermittelt.

Darüber hinaus werden Beratungsanfragen zu Vorkommnissen mit rechtsextremistischem Hintergrund im Internet von Seiten des BeratungsNetzwerks hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus zur Bearbeitung an den Kooperationspartner jugendschutz.net, der Prüfstelle der Länder für jugendschutzrelevante Angebote im Internet, weitergeleitet.

- f) Welche CD-ROMs und DVDs mit rechtsextremistischen Inhalten wurden in den letzten zehn Jahren in Hessen hergestellt oder vertrieben?
- g) Wie hoch ist die Auflage von CD-ROMs und DVDs mit rechtsextremistischen Inhalten?
- h) Wie hoch ist der in Hessen mit CD-ROMs und DVDs mit rechtsextremistischen Inhalten erzielte Umsatz?

Die Teilfragen f, g und h werden im Zusammenhang wie folgt beantwortet:

Den hessischen Sicherheitsbehörden liegen keine konkreten Erkenntnisse über die Herstellung, den Vertrieb von CD-ROMs oder DVDs mit rechtsextremistischen Inhalten oder Zahlen über den mit solchen Produkten erzielten Umsatz in Hessen vor. Es ist jedoch davon auszugehen, dass CD-ROMs und DVDs, die in Deutschland auf dem Markt sind, auch in Hessen vertrieben werden.

Nach vorliegenden Erkenntnissen werden solche Produkte vornehmlich im europäischen Ausland, insbesondere in Osteuropa, wegen der dort geringeren Produktionskosten hergestellt.

- i) Welche Rolle spielen die sogenannten sozialen Netzwerke in der Kommunikationsstrategie der extremen Rechten?

Es wird zunächst auf die Beantwortung der Teilfrage a verwiesen. Zudem zeigen die meisten Rechtsextremisten ihre Ideologie im Rahmen ihrer Profile in sozialen Netzwerken, um sich gegenüber Szene-Angehörigen zu erkennen zu geben. Dies erfolgt zumeist über entsprechende Hinweise (bei Facebook etwa über die "Gefällt mir"-Angaben) auf rechtsextremistische Parteien oder Gruppierungen. Häufig spielen auch Gruppen eine Rolle, die eine durch Rechtsextremisten als "Türöffner" gewählte Thematik ansprechen: Eine besondere Bedeutung kommt Gruppen zu, die sich etwa mit der Forderung nach einer "Todesstrafe für Kinderschänder" beschäftigen. Diese Gruppen dienen gleichzeitig der Rekrutierung von Personen und der Verbreitung rechtsextremistischer Ziele.

Hinsichtlich des Internetauftritts rechtsextremistischer Gruppierungen in sozialen Netzwerken ist eine zunehmende Professionalisierung feststellbar. Layout und Design sind zielgruppengerecht gestaltet und politische Inhalte werden in einfachen und prägnanten Sätzen sowie optisch einprägsamen Darstellungen aufbereitet.

- j) Wie überwachen die Sicherheitsbehörden die Aktivitäten der extremen Rechten in diesen Netzwerken?

Vor dem Hintergrund der verstärkten Nutzung des Internets durch Rechtsextremisten und rechtsmotivierte Straftäter wurde Ende des Jahres 2011 im Rahmen der Vereinbarungen zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt zur Implementierung des Gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus die Koordinierte Internetauswertung für den Bereich Rechtsextremismus (KIAR) eingerichtet. Diese soll zentral Internetrecherchen zu Sachverhalten und Ereignissen mit rechtsterroristischen oder rechtsextremistischen Bezügen und die Weiterverarbeitung, Analyse und Auswertung der dazu gewonnenen Informationen gewährleisten.

In Hessen führen die Sicherheitsbehörden im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung und ihrer Befugnisse darüber hinausgehend eigenständige Internetrecherchen durch.

- k) Wie werden rechtsextreme Straftaten in sozialen Netzwerken verfolgt und geahndet? Wegen wie vieler rechtsextremer Straftaten in sozialen Netzwerken wurde seit 2006 strafrechtlich ermittelt, in wie vielen Fällen kam es zu einer Anklage, in wie vielen Fällen kam es zu einer Verurteilung, wie viele Verfahren wurden eingestellt (bitte nach Jahren und mit zugrunde liegendem Straftatbestand auflisten)?

Eine Statistik über rechtsextremistische Straftaten in sozialen Netzwerken wird nicht geführt, weshalb das mit der Frage erbetene Zahlenmaterial nicht zur Verfügung gestellt werden kann.

Allgemein ist mitzuteilen, dass Polizei und Staatsanwaltschaft die Ermittlungen bei strafbaren Handlungen mit rechtsextremistischem Hintergrund neben der üblichen Sorgfalt mit hoher Sensibilität führen. In der Regel sind für die Bearbeitung von Strafsachen mit politischem Hintergrund Sonderdezernate bei den Staatsanwaltschaften eingerichtet und die polizeilichen Ermittlungen erfolgen durch besonders geschulte Polizeibeamte in den Staatsschutz-Kommissariaten. Phänomenologisch handelt es sich bei den angesprochenen Verfahren überwiegend um Fälle der Verbreitung volksverhetzender Äußerungen oder des Verwendens verbotener Kennzeichen. Die

Ermittlungsbehörden schöpfen in solchen Fällen die gesetzlich vorgesehenen Ermittlungsmöglichkeiten (wie z.B. Durchsuchung, Beschlagnahme, Maßnahmen zur Überwachung der Telekommunikation) aus und ermitteln auch im Wege der Rechtshilfe, soweit sich tatrelevante Server im Ausland befinden.

Die Ahndung rechtsextremistischer Straftaten erfolgt regelmäßig durch Erhebung der Anklage und - bei Tatnachweis - eine Verurteilung der ermittelten Täter. Im Einzelfall kommen auch Strafbefehlsverfahren oder Einstellungen nach §§ 153 ff. der Strafprozessordnung (StPO) in Betracht.

10. Rechtsextreme Musik

Frage 10...

- a) Welche Konzerte, Musikdarbietungen im Rahmen von Partei- oder Kameradschaftstreffen, Privatpartys, auf denen Bands auftraten, Partys im Gastronomiebereich, auf denen vorwiegend rechtsextreme Musik abgespielt wurde, haben in den letzten zehn Jahren in Hessen stattgefunden?

Die Teilfragen a und d werden im Zusammenhang wie folgt beantwortet:

Musikveranstaltungen der rechtsextremistischen Szene werden zumeist konspirativ vorbereitet. Die Sicherheitsbehörden erhalten somit im Vorhinein nicht von allen Veranstaltungen Kenntnis.

Als Musikveranstaltung der rechtsextremistischen Szene werden solche Veranstaltungen bewertet, die entweder von rechtsextremistischen Gruppierungen vorbereitet, organisiert und durchgeführt werden oder bei denen überwiegend oder ausschließlich rechtsextremistische Musiker bzw. Gruppen auftreten. Eine vollständige Auflistung aller rechtsextremistischen Musikveranstaltungen nach den in den Fragen genannten Kriterien kann nicht veröffentlicht werden, da die rechtsextremistische Szene daraus Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand der Sicherheitsbehörden ziehen könnte.

Darüber hinaus finden auch andere Musikveranstaltungen statt, die insbesondere wegen des Musikstils überwiegend von Rechtsextremisten besucht werden. Dies allein ist jedoch kein Kriterium für eine Bewertung als rechtsextremistische Musikveranstaltung (vgl. z.B. Frage 19 c).

Datum	Art der VA	Auftritt von Bands/Sänger	VA-Ort
25.02.2005	Balladenabend	Auftritt von 4 Künstlern - näheres nicht bekannt	Frankfurt-Rödelheim
19.03.2005	Skinheadkonzert	Haftbefehl, Nordglanz	Groß-Umstadt OT Richen
05.11.2005	Party mit Musikdarbietung/Skinheadkonzert	Auftritt von Bands - näheres nicht bekannt	Rimbach OT Mitlechtern
11.11.2005	Skinheadkonzert	Julmond, Royal Hatred	Felsberg
19.11.2005	Skinheadkonzert	Auftritt von Edei von Kraftschlag, Norman Bordin, Timmy von Störmanöver	Südhessischer Raum
03.12.2005	Skinheadkonzert	Störmanöver	Heppenheim
07.01.2006	Skinheadkonzert	Blitzkrieg, Breakdown, Eternal Bleeding, Gigi und die braunen Stadtmusikanten	Griesheim
23.09.2006	Skinhead-Konzert (aufgelöst)	Näheres nicht bekannt	Hofgeismar
30.09.2006	Geburtstagsfeier	Näheres nicht bekannt	Dieburg
24.02.2007	Skinhead-Konzert	Störmanöver, Thrima, Breakdown, Frontalkraft	Lampertheim
29.12.2007	Skinhead-Konzert	Störmanöver, Breakdown, Jungsturm	Viernheim
10.01.2009	Balladenabend	Carpe Diem	Wölfersheim
24.01.2009	Skinhead-Konzert	Störmanöver	Dillenburg
17.04.2009	JN Gründungskongress mit Bandauftritt	Carpe Diem	Wölfersheim
10.06.2009	NPD-Vortragsabend mit Liedermacher	Julmond	Gelnhausen
29.05.2010	Skinhead-Konzert	Näheres nicht bekannt	Wildeck-Obersuhl

24.03.2012	NPD Landesparteitag mit Liedermacher	Nico Schiemann	Altenstadt
24.08.2013	Solidaritätskonzert	Raunijar	Friedlos-Ludwigsau
08.09.2014	Balladenabend	Lunikoff	Hungen-Villingen
15.10.2014	Balladenabend	Lunikoff	Schmitten
29.11.2014	Feier des Freien Netz Hessen	Resistentia	nicht bekannt

- b) Welche Anstrengungen werden von den zuständigen Behörden unternommen, um die meist heimlich abgehaltenen Musikveranstaltungen zu enttarnen und zu beobachten?

Unter Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten sind die hessischen Sicherheits- und Gefahrenabwehrbehörden intensiv bemüht, solche Musikveranstaltungen in Hessen im Vorfeld zu erkennen, zu lokalisieren und zu unterbinden. Sofern dies rechtlich im Rahmen der Einzelfallprüfung nicht möglich ist, werden die Veranstaltungen polizeilich bearbeitet, um Störungen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu verhindern, Straftaten festzustellen und weitergehende erforderliche polizeiliche Maßnahmen zu treffen. Seitens des LfV erfolgen eine Verhältnismäßigkeitsprüfung des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel sowie eine enge Absprache mit der zuständigen Polizeibehörde.

Um Informationen zu einem Veranstaltungsort zu erlangen, erfolgt ein länderübergreifender Informationsaustausch. Es werden eigenständige Internetrecherchen durchgeführt und es wird versucht, zeitnah mit dem Veranstalter Kontakt aufzunehmen. Damit einhergehend erfolgt eine Sensibilisierung der Gemeinden oder von Privatpersonen als potenzielle Vermieter von Räumlichkeiten für solche Musikveranstaltungen mit dem Ziel, bereits geschlossene Mietverträge zu kündigen und damit der rechten Szene keine potenziellen Veranstaltungsortlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Vor diesem Hintergrund hat das Hessische Ministeriums des Innern und für Sport (HMdIS) eine "Kommunenbroschüre" mit dem Titel "Freiheit und Demokratie stärken" als Handlungsempfehlung zum Umgang mit Rechtsextremismus für Kommunen konzipiert und in mittlerweile 2. Auflage herausgegeben. Diese informiert über die Vorgehensweisen von Rechtsextremisten sowie über Handlungsmöglichkeiten und kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Darüber hinaus beinhaltet die Broschüre Informationen zu den Themenfeldern Immobiliennutzung, Demonstrationen, Musikveranstaltungen und Vereinsmitgliedschaften. Hierdurch wird es potenziellen Veranstaltern von rechtsextremen Musikveranstaltungen in Hessen erschwert, zukünftig geeignete Veranstaltungsortlichkeiten zu finden und rechte Konzerte durchzuführen.

- c) Wie werden eingesetzte Beamte geschult, um regelmäßig bei solchen Veranstaltungen auftretende Propaganda-Delikte zu erkennen und zu ahnden?

Polizeiangehörige werden zum Thema "Rechtsextremismus" in verschiedenen Seminaren fortgebildet. Die Seminare werden von der Hessischen Polizeiakademie (HPA) jährlich evaluiert und bedarfsorientiert angepasst.

Darüber hinaus werden zum Erhöhen der Handlungssicherheit der eingesetzten Polizeikräfte im Umgang mit rechtsextremistischen Veranstaltungen die bestehenden "Richtlinien für den Einsatz bei Versammlungen, Musik- und sonstigen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene" regelmäßig im Dienstunterricht und insbesondere vor entsprechenden Einsatzlagen thematisiert und soweit erforderlich fortgeschrieben.

- d) Welche Musikgruppen oder Sänger/Sängerinnen sind jeweils im Rahmen der in Frage 10 a benannten Veranstaltungen aufgetreten und wo erfolgten diese Auftritte?

Es wird auf die Beantwortung der Teilfrage a verwiesen.

- e) Wer waren jeweils die Veranstalter der vorgenannten Musikveranstaltungen?

Die Veranstalter der vorgenannten Musikveranstaltungen, die polizeilich bekannt wurden, waren neben Privatpersonen auch rechtsextremistische Organisationen und Parteien.

- f) Gehören die Veranstalter der vorgenannten Musikveranstaltungen rechtsextremistischen Organisationen an?
Wenn ja, welchen?

Die Veranstalter der vorgenannten Musikveranstaltungen waren größtenteils Personen rechtsextremistischer Parteien und Organisationen, die Bands selbst sowie Privatpersonen.

Einen Schwerpunkt bilden Angehörige der subkulturellen Szene, die gegenwärtig in Hessen aber über keine festen Organisationsstrukturen verfügt. In Einzelfällen bestehen Bezüge zu

außerhessischen Hammerskin-Strukturen. Im Zeitraum 2004 bis 2006 kam außerdem der Gruppierung "Berserker Kirtorf" eine besondere Rolle als Konzertveranstalter zu. Die Gruppierung existiert zwischenzeitlich nicht mehr. Eine vergleichbare Gruppierung besteht derzeit in Hessen nicht.

g) Wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten die Musikveranstaltungen?

Bei den Musikveranstaltungen in Hessen wurden bis zu ca. 100 Personen festgestellt.

h) Lassen sich die Besucherinnen und Besucher rechtsextremistischen Organisationen oder Spektren zuordnen?

Die Besucher lassen sich zum größten Teil rechtsextremistischen Organisationen, Parteien oder Gruppierungen zuordnen, wobei zum Besuch rechtsextremistischer Konzerte keine Zugehörigkeit zu einer rechtsextremistischen Organisation notwendig ist. Erforderlich ist allerdings zumindest ein Kennverhältnis zu (anderen) Rechtsextremisten, da Konzerteinladungen meist konspirativ in der Szene verteilt werden.

i) Wie viele und welche der vorgenannten Veranstaltungen waren als "Privatveranstaltungen" angemeldet?
Hatten diese Veranstaltungen tatsächlich einen privaten Charakter und wer hat das überprüft?

Private Veranstaltungen werden grundsätzlich nicht angemeldet. Die Überprüfung des Veranstaltungscharakters erfolgt grundsätzlich durch die zuständige Ordnungsbehörde, sofern sie Kenntnis erlangt.

Erhält die Polizei Kenntnis von einer Veranstaltung im Sinne der Anfrage, wird diese vor Ort mit dem Ziel der Überprüfung des "Charakters" aufgeklärt. Ergeben sich Anhaltspunkte für rechtsextremistische Aktionen bzw. für Straf- oder Gewalttaten, wird die Polizei unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten tätig.

j) Welche ordnungsamtlichen Auflagen wurden den Veranstaltern gemacht?

Rechtsextremistische Konzerte werden höchst konspirativ vorbereitet und durchgeführt, sie werden daher in der Regel nicht angemeldet. Die Veranstaltungsteilnehmer werden über ebenso konspirative Erreichbarkeiten erst kurz vor der Veranstaltung über den Veranstaltungsort informiert. Insoweit besteht mangels Kenntnis von diesen Veranstaltungen meist keine Möglichkeit, den Veranstaltern Auflagen zu erteilen. Bei bestehenden rechtlichen Voraussetzungen werden diese Veranstaltungen verboten oder verhindert. Eine weitere Möglichkeit der Verhinderung ist die Auflösung geschlossener Mietverträge, vgl. Antwort zu Teilfrage b.

k) Wie viele Festnahmen und Personenkontrollen wurden im Zusammenhang mit den Musikveranstaltungen vorgenommen?

Im Zusammenhang mit den unter Teilfrage a aufgelisteten Musikveranstaltungen wurden keine Festnahmen, jedoch ca. 500 Personenkontrollen durchgeführt.

l) Wie viele Ermittlungsverfahren wurden wegen auf oder im Zusammenhang mit den Musikveranstaltungen begangener Straftaten eingeleitet?

m) Kam es zu Anklagen wegen auf oder im Zusammenhang mit den Musikveranstaltungen begangener Straftaten?

n) Kam es zu Verurteilungen wegen auf oder im Zusammenhang mit den Musikveranstaltungen begangener Straftaten und wenn ja, welche Straftaten lagen den Verurteilungen zugrunde?

Die Teilfragen l bis n werden zusammen wie folgt beantwortet.

Ermittlungsverfahren, Anklagen oder Verurteilungen wegen auf oder im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Musikveranstaltungen begangenen Straftaten werden statistisch nicht gesondert erfasst, weshalb eine entsprechende Auswertung nicht möglich ist.

o) Welche rechtsextremistischen Musikgruppen und Liedermacher sind in den letzten zehn Jahren in Hessen aktiv gewesen (bitte einzeln auflisten)?

Folgende Bands/Liedermacher waren in den letzten zehn Jahren in Hessen im Rahmen von Konzerten aktiv:

- Absurd,
- Aryan Rebels,
- Agitator,
- Blitzkrieg,
- Breakdown,
- Carpe Diem,

- Eternal Bleeding,
- Externe RageFeldherren,
- FeuerregenFlex,
- FylgienFrontalkraft,
- Garde 18,
- Gegenschlag,
- Gigi und die braunen Stadtmusikanten,
- Haftbefehl,
- Hausverbot,
- Julmond,
- Jungsturm,
- Kategorie C - Hungrige Wölfe,
- Kraftschlag (ein Bandmitglied),
- Last man standing,
- Libertin,
- Lunikoff,
- Nico Schiemann,
- Non + Ultra,
- Nordglanz,
- Norman Bordin,
- Rachezug,
- Raunijar,
- Royal Hatred,
- Semtex,
- Störmanöver,
- Streitmacht,
- Thrima.

Zu den hessischen Bands siehe auch Beantwortung der Frage 19 f.

p) Welche rechtsextremistischen Musikverlage haben ihren Sitz in Hessen?

Da aktuell ein Ermittlungsverfahren gegen den einzigen in Hessen ansässigen Verlag geführt wird, können derzeit hierzu keine Auskünfte erteilt werden.

aa) Gibt es Erkenntnisse über Umsatzzahlen und Gewinne?

Es wird auf die Beantwortung der Teilfrage p verwiesen.

bb) Wie viele Ermittlungsverfahren wurden gegen Liedermacher, Gruppen und Musikverlage eingeleitet und mit welchem Ergebnis?

Ermittlungsverfahren gegen (rechtsextremistische) Liedermacher, Gruppen und Musikverlage werden statistisch nicht gesondert erfasst. Die Generalstaatsanwaltschaft hat berichtet, dass ihr im Geschäftsbereich der hessischen Staatsanwaltschaften aktuell zwei Verfahren bekannt sind, welche in Zusammenhang mit dem Verdacht des Vertriebs von Musik mit rechtsextremistischen Inhalten geführt werden. Da es sich um laufende Verfahren handelt, können weitere Einzelheiten nicht mitgeteilt werden.

11. Sport

Frage 11...

a) Welche Gruppierungen und Zusammenschlüsse mit rechtsextremistischem Hintergrund betätigen sich im Bereich des Sports und der Fangruppen?

In hessischen Sportvereinen wurden bisher "nur" Fälle von Einzelpersonen aus der rechtsextremistischen Szene bzw. der NPD bekannt (Auflistung s.u.).

Im Bereich des Sports und der Fangruppen betätigen sich Gruppierungen und Zusammenschlüsse mit rechtsextremistischem Hintergrund nicht. Jedoch sind im Einzelfall Überschneidungen von Personen mit rechtsextremistischem Hintergrund im Bereich der sportlichen Fangruppen möglich. So sind z.B. innerhalb der Offenbacher Hooliganszene Personen anzutreffen, die eine

politisch rechte Gesinnung vertreten und diese vereinzelt durch z.B. das Tragen von Kleidung mit szenetypischen Markenemblemern nach außen tragen.

- b) Wo unterhalten diese Gruppierungen und Zusammenschlüsse eigene Vereinsheime bzw. regelmäßige Treffpunkte in Hessen?

In Hessen sind keine eigenen Vereinsheime bzw. regelmäßigen Treffpunkte bekannt.

- c) Welche "Fanzines" verbreiten rechtsextremistische Inhalte (bitte einzeln auflisten)?

Es sind keine "Fanzines" bekannt, die rein rechtsextremistische Inhalte verbreiten. Die Fanzines bzw. Spieltagsflyer werden zum überwiegenden Teil von Ultra-Gruppen produziert, die sich mit den Spielen ihres Vereins oder mit vereinspolitischen Themen auseinandersetzen.

Oftmals zu beobachten sind aber gewollte oder unbewusste Diskriminierungen in Bezug auf Rassismus oder Homophobie; insbesondere dann, wenn der (sportliche) Gegner diffamiert werden soll.

Rechtsextremisten in der Fußballszene verbreiten ihre Ideologie und werben für ihr Netzwerk über ihre persönlichen Facebook-Seiten. Große Aktivitäten in Fußball-Fan-Foren erkennt man oft an einschlägigen, rechtsextremistischen, persönlichen Signaturen oder "Status"-Meldungen (z.B. bei WhatsApp-Gruppen).

- d) Welche Bundesligavereine der 1. und 2. Liga des Deutschen Fußballbunds unterhalten in Hessen keine Fanprojekte und warum nicht?

Alle hessischen Vereine in den zwei höchsten Spielklassen unterhalten Fanprojekte. Darüber hinaus werden durch die Landesregierung das Fanprojekt im Verein O.F.C. Kickers Offenbach (Regionalliga Südwest) und die Fanarbeit in den Vereinen SV Wehen-Wiesbaden (3. Liga) und KSV Hessen Kassel (Regionalliga Südwest) unterstützt.

- e) Wie hoch sind die Mittel, die in den bestehenden Fanprojekten jeweils von den Vereinen, von Kommunen und vom Land für Fanprojekte aufgewendet werden (bitte einzeln auflisten)?

Die Fanprojekte werden von den Kommunen, dem Land sowie dem DFB und Ligaverband DFL finanziert. Die aktuelle Aufteilung in den hessischen Fanprojekten (Stand Haushaltsjahr 2013) sieht wie folgt aus:

Fanprojekt	Gesamtfinanzierung	Anteil Kommune	Anteil Land	Anteil Verband
SV Darmstadt 98	128.424,38 €	30.770 €	40.500 €	56.077,50 €
Eintracht Frankfurt	200.026,64 €	53.000 €	53.000 €	83.000 €
FSV Frankfurt	6.825,51 €*	7.000 €	17.500 €	21.000 €
Kickers Offenbach	157.453,48 €	41.000 €	45.500 €	65.375 €
SV Wehen-Wiesbaden	6.642,91 €*	-	10.000 €	-
KSV Hessen Kassel	708,24 €*	-	10.000 €	-

* Übertrag der Restsummen in das Haushaltsjahr 2014

- f) Welche Überschneidungen bestehen nach Einschätzung von Fanprojekten und soziologischer Forschung zwischen organisierter rechtsextremistischer Szene und Hooligans?

Rechtsextremistische Kameradschaften und Hooligan-Gruppierungen vereinen die gewalttätigen Auseinandersetzungen mit dem Gegner, sei es der politische oder der "sportliche". Hier gibt es die größte Überschneidung.

- g) Welche Überschneidungen bestehen nach Einschätzung von Polizei und Verfassungsschutz zwischen organisierter rechtsextremistischer Szene und Hooligans?

Personenüberschneidungen der Hooliganszene mit der rechtsextremistischen Szene konnten nur vereinzelt festgestellt werden. Die Hooligan-Szene insgesamt wird durch den Verfassungsschutz nicht beobachtet. Eine zielgerichtete Einflussnahme von Rechtsextremisten auf Hooligan-Gruppen oder andere Sportgruppen (z.B. im Kampfsport) ist damit zumindest in Hessen gegenwärtig nicht verbunden.

- h) In wie vielen Fällen wurde das "beratungsNetzwerk hessen" von Sportvereinen hinzugezogen und welche Hintergründe hatten diese Anfragen?

Durch das "beratungsNetzwerk hessen" wurden bzw. werden bei Sportvereinen hessenweit 31 Beratungen durchgeführt. Die Anlässe für Beratungen variieren dabei sehr stark. Vereine fragen beispielsweise an, wenn Jugendliche durch das Tragen von rechtsextremen Bekleidungsmarken

oder Symbolen auffallen oder spezifische Fangesänge mit rechtsextremen Inhalten skandiert werden. Weitere Beratungsanlässe basieren auf Vorkommnissen mit verbaler und/oder physischer Gewalt. Hierbei reicht die Bandbreite von Diskriminierungen von Sportvereinen, in denen hauptsächlich Migranten spielen, über rassistische Beschimpfungen einzelner Spieler oder ganzer Mannschaften durch Zuschauer oder durch andere Spieler bis hin zu körperlichen Auseinandersetzungen. Weitere Anfragen beziehen sich auf die Frage nach dem Umgang mit Mitgliedschaften von Akteuren der extremen Rechten aus lokalen Szenen oder aus Parteien in den Vereinen, bzw. auf die Frage nach einer drohenden Unterwanderung des Vereins durch Rechtsextremisten.

Bei den Beratungsfällen handelt es sich um folgende Anlässe:

- Wegen Volksverhetzung vorbestrafter NPD-Funktionär in (Jugend-)Trainerfunktion,
- NPD-Mitglied im Schützenverein,
- Rechtsextreme mieten ein Vereinslokal (Schützenhaus) für ihre Feier, tragen "hunting season" Shirts und posten anschließend Fotos im Netz,
- Eishockey-Spieler mit einschlägigen Tätowierungen trägt Trikot mit der Nr. 28 (Code für die Buchstaben B und H = "blood and honour"),
- Torwart läuft mit Trikotnummer Nr. 88 auf (Code für die Buchstaben H und H = Heil Hitler). Der Hessische Fußball Verband e.V. verbietet daraufhin die Trikotnummer 88,
- B-Jugendspieler, die in einer rechtsextremen Clique aktiv sind, singen beim Besuch eines Bundesligaspiels das U-Bahn-Lied,
- ehemaliger NPD-Landesvorsitzender verklagt Sportverein wegen Nicht-Aufnahme seines Sohnes und rekrutiert Jugendliche für Schulungen in (s)einem Nationalen Bildungszentrum,
- Schiedsrichter - aktiv bei JN (Junge Nationaldemokraten) ruft zu Fackelaufmarsch auf,
- Sportverein und Kommune bauen Flüchtlingsunterkunft - es kommt zu Konflikten mit Anwohnern (teilweise rassistisch geprägt),
- im Stadion tragen Fans Kleidung von Thor Steinar,
- Vereinsjugendliche tragen Ku-Klux-Klan Mützen.

12. Kampfsport

Frage 12...

- a) Welche rechtsextremistischen Gruppierungen in Hessen betätigen sich nach Erkenntnissen der Landesregierung im Bereich des Kampfsports?

Es liegen keine Erkenntnisse zu rechtsextremistischen Gruppierungen vor, die sich in Kampfsportgruppen betätigen oder an Kampfsportveranstaltungen teilnehmen. Lediglich bei einzelnen der rechtsextremistischen Szene zuzurechnenden Personen ist dies der Fall.

- b) Gibt es Vereine oder Kampfsportschulen, über die bekannt ist, dass dort besonders häufig Rechtsextremisten verkehren, trainieren oder ausgebildet werden?

Hierüber liegen der Hessischen Landesregierung keine Erkenntnisse vor.

13. Militanter Rechtsextremismus, Wehrsportgruppen

Frage 13...

- a) Welche militanten Rechtsextremisten und Wehrsportgruppen gibt es in Hessen (bitte einzeln auflisten)?
- b) Wie viele Personen sind in diesen Gruppierungen aktiv, organisiert oder gehören zum Kreis der potenziell ansprechbaren Personen im Umfeld?
- c) Wie viele aus dem unter Frage 13 b aufgeführten Personenkreis verfügen nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden über Waffen?
Welche Waffen haben Inhaberinnen und Inhaber von Waffenbesitzkarten und Waffenscheinen?

Die Teilfragen a bis c werden im Zusammenhang wie folgt beantwortet:

In Hessen bestehen keine rechtsextremistischen Wehrsportgruppen. Erkenntnisse über eine systematische Militarisierung der Szene oder einzelner Gruppierungen liegen ebenfalls nicht vor. Es ist lediglich ein verurteilter Rechtsterrorist gemeldet, der aufgrund der Begehung von rechtsterroristischen Anschlägen mit Sach- bzw. Personenschäden in den 1980er-Jahren zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurde. Diese Person ist nach erfolgter Verbüßung der Strafen langjährig nicht mehr wegen rechtsterroristischer/rechtsmotivierter Straftaten in Erscheinung getreten.

Grundsätzlich besteht in der rechtsextremistischen Szene allerdings eine hohe Affinität zu Waffen sowie hierarchischen Strukturen und verbindenden Elementen, wie etwa Uniformierung (siehe auch Frage 1 j).

d) Wie oft wurden (digitale oder nicht digitale) Anleitungen zum Bombenbau gefunden?

In Hessen wurde bei einer Person aus dem Bereich der rechtsextremistisch motivierten Kriminalität eine Anleitung zum Bombenbau gefunden.

e) Welche Rolle spielen nach Erkenntnissen der Landesregierung organisierte "Killerspiele" (Gotcha, Paintball usw.) in der rechtsextremen Szene und in wie vielen Fällen wurde in Hessen seit dem Jahr 2000 die Durchführung solcher "Spiele" verboten bzw. strafrechtlich verfolgt?

Es ist bekannt, dass Rechtsextremisten vereinzelt an Schießübungen auf legalen Plätzen teilnehmen sowie ebenfalls frei zugängliche Gotcha- und Paintballhallen besuchen. Soweit diese Handlungen polizeilich bekannt wurden und es in diesem Zusammenhang zu rechtswidrigem Verhalten kam, wurden entsprechende Straf- bzw. Ordnungswidrigkeitenverfahren durchgeführt.

f) Welche Rolle spielen ehemalige Rechtsterroristen wie Manfred R., Peter N., Gunnar P. u.Ä. noch für die hessische Szene?

Der genannte Rechtsterrorist Manfred R. ist am 30. Juli 2014 in Neukirchen verstorben. In den letzten Jahren war Manfred R. aufgrund seines labilen Gesundheitszustands in der rechten Szene nicht mehr aktiv. Aktivitäten der Personen Peter N. sowie Gunnar P. in den letzten Jahren sind nicht bekannt.

g) Welche politischen Aktivitäten ehemaliger oder aktuell bekannter Rechtsterroristen sind der Landesregierung bekannt?

Es wird auf die Beantwortung der Teilfrage a sowie f verwiesen.

14. Rolle und Aktivitäten von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern

Frage 14...

a) Wie viele sogenannte "Altnazis" gibt es in Hessen?

Eine gesonderte Erfassung der in der Frage bezeichneten "Altnazis" erfolgt nicht.

b) Welche Rolle spielen ehemalige NSDAP-Mitglieder in der rechtsextremistischen Szene in Hessen?

Es wird auf die Beantwortung der Teilfrage a verwiesen.

c) Welchen Einfluss nehmen sie auf Jugendliche und welche Wege der Kommunikation nutzen sie hierfür?

Es wird zunächst auf die Beantwortung der Teilfrage a verwiesen.

Ergänzend muss zwischen Jugendlichen innerhalb und außerhalb der rechtsextremistischen Szene differenziert werden. Einfluss sogenannter "Altnazis" auf Jugendliche außerhalb der rechtsextremistischen Szene - im Sinne einer Rekrutierung - besteht nicht. Die rechtsextremistische Anwerbungsstrategie besteht im Anbieten von einfachen Lösungen für aktuelle Problemstellungen. Die Jugendlichen sollen dort "abgeholt" werden, wo sie sich derzeit befinden. Die Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus erfolgt - wenn überhaupt - zunächst indirekter.

Ein Einfluss auf bereits innerhalb der rechtsextremistischen Szene organisierte Jugendliche kann vereinzelt in einem geringen Umfang bestehen. So wird etwa im Rahmen von Vorträgen von "Altnazis" bzw. "Zeitzeugen" oder persönlicher Gespräche im Rahmen von rechtsextremistischen Veranstaltungen in alten Erinnerungen geschwelgt und die Zeit des Nationalsozialismus verherrlicht.

15. Antisemitismus in Hessen

Frage 15...

- a) Welche Rolle spielt nach Erkenntnissen der Landesregierung der Antisemitismus in Hessen?

Der Antisemitismus ist ein Hauptideologeelement im Rechtsextremismus. Er äußert sich etwa in Form von judenfeindlichen Farbschmierereien und Drohbriefen gegenüber Vertretern jüdischer Gemeinden oder aber auch in der Schändung jüdischer Friedhöfe. Zudem leugnen sogenannte Geschichtsrevisioisten den Holocaust oder versuchen, ihn zu relativieren. Auch im Internet werden immer wieder antisemitische Straftaten festgestellt.

- b) Welche Organisationen und Gruppierungen mit antisemitischen Ideologien sind in Hessen aktiv und wie viele Mitglieder haben sie?
- c) Welche Organisationen oder Publikationen außerhalb des organisierten Rechtsextremismus schüren Antisemitismus oder antisemitische Vorurteile wie etwa die Bürgerbewegung Solidarität (EAP)?

Die Teilfragen b und c werden im Zusammenhang wie folgt beantwortet:

Der Antisemitismus spielt in allen rechtsextremistischen Gruppierungen eine große Rolle. Darüber hinaus existieren Gruppierungen, die antisemitische Einstellungen vertreten, aber keine rechtsextremistischen Aktivitäten entfalten und daher nicht in den Aufgabenbereich des LfV fallen.

- d) Welche Rolle spielt der Antisemitismus in Publikationen der Neuen Rechten?

Auch in der so genannten "Neuen Rechten" ist Antisemitismus als durchgängiges Ideologeelement anzutreffen. Hier findet er aber vorwiegend im Rahmen tagespolitischer Themen statt und wird hinter vorgegeblicher Kritik etwa an der Politik Israels verschleiert.

- e) Gibt es Hinweise, dass die jüngste Finanzkrise zu einem Erstarren des Antisemitismus (auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft) geführt hat?

Nein, die Finanzkrise führte nicht zu einem Erstarren des Antisemitismus. Im Rechtsextremismus ist der Antisemitismus seit jeher stark, Menschen jüdischen Glaubens gehören in der Ideologie zu den wichtigsten Feindbildern. Sie führte allerdings zu einem Erstarren antisemitischer Agitation nach außen, meist verborgen hinter Kritik am internationalen Finanzsektor als Synonym für eine weltweite jüdische Verschwörung. Bilder von jüdisch dominierten Banken und den Juden als Hintermännern der internationalen Finanzwirtschaft bedienen antisemitische Stereotype bis heute und wurden in den letzten Jahren verstärkt propagiert.

16. Frauenfeindlichkeit in rechtsextremistischen Gruppen

Frage 16...

- a) Welche Rolle spielen antiemanzipatorische Motive in der rechtsextremen Szene?

Auf die Beantwortung der Fragen 1 f und g wird zunächst verwiesen.

Im Übrigen wird innerhalb der rechtsextremistischen Szene ein stark dualistisches Geschlechterverständnis vertreten. Konzepte wie "Gender Mainstream" werden explizit abgelehnt. Frauen ist die traditionelle Rolle als Gebärende und Hüterin von Haushalt und Familie, aber auch als Verantwortliche für soziale Kontakte (Kindergarten, Schule, Vereine, Nachbarschaft), zugeordnet. In Teilen des rechtsextremistischen Spektrums, insbesondere dem sogenannten völkischen Spektrum, wird ein derartiges Frauenbild auch sehr explizit und offensiv gelebt und propagiert - durch ein traditionelles äußeres Erscheinungsbild (lange Röcke, Blusen etc.) sowie durch Frauenzirkel, in denen häusliche Tätigkeiten wie Kochen, Backen, Basteln und Ähnliches praktiziert werden. In anderen Teilen, etwa der NPD und dem aktionsorientierten Neonazi-Spektrum, ist dieses traditionelle Frauenbild weniger explizit, aber gleichwohl nach wie vor dominant.

Gleichzeitig ist sich insbesondere die NPD zunehmend der strategischen Bedeutung von Frauen bewusst - sowohl als Zielgruppe als auch als Trägerinnen eines seriöseren, bürgerlichen Images. Insofern wird Frauen eine gewisse - in Teilen auch gleichberechtigte - politische Teilhabe gewährt und in der Außendarstellung ist man um ein moderneres, für ein breiteres Bevölkerungsspektrum ansprechendes Frauenbild bemüht. Darüber hinaus nehmen Frauen - teilweise auch wegen ihrer Lebensgefährten - an Demonstrationen teil.

- b) Welche geschlechtsspezifischen Positionen vertreten die rechtsextremistischen Zusammenschlüsse und Organisationen?

Bezüglich des Frauenbilds innerhalb der rechtsextremistischen Szene wird auf die Antwort zu Teilfrage a verwiesen.

Auch traditionelle Vorstellungen von Männlichkeit spielen im Rechtsextremismus nach wie vor eine entscheidende Rolle. Dabei werden vermeintlich männliche Eigenschaften wie Stärke, Härte, (Selbst-)Disziplin, Kampfbereitschaft, kriegerische Fähigkeiten und Ähnliches betont. Als Leitbilder dienen dabei vielfach Figuren aus der nordischen Mythologie sowie Soldaten der Wehrmacht und Waffen-SS. Innerhalb der Familie kommt dem Mann aus dieser Perspektive die Rolle des Ernährers, Oberhaupts und Beschützers zu.

- c) Welche rechtsextremistischen Bestrebungen gibt es, um Mädchen und Frauen zu rekrutieren?

Neben den bereits skizzierten Bemühungen um ein nach außen ansprechendes, vermeintlich modernes Frauenbild gibt es im Bundesgebiet auch einige rechtsextremistische Frauenorganisationen, etwa den Ring Nationaler Frauen (RNF) innerhalb der NPD. In Hessen spielen diese allerdings aktuell keine Rolle.

- d) Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für geeignet, um den von Rechtsextremisten propagierten Geschlechterstereotypen entgegenzuwirken und damit das Rekrutierungspotenzial wirkungsvoll zu verringern?

Neben den klassischen Instrumenten der Präventionsarbeit, der Jugendförderung und der Jugendbildung, bei denen das Gender Mainstreaming Prinzip gemäß § 1a der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Staatskanzlei und der Ministerien des Landes Hessen sowie der Hessischen Landesvertretung (GGO) zu berücksichtigen ist, hat Hessen in den Jahren 2010 und 2012 entsprechenden Beschlüssen der 20. und 22. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren (GFMK) zugestimmt. 2010 bat die 20. GFMK die Bundesregierung, eine Studie erstellen zu lassen, um systematisch sowohl qualitativ als auch quantitativ Ursachenforschung in Bezug auf Motive und Ursachen des Anteils aktiver Mitarbeit von Frauen in der rechtsextremen Szene durchzuführen. Die Bundesregierung sah diese Forderung durch das Projekt "Vielfalt tut gut - Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" als erfüllt an. Die 22. GFMK wiederholte 2012 den Beschluss von 2010 und präzisierte ihn. Der Beschluss wurde zusätzlich um zwei Forderungen erweitert. Zum einen wurde gebeten, die Bevölkerung vermehrt aufzuklären sowie Mädchen und junge Frauen gezielt, u.a. auch in den neuen Medien, auf die Gefahren des Rechtsextremismus anzusprechen. Zum anderen sollten erfolgreich eingesetzte Aussteigerprogramme um geschlechtsspezifische Gesichtspunkte erweitert werden.

- e) Welche Organisationen leisten in Hessen präventive Arbeit gegen die Beteiligung von Mädchen und Frauen in rechtsextremen Gruppen?

Im Rahmen der verschiedenen Veranstaltungen des Programms "Rote Linie - Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg" (Verantwortung HMdIS) wird mithilfe eines eigenen Moduls bei Bedarf über die Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen in der rechtsextremen Szene informiert und über Geschlechtsstereotypen reflektiert (z.B. "Heimchen am Herd"). Darüber hinaus hat Hessen in der Jugendhilfe und dabei insbesondere in der Jugendarbeit ein breites und vielfältiges Angebot für Mädchen und junge Frauen (siehe: www.maedchen-in-hessen.de). Diese präventiven Angebote sind aufgrund des geschlechtsspezifischen und emanzipatorischen Selbstverständnisses immer auch gegen eine Beteiligung ihrer jeweiligen Klientel in rechtsextremen Gruppen ausgerichtet.

17. Bedrohung politischer Gegner

Frage 17...

- a) In welchen rechtsextremistischen (Internet-)Publikationen wie etwa den Listen der sogenannten "Anti-Antifa" wurden Namen und Adressen von politischen Gegnern veröffentlicht, um diese zu bedrohen und zu Gewalttaten gegen sie aufzurufen (bitte nach einzelnen Veröffentlichungen aufschlüsseln)?

Der Begriff "Anti-Antifa" kennzeichnet eine politische Strategie, die die Rechtsextremisten von ihren politischen Gegnern, der linksextremistischen "Antifa", übernommen haben. Ziel der Kampagne ist es, durch das Sammeln und Veröffentlichen von persönlichen Daten des politischen Gegners diesen zu verunsichern und angreifbar zu machen. Die Veröffentlichungen ("Outings") erfolgen dabei entweder über das Internet oder durch Flugblätter, die etwa im Umfeld der Wohnung oder der Arbeitsstelle des betroffenen Extremisten verteilt werden. Die bekannt gewordenen Einstellungen von Einzelpersonen auf Homepages beinhalteten bislang jedoch keine konkreten Aufforderungen zur Gewaltanwendung. Gleichwohl dürfte die Benennung der Personen zum überwiegenden Teil zur Einschüchterung des politischen Gegners beabsichtigt gewesen

sein. In diesem Zusammenhang sind die Homepages der NaSo Ried und des Nationalen Widerstands Bergstraße zu nennen.

b) Wurden die dort genannten Personen seitens der Landesregierung informiert?

In der Regel erstatteten die Betroffenen in Fällen, in denen die Sachverhalte durch sie selbst festgestellt wurden, Anzeige bei den zuständigen Behörden. In Fällen, in denen durch die Behörden, beispielsweise bei Internetrecherchen oder durch Mitteilungen Dritter, Veröffentlichungen ("Outings") oder sonstige Bedrohungssachverhalte festgestellt wurden, haben die zuständigen Behörden mit den Betroffenen Kontakt aufgenommen und die jeweils erforderlichen Maßnahmen getroffen.

c) Wie schätzt die Landesregierung die Gefährdung dieser Personen ein?

d) Was wurde zum Schutz der Personen unternommen?

Die Teilfragen c und d werden zusammen wie folgt beantwortet:

Die Gefährdungslage wurde jeweils durch die Sicherheitsbehörden bewertet und lageangepasste Maßnahmen veranlasst. Dies beinhaltet neben polizeilichen Sicherheits- und Verhaltensberatungen auch materielle Sicherungsmaßnahmen an Wohn- oder sonstigen Objekten der potenziell gefährdeten Personen.

e) Welche konkreten Aktivitäten der Szene gegen politische Gegner sind der Landesregierung bekannt.

Es sind verschiedene Aktionsformen bekannt geworden. Hierzu zählen sogenannte "outings" (auch im Internet), Bedrohungen, verbale Einschüchterungen, sogenannte "homevisits" und Sachbeschädigungen. In Einzelfällen kam es zu Brandanschlägen. Ergänzend wird auch auf die Beantwortung der Teilfrage g verwiesen.

f) Welche Aktivitäten von sogenannten Anti-Antifa-Strukturen und -Aktivisten sind der Landesregierung bekannt?

Es liegen Erkenntnisse über zwei sogenannte "Anti-Antifa"-Gruppierungen vor. Es handelt sich um die "Anti-Antifa Wetzlar" und die "Anti-Antifa Offenbach". Beide Gruppierungen sind nicht mehr aktiv, die Homepage der "Anti-Antifa Offenbach" wurde bereits am 2. März 2011 abgeschaltet.

g) Wo und wie oft kam es zu Sachbeschädigungen, Körperverletzung u.ä. Straftaten?

Jahr	PP Nordhessen	PP Osthessen	PP Mittelhessen	PP Westhessen	PP Südhessen	PP Südosthessen	PP Frankfurt/M.	Gesamt
2005	6	3	4	-	3	2	4	22
2006	4	-	11	1	1	-	5	22
2007	8	1	14	2	2	3	9	39
2008	17	6	14	-	3	1	13	54
2009	16	3	26	3	5	2	3	58
2010	10	3	28	2	3	1	-	47
2011	8	3	15	2	-	3	14	45
2012	7	5	13	1	1	2	10	39
2013	6	1	25	-	3	4	13	52
2014	-	3	7	-	1	1	3	15

Es wurden alle Straftaten, die im Rahmen des KPMD aus dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität - rechts - (PMK - rechts -) mit den Themenfeldern "gegen sonstige politische Gegner" und "gegen links" gemeldet wurden, registriert. Darunter auch Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, Beleidigungen, Diebstähle und Volksverhetzungen.

18. Internationale Kontakte

Frage 18...

- a) Welche Kontakte pflegen hessische Rechtsextremisten zu ausländischen, gewaltbereiten Rechtsextremisten besonders aus Belgien, den Niederlanden, Skandinavien, Großbritannien, den USA und aus den osteuropäischen Staaten?
- b) Welche gemeinsamen Aktionen gab es in den letzten zehn Jahren?
- c) Sind Geldflüsse aus internationalen Kreisen an hessische Rechtsextremisten nachweisbar?

Die Teilfragen a, b und c werden zusammen wie folgt beantwortet:

Die Aktivisten der hessischen Neonazi- und Skinheadszenen unterhalten vielfältige Kontakte zu Gesinnungsgenossen insbesondere in benachbarte Staaten wie Belgien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Italien und Frankreich, aber auch nach Spanien, Dänemark, Schweden, Großbritannien, Ungarn, Tschechien sowie in die USA. Ob und inwieweit es sich hierbei um gewaltbereite Rechtsextremisten handelt, ist nicht bekannt. Auch eine strukturierte Zusammenarbeit oder gezielte gegenseitige Unterstützungsleistungen sind nicht festzustellen.

Die NPD unterhält hauptsächlich Kontakte in andere europäische Länder, die Zusammenarbeit wird hier von der Bundespartei getragen. Sie erfolgt etwa über die Europäische Nationale Front (ENF), einen 2004 gegründeten Zusammenschluss mehrerer nationalistischer rechtsextremistischer Parteien und Organisationen in Europa. Es handelt sich um ein Parteienbündnis ohne anerkannten Parteistatus. Zu seinen Zielen gehören die Formung einer europäischen Wahlplattform für Europawahlen sowie die Gründung einer europäischen Rechtspartei. Folgende Mitglieder gehören der ENF an:

- Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD),
- La Falange (Spanien),
- Noua Dreapta (Rumänien),
- Forza Nuova (Italien),
- Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte/Griechenland),
- Narodowe Odrodzenie Polski (Polen),
- Renouveau français (Frankreich).

Auch die Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten (JN), ist um eine europäische Zusammenarbeit bemüht und unterhält Kontakte etwa nach Schweden oder Italien. Ende 2012 reiste eine Delegation von NPD und JN aus Hessen nach eigenen Angaben nach Madrid, um dort "Beziehungen zu Nationalisten weiter auszubauen".

Auch die Partei Der Dritte Weg pflegt internationale Kontakte. So nahmen Vertreter der Partei an einer Kundgebung der Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) im Februar 2014 in Athen teil. Auf der Internetseite der Partei sind Beiträge eingestellt, die eine Zustimmung zu der griechischen Partei zum Ausdruck bringen. Ebenso beteiligten sich Aktivisten der Partei an der rechtsextremistischen Veranstaltung "Ein Licht für Dresden" am 14. Februar 2014 in Karlsbad (Tschechien). Ob sich darunter auch Personen aus Hessen befanden, ist nicht bekannt.

Gezielte finanzielle Unterstützungsleistungen sind nicht bekannt.

- d) Welche Veranstaltungen wurden von welchen Personen und Gruppierungen genutzt, um Kontakte zu knüpfen bzw. aufrechtzuerhalten?

Nach vorliegenden Erkenntnissen nutzen rechtsextremistische Personen und Gruppierungen vor allem Skinhead-Konzerte im In- und Ausland sowie Großveranstaltungen (Gedenkmärsche und Demonstrationen), um Kontakte zu knüpfen und aufrechtzuerhalten.

19. Rechte Skinheads

Frage 19...

- a) Wie viele Skinheads gehören der rechtsextremistischen Szene in Hessen an?

Der Szene in Hessen gehören etwa 370 Skinheads an. Bis zum Jahr 2007 lag die Anzahl relativ konstant bei etwa 750 Personen, seitdem ist ein kontinuierlicher Rückgang zu verzeichnen.

- b) Welche Straftaten von rechtsextremistischen Skinheads wurden in Hessen in den letzten zehn Jahren begangen?

Durch rechtsextremistische Skinheads begangene Straftaten der PMK - rechts - werden statistisch nicht gesondert erhoben, sodass eine Beantwortung dieser Frage nicht möglich ist.

c) Sind Verbindungen hessischer Skinheads zu den "Hammerskins" oder "Blood & Honour" bekannt?

Der Landesregierung ist keine eigenständige Gruppierung der Hammerskins in Hessen bekannt. Allerdings gehören einige hessische Rechtsextremisten einem Chapter im südwestdeutschen Raum an. Demzufolge existieren nach den vorliegenden Erkenntnissen Verbindungen hessischer Skinheads zu der Skinheadbewegung "Hammerskins".

Neben Konzertbesuchen im In- und benachbarten Ausland beteiligten sich hessische Rechtsextremisten an zwei Hammerskin-Veranstaltungen in Hessen. Am 7. Januar 2006 fand in Darmstadt-Griesheim (Landkreis Darmstadt-Dieburg) ein Konzert der Hammerskins statt. Es nahmen etwa 500 Rechtsextremisten, darunter hessische Skinheads, aus Deutschland und dem benachbarten Ausland daran teil. Am 26. Januar 2013 trafen sich in einer Sporthalle in Fürth-Erlenbach (Landkreis Bergstraße) ca. 140 Rechtsextremisten, darunter etwa 25 Skinheads und Neonazis aus Hessen.

Bis zum Verbot der rechtsextremistischen Skinhead-Gruppierung "Blood & Honour" und deren Jugendorganisation White Youth durch das BMI im September 2000 gab es in Hessen zwei sogenannte Sektionen, Nordhessen mit Sitz in Kassel und Südhessen mit Sitz in Offenbach, mit insgesamt 20 bis 30 Mitgliedern.

Nach Durchführung des Verbotsverfahrens gab es zunächst keine weiteren Erkenntnisse über die Fortführung dieser verbotenen Organisation. Im Rahmen polizeilicher Ermittlungen wurde in den Folgejahren jedoch bekannt, dass es in mehreren Bundesländern - so auch in Hessen - zur Fortführung dieser Organisation kam. Die entsprechenden Ermittlungsverfahren wurden 2010 mit Verurteilungen von zwei Tätern abgeschlossen.

Bezüglich der seit dem Jahr 2000 durch das Bundesinnenministerium verbotenen Skinhead-Organisation "Blood & Honour" sind zum Teil Verbindungen bekannt. So wurde in den Jahren 2006 und 2007 festgestellt, dass in Hessen wohnhafte Skinheads wiederholt rechtsextremistische Konzerte in Belgien, Niederlande und Großbritannien (Südengland), die im Internet von "Blood & Honour" beworben und von örtlichen Gruppierungen organisiert wurden, besuchten.

d) Wie bewertet die Landesregierung die Auftritte der Band Kategorie C (vor dem Hintergrund des Einschreitens der Strafverfolgungsbehörden im Vorfeld solcher Auftritte)?

Die Band "Kategorie C" wurde 1997 in Bremen gegründet. Obwohl sie aus der nicht extremistischen Hooliganszene hervorging, blieb die Rolle der Band über Jahre hinweg strittig, da der Sänger zugleich Mitglied der gleichfalls aus Bremen stammenden und damals sehr populären rechtsextremistischen Gruppe "Nahkampf" war. Auf ihrer Homepage (<http://www.hungrige-woelfe.de>) distanziert sich die Band ausdrücklich von einer politischen Ausrichtung. Sie wurde jüngst durch das LfV Bremen als rechtsextremistisch eingestuft. Unter den Konzertbesuchern befinden sich dementsprechend ein nicht unerheblicher Teil aus der rechtsextremistischen Szene sowie Angehörige aus dem Rocker- und gewaltbereiten Hooliganmilieu.

Die Liedtexte der Band - zumindest ältere Songs - beinhalten teilweise rechtsextremes Gedankengut, das geeignet ist, verfassungswidrige Assoziationen beim Publikum hervorzurufen oder zu steigern. Dass die Band "Kategorie C - Hungrige Wölfe" bereits in erheblicher Weise gegen Strafgesetze verstoßen hat, ist durch zwei Videomitschnitte von Konzerten belegt.

Relevante Aktivitäten der Band bzw. der Konzertbesucher werden strafrechtlich geprüft.

e) Welche Verbindungen hat die Band nach Hessen?

Die Band hatte bereits Auftritte in Hessen. Darüber hinaus rückten drei Personen aus Hessen als Bandmitglieder nach, nachdem im Mai 2013 zwei Mitglieder die Band verließen.

f) Wie viele rechtsextreme Bands aus Hessen waren in den letzten zehn Jahren aktiv?

Folgende Bands aus Hessen sind aktuell aktiv oder waren es in den letzten zehn Jahren:

- Störmanöver,
- Faust,
- Nordglanz,
- Hauptkampflinie (HKL) (nicht mehr aktiv),
- Streitmacht Wetterau (nicht mehr aktiv),
- Rachezug (nicht mehr aktiv),
- Gegenschlag (nicht mehr aktiv),
- Blutschuld/Ahnenerbe (nicht mehr aktiv),
- Royal Hatred (nicht mehr aktiv),

- Kommando Freisler (nicht mehr aktiv),
- Semtex (nicht mehr aktiv).

g) Welche Bands traten außerhalb von Hessen/im Ausland auf?

Alle in den letzten zehn Jahren aktiven hessischen Bands hatten Auftritte außerhalb Hessens und/oder im Ausland.

h) Gab oder gibt es "Hammerskins" und "Blood & Honour"-Gruppierungen auch in Hessen?

Nein. Die "Hammerskins" strukturieren sich in Deutschland in regionalen Chapters, die nicht mit den Ländergrenzen identisch sind. Hessen wird neben den Ländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland in einem gemeinsamen regionalen Chapter organisiert.

Verbindungen hessischer Skinheads zu dieser Gruppierung lassen sich insbesondere durch die Teilnahme an Skinheadkonzerten dieser Organisation belegen.

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens zur Fortführung der verbotenen Vereinigung "Blood & Honour" im Jahr 2005 konnten Erkenntnisse erlangt werden, die den Rückschluss auf eine "Blood & Honour - Sektion Hessen" zuließen. Den Angeklagten wurde unter anderem vorgeworfen, eine "Sektion Hessen" der verbotenen Vereinigung "Blood & Honour" gebildet zu haben. Entsprechende Verfahren führten Anfang 2010 zu Verurteilungen, zu Geldstrafen sowie zu Bewährungsaufgaben.

i) Welche Aktivitäten sind der Landesregierung im Bereich "Hammerskins" bekannt?

Das "Hammerskin-Netzwerk" agiert in der Bundesrepublik Deutschland abgeschottet und entwickelt mit Ausnahme von einer geringen Anzahl von Veranstaltungen, insbesondere Konzertveranstaltungen, keine größere Außenwirkung.

j) Welche Personenkreise sind dort aktiv und wie viele Personen werden den "Hammerskins" zugeordnet?

In Deutschland können aktuell etwa 130 Rechtsextremisten als Mitglied der Hammerskins gezählt werden, darunter etwa 25 aus Hessen. Veranstaltungen der Hammerskins sind in der Regel nur ihren Anhängern oder ausgewählten Gästen vorbehalten, lediglich bei Konzerten werden auch darüber hinaus Besucher zugelassen. Bei Konzerten im Ausland sind die Hammerskins in der Lage, bis zu 1.000 Besucher zu mobilisieren. Neben den subkulturellen Rechtsextremisten (Skinheads) besuchen auch Personen der Neonazi-Szene die Musikveranstaltungen der Hammerskins.

k) Welche Kontakte haben hessische Mitglieder der "Hammerskins" in benachbarte Bundesländer oder ins Ausland?

Der Wirkungsbereich des in der Beantwortung der Teilfrage h benannten regionalen Chapters, in dem Hessen organisiert wird, erstreckt sich auch auf benachbarte Länder.

l) Welche rechtsextremistischen "Fanzines" werden in Hessen verlegt oder sind in Hessen im Umlauf?

Es wird in Hessen lediglich die "Monatsschrift" des FNH verlegt. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass alte Auflagen von "Fanzines" aus den 1990er-Jahren nach wie vor im Umlauf sind. Insgesamt ist das Medium durch das Internet jedoch überholt.

m) Welche Verbindungen bzw. Kontakte von Nazi-Skinheads und von Rechtsextremisten gibt es zu Hooligans bzw. der Fußballszene?

Auf die Beantwortung der Frage 11 wird verwiesen.

n) Um die Fans welcher Vereine handelt es sich hierbei?

Auf die Beantwortung der Frage 11 wird verwiesen.

20. Private Partys", Sonnenwendfeiern und Kameradschaftsabende etc.

Frage 20...

- a) Wo und wann fanden in Hessen als private Partys getarnte Veranstaltungen von Rechtsextremisten statt?

Private Veranstaltungen bedürfen keiner Anmeldung. Eine genaue Bezifferung von (deshalb) im Regelfall als private Feiern getarnten rechtsextremistischen Veranstaltungen ist daher nicht möglich.

Folgende Feiern sind bekannt geworden:

Lfd. Nr.	Datum	Ort	Veranstaltung
1	01.05.2009	Viernheim-Pappelhof	Anschluss-Veranstaltung zur Mai-Demo in Mainz; Veranstaltung wurde unterbunden
2	31.10.2009	Echzell	Geburtstagsfeier
3	13.11.2009	Echzell	Freitags Kammer Party
4	24.11.2009	Fulda-Horas	Geburtstagsfeier
5	10.12.2009	Knüllwald-Rengshausen (Grillhütte)	Geburtstagsfeier
6	31.12.2009	Echzell	Silvesterparty
7	27.03.2010	Echzell	Kammerparty special
8	01.04.2010	Frielendorf, Gaststätte "Zur Krone"	Veranstaltung in geschlossenen Räumen
9	24.04.2010	Echzell	Open Old Brother's Ink Party
10	09.05.2010	Echzell	Feier/Party
11	13.05.2010	Kassel, Kleingartenanlage	Geburtstagsfeier
12	12.06.2010	Frielendorf, Hessenhaus	Veranstaltung wurde durch die Polizei verhindert.
13	19.06.2010	Schwarzenborn (Haus Richberg)	Sommersonnenwendfeier
14	21.08.2010	Florstadt	Event: Böhse Onkelz Rock Party
15	30.10.2010	Echzell	Geburtstagsfeier
16	18.12.2010	Schwarzenborn (Haus Richberg)	Sommersonnenwendfeier
17	21.05.2011	Florstadt	Old Brother's Party/Feier
18	18.06.2011	Schwarzenborn (Haus Richberg)	Sommersonnenwendfeier
19	25.06.2011	Schwarzenborn (Haus Richberg)	Sommersonnenwendfeier
20	17.03.2012	Espenau, Freizeitanlage	Geburtstagsfeier
21	24.11.2012	Neukirchen, Gartenhütte	Private Feier
22	21.06.2013	Ebsdorfergrund-Beltershausen (Frauenberg)	Sonnenwendfeier
23	19.07.2013	Allendorf-Nordeck, außerorts Feldgemarkung, Hütte am Elmensee	Geburtstagsfeier
24	24.08.2013	Ludwigsau-Friedlos	Soli-Konzert
25	08.09.2013	Allendorf-Nordeck, außerorts Feldgemarkung, Hütte am Elmensee	Private Feier
26	15.02.2014	Gilserberg, "Kellerwälder Brauhaus"	Geburtstagsfeier
27	22.02.2014	Dillenburg, Schutzhütte des Westerwaldvereins	Private Feier
28	29.03.2014	Schwalmstadt-Florshain	Die Veranstaltung war zunächst in Knüllwald-Oberbeisheim (Grillhütte) geplant. Die Veranstaltung wurde an dieser Örtlichkeit unterbunden und danach auf ein Privatgrundstück in Schwalmstadt-Florshain verlagert.
29	21.06.2014	Schwarzenborn (Haus Richberg)	Sommersonnenwendfeier
30	8.-10.8.2104	n.b.	Sommerlager des FNH
31	8.9.2014	Hungen-Villingen	Liederabend mit "Lunikoff"

32	20.9.2104	Oberbrechen	Mittelalter-/Germanenfeier
33	15.10.2014	Schmitten-Oberreifenberg	Balladenabend mit "Lunikoff"
34	29.11.2014	n.b.	Jahresabschlusstreffen FNH
35	14.12.2014	Büdingen	Weihnachtsfeier NPD
36	21.12.2014	Schwarzenborn	Wintersonnwendfeier

- b) Wo und wann fanden Sonnenwendfeiern und "Führer-Geburtstagsfeiern" von Rechtsextremisten statt?

Sonnenwendfeiern und Feiern zum Gedenken an Adolf Hitler am 20. April finden häufig im kleinen Rahmen und ohne Außenwirkung statt. Daher können diese nicht abschließend aufgeführt werden.

Folgende Sonnenwendfeiern und "Führer-Geburtstagsfeiern" sind bekannt:

"Führer-Geburtstagsfeiern":

Datum	Ort	Verlauf	TN
20./21.04.2012	Dillenburg-Frohnhausen	Grillfeier, ohne Außenwirkung	25
20.04.2012	Leun-Stockhausen	ohne Außenwirkung	15-20
20.04.2014	Brachtal OT Udenhain	ohne Außenwirkung	nicht bekannt

Sonnenwendfeiern

Datum	Ort	Verlauf	TN
20.06.2009	Schwarzenborn	ohne Außenwirkung	36
20./21.06.2009	Ehringshausen	ohne Außenwirkung	50-70
19.12.2009	Schwarzenborn	ohne Außenwirkung	40
19.06.2010	Schwarzenborn	ohne Außenwirkung	60
18.12.2010	Schwarzenborn	ohne Außenwirkung	10
18.06.2011	Schwarzenborn	ohne Außenwirkung	25
25.06.2011	Schwarzenborn	ohne Außenwirkung	50
22.06.2013	Liebenau-Ostheim	ohne Außenwirkung	35-40
21.12.2013	Mücke	ohne Außenwirkung	40
21.06.2014	Schwarzenborn	ohne Außenwirkung	5-7
21.12.2014	Schwarzenborn	ohne Außenwirkung	n.b.

- c) Welche öffentlichen und privaten Gebäude werden zu sogenannten Kameradschaftsabenden genutzt?

Hierzu liegen keine mitteilungsfähigen Erkenntnisse vor.

- d) Liegen dem Verfassungsschutz Erkenntnisse darüber vor, welche Gaststätten und Discotheken von Rechtsextremisten regelmäßig aufgesucht werden?
Wenn ja, welche?

Aus Gründen des Datenschutzes können keine konkreten Örtlichkeiten im Sinne der Frage genannt werden. Oftmals nutzen Rechtsextremisten bürgerliche Gaststätten als Treffpunkte.

- e) Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über rechtsextremistische Infrastruktur (Wohnprojekte, Kneipen und Geschäfte) vor?
Wenn ja, welche?

Es liegen vereinzelte Erkenntnisse über rechtsextremistische Wohngemeinschaften vor, zu denen jedoch aus Datenschutzgründen keine weiteren Angaben möglich sind.

- f) Wie schätzt die Landesregierung sogenannte "Grauzone"-Konzerte und -Partys (Böhse Onkelz-Partys, Deutsch-Rock-Partys, Frei.Wild-Konzert wie z.B. im Frühjahr 2014 in Lich) hinsichtlich der Präsenz von rechtsextremen Personen ein?

- g) Werden solche Partys beobachtet?

- h) Kam es am Rande solcher "Grauzone"-Veranstaltungen zu rechtsextrem motivierten Straftaten (bitte Anzahl und zugrunde liegendem Straftatbestand nennen)?

Die Teilfragen f bis h werden zusammen wie folgt beantwortet:

"Grauzone"-Konzerte werden nicht beobachtet. Bei Vorliegen von Erkenntnissen über mögliche strafrechtlich relevante Aktivitäten der jeweiligen Band und der Teilnehmer deren Konzerte werden Maßnahmen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten (auch Maßnahmen zur Gefahrenabwehr) geprüft.

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Hessen

Frage 21. Fremdenfeindliche Aktivitäten

Welche fremdenfeindlichen Aktivitäten (Überfälle, Anschläge usw.) sind der Landesregierung in den letzten zehn Jahren bekannt geworden (bitte eine genaue Auflistung der Straftaten pro Jahr)?

Fremdenfeindliche Straftaten mit Gewaltdelikten:

Jahr	Anzahl	davon Gewaltdelikte
2005	117	10
2006	174	16
2007	153	13
2008	113	9
2009	107	11
2010	88	11
2011	79	5
2012	112	7
2013	97	8
2014	92	14

22. Täterstatistiken

Frage 22...

- a) Wie viele Tatverdächtige wurden wegen fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Aktivitäten in den letzten zehn Jahren in Hessen festgenommen?

Gemäß dem "Kriminalpolizeilichen Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität" (KPM-D-PMK) werden ausschließlich die ermittelten Tatverdächtigen erfasst. Inwieweit es bei den Täterermittlungen zu freiheitsentziehenden Maßnahmen gekommen ist, wird nicht erhoben. Der "Statistischen Erhebung rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten" lässt sich allerdings entnehmen, gegen wie viele Beschuldigte ein Haftbefehl erlassen wurde. Für den Zeitraum von 2004 bis einschließlich 2014 ergibt sich, dass in Hessen wegen rechtsextremistischer bzw. fremdenfeindlicher Straftaten

- im Jahr 2008 und 2011 jeweils ein Haftbefehl gegen einen heranwachsenden Beschuldigten und
- im Jahr 2010 ein Haftbefehl gegen einen erwachsenen Beschuldigten erging.

- b) Wie viele Ermittlungsverfahren wurden wegen rechtsextremistischer Aktivitäten in Hessen in den letzten zehn Jahren eingeleitet und mit einer Verurteilung abgeschlossen (bitte nach Straftaten aufschlüsseln)?

- c) In wie vielen Fällen wurden die Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten in den letzten zehn Jahren in Hessen eingestellt?

Die Teilfragen b und c werden zusammen wie folgt beantwortet:

Aus der "Statistischen Erhebung rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten" lassen sich im Hinblick auf die Fragen die nachfolgend dargestellten Daten entnehmen.

Eingeleitete Ermittlungsverfahren											
Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen §§.....StGB											
Zeitraum	86, 86 a	125, 125a	130,131	211, 212	223ff.	306ff	antisem. Bestrebungen, Grabschänd. usw.	Sonstige Delikte	insgesamt		
									insg.	darunter Straftaten aufgrund fremdenfeindlicher Motivation	darunter wiederum gegen Ausländer
2004	905	4	497	2	21	0	2	192	1.623	-----	313
2005	773	3	366	0	29	0	2	120	1.293	-----	0
2006	1143	1	365	0	29	0	0	174	1.712	-----	332
2007	952	2	248	1	27	0	0	150	1.380	-----	254
2008	1006	0	264	2	13	1	3	126	1.415	-----	200
2009	1010	4	264	0	36	1	5	206	1.526	-----	220
2010	830	0	156	0	24	1	0	155	1.166	-----	191
2011	896	1	159	0	16	2	0	165	1.239	-----	173
2012**	509	0	101	0	12	1	7	84	707	8	175
2013	749	3	202	1	22	19	46	171	1.167	71	90
2014	589	0	186	1	18	0	90	158	952	74	48

** ab 2012 Umstellung der Erhebungsweise; deshalb mit den Ergebnissen der Vorjahre nicht ohne weiteres vergleichbar

Wie viele Verfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten wurden auf welche Weise abgeschlossen?							
Strafverfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten beendet durch							
Einstellung				Verurteilung (Verurteilte)			
Zeitraum	nach § 170 II StPO		nach § 153 ff StPO		darunter Straftaten aufgrund fremdenfeindlicher Motivation		insgesamt: (auch solche gegen vermeintliche Ausländer)
	insg.	Täter nicht ermittelt	nach §§ 153 ff StPO	nach §§ 45, 57 JGG	insgesamt	darunter wiederum gegen Ausländer	
2004	864	372	106	31	72	-----	21
2005	716	422	66	28	91	-----	5
2006	979	496	121	40	96	-----	3
2007	890	503	108	64	78	-----	13
2008	977	518	97	40	67	-----	6
2009	1092	536	134	43	54	-----	20
2010	783	430	100	37	99	-----	24
2011	845	449	90	20	84	-----	16
2012**	637	331	63	15	85	1	26
2013	608	294	42	39	62	10	19
2014	572	306	109	27	119	12	18

** ab 2012 Umstellung der Erhebungsweise; deshalb mit den Ergebnissen der Vorjahre nicht ohne weiteres vergleichbar

- d) Wie hoch ist die Rückfallquote bei rechtskräftig verurteilten Straftätern mit rechtsextremem Hintergrund (bitte Aufschlüsseln nach Jugendlichen und Erwachsenen)?

Dazu liegen der Landesregierung keine gesicherten Erkenntnisse vor, da entsprechende Rückfallstatistiken nicht geführt werden.

- e) Wie viele Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum in Hessen standen in den letzten zehn Jahren aus welchen Gründen unter "polizeilicher Beobachtung"?

Das Instrument der "Polizeilichen Beobachtung" nach § 17 HSOG (präventiv) bzw. § 163e StPO (repressiv) wird im Phänomenbereich der PMK - rechts - seit Jahren durch die hessischen Polizeidienststellen genutzt. Aufgrund der engen datenschutzrechtlichen Speicherungs- und Aufbewahrungsvorschriften kann die Zahl der in den letzten zehn Jahren zur Polizeilichen Beobachtung ausgeschrieben Personen nicht benannt werden.

Aktuell (Stand: 01.03.2015) ist eine Personen zur "Polizeilichen Beobachtung" ausgeschrieben.

- f) In wie vielen Fällen wurde in den letzten vier Jahren im Vorfeld von rechtsextremistischen Veranstaltungen der nach § 32 HSOG mögliche Unterbindungsgewahrsam angewandt und wie lange dauerte dieser jeweils an?

In Hessen wurde in den letzten vier Jahren im Vorfeld von rechtsextremistischen Veranstaltungen kein Unterbindungsgewahrsam ausgesprochen.

- g) Werden vor dem Hintergrund der Versäumnisse in der Ermittlungsarbeit im Fall NSU in Hessen alte Fälle auf ihre Verbindung zum Bereich PMK-Rechts hin untersucht und ggf. neu bewertet?

Die Innenminister und -senatoren der Länder haben in der 193. Sitzung der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) am 8./9. Dezember 2011 gefordert, dass die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des gewalttätigen Rechtsextremismus optimiert werden muss. Am 16. Dezember 2011 wurde das Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus/-terrorismus (GAR), an dem sich die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder beteiligen, eingerichtet.

Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt sind eine systematische Datenerfassung und -auswertung von bislang ungeklärten Fällen der allgemeinen Gewaltkriminalität, die bislang nicht der PMK - rechts - zugeordnet wurden. Ziel ist es, im Kontext zu anderen Taten oder im Rahmen neuer Ermittlungsansätze Hinweise auf einen etwaigen rechtsextremistischen/-terroristischen Hintergrund zu erlangen.

Die Überprüfung von ungeklärten Tötungsdelikten (ohne Tatverdächtige, inklusive Versuche) aus den Jahren 1990 bis 2011 wird bundesweit mit großem Engagement und erheblichem personellem Aufwand betrieben. Es wurden bundesweit über 3.300 ungeklärte Tötungsdelikte auf Anhaltspunkte für eine mögliche rechtsextremistische Tatmotivation überprüft. Insgesamt wurden 745 Sachverhalte zu 849 Opfern einbezogen. Die nach Recherchen verschiedener Medien als Opfer rechter Gewalt eingestuft 137 Opfer von Tötungsdelikten wurden in den Datenabgleich aufgenommen und sind in den 745 Sachverhalten enthalten.

Im Juli des Jahres 2012 wurde mit der retrograden Überprüfung in Hessen begonnen. Insgesamt wurden dabei 351 Fälle (davon 2 Fälle aus der sogenannten "Opferliste") anhand eines bundes-

weit einheitlichen Indikatorenkatalogs überprüft. In keinem der Fälle konnten rechtsextremistische Bezüge festgestellt werden.

h) Falls Frage 22 g mit Ja beantwortet wird: Welche Erkenntnisse konnten hieraus gezogen werden?

Es wurde die polizeiliche Bearbeitung der "offenen Haftbefehle politisch motivierter Straftäter" des Phänomenbereichs PMK - rechts - in Hessen intensiviert und die Prüfung aller ungeklärten Tötungsdelikte gemäß §§ 211, 212 StGB (einschließlich Versuche) für die Jahre 1990 bis 2011 auf "NSU-Bezüge" mit hohem Nachdruck verfolgt. In enger Abstimmung zwischen den Fachdienststellen, die für die Bearbeitung von Gewaltdelikten originär zuständig sind, und den Dienststellen des Polizeilichen Staatsschutzes erfolgt im Rahmen einer phänomenübergreifenden Prüfung der Motivlage eine frühzeitige und fortlaufende differenzierte Betrachtung der zu bewertenden Sachverhalte. Durch diesen standardisierten, intensiven Informationsaustausch ist eine sensible und differenzierte Betrachtung der Gewalttaten gewährleistet.

Darüber hinaus wird auch auf die Beantwortung der Teilfrage g verwiesen.

i) Wie wurden die Kriterien zu Erfassung rechtsextremer Straftaten verändert oder angepasst?

Die Kriterien wurden nicht verändert.

j) Werden rechtsextreme Straftaten von den Polizeidienststellen in Hessen veröffentlicht?

Rechtsextreme Straftaten werden grundsätzlich bei den Präsentationen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) vorgestellt.

k) Wie werden Polizisten/innen geschult, um die korrekte Einordnung politisch motivierter Straftaten sicherzustellen?

Im Rahmen der polizeilichen Aus- und Fortbildung wird die kriminalistische Ermittlungsmethodik ganzheitlich vermittelt. So erfolgt prinzipiell bei unklarer Motivlage eine enge Abstimmung zwischen den Fachdienststellen, die jeweils für die Bearbeitung von Straftaten originär zuständig sind, und den Dienststellen des Polizeilichen Staatsschutzes.

Die abschließende Einordnung, ob es sich um eine politisch motivierte Straftat handelt, erfolgt zentral durch das Hessische Landeskriminalamt. Hierdurch ist gewährleistet, dass die Kategorisierung nach bundeseinheitlichen Standards vorgenommen wird.

23. Opfer- und Betroffenenenschutz

Frage 23...

a) Wie viele Personen wurden durch rechtsextremistische Anschläge und Überfälle in den letzten zehn Jahren in Hessen verletzt?

Jahr	Verletzte Personen
2005	28
2006	32
2007	27
2008	29
2009	26
2010	12
2011	14
2012	15
2013	9
2014	32

b) Wie viele Personen wurden durch rechtsextremistische Anschläge und Überfälle in Hessen in den letzten zehn Jahren getötet?

In Hessen wurde im Zeitraum von 2005 bis 2014 (Stand: 31.07.2014) eine Person getötet. Dabei handelt es sich um ein Tötungsdelikt aus dem Jahr 2006 in Kassel, das dem "Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU) zugerechnet wird. Ein 21-jähriger deutscher Staatsangehöriger türkischer Abstammung wurde im Internet-Café seines Vaters ermordet.

- c) Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um Projekte opferbezogener Prävention als Schutz von Personen und Gruppierungen wie z.B. Angehörigen ethnischer und sozialer Minderheiten, Obdachlosen, Eingewanderten, Schwulen und Lesben, Behinderten, Muslimen, Bürgern jüdischen Glaubens u.a. durchzuführen?

Das durch das hessische Innenministerium im Jahr 2007 gegründete Beratungsnetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus hat in einem zweijährigen Projekt in Kooperation mit der Bildungsstätte Anne Frank ein sogenanntes "Hearing" mit verschiedenen Vertretern von Betroffenenengruppen zum Thema Opfer- und Betroffenenperspektive durchgeführt. Projektbeginn war im Dezember 2010. Im Vorfeld des Hearings wurden qualitative Interviews geführt. Die Ergebnisse des Projekts wurden in der Broschüre "Nicht über, sondern mit den Betroffenen reden" (2013) veröffentlicht. Als ein weiteres Ergebnis des Hearings werden die Berater/-innen im Beratungsnetzwerk hessen zu den Themen Opfer- und Betroffenenperspektive fortgebildet. Das Beratungsnetzwerk wird schrittweise erweitert; so im Februar 2014 beispielsweise um den hessischen Landesverband Deutscher Sinti und Roma Mitglied im Beratungsnetzwerk.

Auch die ressortübergreifende Arbeitsgruppe "Gewalt und Minderheiten" des Landespräventionsrats befasst sich bereits seit dem Jahr 2002 mit dem Thema Prävention von Rechtsextremismus. Dies erfolgte durch eine Erhebung von spezifischen Präventionsprojekten und -konzepten, die Durchführung einer Fachtagung "Hinsehen & Handeln" zur Prävention von Rechtsextremismus (Dokumentation siehe www.landespraeventionsrat.hessen.de - Menüpunkt "Termine") und mehrere regionale Workshops in der Folge.

Aufgrund von häufigen Erfahrungen über zunehmende Fremdenfeindlichkeit unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die von Personen, die beruflich oder ehrenamtlich mit Jugendlichen zu tun haben, gemacht worden sind, entschloss sich die Arbeitsgruppe, Hintergründe und mögliche Ursachen zu erheben. Um Hinweise auf Ansatzpunkte für Interventions-/Präventionsmaßnahmen zu erlangen, initiierte die Arbeitsgruppe in Kooperation mit IKARus, JUMINA (Junge Migranten in Ausbildung) und dem Staatlichen Schulamt Offenbach das Projekt "Fremdenfeindlichkeit unter und gegen jugendliche Migranten" und setzte es in Offenbach um.

Schülerinnen und Schüler aus zwei Klassen der Ernst-Reuter-Schule führten mit dem Klassenlehrer und einem Medienpädagogen im Rahmen einer Erkundung ("Blitzlicht") eine themenbezogene Umfrage an ihrer Schule durch.

Anfang 2012 hat die Arbeitsgruppe beschlossen, sich der Prävention von Kriminalität aufgrund von Fremdenfeindlichkeit im Weiteren durch ein Modellprojekt mit der Zielrichtung einer stärkeren Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an der kommunalen Kriminalprävention zu widmen. Die Arbeitsgruppe sieht es als sinnvoll an, Migrantinnen und Migranten in die kommunalpräventive Arbeit ihrer Kommune stärker einzubeziehen. Durch eine solche zivilgesellschaftliche Öffnung der Präventionsarbeit vor Ort zum Thema Integration hin könnten z.B. die Ausländerbeiräte regelmäßig in die kommunalen Projekte und Gremien einbezogen werden.

Schließlich hat die Hessische Landesregierung im Rahmen des Programms "Modellregionen Integration" mit ausgewählten Städten und Landkreisen ein ganzheitliches Handlungskonzept ausgearbeitet, das beispielgebend im Sinne der Integrationsförderung auch für andere Kommunen sein kann.

Die Arbeitsgruppe ist aktuell dabei, im Rahmen eines Pilotprojekts Erfahrungen mit konkreten Maßnahmen im Bereich der Stadt und des Landkreises Offenbach zu sammeln, um landesweit entsprechende Empfehlungen erarbeiten zu können.

Die jeweiligen Erkenntnisse der Arbeitsgruppe werden über den Landespräventionsrat allen kommunalen Präventionsgremien zur Verfügung gestellt.

- d) Wie begegnet die Landesregierung dem Vorwurf, dass Opfer und Betroffene sich regelmäßig von der Polizei und anderen Behörden nicht ernst genommen oder nicht ausreichend geschützt fühlen?

Dieser Vorwurf ist unzutreffend. Entgegen der Unterstellung der Fragestellung ist die qualifizierte Betreuung von Opfern und Angehörigen durch die Polizei selbstverständlich. Sobald der Polizei Sachverhalte angezeigt werden, ist diese stets bemüht, alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu treffen.

Bei Anzeigen- oder Tatortaufnahmen und Erstbefragungen von Opfern oder Zeugen sowie in der kriminalpolizeilichen Ermittlungsarbeit ist eine kompetente und sensible Kommunikation Grundvoraussetzung für den Erfolg der Arbeit der Polizei und das Vertrauen der Bevölkerung in diese. Das erfordert insbesondere ein hohes Maß an Kommunikationsfähigkeit und Fachkompetenz, deren Basis durch eine fundierte Ausbildung geschaffen wird.

Die opferspezifischen Regelungen und Rechtsfragen sind ein Schwerpunkt der polizeilichen Aus- und Fortbildung.

e) Welches Angebot spezifisch für Opfer und Betroffene rechter Gewalt gibt es in Hessen?

Im Rahmen des Landesprogramms "Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" sowie des Bundesprogramms "Demokratie leben!" wurde 2015 eine spezifische Opferberatungsstelle Hessen bei der Bildungsstätte Anne Frank eingerichtet. Diese Opferberatungsstelle verfolgt einen niedrigschwelligen, zugehenden und parteilichen Ansatz.

Die Betreuung von Opfern rechter Gewalt erfolgt außerdem durch den WEISSEN RING und andere Opferhilfevereine, wobei diese nicht auf besondere Opfergruppen und Deliktbereiche spezialisiert sind.

Das Beratungsnetzwerk Hessen kooperiert seit 2009 mit den hessischen Opferhilfevereinen, die nach den hohen Standards des Bundesverbands "Arbeitskreise der Opferhilfen in Deutschland" (ado) arbeiten. Der größte Teil der hessischen Beratungsstellen ist in diesem Bundesverband zusammengeschlossen, wodurch ein Austausch der Mitarbeiter der allgemeinen Opferhilfe mit den Einrichtungsmitarbeitern aus Projekten, die Opfer rechtsextremer Gewalt (Opferperspektive Brandenburg e.V. und Mobile Opferberatung Magdeburg) oder antihomosexueller Gewalt (Maneo - schwules Überfalltelefon und Opferhilfe e.V. Berlin) besteht. Anfragen nach individueller Opferberatung werden an die regional zuständigen Opferhilfen weitergeleitet.

Das Thema "Kommunikation mit Opfern" ist darüber hinaus Bestandteil der EU-Opferschutzrichtlinien 2012/29/EU, die bis November 2015 in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Die hessenweite Umsetzung der Opferschutzrichtlinien und der daraus resultierenden Regelungen eines professionellen polizeilichen Umgangs mit Zeugen und Opfern werden schon seit 2009 durch die beim HLKA eingesetzten Landesopferschutzbeauftragten koordiniert. Diese stehen in engem Kontakt mit den Opferschutzbeauftragten der Polizeipräsidien, die als Multiplikatoren innerhalb ihres Präsidiums fungieren und im Bedarfsfall sowohl beratend als auch unmittelbar als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch die in allen Polizeipräsidien eingesetzten Migrationsbeauftragten in die Opferschutzbelange eingebunden.

Auch die durch das Justizressort geförderten Einrichtungen der allgemeinen Opferhilfe sind mit ihren qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Lage, Opfer rechter Gewalt zu unterstützen. Bezüglich der Einzelheiten wird auf die nachfolgenden Ausführungen in der Antwort zur Teilfrage f verwiesen.

f) Welche rechtliche und soziale Unterstützung wird Opfern und Betroffenen rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten in Hessen geboten?

Der Schutz der Menschen vor Straftaten ist für die Hessische Landesregierung eine ihrer Kernaufgaben. Sicherheit und Schutz gehören zu den grundsätzlichen Gewährleistungen, die jeder Staat für seine Bürgerinnen und Bürger zu erbringen hat. Damit sind Opferschutz und Opferhilfe - von der konkreten Hilfestellung im Einzelfall bis hin zu Maßnahmen mit langfristig ausgelegtem präventivem Charakter - zentrale Aufgaben allen staatlichen und gesellschaftlichen Handelns. Die völlig unvermittelt von der Straftat betroffenen Opfer fühlen sich nach der Tat oftmals hilflos und allein gelassen. Sie benötigen Hilfe bei der Verarbeitung der für sie schrecklichen Geschehnisse und Informationen darüber, welche Hilfsmöglichkeiten es für sie gibt.

In der praktischen Umsetzung wurde in Hessen bereits 1984 die erste Beratungsstelle für Opfer von Straftaten gegründet. In der Folge wurden weitere Beratungsstellen eingerichtet. Hessen verfügt nun über ein - bundesweit vorbildliches - flächendeckend ausgebautes Netz von sieben Opferberatungsstellen, durch welche Opfer und Zeugen von Straftaten sowie mittelbar Betroffene kostenlos durch hierfür speziell geschulte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter beraten werden. Es handelt sich um folgende Opferberatungsstellen:

- Hanauer Hilfe, Opfer- und Zeugenhilfe Hanau e.V.,
- Gießener Hilfe, Opfer- und Zeugenhilfe Gießen e.V.,
- Kasseler Hilfe, Opfer- und Zeugenhilfe Kassel e.V.,
- Wiesbadener Hilfe, Opfer- und Zeugenhilfe Wiesbaden e.V.,
- Trauma- und Opferzentrum Frankfurt am Main e.V.,
- Opferhilfe Limburg-Weilburg e.V.,
- Opferhilfe Südhessen e.V.

Die Beratungsstellen werden durch Zuwendungen aus dem Justizressort und ergänzend durch Geldbußen und Spenden finanziert.

Diese Opferhilfeeinrichtungen beraten und unterstützen Opfer und Zeugen von Straftaten sowie deren Angehörige und Vertrauenspersonen. Ziel ist, bei der Bewältigung der Folgen einer erlittenen Straftat Unterstützung zu geben. Die Unterstützung erfolgt unabhängig davon, um welche

Deliktsart es sich handelt und ob die Betroffenen Anzeige erstattet haben. Die Beratung ist kostenlos und absolut vertraulich. Neben praktischen Hilfestellungen (Behördengänge und Begleitung zum Gericht) und psychologischer Beratung geht es vor allem auch darum, den Opfern das Gefühl zu geben, dass sie nicht allein gelassen werden. Die qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Beratungsstellen sind aufgrund ihrer Erfahrungen in der Lage, auch Opfern rechter Gewalt die notwendige rechtliche und insbesondere psychosoziale Unterstützung zukommen zu lassen.

Darüber hinaus kommen Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) i.V.m. dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) in Betracht. Einen Anspruch auf Versorgung nach § 1 Abs. 1 OEG hat, wer infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriffs gegen seine oder eine andere Person oder durch dessen rechtmäßige Abwehr eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat. Die Versorgung erfolgt sodann in entsprechender Anwendung der Vorschriften des BVG in Form von monatlichen Renten, Ausgleich von Nachteilen im beruflichen Fortkommen oder der laufenden Übernahme der Heil- und Krankenbehandlungskosten, Pflegekosten u.v.m.

Auch der Bund hat bereits im Jahr 2001 Haushaltsmittel zur Entschädigung von Opfern rechtsextremer Gewalt bereitgestellt. Der entsprechende Fonds für Opfer rechtsextremistischer Gewalt wird seit 2007 durch das Bundesamt für Justiz verwaltet. Die Leistung hat den Charakter einer Soforthilfe für das Opfer. Ein Rechtsanspruch besteht nicht. Die Leistungen in Form von Einmalzahlungen kann jeder erhalten, der sich berechtigt im Bundesgebiet aufhält. Das Leistungsspektrum reicht von einem Härteausgleich für Körperschäden, Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, Beleidigungen bis hin zum Ausgleich von Unterhaltsschäden und Nachteilen im beruflichen Fortkommen. Es erstreckt sich auch auf Hinterbliebene.

Schließlich weist die Polizei Opfer und Betroffene rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten auf die Rechte von Verletzten und Geschädigten im Strafverfahren hin. Dies erfolgt mittels eines bundesweit einheitlichen Merkblatts des Bundesamts für Justiz in deutscher, englischer und türkischer Sprache. Darüber hinaus macht sie auf die Entschädigungsmöglichkeit durch die Bundesregierung aufmerksam. Eine allgemeine soziale Unterstützung erhalten Opfer und Betroffene von den Opferberatungsstellen (siehe Teilfrage e), die ggf. zusätzliche Rechtsberatung vermitteln.

- g) Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, den Opfern rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten eine professionelle Gerichtsbegleitung (Anwälte, psychologische Betreuung) zur Seite zu stellen, und würde die Landesregierung dies unterstützen?

Die Verbesserung der Zeugensituation in den Gerichtsgebäuden mit der Schaffung von speziellen Einrichtungen für Zeugen und Gerichtsbesucher bildet seit beinahe 30 Jahren einen Schwerpunkt der Opferhilfe. Schon 1987 hat Hessen als erstes Land eine Zeugenbetreuung eingerichtet. Dies zunächst beim Landgericht Limburg, 1993 kam die Zeugenbetreuung beim Landgericht Frankfurt am Main, ausgestattet mit Fachberaterstellen, dazu.

Die Zeugenbetreuer stehen den Betroffenen zur Seite, indem sie beruhigen und informieren und als Ansprechpartner vor, während und nach der Verhandlung zur Verfügung stehen. Außerdem vermittelt der Zeugenbetreuer gegebenenfalls Kontakte zu anderen Hilfseinrichtungen.

Seither wird das erfolgreiche Programm der betreuten Zeugenzimmer - mit finanzieller Unterstützung durch das Justizministerium - stetig ausgeweitet. So ist z.B. im Justizzentrum Wiesbaden in Zusammenarbeit mit der Wiesbadener Hilfe ein betreutes Zeugenzimmer eingerichtet, desgleichen in Gießen in Zusammenarbeit mit der Gießener Hilfe und in Hanau in Zusammenarbeit mit der Hanauer Hilfe und das Zeugenzimmer im Justizzentrum in Kassel in Zusammenarbeit mit der Kasseler Hilfe.

- h) Wie viele Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten wurden in der Vergangenheit in Zeugenschutzprogramme aufgenommen?

Es wurden bisher keine Personen im Sachzusammenhang in ein Zeugenschutzprogramm aufgenommen.

- i) Welche Präventionsprogramme zum Schutz potenzieller Opfer und Betroffener rechtsextremistischer Gewalt wurden und werden in Hessen durchgeführt?

Opfern und Betroffenen rechtsextremistischer Gewalt wird Unterstützung durch die Kooperation der Hessischen Opferhilfevereine und des BeratungsNetzwerks hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus angeboten. Darüber hinaus ist zukünftig ein eigenes Angebot des BeratungsNetzwerks hessen für Opfer und Betroffene rechtsextremistischer Gewalt geplant, das in deren jeweiligen sozialen Nahräumen tätig wird.

j) Werden Polizisten/innen im Umgang mit Opfern rechter Gewalt geschult?

Ja. Ein professioneller Umgang mit der Opfersituation und den bestehenden Opferrechten wird bereits in der Ausbildung vermittelt. Tagungen zu besonderen Deliktsbereichen und Opfergruppen greifen weitere spezielle Opferrechte und Entschädigungsmöglichkeiten auf.

24. Antisemitische Straftaten

Frage 24...

a) Wie viele jüdische Grabstätten und Mahnmale wurden in den letzten zehn Jahren in Hessen geschändet (bitte nach Datum und Ort aufschlüsseln)?

Für die letzten zehn Jahren liegen polizeiliche Erkenntnisse dahin gehend vor, dass in 58 Fällen jüdische Grabstätten/Friedhöfe und in 28 Fällen jüdische Mahnmale bzw. Gedenkstätten geschändet wurden. Stichtag für die Vorgänge aus dem Jahr 2014 ist der 31.07.2014.

Jüdische Friedhöfe:

Tatzeit	Tatort
15.04.2005	64665 Alsbach-Hähnlein
20.02. - 17.04.2005	36205 Sontra
16.07.2005	64665 Alsbach-Hähnlein
16.07.2005	60318 Frankfurt/M.
27.08.2005	36157 Ebersburg-Weyhers
05.09.2005	64665 Alsbach-Hähnlein
05.09. - 19.09.2005	37213 Witzenhausen
05.10.2005	35510 Butzbach
20.10. - 22.10.2005	37249 Neu-Eichenberg
23.01.2006	34613 Schwalmstadt
16.04.2006	64720 Michelstadt
24.04.2006	36179 Bebra
22.05.2006	61276 Weilrod
29.05.2006	36132 Arzell (nicht bekannt ob Grabstätte oder Mahmal)
27.06. - 28.06.2006	64665 Alsbach-Hähnlein
04.08.2006	64665 Alsbach-Hähnlein
29.10.2006	35075 Gladenbach
29.10.2006	35799 Merenberg-Reichenborn
28.01.2007	63450 Hanau
26.07. - 27.07.2007	63505 Langenselbold
08.04. - 09.04.2008	63505 Langenselbold
08.06. - 10.06.2008	35083 Wetter
15.06. - 24.07.2008	36391 Sinnthal-Altengronau
01.09. - 04.09.2008	34396 Liebenau
09.10. - 14.10.2008	36157 Ebersburg-Weyhers
25.10.2008	64401 Groß-Bieberau
05.11. - 06.11.2008	35083 Wetter
09.11.2008	35083 Wetter
12.12. - 19.12.2008	63505 Langenselbold
30.03. - 05.04.2009	63505 Langenselbold
02.06.2009	63505 Langenselbold
13.07.2009	63688 Gedern
11.11.2009	61476 Kronberg
12.11.2009	36043 Fulda
10.05.2010	65599 Dornburg-Frickhofen
01.05. - 06.06.2010	63450 Hanau
04.05. - 07.06.2010	64832 Babenhausen
10.08.2010	63505 Langenselbold
18./19.12.2010	35096 Weimar-Roth
10.03.2011	34123 Kassel
11.04.2011	63179 Offenbach
12.11.2011	63505 Langenselbold
24.12.2011	35457 Lollar
30.11.2011 - 10.01.2012	35096 Weimar-Roth
23.01. - 25.01.2012	35457 Lollar
21.02. - 23.02.2012	35102 Lohra-Reimershausen
02.07. - 04.07.2012	61197 Florstadt
01.12.2012	35708 Haiger

Tatzeit	Tatort
22.04. - 13.05.2013	36205 Sontra
25.05.2013	63526 Erlensee
11.11.2013	35687 Dillenburg
07.07. - 16.07.2014	64385 Reichelsheim

Jüdische Mahnmale:

Tatzeit	Tatort
19.12.2005	60435 Frankfurt am Main
29.05.2006	36132 Arzell (nicht bekannt ob Grabstätte oder Mahnmal)
18.10.2006	35510 Butzbach (Gedenkstein zum Holocaust)
12.03.2007	61118 Bad Vilbel (Stolperstein)
24.08.2007	64720 Michelstadt (Synagoge)
31.05.2008	64546 Mörfelden-Walldorf (Stolperstein)
31.05.2008	61231 Bad Nauheim
12.08.2008	60435 Frankfurt am Main
15.04.2009	61231 Bad Nauheim
09.10.2010	64720 Michelstadt (Synagoge)
27.06.2011	61231 Bad Nauheim
01.08.2011	34117 Kassel
16.09. - 17.09.2011	34117 Kassel
04.01.2012	65183 Wiesbaden
17.10. - 24.10.2012	65183 Wiesbaden
15.11.2012	64347 Griesheim
02.02.2013	64720 Michelstadt (Synagoge)
10.04.2013	64342 Seeheim-Jugenheim (Stolperstein)
10.04.2013	64342 Seeheim-Jugenheim (Stolperstein)
10.04.2013	64720 Michelstadt (Stolperstein)
17.05.2013	64283 Darmstadt (Denkzeichen Güterbahnhof)
07.11.2013	64331 Weiterstadt (Stolperstein)
08.11.2013	64342 Seeheim-Jugenheim (Stolperstein)
07.10.2013	34117 Kassel
22.01.2014	64342 Seeheim-Jugenheim (Stolperstein)
25.02.2014	63322 Rödermark-Ober-Roden (Stolperstein)
15.03.2014	64646 Heppenheim (Gedenkstätte ehem. Synagogengelände)

- b) Welche weiteren antisemitischen Straftaten wurden in den letzten zehn Jahren in Hessen registriert (bitte aufschlüsseln nach den einzelnen Deliktarten)?

Strafnorm	Kriminologische Bezeichnung/Deliktsart
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
§ 86 StGB	Verbreiten von Propagandamitteln
§ 90a StGB	Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole
§ 123 StGB	Hausfriedensbruch
§ 126 StGB	Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten
§ 130 StGB	Volksverhetzung
§ 166 StGB	Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen
§ 168 StGB	Störung der Totenruhe
§ 185 StGB	Beleidigung
§ 187 StGB	Verleumdung
§ 188 StGB	Üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens
§ 189 StGB	Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener
§ 211 StGB	Versuchter Mord
§ 223 StGB	Körperverletzung
§ 224 StGB	gefährliche Körperverletzung
§ 241 StGB	Bedrohung
§ 242 StGB	Diebstahl
§ 243 StGB	Besonders schwerer Fall des Diebstahls
§ 303 StGB	Sachbeschädigung
§ 304 StGB	gemeinschaftliche Sachbeschädigung
§ 316b StGB	Störung öffentlicher Betriebe
§ 26 VersG	Durchführung einer verbotenen oder nicht angemeldeten Versammlung

- c) Wie viele Ermittlungsverfahren wurden mit welchen Ergebnissen durchgeführt?
- d) Wie hoch ist die Aufklärungsquote solcher Delikte?

Die Anzahl der in den letzten zehn Jahren geführten Ermittlungsverfahren in Zusammenhang mit der Schändung jüdischer Grabstätten oder Mahnmale ist nicht recherchierbar, da insoweit keine gesonderte statistische Erfassung erfolgt. Bis einschließlich des Geschäftsjahres 2011 wurden alle Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts rechtsextremistischer bzw. fremdenfeindlicher Straftaten mit antisemitischem Hintergrund in einer Rubrik statistisch erfasst. Die entsprechenden Zahlen ergeben sich aus der in der Antwort zu Frage 22 c abgedruckten Tabelle "Eingeleitete Ermittlungsverfahren" (dort Spalte 8).

Seit dem Geschäftsjahr 2012 werden Ermittlungsverfahren wegen antisemitischer Bestrebungen auch nach Deliktskategorien erfasst. Aus der Statistik ergibt sich, dass im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 7 Ermittlungsverfahren wegen antisemitischer Bestrebungen geführt wurden, wovon 3 Verfahren wegen des Verdachts von Straftaten nach §§ 86, 86a StGB, 2 Verfahren wegen des Verdachts von Straftaten nach §§ 130, 131 StGB und 2 Verfahren wegen des Verdachts sonstiger Delikte geführt wurden. Im Geschäftsjahr 2013 wurden insgesamt 46 Ermittlungsverfahren wegen antisemitischer Bestrebungen geführt. Davon betrafen 8 Verfahren den Verdacht von Straftaten nach §§ 86, 86a StGB, 24 Verfahren den Verdacht von Straftaten nach §§ 130, 131 StGB und 14 Verfahren wurden wegen des Verdachts sonstiger Delikte geführt. Weitere Informationen (Ergebnisse der Ermittlungsverfahren, Aufklärungsquote, Alter der Beschuldigten und die Zugehörigkeit zu einer "ethnischen Gruppe") werden statistisch nicht erfasst.

- e) Welchen Alters- und ethnischen Gruppen gehören die Täter an?

Den Schwerpunkt bilden erwachsene Täter. Darüber hinaus wurden im Erfassungszeitraum eine Vielzahl von Jugendlichen (14-17 Jahre) und Heranwachsenden (18-21 Jahre) als Tatverdächtige/Täter erfasst. Kinder wurden nur in Einzelfällen als Täter registriert. Die ethnische Zugehörigkeit wird statistisch nicht erfasst.

- f) Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung zum Schutz jüdischer Einrichtungen und Grabstätten?

Jüdische Einrichtungen, insbesondere Synagogen, Schulen, Kindergärten, Museen, Gemeindehäuser und Friedhöfe, werden unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Gefährdungslage in die polizeiliche Schutzkonzeption einbezogen.

25. Minderheiten- oder fremdenfeindliche Tendenzen im öffentlichen Dienst

Frage 25...

- a) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über minderheiten- und fremdenfeindliche Tendenzen in öffentlichen Einrichtungen, Behörden u.Ä. vor?

Durch das LfV werden gelegentlich Rechtsextremisten festgestellt, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. In solchen Fällen prüft das LfV die vorliegenden Erkenntnisse auf ihre Übermittlungsfähigkeit an die zuständige Stelle, damit diese dann die erforderlichen Maßnahmen treffen kann. In keinem Fall sind in diesem Zusammenhang jedoch Erkenntnisse darüber angefallen, dass diese Personen rechtsextremistische Bestrebungen an ihrem Arbeitsplatz entfalten. Vielmehr versuchen sie, ihre extremistische Betätigung im Berufsleben zu verheimlichen, um ihren Arbeitsplatz nicht zu gefährden.

Im Übrigen wird die Frage ressortspezifisch wie folgt beantwortet:

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK)

Es gab einen rechtsextremistisch beeinflussten Vorfall im Berichtszeitraum. Anlässlich der Eröffnungsfeier des Keltenmuseums am Glauberg wurde festgestellt, dass die mit dem Wachdienst betraute Sicherheitsfirma einen einschlägig bekannten Neonazi direkt am Originalstandbild des Keltenfürsten einsetzte. Der Vertrag mit der Sicherheitsfirma wurde daraufhin gekündigt und Strafanzeige gegen die Person erstattet, da angeblich rechtsextreme Äußerungen fielen. Über fremden- und minderheitenfeindliche Tendenzen im öffentlichen Dienst liegen darüber hinaus hier keine Erkenntnisse vor.

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS)

Es wurde bisher keine Beschwerde wegen einer Benachteiligung aufgrund der Rasse und der ethnischen Herkunft oder der religiösen Orientierung bzw. Weltanschauung erhoben. Der Antidiskriminierungsstelle nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) liegen keine Erkenntnisse über minderheiten- und fremdenfeindliche Tendenzen in Behörden vor.

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (HMSI)

Auch in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Gießen (HEAE) ist es in den letzten 10 Jahren nicht zu rechtsextremistisch motivierten Übergriffen auf Flüchtlinge oder die HEAE selbst gekommen.

Hessisches Ministerium der Finanzen (HMdF)

Es bestehen keine Anhaltspunkte, fremdenfeindliche Tendenzen innerhalb der Finanzverwaltung oder gegenüber Bürgerinnen und Bürgern. Insbesondere sind keine Dienstaufsichtsbeschwerden von Bürgerseite bekannt, die auf ein minderheiten- oder fremdenfeindliches Verhalten von Bediensteten der hessischen Finanzverwaltung zurückzuführen wären. Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass seit einiger Zeit vermehrt Steuerpflichtige in Erscheinung treten, die die Rechtmäßigkeit und Wirksamkeit von Amtshandlungen der Finanzämter infrage stellen. Sie gehen vom Fortbestand des Deutschen Reiches aus und bestreiten die staatliche Existenz der Bundesrepublik Deutschland. Es bestehen insoweit Verbindungen zur sogenannten Reichsbürgerbewegung.

Hessisches Kultusministerium (HKM)

Dem Kultusministerium ist hierzu ein einzelner Verdachtsfall gegen eine Lehrkraft an einer Schule im Bereich des Staatlichen Schulamts für den Landkreis Hersfeld-Rotenburg und den Werra-Meißner-Kreis bekannt. Im Rahmen von Voruntersuchungen zu einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen eine Lehrkraft (unter anderem Vorwurf der Nötigung und der Verletzung der Aufsichtspflicht) wurde der Verdacht geäußert, die betroffene Lehrkraft habe möglicherweise eine rechtsextreme Äußerung getätigt. Die Untersuchung dieses Verdachts durch den zuständigen Schulleiter hat ergeben, dass nur eine einzelne Person die Äußerung gehört haben will. Der Schulleiter hat seinen Sachbericht am 14. August 2014 dem zuständigen Staatlichen Schulamt vorgelegt. Der zuständige verwaltungsfachliche Aufsichtsbeamte übernahm das weitere Verfahren.

- b) Welche Maßnahmen gegen rassistische und rechtsextremistische Übergriffe oder Vorfälle in Behörden und öffentlichen Stellen hat die Landesregierung in den letzten zehn Jahren unternommen?

In § 2 Abs. 2 der Hessischen Laufbahnverordnung vom 17. Februar 2014 wurde die interkulturelle Kompetenz als Befähigungsmerkmal im Hinblick auf den Zugang zu einem öffentlichen Amt aufgenommen. Die in Art. 33 Abs. 2 des Grundgesetzes festgelegten Grundsätze werden hierdurch konkretisiert. Unter interkultureller Kompetenz ist die Fähigkeit zu verstehen, in fachlichen und sozialen Belangen aufgrund von Kenntnissen über kulturell geprägte Normen, Wertehaltungen und Symbole sowie bestimmter Fertigkeiten und Einstellungen sachgerecht zu interagieren. Dazu gehört zum Beispiel auch die Bereitschaft, die eigenen kulturellen Sichtweisen und Wertevorstellungen in Beziehungen zu anderen Personen zu reflektieren und konstruktiv einzusetzen.

Im Regierungspräsidium Gießen wurden Infoveranstaltungen zum AGG für alle Führungskräfte als Pflichtveranstaltung durchgeführt, um die Beschäftigten für das Thema zu sensibilisieren. Diese umfassten auch das Thema der Benachteiligung oder Ungleichbehandlung aufgrund der Rasse und der ethnischen Herkunft oder der religiösen Orientierung und Weltanschauung.

An der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung ist bereits seit vielen Jahren die vorurteilsfreie Auseinandersetzung angehender Verwaltungsbeamter und Polizeibediensteter Bestandteil des Curriculums der Studiengänge. Auch in den aktuell angebotenen Bachelorstudiengängen werden diese Themenschwerpunkte in zahlreichen Modulen aufgegriffen und aus einer Vielzahl von Fachrichtungen beleuchtet. Nicht zuletzt befasst sich - auch über den Studienalltag hinaus - das 2014 eingerichtete Büro für interkulturelle Angelegenheiten (BInA) mit Fragen der Multikulturalität innerhalb von Polizei und Verwaltung wie auch im Umgang mit der Bevölkerung.

Im Übrigen bietet die "Zentrale Fortbildung Hessen" im Themenfeld "Interkulturelle Kommunikation" unterschiedliche Veranstaltungen an.

Im Geschäftsbereich des HMdF wurden mit Verfügung der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main vom 4. Juli 2013 Regelungen im Hinblick auf den Umgang mit Personen, die sich auf das Nichtbestehen der Bundesrepublik berufen (sogenannte Reichsbürger), getroffen. Die Verfügung enthält konkrete Handlungsanweisungen, insbesondere für den Außendienst und für den Fall einer Bedrohungssituation für Bedienstete der Verwaltung. Es wurden zudem verschiedene generalpräventive Maßnahmen ergriffen, um rassistischen und rechtsextremistischen Tendenzen in den Dienststellen der Finanzverwaltung vorzubeugen und diese auch für die Zukunft möglichst auszuschließen. Die Maßnahmen sind Teil der Umsetzung der "Charta der Vielfalt", welcher das Land Hessen zu Beginn des Jahres 2011 beigetreten ist. Hiermit wird auch in der Finanzverwaltung das Ziel verfolgt, ein wertschätzendes und vorurteilsfreies Arbeitsumfeld zu gewährleisten.

In der Steuerverwaltung sind folgende Maßnahmen im Rahmen der interkulturellen Öffnung geplant oder bereits ergriffen worden:

- Ergänzung der Ausbildungsbroschüren zur Nachwuchsgewinnung und des Internetauftritts "Finanzverwaltung-mein-job.de" um den Passus "In Hessen leben Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen. Wir möchten, dass sich diese kulturelle Vielfalt auch in der

Steuerverwaltung widerspiegelt und ermutigen Personen mit Migrationshintergrund, sich bei uns zu bewerben.",

- Teilnahme hessischer Bediensteter an Seminarangeboten der Bundesfinanzakademie ("Interkulturelle Führungskompetenz" und "Interkulturelle Kompetenz in der Betriebsprüfung"),
 - Teilnahme hessischer Bediensteter der Steuerfahndung und der Bußgeld- und Strafsachenstellen an Seminaren der Oberfinanzdirektion Koblenz zu dem Thema "Multikulturelle Sozialkompetenz",
 - verstärkter Einsatz von Personal mit interkultureller Kompetenz in besonderen Arbeitsbereichen wie FIS und Betriebsprüfung,
 - Sensibilisierung der Finanzamtsvorsteherinnen und -vorsteher im Rahmen von Gruppenbesprechungen zum Thema "Interkulturelle Kompetenz",
 - Prüfung, ob über bereits bestehende Angebote hinaus weitere Angebote im Zusammenhang mit dem Erlernen einer Fremdsprache unterbreitet werden sollen.
- c) Wie haben die zuständigen Stellen in Einzelfällen reagiert, um minderheiten- oder fremdenfeindlichen Tendenzen im öffentlichen Dienst entgegenzutreten?

Es wird auf die Antwort zu Teilfrage b verwiesen.

- d) Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund von Diskriminierungen auch durch Beschäftigte des öffentlichen Dienstes die Einrichtung einer Beschwerdestelle, an die sich Bürgerinnen und Bürger in solchen Fällen direkt wenden können?

Die Einrichtung einer (zusätzlich zur beim HMdIS bestehenden) Beschwerdestelle ist nicht erforderlich. Die bestehenden Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Ahndung von Diskriminierungen werden als ausreichend erachtet (hier insbesondere Maßnahmen der Dienstaufsicht). Bürgerinnen und Bürger, die sich diskriminiert fühlen, können das Verhalten jederzeit im Wege der Dienstaufsichtsbeschwerde rügen. Die Dienstvorgesetzten sind im Rahmen ihrer Dienst- und Fachaufsicht gehalten, entsprechenden Beschwerden nachzugehen und diese im Bestätigungsfalle - gegebenenfalls auch disziplinarisch oder arbeitsrechtlich - zu ahnden.

- e) Welche Veränderungen resultieren aus der von "beratungsNetzwerk hessen" veröffentlichten Broschüre "Nicht über, sondern mit den Betroffenen reden.", in der Missstände in öffentlichen Einrichtungen (wie Schulen oder Behörden) und der Polizei aufgezeigt werden?

Mit Blick auf öffentliche Einrichtungen führt derzeit die Landeskoordinierungsstelle des "beratungsNetzwerks hessen" (seit 2015: Demokratiezentrum) eine qualitative Studie zum Thema "Umgang mit Rassismus und Diskriminierung im Schulalltag an Schulen im Landkreis Marburg-Biedenkopf (2014-2015)" durch. Die Fragestellungen dieser Studie sind:

Wie und unter welchen Umständen gelingt es Schulen sich sowohl präventiv als auch intervenierend mit Alltagsrassismus und Diskriminierung auseinanderzusetzen?

Welche Bedarfe äußern Lehrer/-innen, Schulleitung oder Schulsozialarbeiter/-innen, um wirksam und souverän rassistischer Diskriminierung und rassistischen Äußerungen bzw. Vorfällen begegnen zu können?

Ziel der Erhebung ist es, Bedarfe zu ermitteln und Empfehlungen für die Qualifizierung und Förderung schulischer Fachkräfte zu formulieren, die sowohl die professionelle Ebene als auch die strukturelle Ebene von Schulkultur und Schulentwicklung umfassen.

Der Schlussfolgerung der Broschüre, "gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit stärker zu thematisieren, trägt das HKM in vielfältiger Weise Rechnung. Beispielhaft sind die Unterstützung von Mahn- und Gedenkstätten bei der Erarbeitung pädagogisch aufbereiteter Besucherprogramme und Materialien sowie die zahlreichen Besuche dieser außerschulischen Lernorte durch Schulklassen zu nennen. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch die interkulturelle Fortbildung von Lehrkräften. In diesem Bereich der Lehrerbildung sind seit dem Jahr 2005 200 verschiedene akkreditierte Angebote verzeichnet. Darüber hinaus bieten auch die Studienseminare Wiesbaden und Frankfurt interkulturelle Inhalte in der Lehrerausbildung an.

In der hessischen Finanzverwaltung werden die wesentlichen, sich aus der Broschüre ergebenden Anforderungen, Diskriminierung und Rassismus aktiv entgegenzutreten, vorbeugend tätig zu werden sowie Betroffenen unterstützend zur Seite zu stehen, bereits erfüllt.

26. Aussteigerprogramme in Hessen

Frage 26...

- a) Mit welchen Mitteln werden welche Aussteigerprogramme in Hessen gefördert (bitte Höhe und fördernde Stelle nennen)?

Dem 2002 ressortübergreifend initiierten und 2003 als dauerhaftes Landesprogramm in die Reorganisation des HLKA überführten Aussteigerprogramm IKARus steht derzeit ein Budget in Höhe von 50.000 EUR p.a. aus Landesmitteln (HMdIS) zur Verfügung.

- b) Wie viele Personen haben in den letzten zehn Jahren an den Aussteigerprogrammen teilgenommen (bitte Aufschlüsseln nach Jahren und unterschiedlichen Projekten)?

Erfassungsjahr	Personen
2005-2007	40
2008	10
2009	15
2010	15
2011	19
2012	15
2013	13
2014	14

- c) Wie viele von diesen Personen sind nach ihrem Ausstieg wieder rückfällig geworden?

Es sind keine Rückfälle bekannt geworden.

- d) Wie bewertet die Landesregierung die vorgebrachte Kritik, dass das Ikarus-Projekt auf viele Ausstiegswillige, aufgrund der hohen Polizeinähe, eine abschreckende Wirkung habe?

Dass die Anbindung des IKARus-Aussteigerprogramms beim HLKA eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Ausstiegskandidaten entfaltet, kann nicht bestätigt werden. Die Vorteile aus einer Anbindung bei der Polizei für Ausstiegswillige und deren Begleiter überwiegen. So können beispielsweise bei vorliegenden Gefährdungslagen zum Nachteil ausstiegswilliger Szenemitglieder und deren Angehörigen unmittelbar polizeiliche Schutzmaßnahmen eingeleitet werden. Darüber hinaus lässt die Möglichkeit eines Rückgriffs auf vorliegende polizeiliche Erkenntnisse eine Einordnung der Person hinsichtlich ihrer Szenezugehörigkeit und ihres Ausstiegswillens zu. Eine sekundär positive Begleiterscheinung der behördlichen Anbindung bei der Polizei stellt die Verunsicherung innerhalb der rechten Szene dar, wenn deren Mitglieder unabhängig ihres Grads der Zugehörigkeit unmittelbar von IKARus angesprochen und über die Möglichkeit eines Ausstiegs informiert werden.

- e) Welche Verbesserungen sind im Bereich der Aussteigerarbeit geplant?

Im Jahr 2013 erfolgte eine personelle Verstärkung für die Bereiche Nordhessen und Südhessen. Derzeit besteht IKARus aus der Geschäftsstelle im HLKA und Außenstellen in Kassel, Alsfeld und Darmstadt. Durch die personelle Ausweitung konnten zusätzliche pro aktive Ansprachen erfolgen sowie die Ausstiegsbegleitung insgesamt intensiviert werden. Dazu gehören auch Ansprachen bei Multiplikatoren in Einrichtungen der Jugendpflege, Bewährungshilfen, Justizvollzugsanstalten, Bürgermeisterdienstversammlungen und Präventionsräten. In Abhängigkeit der bis Ende 2015 vorliegenden Erfahrungswerte ist geplant, weitere Außenstellen von IKARus in Hessen einzurichten.

- f) Bis wann ist die Finanzierung der Aussteigerprojekte sichergestellt?

Das Hessische Aussteigerprogramm IKARus wird dauerhaft finanziert.

27. Jugendarbeit und Rechtsextremismus

Frage 27...

- a) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über rechtsextremistische Aktivitäten in Jugendeinrichtungen vor?

Im Jahr 2006 konnte eine Auseinandersetzung in den Räumlichkeiten eines Jugendclubs während einer Geburtstagsfeier festgestellt werden. Hintergrund war der Rauswurf einer Personengruppe der rechten Szene.

- b) Wo sieht die Landesregierung regionale Schwerpunkte rechtsextremistischer Jugendszenen im Land?

Regionale Schwerpunkte sind Südhessen und das Rhein-Main-Gebiet. Im Lumdatal zeigte sich ein besonders junges rechtsextremistisches Personenpotenzial. Ein kurzfristiges Entstehen rechtsextremistischer Zusammenhänge ist insbesondere bei Jugendlichen - aufgrund der besonders stark ausgeprägten gruppenspezifischen Prozesse - jedoch jederzeit schnell möglich, was auch dazu führt, dass Gruppierungen häufig nur über einen relativ kurzen Zeitraum aktiv sind.

- c) Welche Projekte der Jugendverbände, des Hessischen Jugendrings, der politischen Jugend und anderer vom Land Hessen geförderter Einrichtungen wenden sich gegen den Rechtsextremismus?

Die Sportjugend Hessen hat ein eigenes Angebot zur Prävention von und zur Intervention bei Rechtsextremismus im Sport etabliert. Darüber hinaus hat die Sportjugend Hessen von 2010 bis 2014 das durch das Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN geförderte Modellprojekt "Erlebniswelt Sport: Wir bieten Respekt und ANerkennung!" (R.AN!) in Kooperation mit neun Sportvereinen in ganz Hessen durchgeführt. Bereits seit 1998 besteht das Projekt "Interkulturelles Konfliktmanagement im Fußball".

Die Hessische Jugendfeuerwehr hat von 2008-2010 am bundesweiten Modellprojekt der Deutschen Jugendfeuerwehr "Jugendfeuerwehr strukturfür Demokratie" teilgenommen, das vom Bundesprogramm "kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus" gefördert wurde. Im Rahmen dieses Projekts wurden Module zum Thema Rechtsextremismus für die Jugendleiter Card (JuLeiCa) konzipiert und niedrigschwellige Ansätze zur Intervention bei Vorkommnissen mit einem rechtsextremistischen Hintergrund innerhalb der Jugendfeuerwehr entwickelt.

Weiter bestehen die Projekte "Braunmelder" und "Rexlotsen" der Hessischen Jugendfeuerwehr. Mit dem "Braunmelder" können über die Internetseite der Hessischen Jugendfeuerwehr (<http://www.jf-hessen.de/d/Projekte/demokratie.php?navanchor=1010059>) diskriminierende, rassistische, antisemitische oder rechtsextremistische Sprüche, Vorfälle usw. gemeldet werden. Damit sollen frühzeitig entsprechende Tendenzen erkannt werden. Die geschulten Rexlotsen der Hessischen Jugendfeuerwehr können dann beratend hinzu gezogen werden.

Zudem gibt es die Kampagne "Unsere Welt ist bunt" (http://www.jf-hessen.de/projekte/unsere_welt_ist_bunt/index.php?navanchor=1010059), mit der die Individualität der verschiedenen Jugendlichen in der Hessischen Jugendfeuerwehr gefördert wird. Das Programm wendet sich nicht allein gegen Rechtsextremismus, jedoch ist seine Intention auch, Jugendliche mit Migrationshintergrund zu gewinnen und steht damit rechtsextremem Gedankengut entgegen.

Seit dem Dezember des Jahres 2009 existiert das Programm "Rote Linie - Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg" mit einem differenzierten Beratungsangebot für Eltern und Angehörige von rechtsaffinen Jugendlichen. Das Programm begleitet darüber hinaus rechtsaffine Jugendliche im Rahmen einer sogenannten "Erstansprache" und bietet ein differenziertes Veranstaltungsangebot für unterschiedliche Zielgruppen (z.B. Schüler, Auszubildende bis hin zu pädagogischen Fachkräften und Multiplikatoren) an. In Kooperation mit dem "Jugend-Arbeits-Kreis Oberscheld" (JAKOb e.V.) ist das Programm beim St. Elisabeth-Verein e.V. in Marburg angesiedelt.

Schließlich leistet die Arbeit der aktiven Jugendverbände im Hessischen Jugendring (hjr) einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Die auf Freiwilligkeit und Selbstorganisation basierende Jugendverbandsarbeit fördert junge Menschen darin, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, den Umgang mit Konflikten zu erlernen, gemeinsame Zeit in Gruppen zu gestalten und durch demokratische Verfahren die Entwicklung des Jugendverbands zu prägen. Dies trägt zu einem toleranten und demokratischen Verständnis bei Kindern und Jugendlichen bei.

Insbesondere die außerschulische Jugendbildung widmet sich dabei immer wieder im Rahmen der kulturellen und politischen Bildung verschiedenen Aspekten von Demokratiefeindlichkeit, Ausgrenzung und Diskriminierung. Dabei spielt Vielfalt nicht nur in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungen eine große Rolle, sondern gerade auch mit Blick auf die eigene Jugendverbandsarbeit. Die Auseinandersetzung mit den Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) hat mittlerweile einen festen Platz in der außerschulischen Jugendbildung.

Als Arbeitsgemeinschaft von 31 hessischen Jugendverbänden arbeitet der Hessische Jugendring im beratungsNetzwerk hessen mit und bringt dort die Sichtweise der Jugendverbandsarbeit ein. Die so entstehenden Impulse für die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Tendenzen trägt dieser zurück in die Jugendverbandsarbeit und macht sie für seine Mitgliedsverbände nutzbar. Darüber hinaus stellt er den Verbänden regelmäßig Materialien und Angebote (z.B. der Bildungsstätte Anne Frank e.V., der Amadeu Antonio Stiftung oder jugendschutz.net) für die Auseinandersetzung mit GMF und Rechtsextremismus vor und zur Verfügung.

Außerdem führt der hjr Fortbildungsangebote für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugendverbandsarbeit durch.

Als ein Projekt der Jugendverbände ist hier das "Netzwerk für Demokratie und Courage - NDC" als Kooperation des Bundes der Katholischen Jugend (BDKJ) und der DGB-Jugend zu nennen. Das NDC setzt seit 2005 demokratiefördernde Bildungsarbeit an Schulen und Ausbildungseinrichtungen um. Ziel der Präventionsarbeit ist es, menschenverachtende Einstellungen abzubauen und die Teilnehmenden zu aktivieren, sich klar gegen menschenverachtende Äußerungen einzusetzen. Jährlich werden im Rahmen von ca. 100 Projekttagen etwa 2.500 Schüle-

rinnen und Schüler mit den Ideen des demokratischen Miteinanders, der Zivilcourage und des menschlichen Umgangs vertraut gemacht.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erfolgt auch unter dem Blickwinkel des Jugendschutzes. Dazu bedient sich das Land insbesondere der Organisation jugendschutz.net, die vom Bund sowie den einzelnen Ländern nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel finanziert wird. Um Jugendschutzprobleme im Bereich Rechtsextremismus einschätzen und ihnen rechtzeitig gegensteuern zu können, recherchiert jugendschutz.net seit 2001 kontinuierlich rechtsextreme Webangebote. Mit spezifischen Landesdossiers liefert jugendschutz.net damit einen detaillierten Überblick über die Erkenntnisse zu Rechtsextremismus im Internet unter Jugendschutzgesichtspunkten. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass vor allem Websites und Beiträge im Social Web aus dem Spektrum von Neonazi-Gruppen, der NPD sowie von Versandhändlern und Szene-Diensten als relevant eingestuft werden können. Grundlage für die Bewertung der recherchierten Webangebote ist der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV). Darin ist festgeschrieben, welche Inhalte im Internet nicht verbreitet werden dürfen.

d) In welchem Umfang fördert das Land die einzelnen Projekte?

Hessen setzt in der Jugendarbeit auf die Stärkung des demokratischen Potenzials der Gesellschaft und fördert kontinuierlich die Regelstrukturen der Jugendarbeit. So stellt das Land den 31 hessischen Jugendverbänden jährlich Mittel in einer Gesamthöhe von 2.160.000 € sowie den Trägern der außerschulischen Jugendbildung jährlich Mittel in einer Gesamthöhe von 6.571.000 € zur Verfügung. Über den konkreten Mitteleinsatz und die jeweiligen thematischen Schwerpunktsetzungen entscheiden die Träger in eigener Verantwortung. Zudem wurde das Programm "Rote Linie - Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg" von 2009 - 2013 im Rahmen des XENOS-Sonderprogramms "Ausstieg zum Einstieg" gefördert. Hier lag der Landesanteil bei 86.500 € für den gesamten Projektzeitraum. Seit dem 1. November 2013 führt das Land Hessen das Programm "Rote Linie" fort; für 2014 wurden hierfür Mittel in Höhe von 125.000 € bereitgestellt, die im Rahmen einer Zuwendung an den St. Elisabeth-Verein e.V. (Marburg) eingesetzt wurden. Ab 2015 erfolgt eine Förderung im Rahmen des Landesprogramms "Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" sowie des Bundesprogramms "Demokratie leben!". Entsprechend dem Finanzierungsplan des Demokratiezentrum Hessen werden für die Arbeit des Programms "Rote Linie" 145.000 € p.a. zur Verfügung gestellt.

e) Welche Modellprojekte der Jugendarbeit dienen der Verhütung oder Eindämmung des Rechtsextremismus und wie viele Mittel wurden dafür in den letzten zehn Jahren bereitgestellt?

Mit dem Projekt "Jugendverbände als zivilgesellschaftliche Akteure in Auseinandersetzung mit lokalem Rechtsextremismus", das der hjr 2006 bis 2008 durchführte, wurde direkt die als präventiv wirkende Arbeit der Jugendverbände in den Blick genommen. Das Projekt war als Untersuchungs- und Qualifizierungsprojekt konzipiert und wurde in Zusammenarbeit mit Fachkräften der Universität Marburg durchgeführt. Gruppenleiterinnen und Gruppenleitern sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugendverbandsarbeit wurden befragt und methodisch geschult. Die Finanzierung wurde über die "Aktion Mensch" realisiert.

Mit dem Projekt der "I-Lotsen für Integration und Inklusion" qualifiziert der hjr seit 2007 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Jugendverbänden, damit diese in den verbandlichen Strukturen wirken können. Die I-Lots/innen befördern in den Verbänden interkulturelle Öffnungsprozesse, tragen zur reflektierten Auseinandersetzung mit Heterogenität und ausgrenzenden Strukturen bei und fördern dadurch die verbandliche Entwicklung hin zu Offenheit, Akzeptanz und Partizipation. Dies trägt auch dazu bei, dass die Jugendverbände sich ihrer Aufgabe gesellschaftlicher Integration bewusster werden und diese Rolle aktiver ausgestalten können. Die bisherigen Ausbildungszyklen der Jahre 2007, 2009/2010 und 2014 konnten jeweils durch Mittel des hjr, des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration und der Stadt Frankfurt finanziert werden.

Ebenfalls zur Qualifizierung und Stärkung von Multiplikatoren und Multiplikatorinnen der Jugendverbandsarbeit hat der hjr den JuLeiCa-Baustein "Rechtsextremismus Für Demokratie, Vielfalt und Zivilcourage" entwickelt und 2009 veröffentlicht. Diese Arbeitshilfe richtet sich an Jugendleiterinnen und Jugendleiter der Verbände und stärkt deren methodische und inhaltliche Kompetenz im Umgang mit dem Rechtsextremismus. Die Arbeitshilfe wurde aus Mitteln des hjr finanziert.

f) Wie schätzt die Landesregierung das Projekt "Netzwerk für Demokratie und Courage" ein und welche Mittel stellt die Landesregierung für dieses Projekt zur Verfügung?

Das Projekt "Netzwerk für Demokratie und Courage" (NDC) bietet unter anderem Projektstage mit verschiedenen Modulen zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung, Muslimfeindlichkeit, Menschenrechte, Zivilcourage, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und individuelle Handlungsperspektiven an Schulen an. Das NDC erreicht damit jährlich etwa 2.500 Schüler und Schülerinnen und stärkt deren Kompetenzen und Zivilcourage im Umgang

mit Rechtsextremismus. Die Teamerinnen und Teamer für die Projektstage werden in einem standardisierten Verfahren für diese Projektstage ausgebildet. Die Projektangebote sind schülergerecht, partizipativ und werden qualitativ stetig weiterentwickelt. Das NDC ist darüber hinaus Mitglied im beratungsNetzwerk hessen und stellt hierfür ein eigenes Beratungsteam zur Verfügung. Die Beraterinnen und Berater des NDC nahmen an den verschiedenen Weiterbildungsmaßnahmen zur Systemischen Beratung des Beratungsnetzwerks teil. Die Arbeit des NDC finanziert sich zu überwiegendermaßen aus Mitteln der DGB-Jugend und des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in Kooperationen mit Schulen und Lokalen Aktionsplänen (seit 2015: Partnerschaften für Demokratie) und einzelnen Projektanträgen. Die Hessische Landesregierung würdigt das große Engagement des NDC für die Demokratie und sieht den Bedarf, Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie auch künftig im Rahmen des Landesprogramms "Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" zu unterstützen.

- g) Wie fördern die Kommunen in Hessen die Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus?
Welche finanziellen Mittel werden hierfür bereitgestellt?

Der lokale Raum ist für die Stärkung demokratischer Strukturen von besonderer Bedeutung. Gesellschaftlicher und politischer Alltag wird vor Ort in den Kommunen praktiziert und gelebt. Vielfalt, Toleranz und Demokratie können nur dann erfolgreich sein, wenn die Kommunen vor Ort diesen Prozess aktiv gestalten. Ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sind die "Partnerschaften für Demokratie" (bisher: Lokale Aktionspläne). Aktuell werden in Hessen elf lokale Partnerschaften gefördert, ein laufendes (2.) Interessensbekundungsverfahren endet im März 2015. Die Förderung im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" beläuft sich pro "Partnerschaft für Demokratie" auf 55.000 € p.a. Im Rahmen des Landesprogramms "Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" ist eine Ko-Finanzierung in den Jahren 2016 bis 2019 in Höhe von insgesamt 300.000 € vorgesehen.

Fördergebiete der "Partnerschaften für Demokratie" sind (Stand: Februar 2015) die Landkreise Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg, Offenbach, Limburg-Weilburg, Vogelsberg, die Mittlere Wetterau, der Lahn-Dill-Kreis mit der Stadt Wetzlar sowie die Städte Wiesbaden, Butzbach, Darmstadt und Alsfeld.

Sonstige Kenntnisse über die Förderung einzelner Projekte in den Kommunen liegen der Landesregierung nicht vor.

- h) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über Projekte vor, die nach dem Konzept der "akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen" arbeiten?

Der Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit bzw. "gerechtigkeitsorientierten" Jugendarbeit, entwickelt von Professor Dr. Franz-Josef Krafeld Ende der 1980er-Jahre, verfolgt das Ziel, über pädagogische Beziehungsangebote für rechtsaffine und rechtsextremistisch orientierte Jugendliche Alternativen zur Zugehörigkeit zur rechtsextremistischen Szene aufzuzeigen. Die pädagogische Arbeit erfolgt individuell oder mit ganzen Gruppen. Im Programm "Rote Linie - Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg" wird im Rahmen des Beratungs- und Begleitungsangebots der "Erstansprache" mit Elementen der akzeptierenden Jugendarbeit gearbeitet; auch zeugen die immer wiederkehrenden Anfragen an das beratungsNetzwerk hessen und an die "Rote Linie" durch Lehrerinnen und Lehrer und Pädagoginnen und Pädagogen von Interesse an einem entsprechenden Umgang mit solchen Jugendlichen.

- i) Wie ist der Verfassungsschutz im Bereich der Jugendarbeit aktiv?

Das LfV nutzt bei seiner Präventionsarbeit - auch im Rahmen des beratungsNetzwerks hessen - die Multiplikatorenfunktion vieler Kooperationspartner. Multiplikatoren, wie Lehrer, Sozialarbeiter, kommunale Bedienstete und Bewährungshelfer haben unmittelbaren Zugang zu Heranwachsenden und jungen Erwachsenen. Für den Bereich des Rechtsextremismus kommt hierbei dem Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX) eine besondere Bedeutung zu. Durch Aufklärung und Sensibilisierung dieser Multiplikatoren über die Erscheinungsformen und Erkennbarkeit von Extremismus leistet das LfV einen Beitrag dazu, dass Extremismus dort, wo er zuerst wahrnehmbar ist, erkannt werden kann. Darüber hinaus ist das LfV im beratungsNetzwerk hessen vertreten.

- j) Welche Veranstaltungen hat der Verfassungsschutz im Bereich der Jugendarbeit durchgeführt oder besucht, um dort zu informieren?

Das LfV führt jedes Jahr eine mittlere zweistellige Anzahl an Präventionsterminen mit verschiedenen Bedarfsträgern durch, die eine Multiplikatorenfunktion ausüben oder mit Heranwachsenden und jungen Erwachsenen arbeiten. Diese Art von Präventionsarbeit ist ein wichtiger Schutz für Jugendliche vor den Gefahren, die von verfassungsfeindlichen Bestrebungen ausgehen.

In Kooperation mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) wurde in den vergangenen Jahren an mehreren Schulen in Hessen die Wanderausstellung des BfV "Die Braune Falle - Eine

rechtsextremistische Karriere" präsentiert. Die Ausstellung zeichnet vor allem die Radikalisierungskarriere eines jugendlichen Rechtsextremisten nach.

Die Präsenz des LfV auf dem Hessentag ist ein weiterer Bestandteil der Präventionsarbeit. Hier ist das LfV mit einem eigenen Messestand vertreten. Mitarbeiter des LfV stehen dabei auch Schülern und Jugendlichen für Fragen zum Thema Extremismus zur Verfügung.

- k) Welche Publikationen wurden durch den Verfassungsschutz für den Bereich der Jugendarbeit erstellt?

Das LfV macht mit den Faltschriften "Jugendliche und rechtsextremistische Musik" und "Vorsicht - Die NPD "Schulhof-CD"" Jugendliche auf die Gefahren, die von rechtsextremistischer Musik ausgehen, aufmerksam.

- l) Woraus leitet sich der Auftrag des Verfassungsschutzes ab, sich auf diese Weise in die öffentliche Diskussion einzubringen?

Das LfV Hessen informiert aufgrund des Auftrags aus § 9 Abs. 3 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen.

28. Förderprogramme für die Arbeit gegen Rechts

Frage 28...

- a) Wie wird sich die Landesregierung hinsichtlich des Auslaufens der bisherigen Bundesprogramme gegen Rechts zum 31.12.2014 und zu den aktuellen Plänen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Fortschreibung und Weiterentwicklung dieser Programme verhalten?

Durch das neue Bundesprogramm "Demokratie leben!" und das Landesprogramm "Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" konnte eine Verstärkung bewährter Maßnahmen zur Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus für die Jahre 2015 bis 2019 erreicht werden. Zu diesen bewährten Maßnahmen zählen insbesondere das "beratungsNetzwerk hessen" - *Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus* (seit 2007; Koordinierung seit 2015 durch das Demokratiezentrum Hessen), "Rote Linie - Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg" (seit 2009; Koordinierung dieser Distanzierungs- und Ausstiegsberatung seit 2015 durch das Demokratiezentrum Hessen), die Ausstiegshilfe Rechtsextremismus *IKARus* (seit 2002). Weiterhin werden auch Partnerschaften für Demokratie (bisher: Lokale Aktionspläne) gefördert.

Neu aufgebaut wurde eine spezifische Opferberatung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (siehe Frage 23 e). Zudem wurde eine Außenstelle des Demokratiezentrums in Kassel eingerichtet - die drei Berater vor Ort werden nicht mehr über Honorare, sondern über Stellenanteile finanziert (siehe Teilfrage f). Gefördert werden zudem zwei Modellprojekte im Themenfeld "Antisemitismus" (Projekt der Bildungsstätte Anne Frank sowie Projekt der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland).

- b) Können die bestehenden Projekte/Maßnahmen gegen rechts in Hessen mit einer Anschlussfinanzierung fortgeführt werden (bitte nach Projekten/Maßnahmen und Herkunft der Mittel aufschlüsseln)?

In Hessen werden weiterhin "Partnerschaften für Demokratie" (bisher: Lokale Aktionspläne) und die Arbeit des Demokratiezentrums (bisher: Landeskoordinierungsstelle des "beratungsNetzwerks hessen" an der Universität Marburg) gefördert. Das Demokratiezentrum übernimmt zudem das Koordinieren neuer Aufgaben (siehe Teilfrage a).

Anschlussfinanzierung von Projekten/Maßnahmen gegen Rechtsextremismus

Maßnahme	Förderung durch den Bund p.a.	Landesmittel				
		2015	2016	2017	2018	2019
Förderung von lokalen Partnerschaften für Demokratie (aktueller Stand: 11)	605.000 €	0 €	50.000 €	50.000 €	100.000 €	100.000 €
Förderung des Demokratiezentrums Hessen (davon für das Demokratiezentrum 277.178 EUR, für die mobile Beratung 278.175 EUR, für die Opferberatung 100.000 EUR, für die Distanzierungs- und Ausstiegsberatung 144.648 EUR)	400.000 €	400.000 €	400.000 €	400.000 €	400.000 €	400.000 €
IKARus	0 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €

(Stand: 03.02.2015)

Die durch das 2014 ausgelaufene Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN bisher geförderten hessischen Modellprojekte werden nicht fortgeführt. Modellprojekte haben grundsätzlich den Auftrag, Innovationen zu erproben und sollen einen impulsgebenden Charakter für die Regelorganisationen haben. So war es auch hier.

Für den Förderzeitraum 2015 bis 2019 werden nach aktuellem Stand (Februar 2015) durch das Bundesprogramm "Demokratie leben!" zwei Modellprojekte in Hessen gefördert, die dem Themenfeld "Antisemitismus" zuzurechnen sind. Die Förderung durch das Bundesprogramm beläuft sich für jedes Modellprojekt auf 130.000 € p.a. Aus dem Landesprogramm "Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" wird eines der beiden Modellprojekte im Themenfeld "Antisemitismus" mit 32.500 € p.a. gefördert.

- c) Welche neuen Projekte/Maßnahmen gegen rechts sollen in der nächsten Förderperiode beantragt werden (bitte nach Projekten/Maßnahmen und Herkunft der Mittel aufschlüsseln)?

Zusätzlich zu den im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" bereits ausgewählten Projekten und Maßnahmen (siehe Teilfrage a und b) gibt es die Möglichkeit, dass weitere "Partnerschaften für Demokratie" gefördert werden können. Das entsprechende Interessenbeurkundungsverfahren endete am 13. März 2015.

Zudem wurde noch nicht über alle Modellprojektanträge abschließend entschieden. Aus Hessen hatten sich beispielsweise die Sportjugend Hessen (Titel: Feuerwehr und Sport - ein starkes Jugendteam vor Ort), die Philipps-Universität Marburg (Titel: Angekommen und Willkommen? Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements im ländlichen Raum bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Hessen) und der JAKOb e.V. (Titel: Die vergessenen Geschichten Hessens) beworben.

- d) Welche Projekte/Maßnahmen gegen rechts sollen nicht mehr fortgeführt werden (bitte nach Projekten/Maßnahmen und Herkunft der Mittel aufschlüsseln)?
- e) Welche Maßnahmen werden auf Ebene des Landes Hessens zum Erhalt und einer Verstärkung aktueller Programme gegen Rechtsextremismus getroffen (z.B. "beratungsNetzwerk hessen")?

Die Teilfragen d und e werden im Zusammenhang wie folgt beantwortet:

Die hessische Landesregierung ist darum bemüht, bestehende Maßnahmen, die sich bewährt haben, im Rahmen des Landesprogramms "Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" fortzuführen.

- f) Welche Maßnahmen werden in Hessen getroffen, um die prekären Arbeitsbedingungen (z.B. Befristung, Verträge auf Honorarbasis) der in diesem Gebiet arbeitenden Menschen zu verbessern (bsp.: mobile Interventionsteams des "beratungsNetzwerks hessen")?

Die Arbeitsbedingungen der Beraterinnen und Berater in den mobilen Interventionsteams sind sehr unterschiedlich. Ein großer Teil der Beraterinnen und Berater arbeitet selbstständig und ist nicht abhängig von den fallbezogenen Honoraren, die für die Beratungsleistungen gezahlt werden. Einige Berater und Beraterinnen sind bei Trägern fest angestellt, die fallbezogene Vergütung wird den jeweiligen Trägern ausgezahlt.

Durch das Einrichten einer Außenstelle des Demokratiezentrum in Kassel wurde zudem erreicht, dass die drei Berater vor Ort nicht mehr über Honorare, sondern über feste Stellenanteile finanziert werden. Zudem wurde eine Verstärkung für den Zeitraum des Bundesprogramms bis 2019 erreicht.

- g) Welche Maßnahmen zur Mikroförderung von Kleinstprojekten gegen Rechts wurden bisher von der Landesregierung getroffen (bitte Fördermöglichkeiten einzeln auflisten und für die Bewilligung zuständige Stellen benennen)?
- h) Wie häufig wurden in Hessen Angebote der Mikroförderung genutzt?

Die Teilfragen g und h werden gemeinsam wie folgt beantwortet:

Im Rahmen des beratungsNetzwerks hessen werden seit 2013 Präventionsprojekte bis zu einer Höhe von 5000 € durch Landesmittel gefördert. Über die Bewilligung dieser Projekte entscheidet die Lenkungsgruppe des Beratungsnetzwerks. Insgesamt standen im Jahr 2013 hierfür 15.000 € und im Jahr 2014 20.000 € zur Verfügung.

Übersicht der geförderten Präventionsprojekte 2013

Wer	Förderung	Projekt
Stadt Schwalbach	500 EUR	Projekttag "Demokratie stärken - Zivilcourage zeigen - Rechtsextremismus bekämpfen"
Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße	500 EUR	Filmvorführung "Blut muss fließen. Undercover unter Nazis"
Jugendfeuerwehr Berndorf	300 EUR	Workshop zum Thema Rechtsextremismus
Sportjugend Hessen	1.002,90 EUR	Stolpersteinlauf gegen das Vergessen Michelstadt
Sportjugend Hessen/Bruchköbel	3.354,26 EUR	Sommerfest "Gemeinsam gegen Rechtsextrem"
Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt am Main	5.000 EUR	Vernetzt gegen Rechtsextremismus
Jugend- und Kulturzentrum Bad Wildungen	500 EUR	Filmvorführung "Die Kriegerin"
Richtsberg Gesamtschule Marburg	1.190 EUR	Aktionstag: Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage

Übersicht der geförderten Präventionsprojekte 2014

Wer	Förderung	Projekt
Wilhelm-Filchner-Schule Wolfhagen	1.450 EUR	Schüler-Videoprojekt "Was wäre, wenn Du morgen Deine Heimat verlassen müsstest"
Bildungsstätte Anne Frank	5.000 EUR	Vernetzt gegen Rechtsextremismus
Jugendhilfeeinrichtung des Hessischen Diakoniezentrums Hephata, Schwalmstadt	250 EUR	Workshop zu rechtsextremen Jugendkulturen, Symbolen etc.
Fabian Salars Erben e.V. Heppenheim	4.000 EUR	Courage!Congress 2014

Darüber hinaus wurden durch die Hessische Landeszentrale für politische Bildung in den Jahren 2009 bis 2014 folgende Maßnahmen gefördert:

- 2009 - "Argumentationstraining gegen Stammtischparolen" - Workshop in Kooperation mit der Buber-Rosenzweig-Stiftung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit,
- 2009 - "Internet und Rechtsextremismus - Informationen und Handlungsanweisungen" - Workshop in Kooperation mit Jugendschutz.net und der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen),
- 2009 - Projekt "ballance hessen" - Workshops, Fairnesstrainings, Turniere und Kampagnen in Kooperation mit dem HMdIS, dem Internationalen Bildungszentrum Witzenhausen gGmbH (IZBW), dem Hessischen Fußballverband (HFV) und der Sozialstiftung des HFV, dem Landessportbund Hessen e.V. (LSB Hessen), dem Deutschen Fußball-Bund (DFB), der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Hessen, der Fraport AG, der Spardabank Hessen, dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und der KFZ-Innung Frankfurt und Main-Taunus-Kreis,
- 2009 - "Rechtsextremismus und Antisemitismus heute" - Fachtagung in Kooperation mit dem Aktiven Museum Spiegelgasse Wiesbaden,
- 2010 - "Argumentationstraining gegen Stammtischparolen" - Workshop in Kooperation mit der Buber-Rosenzweig-Stiftung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit,
- 2010 - Projekt "ballance hessen" - Workshops, Fairnesstrainings, Turniere, Kampagne in Kooperation mit dem HMdIS, dem IBZW, dem HFV und der Sozialstiftung des HFV, dem LSB Hessen, dem DFB, der Lotterie-Treuhandges. mbH Hessen und der Fraport AG,
- 2011 - Projekt "ballance hessen" - Workshops, Fairnesstrainings, Turniere, Kampagne in Kooperation mit dem HMdIS, dem IBZW, dem HFV und der Sozialstiftung des HFV, dem LSB Hessen, dem DFB, der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Hessen, der Fraport AG, der Spardabank Hessen, dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und der KFZ-Innung Frankfurt und Main-Taunus-Kreis,
- 2012 - Projekt "ballance hessen" - FAIR PLAY FORUM in Kooperation mit der Sozialstiftung des HFV,
- 2012 - "Extreme Rechte und Gender" - Fachtagung in Kooperation mit der Stadt Fulda und der Hochschule Fulda,
- 2012/13 - "Gewalt und Rassismus ohne uns" - Spielfilmprojekt im Schwalm-Eder-Kreis gegen Rechtsextremismus und für Zivilcourage in Kooperation mit der LPR Hessen, dem Landkreis Schwalm-Eder und der Medienwerkstatt der Universität Kassel,

- 2012/13 - "Das hat's bei uns nicht gegeben!" Antisemitismus in der DDR" - Ausstellung und Begleitprogramm in Kooperation mit der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank und der Jüdischen Volkshochschule Frankfurt,
- 2013 - Projekt "ballance hessen" - FAIR PLAY FORUM in Kooperation mit der Sozialstiftung des HFV,
- 2013 - "Rechtsextremismus im Rhein-Main-Gebiet" - Schulworkshops in Kooperation mit Spiegelbild - die Jugendinitiative des Aktiven Museums Spiegelgasse,
- 2013 - "Rechtsradikalismus - eine aktuelle Gefahr für die Jugend?" - Tagesveranstaltung in Kooperation mit Gegen Vergessen - Für Demokratie, Sektion Südhessen,
- 2013 - "Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft" - Workshop in Kooperation mit der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank,
- 2014 - "FAIR PLAY FORUM" in Kooperation mit der Sozialstiftung des HFV,
- 2014 - "Rechtsextremismus im Rhein-Main-Gebiet" Schulworkshops in Kooperation mit Spiegelbild - die Jugendinitiative des Aktiven Museums Spiegelgasse,
- 2014 - Filmvorführung "Blut muss fließen - undercover unter Nazis" - Präventionsprojekt in Kooperation mit Spiegelbild - die Jugendinitiative des Aktiven Museums Spiegelgasse.

i) Wie wurden diese Projekte beworben?

Das Bewerben der Fördermöglichkeiten durch das beratungsNetzwerk hessen erfolgte durch die dortige Landeskoordinierungsstelle (seit 2015: Demokratiezentrum), insbesondere über die Mitglieder im Beratungsnetzwerk. Die übrigen Projekte wurden zum Teil durch direkte Ansprache von Gruppen vor Ort, zum Teil über die Kooperationspartner, über Einladungen und die Medien (Internet, Presse) beworben.

j) Wie bewertet die Landesregierung den Erfolg dieser Maßnahmen?

Alle Maßnahmen zur Prävention tragen zur Sensibilisierung für die Thematik bei. Für den Erfolg der genannten Maßnahmen sprechen nicht nur die Teilnehmezahlen, sondern insbesondere auch die Tatsache, dass sich Jugendliche bei vielen Projekten direkt und aktiv beteiligt haben. Die finanzierten Fortbildungsveranstaltungen und Workshops leisten einen Beitrag für eine höhere Methodenkompetenz bei Pädagoginnen und Pädagogen in dem Themenfeld Rechtsextremismus. Die Mikroförderung präventiver Projekte in Hessen schließt eine Lücke innerhalb des bisherigen Angebots des Bundesförderprogramms.

k) In welcher Höhe werden Landesmittel zur Prävention gegen Rechtsextremismus eingesetzt (bitte aufschlüsseln, welche Beträge für welche Projekte/Institutionen zur Verfügung gestellt werden)?

Eine Bezifferung der gegen Rechtsextremismus eingesetzten Landesmittel nur für den Präventionsbereich ist schwer möglich. Beispielsweise berät das beratungsNetzwerk hessen nach dem Prinzip der "Hilfe zur Selbsthilfe" (self-empowerment). Nachdem diese "Hilfe zur Selbsthilfe" überwiegend in die Zukunft gerichtet ist, beinhaltet diese auch einen präventiven Charakter, der letztlich nicht in Zahlen messbar ist. Ebenso beinhaltet die Begleitung eines ausstiegswilligen Rechtsextremisten durch IKARus präventive Aspekte (unter anderem die Verhinderung weiterer Straftaten).

Vor diesem Hintergrund werden die jährlich eingesetzten Landesmittel gegen Rechtsextremismus im Rahmen des Landesprogramms "Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" insgesamt aufgeführt. Dabei handelt es sich teilweise um Ko-Finanzierungen zum Bundesprogramm "Demokratie leben!", womit den geförderten Maßnahmen im Ergebnis nicht nur die Landesmittel, sondern zusätzlich auch Bundesmittel zur Verfügung stehen:

- Förderung von lokalen Partnerschaften für Demokratie: 300.000 € für den Zeitraum 2016 bis 2019
- Förderung des Demokratiezentrums (inkl. mobiler Beratung, Opferberatung, Distanzierungs- und Ausstiegsberatung "Rote Linie"): 400.000 € p.a.
- IKARus: 50.000 € p.a.
- Förderung eines Modellprojekts im Themenfeld "Antisemitismus": 32.500 € p.a.

Auch im Bereich des LfV werden die Mittel zur Prävention nicht gesondert erfasst. Es werden daher die gesamten Kosten für den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit des LfV ausgewiesen:

IST 2014 (bis 30.11.)	IST 2013
797.523 EUR	573.837 EUR

Darüber hinaus sind an dieser Stelle auch die bei der HLZ ressortierenden Zuwendungen für die vom Land Hessen geförderten Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Hadamar, Breitenau, Trutzhain und für das Dokumentations- und Informationszentrum Stadtallendorf zu nennen, die einen beachtlichen Anteil an der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus leisten. Diese beliefen sich in den zurückliegenden Jahren 2009 bis 2014 auf 294.600,00 € p.a.

Zudem wurde eine Zuwendung für die Stiftung Auschwitz-Birkenau geleistet in den Jahren 2011 bis 2014 auf 432.328,00 € p.a.

Zu nennen sind auch die Mittel für die Seminare in und Fahrten zu den Gedenkstätten des Nationalsozialismus, die wie folgt verausgabt wurden (gerundet auf 100):

2009	62.400 €
2010	72.500 €
2011	77.800 €
2012	77.400 €
2013	78.500 €
2014	89.000 €

29. Kulturelle Bildung und Rechtsextremismus

Frage 29...

- a) Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um spezifische Angebote gegen Rechtsextremismus im gesamten Kulturspektrum zu fördern?
- b) In welcher Weise beabsichtigt die Landesregierung, zusätzliche Programme zu fördern?

Die Teilfragen 29 a und b werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet:

Die bisherigen von der Landesregierung eingerichteten oder initiierten Präventionsmaßnahmen zeigen Wirkung und stehen für ein erfolgreiches Vorgehen bei der Eindämmung des Rechtsextremismus. Die Landesregierung ist weiterhin stets darum bemüht, die Präventionsmaßnahmen auszubauen.

30. Schule und Rechtsextremismus

Frage 30...

- a) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über rechtsextremistische Aktivitäten (u.a. das Verteilen von Musik-CDs) an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen vor (Schulen bitte einzeln auflühren)?

Im März 2013 hat das HKM in einem Schreiben an alle Schulleiterinnen und Schulleiter der hessischen Schulen vor einer rechtsextremen Propaganda-CD (Schulhof-CD) der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten"(JN) gewarnt. Damit reagierte das HKM auf eine im Dezember 2012 begonnene bundesweite Verbreitung einer CD mit dem Titel "Die Zukunft im Blick". Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) hat entschieden, die länderspezifischen Schulhof-CD's aus Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen auf die Liste der jugendgefährdeten Medien zu setzen, die zum 13. März 2013 in Kraft getreten ist. Die CD darf somit Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren nicht mehr zugänglich gemacht werden.

Die CD wurde bevorzugt vor Schulen, auf den Schulwegen sowie im Umfeld von Freizeiteinrichtungen verteilt. Die Schulleitungen wurden angewiesen, den Versuch einer Verbreitung dieser CD in ihrer jeweiligen Schulen unter Anwendung des Hausrechts sofort zu untersagen. Ferner wurde darauf hingewiesen, im Falle des Bekanntwerdens einer Verteilung im Umfeld von Schulen die örtlichen Polizeidienststellen und das Staatliche Schulamt zu informieren. Darüber hinaus wurde auf die Beratungsmöglichkeit durch das "beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus" hingewiesen.

Erkenntnisse an einzelnen Schulen:

Gesamtschule Lumdata:

Am 27. März 2013 wurden von schulfremden Personen an einer Bushaltestelle CDs verteilt. Titel: Die Zukunft im Blick, Schulhof CD Nr.5. Die Polizei wurde sofort eingeschaltet. Im Frühjahr 2014 kam es in der gesamten Gemeinde einschließlich der Schule zu einer "Spuckiaktion" (kleine Aufkleber) mit rechtsextremistischen Inhalten. Die Polizei war vor Ort.

Theo-Koch-Schule Grünberg:

Im Herbst 2013 ereignete sich ein Konflikt zwischen Schülerinnen und Schülern des allgemeinbildenden Unterrichts und solchen der Deutsch-Intensiv-Klassen. Es gab um die streitenden Parteien eine große Schüleransammlung. Bei der Aufarbeitung dieses Vorfalls kam allerdings auch fremdenfeindliches Gedankengut zum Vorschein. Unter Beteiligung des zuständigen Staatsschutzkommissariats, der Arbeitsgruppe Gewalt an Schulen (AGGAS) im Polizeipräsidium Mittelhessen, der Elternschaft und des Kollegiums wurde dieser Konflikt und die Thematik auf unterschiedlichen

Ebenen bearbeitet, zum Beispiel im Rahmen des Schulprogramms "Schule ohne Rassismus". Seitdem konnten keine fremdenfeindlichen Tendenzen mehr beobachtet werden.

Grundschule Aßlar:

Zum Schuljahr 2013/14 wurde an der Grundschule Aßlar der islamische Religionsunterricht im 1. Schuljahr eingeführt. Anfang November 2013 traf an der Schule ein Brief mit negativen Inhalten zum islamischen Religionsunterricht einer einzelnen Person aus Wetzlar ein. Am 2. Dezember 2013 wurden zwei Schriftstücke des "Bundes zum Schutz des deutschen Volkes - Sektion Karl Martell, Ortsverband Bechlingen" mit wüsten Beschimpfungen und Verunglimpfungen des Islam, adressiert an die Schulleiterin und die unterrichtende Lehrkraft, der Schule zugesandt. Daraufhin informierte die Schule die Polizei in Wetzlar und übergab Kopien der Schreiben. Seitdem sind an der Grundschule Aßlar keine weiteren Aktivitäten gegen den islamischen Religionsunterricht zu beobachten.

Landkreis Schwalm-Eder:

Nachdem im Landkreis Schwalm-Eder im vergangenen Schuljahr ein Berufsschüler in einem Aufsatz tendenziell rechtsextremistische Äußerungen formuliert hatte, wurde von der Lehrkraft umgehend das Gespräch mit ihm gesucht. Obwohl sich der Schüler der Bedeutung seiner Formulierung wohl nicht bewusst war und er sein Entsetzen offenbarte, wurde vom zuständigen Staatlichen Schulamt ergänzend Kontakt zum Netzwerk gegen Gewalt/Rechtsextremismus aufgenommen und ein Gespräch zwischen dem Schüler und dem Leiter der Einrichtung vereinbart. Seitdem sind an der Schule keine weiteren Vorkommnisse zu verzeichnen.

Anne-Frank-Schule (Fritzlar), Albert-Schweitzer-Schule (Groß-Zimmern) und Georg-Büchner-Schule (Darmstadt)

In jüngster Zeit hat der Bundesverband der Jugendorganisation der NPD, die "Jungen Nationaldemokraten" (JN) im Hinblick auf die Bombardierung Dresdens vor 70 Jahren Propagandamaterial (eine CD mit dem Titel "Ersatzmaterial für den Unterricht") an Schulen verschickt.

Nachdem dies durch einen Vorfall bekannt wurde, haben hat das HKM die Schulen über die Staatlichen Schulämter gebeten, entsprechende Vorfälle zu melden und gegebenenfalls zugesendetes Material der örtlichen Polizei zu übergeben. Außerdem wurde in diesem Zusammenhang auf das Beratungsangebot des "beratungs-Netzwerk hessen" hingewiesen.

Das HKM hat bislang von drei Schulen die Rückmeldung erhalten, dass entsprechendes Material von der Bundeszentrale der JN an Schulen versandt wurde. Es handelt sich hierbei um die Anne-Frank-Schule in Fritzlar, die Albert-Schweitzer-Schule in Groß-Zimmern und die Georg-Büchner-Schule in Darmstadt. Die entsprechenden Anschreiben der JN tragen alle das Datum "21. Januar 2015".

b) Mit welchen außerschulischen Kooperationspartnern arbeiten Schulen zusammen, um rechtsextremer Gesinnung und Gewalt vorzubeugen (bitte einzeln aufzählen)?

1. beratungsNetzwerk hessen

Das beratungsNetzwerk hessen steht auch allen Schulen zur Verfügung, in denen es rechtsextreme Vorfälle gibt oder gab oder die von außen (z.B. "Schulhof CD") damit konfrontiert werden. Auf Anfrage kommen mobile Beratungsteams an die Schule, um Schulleitung, Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern zu beraten und gemeinsam Konzepte zu entwickeln, wie mit dem Phänomen an der Schule umgegangen werden kann. Auch gibt es Unterstützung, um entsprechende Workshops an den Schulen durchzuführen.

Im Sommer/Herbst 2014 führte das beratungsNetzwerk hessen in Kooperation mit dem Projekt "Gewaltprävention und Demokratielernen" (GuD) des HKM und der Schulpsychologie (Sachgebiet "Sucht- und Gewaltprävention") im Landesschulamt eine Studie zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus in der Schule im Schulamtsbezirk Marburg-Biedenkopf durch. Hierzu wird auch ein Workshop zu "Critical incidents" im Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus in der Schule durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie sollen bis Ende 2015 vorliegen. Daraus werden entsprechende Maßnahmen abgeleitet.

2. Bildungsstätte Anne Frank e.V., Frankfurt

Die Bildungsstätte Anne Frank e.V. beschäftigt sich nicht nur in Form von Ausstellungen und Veranstaltungen mit dem Leben von Anne Frank, sondern bietet darüber hinaus Veranstaltungen zum Thema Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, konstruktive Konfliktbearbeitung und Rechtsextremismus an. Viele der Veranstaltungen richten sich auch an Lehrkräfte. Die Bildungsstätte Anne Frank e.V. ist auch Mitglied im beratungsNetzwerk hessen.

3. HKM-Projekt Gewaltprävention und Demokratielernen (GuD)

GuD ist 2007 aus dem Programm "Demokratie lernen und leben", einem Schulentwicklungsprogramm, bei dem Bund und Länder im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) zusammenwirkten, entstanden und unterstützt Schulen bei der Umsetzung demokratiepädagogischer und gewaltpräventiver Programme. Hierzu erhal-

ten Schulen eine Einstiegs- und Folgeberatung durch sogenannte Projektentwicklungsgruppen. Ziel dieser Gruppen ist es, dass alle Programme, für die sich eine Schule entschieden hat, nachhaltig ein- und durchgeführt werden. Die Inhalte der Programme werden durch Fortbildungen vermittelt. Im Bereich der Demokratiepädagogik bestehen Fortbildungen unter anderem zum Klassenrat und zum Kooperativen Lernen. Ein weiterer wichtiger Fortbildungsbereich ist der konstruktive Umgang mit Konflikten durch Mediation. All diese Angebote dienen dazu, den Demokratiedanken positiv zu besetzen und damit zu fördern. Ein positives Demokratieverständnis ist eine wichtige Voraussetzung zur Abwehr von rechtsextremistischer Ideologie. GuD ist zudem Mitglied im beratungsNetzwerk hessen.

Das BLK-Programm "Demokratie lernen und leben", das von 2002 bis 2007 in 13 Bundesländern durchgeführt wurde, hatte die Themen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Politikverdrossenheit zum Thema. In Hessen wurden in diesem Zeitraum in 19 Schulen aller Schulformen modellhaft Programme implementiert, die dem Anspruch des BLK-Programms entsprachen. Ein Großteil dieser Schulen arbeitet im Kontext von GuD weiter. GuD griff die Erfahrungen aus dem BLK-Programm auf und entwickelte eine entsprechende Struktur.

4. Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC)

Wie auch in den Antworten zu den Teilfragen 27 c und f bereits dargestellt, hat sich das NDC zur Aufgabe gemacht, junge Menschen für die Themen Diskriminierung, Rechtsextremismus und Rassismus in Seminaren zu sensibilisieren. Die Seminare werden meist in Schulen durch junge Trainerinnen und Trainer durchgeführt.

Das HKM unterstützt darüber hinaus die Nutzbarmachung außerschulischer Lernorte wie Gedenkstätten, Museen und Archive für die historisch-politische Bildung im Unterricht mit Lehrerabordnungsstellen. Sie leisten mit ihren Programmen für Schülerinnen und Schüler einen wichtigen Beitrag, um rechtsextremistischer Gesinnung und Gewalt vorzubeugen. Historische Ereignisse werden hier didaktisch-methodisch so dargestellt, dass sie Lernprozesse auslösen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang:

- **Pädagogisches Zentrum des Fritz-Bauer-Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt**
Das Pädagogische Zentrum des Fritz-Bauer-Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt verbindet zwei Themenfelder: jüdische Geschichte und Gegenwart sowie Geschichte und Nachgeschichte des Holocaust. Es bietet unter anderem Lehrerfortbildungen und Lehrveranstaltungen an der Goethe-Universität Frankfurt, Workshops, Studientage an Schulen und Unterrichtsmaterialien an. Begleitend zu den aktuellen Ausstellungen des Jüdischen Museums gibt es Fortbildungen mit Perspektiven für den Unterricht.
- **Kooperationsvereinbarung mit Yad Vashem**
Im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung des HKM mit Yad Vashem fand im März 2014 in Israel erstmals eine Fortbildung für 20 Lehrerinnen und Lehrer aus ganz Hessen statt, welche an der International School for Holocaust Studies abgehalten wurde.
- **Gedenkstätte Hadamar**
Die Gedenkstätte Hadamar erinnert an die Opfer der nationalsozialistischen Euthanasie-Verbrechen. Sie versteht sich als Ort des Gedenkens, der historischen Aufklärung und politischen Bildung und richtet sich dabei auch an Kinder und Jugendliche. Sie vermittelt Kenntnisse über die NS-Euthanasie-Verbrechen, thematisiert aber auch aktuelle Fragestellungen. Die Gedenkstätte bietet Unterrichtsmaterialien sowie Schulungen für Lehrkräfte an.
- **Gedenkstätte Breitenau**
Die Gedenkstätte Breitenau bietet unter anderem Führungen für Schulklassen an, die durch pädagogisches Fachpersonal begleitet werden. Von Lehrkräften kann zur Vorbereitung des Besuchs eine Broschüre bezogen werden.
- **Gedenkstätte und Museum Trutzhain**
Die Einrichtung "Gedenkstätte und Museum Trutzhain" führt regelmäßig Lehrerfortbildungen, Lehrerinformationsveranstaltungen und Exkursionen, zum Teil mit Kooperationspartnern wie der Volkshochschule Schwalm-Eder oder dem Fritz-Bauer-Institut durch. Die Fortbildungen befassen sich mit dem Nationalsozialismus und Rassismus, aber auch mit Themen wie Zwangsarbeit.
- **Dokumentations- und Informationszentrum Stadtallendorf**
Das Dokumentations- und Informationszentrum Stadtallendorf richtet sich insbesondere an Schulen. Thematisiert wird vor allem die Situation der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in den Lagern und Sprengstoffwerken rund um Allendorf in der Zeit der NS-Diktatur.

Schließlich sind zu nennen: "Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. (verschiedene Regionalgruppen)" und "Spiegelbild - die Jugendinitiative des Aktiven Museum Spiegelgasse (Wiesbaden)" sowie die Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus in Hessen und die zahlreichen Erinnerungsinitiativen, die in der Regel intensiv mit den Schulen vor Ort zusammenarbeiten (siehe auch Antwort zu Teilfrage 30 i).

- c) Welche Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer hält das staatliche Fortbildungsangebot zum Thema Rechtsextremismus bereit?
Ist aus Sicht der Landesregierung eine Weiterentwicklung der bestehenden Angebote notwendig?

Die Landeszentrale für politische Bildung bietet zum Thema Rechtsextremismus Veranstaltungen an, die auch von Lehrkräften genutzt werden. Im Rahmen von Tagungen zur NS-Zeit wird themenspezifisch auch der aktuelle Rechtsextremismus behandelt. Darüber hinaus sind im Publikationsangebot der HLZ zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema erhältlich (siehe auch die Antwort zu Teilfrage 30 k).

Des Weiteren unterstützt das HKM die historisch-politische Bildung von Gedenkstätten, Museen und Archiven mit der Abordnung von Lehrkräften. An diesen besteht ein hervorragendes Fortbildungsangebot für Lehrerinnen und Lehrer zu dem Themengebiet Rechtsextremismus/Nationalsozialismus (vergleiche hierzu auch die in der Antwort zu Teilfrage 30 b) aufgeführten Institutionen und Ausführungen).

Zum Veranstaltungskatalog des Landesschulamtes gehört eine landesweit abrufbare Veranstaltung zum Thema Rechtsextremismus sowie regional im Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg abrufbare Veranstaltungen zu den konkreteren Themen "Rechtsextremismus in Hessen/Rechtsextreme Strategien zur Gewinnung von Jugendlichen" sowie "Rechts-extreme Einstellungen von Schülerinnen und Schülern - Ausstieg vor dem Einstieg". Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Angebote sich in den kommenden Wochen und Monaten weiter erhöhen wird, weil noch nicht alle Anbieter ihr Programm für das kommende Schuljahr haben akkreditieren lassen. Seit dem 1. Januar 2010 wurden insgesamt 58 Veranstaltungen aus dem Veranstaltungskatalog des Landesschulamtes zum Thema Rechtsextremismus durchgeführt. Staatliche Anbieter waren das Landesschulamt, die Staatlichen Schulämter, das Landesamt für Verfassungsschutz, Schulen und Universitäten.

Daneben gibt es eine Vielzahl von Veranstaltungen zum Umgang mit Gewalt oder zu historischen Themen, die einen Bezug zur Thematik aufweisen. Beispielhaft sei ein Seminar "Umgang mit alltäglicher Gewalt im schulischen Kontext (Fokus Haupt- und Realschule)" genannt, das vom Studienseminar GHRF Wiesbaden in Kooperation mit dem Polizeipräsidium Wiesbaden angeboten wird. Zu den mit den Teilnehmenden inhaltlich abgestimmten Themenbereichen gehört: "Rechtsextremismus: Erkennbarkeit - Ursachen - Hilfen." Ein weiteres Beispiel ist die Fortbildung "Rettungswiderstand im Dritten Reich - Praxisbausteine für einen kompetenzorientierten Geschichtsunterricht" des Staatlichen Schulamtes Hochtaunuskreis/Wetteraukreis.

Als eine wichtige Fortbildung im Bereich der Prävention kann die Fortbildung "Klassenrat - Demokratie lernen in der Schule" genannt werden. Zu den zu erwerbenden Fähigkeiten und Fertigkeiten gehören das Anerkennen der Gleichwertigkeit aller Menschen, Respekt vor den Rechten anderer, Konflikte gewaltfrei zu lösen sowie die Entwicklung einer demokratischen Klassenkultur.

Bei verstärkter Beobachtung etwa von rechtsaffinen Aktivitäten ist eine unmittelbare regionale Gegensteuerung durch weitere Fortbildungsveranstaltungen möglich.

- d) In welchen Unterrichtsfächern und in welchen Lehrplänen der verschiedenen Bildungsgänge ist die Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte in den gültigen Richtlinien und Lehrplänen vorgesehen?

Hinsichtlich der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte in den gültigen Richtlinien und Lehrplänen wird auf die beigelegte **Anlage** verwiesen.

- e) In welchem Umfang findet im Bereich der Fächer der politischen Bildung erhöhter Unterrichtsausfall statt oder wird fachfremder Unterricht erteilt?

Die Unterrichtsverteilung fällt in den Verantwortungsbereich der Schulen. Personelle Engpässe im Bereich der politischen Bildung wurden dem HKM nicht angezeigt. Konkrete Zahlen werden dazu nicht erhoben.

- f) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, in welchem Umfang und durch welche Maßnahmen projektorientierter Unterricht zum Thema Rechtsextremismus durchgeführt wird?

Es findet verbreitet projektorientierter Unterricht zum Thema Rechtsextremismus statt. Explizit zu erwähnen ist das Kooperationsprojekt "Rechtsextremismus im Rhein-Main-Gebiet?", das die HLZ in Kooperation mit der Jugendinitiative Spiegelbild Wiesbaden durchgeführt hat.

Im Jahr 2013 fanden drei Workshops an Schulen in Bad Camberg, Usingen und Geisenheim statt. Im Jahr 2014 fanden zwei Workshops in Rodgau und Hanau statt. Das Kooperationsprojekt wird fortgesetzt.

- g) Welche Landesprogramme gibt es, die die interkulturelle Verständigung und die gemeinwesenorientierte Verantwortung stärken sollen, und in welchem Umfang werden diese Programme durch das Land finanziell unterstützt?

Wie bereits in der Antwort zu Teilfrage 25 e ausgeführt, sind im Bereich der Lehrerbildung seit dem Jahr 2005 200 verschiedene akkreditierte Angebote zur interkulturellen Lehrerfortbildung zu verzeichnen. Darüber hinaus bieten die Studienseminare Wiesbaden und Frankfurt interkulturelle Inhalte in der Lehrerausbildung an.

Das Xenos-Projekt "Integration und Vielfalt" im Landesschulamt hat im Laufe der letzten drei Jahre zahlreiche Veranstaltungen angeboten, die der interkulturellen Verständigung dienen und benachteiligte Jugendliche im Fokus haben. Die Veranstaltungen richten sich insbesondere an Multiplikatoren wie Lehrerausbilder aber auch an Referendare. Im Frühjahr 2014 fand etwa eine Tagesveranstaltung zum Thema "Anerkennung und Gleichwertigkeit - pädagogische Handlungsstrategien gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" statt. Im März 2015 wird eine Fachtagung "Von Klischees und falschen Bildern - Diskriminierung von Sinti und Roma in Schule und Gesellschaft - Perspektiven für eine Bildungsarbeit gegen Antiziganismus" stattfinden.

Das HKM bereitete im Jahr 2014 federführend das Treffen des Interkulturellen Arbeitskreises der Bundesländer (INKA) vor, das am 15./16. September in der Reinhardswaldschule in Fulda bei Kassel stattfand. Der Arbeitstitel lautete: "Lehrerkompetenzen für die Schule in der Migrationsgesellschaft".

Darüber hinaus hat die Herbert-Quandt-Stiftung ein Netzwerk mit Studienseminaren und Fortbildungseinrichtungen aufgebaut, die vielfältige, praxisorientierte Lehrerfortbildungen zum Interkulturellen Lernen anbieten. Die Stiftung kooperiert in Hessen unter anderem mit dem Studienseminar für Gymnasien in Frankfurt am Main, der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank e.V. in Frankfurt am Main und dem Studienseminar für berufliche Schulen Kassel.

Zu nennen ist auch das Kooperationsprojekt des HKM, der Herbert-Quandt-Stiftung und des Hessischen Rundfunks "Trialog der Kulturen", das in den vergangenen Jahren beispielhafte Projekte an zahlreichen Schulen angestoßen und unterstützt hat.

- h) In welchem Umfang ist der Landesregierung bekannt, welche Schulen Kontakte zu jüdischen Gemeinden vor Ort haben und wie diese Kontakte gepflegt werden?

Es gibt vielfältige Kontakte von Schulen zu jüdischen Gemeinden, die je nach regionalen Gegebenheiten vor Ort variieren, darunter etwa Zeitzeugengespräche. Diese Kontakte werden allerdings nicht statistisch erfasst.

- i) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, ob und wie sich Schulen mit der Geschichte ehemaliger jüdischer Gemeinden vor Ort beschäftigen?

Die haupt- und ehrenamtlich geführten Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus in Hessen sowie die zahlreichen Erinnerungsinitiativen arbeiten in der Regel intensiv mit den Schulen vor Ort zusammen, um die Geschichte des Orts oder der Region während des Nationalsozialismus bekannt zu machen. Dies gilt explizit auch für die zahlreichen durchweg ehrenamtlich geleiteten Gedenkstätten (ehemalige Landsynagogen, Mikwen, Dokumentations- und Informationszentren) und Erinnerungsinitiativen, die an die ehemaligen jüdischen Gemeinden erinnern. In vielen dieser Gedenkstätten werden pädagogische Programme speziell für Schulen angeboten. Das entsprechende Engagement wird allerdings nicht statistisch erfasst.

- j) In welchem Umfang wird in hessischen Schulen neben der Aufarbeitung antisemitischer Entwicklungen auch die Verfolgung anderer ethnischer Gruppierungen und Minderheiten (z.B. Sinti und Roma) problematisiert?

In den vier hauptamtlich geführten und vom Land Hessen durch die HLZ geförderten Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus werden unterschiedliche Opfergruppen thematisiert:

- in Hadamar: die Opfer des Euthanasiemordes,
- in Breitenau, einem frühen Lager für politische "Schutzhaft"-Gefangene, "Arbeitserziehung"- und Konzentrationslager: politische Gefangene, Juden und Zwangsarbeiter,
- im Dokumentations- und Informationszentrum Stadtallendorf: Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und
- in der Gedenkstätte und Museum Trutzhain: Kriegsgefangene.

Darüber hinaus werden vor allem im Rahmen von Gedenkstättenfahrten auch andere Opfergruppen, wie z.B. Sinti und Roma in Auschwitz, thematisiert.

Durch von der HLZ geförderte Projekte, wie der Ausstellung über Otto Pankok, den Maler der Verfolgten, in der Paulskirche Frankfurt im Frühjahr des Jahres 2013, die von der Vereinigung "Gegen Vergessen - Für Demokratie" organisiert worden ist, sind pädagogische Materialien zum Thema Sinti und Roma erarbeitet worden. Zahlreiche Schulklassen besuchten diese Ausstellung und beschäftigten sich mit diesem Thema. Immer wieder werden auch Projekte des Landesverbandes der Sinti und Roma in Hessen gefördert.

Die Thematik wird darüber hinaus in den jeweiligen Unterrichtsgrundlagen im Fach Geschichte sowie im Fach Politik und Wirtschaft aufgearbeitet. Auch das Fach Deutsch und die modernen Fremdsprachen bieten vor allem durch das Medium der Literatur vielfältige Ansatzmöglichkeiten. Weiterhin beschäftigen sich die Unterrichtsfächer der verschiedenen Religionen sowie das Unterrichtsfach Ethik damit. Ein Beispiel im Bildungsgang Gymnasium im Unterrichtsfach Geschichte:

Inhaltsfelder
Im Mittelpunkt des Inhaltsfelds "Eigenes und Fremdes" steht die historische Entstehung von Selbst- und Fremdbildern, von Wertvorstellungen und politischen Überzeugungen. Die Identität und die Wahrnehmung des eigenen Ichs werden geprägt durch Zugehörigkeiten. Religion, Nation, Geschlecht, Kultur, Ethnie, sozialer Status, aber auch politische Überzeugungen spielen hier eine bedeutende Rolle. Untersucht wird der historische Prozess, wie sich solche Identitäten in Form von Ideologien, Religionen und Glaubensrichtungen herausbildeten, wie bestimmte Bevölkerungsgruppen gesellschaftlich zu "Anderen" oder "Fremden" konstruiert wurden und werden, so dass der "Andere" in seiner "Fremdheit" als Bereicherung, aber auch als Konkurrenz oder Bedrohung empfunden wurde und wird. Dabei interessiert, wie Mehrheiten und Minderheiten entstanden und entstehen und welche Bedeutung ein solcher Prozess für die Integration von "Fremden und Andersdenkenden" in Gesellschaften hatte bzw. hat und woran diese scheiterte und scheitert.
Kursthema der Qualifikationsphase 2: Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur - Weimarer Republik und Nationalsozialismus
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Weimarer Demokratie versus nationalsozialistischer Führerstaat: Der völkische Staat: Ideologie und Wirklichkeit; Zerschlagung des demokratischen Rechtsstaates; Terror und Propaganda; der Prozess der Gleichschaltung; die Situation ausgegrenzter und verfolgter Minderheiten
Kursthema der Qualifikationsphase 4: Schlüsselprobleme der Gegenwart in ihrer historischen Dimension und in ihrer zukunftsrelevanten Dimension
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Migration: Gründe der Migration und Probleme von Assimilation und Integration im Zusammenhang mit Migrationsprozessen in ihren verschiedenen historischen Formen: Völkerwanderung; mittelalterliche Ostsiedlung; Glaubensflüchtlinge im Heiligen Römischen Reich; Judenfeindschaft, Judenemanzipation und Antisemitismus; Migrationsprozesse im Zusammenhang mit der Industrialisierung; Migration politisch Verfolgter im 19. Jahrhundert; Sinti und Roma; Emigration, Flucht und Vertreibung in Europa im Zusammenhang mit den Weltkriegen; Einwanderung nach Deutschland nach 1949; Armutsmigration in Europa: Ursachen und Folgen (fak.)

Ein weiteres Beispiel im Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft:

Inhaltsfelder
Im Mittelpunkt des Inhaltsfelds "Individuum und Gesellschaft" steht die Situation von Einzelpersonen und Gruppen in der Gesellschaft unter den Aspekten Sozialisation, Individuation und Enkulturation. Gesellschaft ist sowohl Voraussetzung als auch Objekt von Politik. Wesentliches Problemfeld für die politische Bildung ist das Spannungsfeld zwischen individueller Lebensgestaltung und gesellschaftlichen Erwartungen. Probleme der Sozialstruktur, der Genderproblematik, des sozialen Wandels und Möglichkeiten und Grenzen politischer Gestaltung, gesellschaftlicher Entwicklungen, interkultureller Differenz und die Frage nach Grenzen der Toleranz gegenüber freiheits- und demokratiefeindlichen Gruppen und Milieus bilden wesentliche Schwerpunkte dieses Inhaltsfeldes.
Kursthema der Qualifikationsphase 4: Aspekte der Globalisierung - Chancen, Probleme, Perspektiven
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Nationalismus und Fundamentalismus: Ursachen, Problemfelder, Strategien; kulturelle Differenzen und politische Intoleranz, politischer und religiöser Fundamentalismus und Menschenrechte ➤ Soziale Sicherungssysteme, Migration und deren Ursachen: Soziale Sicherung und Sozialpolitik in Industrie- und Entwicklungsländern; Diskussion einer "Weltsozialordnung"; Emigration, Migration, Integration; globale Strategien zur Armutsbekämpfung

Darüber hinaus werden das Landesschulamt und Lehrkräfteakademie, das Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt und das Pädagogische Zentrum des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt im März 2015 eine Fachtagung "Von Klischees und falschen Bildern - Diskriminierung von Sinti und Roma in Schule Gesellschaft - Perspektiven für eine Bildungsarbeit gegen Antiziganismus" durchführen.

- k) Welche Materialien werden Lehrerinnen und Lehrern zur Aufarbeitung des Themas Rechtsextremismus angeboten?

Das Thema Rechtsextremismus wird im Unterricht selbst, etwa durch Theateraufführungen, Zeitzeugeninterviews, Rockmusik oder Geschichtsrecherche, auf vielen methodischen Wegen aufgegriffen. Das Amt für Lehrerbildung hat dazu im Jahr 2010 einen Sammelband veröffentlicht, der erprobte und aktuelle Unterrichtskonzepte vorstellt und zusätzliche Hintergrundinformationen bietet. An der Erstellung der Veröffentlichung mit dem Titel "Schule mit Courage. Rechtsextremismus als pädagogische Herausforderung" beteiligten sich hessenweit mehr als 50 Lehrkräfte, Studierende, Referendare und Lehrerausbilderinnen und -ausbilder. Damit flossen in die Veröffentlichung Erfahrungen, Erkenntnisse und Sichtweisen aus der Universität, der pädagogischen Ausbildung und aus der schulischen Praxis ein. Die in dem Sammelband vorgestellten 15 Unterrichtswürfe, ergänzt durch zusätzliche Arbeitsmaterialien, können Lehrerinnen und Lehrer ergänzend dazu nutzen, den eigenen Unterricht vorzubereiten und zu gestalten.

Über die Kriminalprävention der Länder und des Bundes können die Schulen eine DVD "Die besten Spots gegen Rechts" beziehen. Auf der DVD sind die zehn besten Beiträge aus dem Kreativ-Wettbewerb für Schüler im Rahmen der Kampagne "Wölfe im Schafspelz" zusammengestellt. Die jeweils einminütigen Spots enthalten klare Botschaften gegen rechtsextremistische Einstellungen und rechtsextremistisch gesinnte Verhaltensweisen. Sie setzen sich mit politisch motivierten Straftaten, Ausländerfeindlichkeit, Gewalt und alltäglicher Diskriminierung auseinander. Das Filmbegleitheft enthält eine Kurzbeschreibung zu dem Spot, didaktische Hinweise zur Aufarbeitung im Unterricht sowie Vorschläge zur Unterrichtsplanung und Leitfragen für die Gruppenarbeit.

Darüber hinaus bieten Schulbuchverlage diverse Materialien zu den Lerninhalten an hessischen Schulen an. Diese umfassen Unterrichtseinheiten zu verschiedenen Fächern, auf der Basis von Sachtexten sowie bezogen auf Lektüren. Daneben sind über den Bildungsserver weitere Materialien zu erhalten. Auch die HLZ und das LfV halten Materialien zu der Thematik vor, auf die insbesondere auch Lehrkräfte Zugriff haben.

Das LfV bietet im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit und durch KOREX die folgenden zehn Publikationen und Informationsmaterialien speziell zum Rechtsextremismus an:

- Kennzeichen und Symbole der Rechtsextremisten,
- Umgang mit "Reichsregierungen" und "Reichsbürgern",
- NPD und Neonazis in Hessen - Fakten, Hintergründe, Strategien,
- Gedenk- und Jahrestage von Rechtsextremisten - Hintergründe und Aktivitäten,
- Antisemitismus,
- Jugendliche und rechtsextremistische Musik,
- Vorsicht - die NPD "Schulhof-CD",
- Rechtsextremismus und Sonnenwendfeiern,
- "Wortergreifung" durch Rechtsextremisten,
- Freiheit und Demokratie stärken - Handlungsempfehlungen für Kommunen mit Rechtsextremismus (Broschüre des HMdIS in Zusammenarbeit mit dem LfV).

Die Broschüren enthalten detaillierte Informationen zum Thema Rechtsextremismus.

Darüber hinaus hat die HLZ umfangreiche Materialien und Publikationen zum Themenbereich Rechtsextremismus sowohl für Lehrerinnen und Lehrer als auch für Schülerinnen und Schüler in ihrem Angebot. Insbesondere die Eigenproduktion der Informationsbroschüre "klickt's. Geh Nazis nicht ins Netz!" wird stark nachgefragt (bisherige Gesamtauflage: 40.500 Exemplare).

Folgende Publikationen und Materialien der HLZ stehen zum Themenkomplex Rechtsextremismus derzeit zur Verfügung:

- Susann Arndt: "Die 101 wichtigsten Fragen - Rassismus"
- Stephan Bundschuh und Ansgar Drücker: "Wegweiser Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus - Motive, Praxisbeispiele und Handlungsperspektive"
- Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hrsg.): "Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechts außen - Rechts "Mitte"?"

- Stefan Glaser und Thomas Pfeiffer (Hrsg.): "Erlebniswelt Rechtsextremismus - Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe - Methode - Praxis der Prävention"
 - Martin Langebach und Jan Raabe: "Rechtsrock und Rechter Terror"
 - Hessische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): "klickt's. Geh Nazis nicht ins Netz!"
 - Klicksafe-Team und Jugendschutz.net: "Rechtsextremismus hat viele Gesichter. Wie man Rechtsextreme im Netz erkennt - und was man tun kann"
 - Klaus Ahlheim: "Rechtsextremismus - Ethnozentrismus - Politische Bildung"
 - Klaus Ahlheim: "Intervenieren, nicht resignieren. Rechtsextremismus als Herausforderung für Bildung und Erziehung"
 - Klaus-Peter Hufer: "Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus"
 - Gudrun Hentges u.a.: "Sprache - Macht - Rassismus"
 - Klaus Ahlheim: "Gedenkstättenarbeit und Rechtsextremismus"
 - "Rechtsextremismus" aus der Reihe "Aus Politik und Zeitgeschichte" Heft 18-19/2012
- l) Wie viele Schulklassen oder Schülergruppen haben in den letzten zehn Jahren KZ-Gedenkstätten besucht?

Seit Einrichtung des Referats 2/III "Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus/Zeitgeschichte/Rechtsextremismus" in der HLZ mit Beginn des Jahres 1993 ist dort auch die Förderung von Besuchen und Seminaren in NS-Gedenkstätten angesiedelt. Diese Förderung erstreckt sich sowohl auf hessische als auch außerhessische und internationale Gedenkstätten.

Die unten genannten Zahlen für die letzten 10 Jahre beziehen sich nur auf solche Maßnahmen, welche mit Mitteln der Landeszentrale gefördert wurden. Es haben in allen Jahren der Förderung mehr Gruppen Anträge gestellt, als durch Landesmittel gefördert werden konnten. Insofern dürfte die Zahl der Schulklassen oder Schülergruppen, die eine Gedenkstätte besucht haben, größer sein als die Zahl der durch Landesmittel geförderten Gruppen. Zahlen zum Gesamtumfang der Gedenkstättenbesuche hessischer Schulklassen oder Schülergruppen liegen nicht vor.

Jahr	Zahl der Schulklassen/ Schülergruppen	Zahl der Schülerinnen/ Schüler	Gesamtausgaben der HLZ- Förderung (auf 100 gerundet)
2004	9	319	17.100 €
2005	64	2.586	46.100 €
2006	45	2.521	37.500 €
2007	38	1.627	37.700 €
2008	86	3.770	54.100 €
2009	58	3.123	62.400 €
2010	74	3.960	72.500 €
2011	95	4.891	77.800 €
2012	101	4.939	77.400 €
2013	81	4.796	78.500 €
2014	91	5.413	89.900 €

- m) Welche Maßnahmen unterstützt die Landesregierung, um den internationalen Austausch von Schülerinnen und Schülern zu fördern?

Folgende Maßnahmen wurden unterstützt:

USA/Kanada: Deutsch-Amerikanischer Schüleraustausch (USA/Wisconsin) und Deutsch-Kanadischer Schüleraustausch (Kanada/Alberta)

Im Rahmen der beiden Austauschprogramme können jedes Jahr hessische Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 9 oder 10 Gastfamilien in Kanada oder in den USA besuchen. Im Gegenzug nehmen die hessischen Familien einen Gast bei sich auf. Die Teilnehmer an diesen Programmen erleben Kultur und Lebensgewohnheiten ihres Gastlands hautnah. Der Schulbesuch ist während des Austauschs verpflichtend und trägt zur Horizonterweiterung maßgeblich bei. Üblicherweise beginnt der Austausch mit dem Aufenthalt der deutschen Schülerinnen und Schüler nach den Sommerferien in Nordamerika. Im darauf folgenden Jahr halten sich die ausländischen Schülerinnen und Schüler von Februar bis Mai in Deutschland auf. Aufgeschlossenheit für andere Menschen und Kulturen, die Bereitschaft und Fähigkeit zur Anpassung an neue Gegebenheiten und gute Englischkenntnisse werden vorausgesetzt. Im Jahr 2014 erweiterte sich die Zahl der teilnehmenden Schulen in Kanada auf Schulen im Großraum Calgary. In den letzten 20 Jahren beschränkte sich der Aufenthaltsort hessischer Schülerinnen und Schüler auf den Großraum Edmonton.

Frankreich: Individueller Schüleraustausch

Brigitte-Sauzay Programm

Das individuelle Schüleraustauschprogramm soll es deutschen und französischen Schülerinnen und Schülern ermöglichen, für in der Regel drei Monate im jeweils anderen Land zu leben und zusammen mit ihrem Austauschpartner die Schule zu besuchen. Das Programm beruht auf Gegenseitigkeit, wobei die Schülerinnen und Schüler jedoch ihren Aufenthalt nicht gleichzeitig, sondern nacheinander absolvieren. Auf diese Art und Weise sind die Austauschpartner erst im einen, dann im anderen Land zusammen und können sich gegenseitig ihre Kultur und Lebensart nahe bringen. Die Schülerinnen und Schüler entdecken nicht nur ihr Nachbarland, sondern auch ein anderes Schulsystem, sammeln damit interkulturelle Erfahrungen und verbessern in signifikanter Weise ihre Kenntnisse der Partnersprache. Die Daten können von den Teilnehmern selbst bestimmt werden, wobei diese natürlich in erster Linie mit den beteiligten Schulen abgestimmt werden müssen. Die Regeldauer des Aufenthalts liegt bei drei Monaten, wobei zwei Monate lang die Schule besucht werden sollte. In Ausnahmefällen ist es möglich, die Dauer auf acht Wochen Gesamtaufenthalt und sechs Wochen Schulaufenthalt zu reduzieren. Das Programm richtet sich an Schülerinnen und Schüler der 8. bis 11. Klasse, die seit mindestens zwei Jahren Französisch lernen und bereits ein gutes Sprachniveau haben.

Voltaire-Programm

Das Voltaire-Programm richtet sich an Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klassen von Schulen mit Sekundarstufe I und II. In Ausnahmefällen können sich auf besondere Empfehlung der Schulleitungen auch Schülerinnen und Schüler der 8. Klassen sowie Schülerinnen und Schüler von Realschulen oder beruflichen Vollzeitschulen bewerben. Sie sollten in der Regel drei Jahre am Französischunterricht teilgenommen haben und in der Lage sein, dem Unterricht in Frankreich zu folgen. Der Austausch findet in konsekutiver Form statt, wodurch sich die Schülerinnen und Schüler jeweils sechs Monate in der Gastfamilie und in der Gastschule aufhalten. Insgesamt dauert der Austausch somit ein Jahr.

Programm "Berufliche Erstausbildung"

Das HKM stellte im Jahr 2014 für das Programm zur Förderung des Austauschs von Jugendlichen und Erwachsenen in beruflicher Erstausbildung Mittel in Höhe von 24.434 € zur Verfügung. Dabei wurde der Schwerpunkt auf die Entwicklung eines langfristigen Austauschkonzepts der Schule im beruflichen Bereich gelegt. Insbesondere sollte der Erwerb beruflicher Kenntnisse gefördert werden. Geeignet sind hierzu generell gemeinsame schulische Projekte, Kurz- und Schnupperpraktika in Betrieben, Betriebsbesichtigungen, Informationsbesuche bei Kammern, Institutionen und Behörden. Zuschüsse können für die Entwicklung von Konzepten, die Vorbereitung und Durchführung von Austauschen, für die Durchführung spezieller beruflicher Projekte, für begleitende Maßnahmen sowie Maßnahmen der Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit beantragt werden. Schwerpunktland der Förderung ist Frankreich. Sollten die vorhandenen Mittel nicht vollständig für Frankreich verausgabt werden können, können auch Anträge für andere europäische und außereuropäische Länder bewilligt werden.

Darüber hinaus wurden für die Deutsch-Französische Ausbildungskooperation/Fluggerätemechaniker Mittel zur Verfügung gestellt.

- n) Wie beurteilt die Landesregierung das Phänomen der Verharmlosung von Vorfällen von Rechtsextremismus durch Lehrkräfte und Schulleitungen zur Vermeidung negativer Publicity?

Die Hessische Landesregierung wendet sich gegen jede Verharmlosung rechtsextremistischer Aktivitäten. Dass es eine Verharmlosung durch Lehrkräfte oder Schulleitungen gibt, kann nicht bestätigt werden.

- o) Welche neuen Projekte zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wird die Landesregierung in den nächsten Jahren im schulischen Bereich entwickeln?

Die vielfältigen Aktivitäten werden weitergeführt und neuen Entwicklungen angepasst.

- p) Wie ist der Verfassungsschutz im Bereich der Schulen aktiv?

Das LfV ist seit dem Jahr 2008 beim Institut für Qualitätsentwicklung des Hessischen Kultusministeriums (IQ) als Anbieter von Fortbildungen für hessische Lehrkräfte akkreditiert. Seit 2008 wurde eine vierstellige Zahl an Lehrkräften über alle Extremismusformen sensibilisiert.

Lehrkräfte stellen damit eine wichtige Zielgruppe der Öffentlichkeitsarbeit des LfV dar. Auf Anforderung halten Mitarbeiter des LfV (für den Bereich Rechtsextremismus Mitarbeiter von KOREX) auch Vorträge an hessischen Schulen. Die Vorträge dienen der Aufklärung und Sensibilisierung von Schülern, insbesondere zum Thema Rechtsextremismus. Das LfV bietet zudem einzelfallbezogen Beratungen für Schulen und Lehrkräfte bei möglichen Radikalisierungsfällen an.

- q) Welche Veranstaltungen hat der Verfassungsschutz in Schulen durchgeführt oder besucht, um dort zu informieren?

Das LfV hat im Jahr 2014 insgesamt 27 Präventionstermine im Zusammenhang mit hessischen Schulen wahrgenommen. Zu diesen Veranstaltungen zählen Lehrerfortbildungen, Schulvorträge, Beratungen sowie die Mitgestaltung von Workshops und Projekttagen. Im Jahr 2013 wurden acht und im Jahr 2012 zehn Veranstaltungen durchgeführt.

- r) Welche Publikationen wurden durch den Verfassungsschutz für den Bereich der schulischen Bildung erstellt?

Das LfV betätigt sich gemäß seinem gesetzlichen Auftrag nicht an der schulischen Bildung. Zur Aufklärung über Extremismus bietet das LfV zahlreiche Publikationen an, insbesondere zum Thema Rechtsextremismus und Islamismus. Dieses Angebot wird besonders von Schulen und Lehrkräften in großer Anzahl nachgefragt. Insbesondere für Schulen hat das LfV Hessen vor einigen Jahren die KOREX-Broschüren "Vorsicht - Die NPD "Schulhof-CD"" sowie "Jugendliche und rechtsextremistische Musik" veröffentlicht, als das Thema in Hessen akut war. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Teilfrage 30 k verwiesen.

- s) Woraus leitet sich der Auftrag des Verfassungsschutzes ab, sich auf diese Weise in die öffentliche Diskussion einzubringen?

Es wird auf die Antwort zu Teilfrage 27 l verwiesen.

31. Forschung über Rechtsextremismus

Frage 31...

- a) An welchen Universitäten und Fachbereichen in Hessen wird über die Ursache und die Motivationen des Rechtsextremismus geforscht?

Bei den Universitäten und Hochschulen bestehen folgende Institutionen und Projekte:

1. Hessische Hochschule für Finanzen und Rechtspflege

Die Auseinandersetzung mit NS-Geschichte und die NS-Forschung waren Gegenstand eines großen Forschungsprojektes an der Hessischen Hochschule für Finanzen und Rechtspflege im Studienzentrum der Finanzverwaltung und Justiz in Rotenburg a.d. Fulda, insbesondere am dortigen Fachbereich Rechtspflege. Die eineinhalb Jahre andauernden Forschungsarbeiten waren Grundlage für eine Ausstellung, die ab dem 28. Februar 2012 über einen Zeitraum von sechs Monaten mit einem umfangreichen Rahmenprogramm am Studienzentrum zu sehen war.

2. Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt (GU)

Das Thema wird in den zahlreichen Forschungen zum Nationalsozialismus mitunter berücksichtigt, so im Rahmen des Internationalen Max Planck Forschungskollegs für Vergleichende Rechtsgeschichte, am Fachbereich 01 (Rechtswissenschaft) und ehemals am Fachbereich 08 (Philosophie und Geschichtswissenschaften).

3. Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU)

An der JLU wird an folgenden Fachbereichen über die Ursache und Motivationen des Rechtsextremismus geforscht:

- 01 - Rechtswissenschaft;
- 03 - Sozial- und Kulturwissenschaften sowie Arbeitsstelle Gender Studies;
- 04 - Geschichts- und Kulturwissenschaften;
- 05 - Sprache, Literatur, Kultur;
- 11 - Medizin.

4. Universität Kassel (UK)

An der UK wird zu der Thematik in den folgenden Fachbereichen geforscht:

- 01 - Humanwissenschaften;
- 02 - Geistes und Kulturwissenschaften;
- 05 - Gesellschaftswissenschaften.

5. Philipps-Universität Marburg (UMR)

An der UMR wird in folgenden Fachbereichen geforscht:

- 03 - Gesellschaftswissenschaften und Philosophie;
- 06 - Geschichte und Kulturwissenschaften;
- 21 - Erziehungswissenschaften.

6. Frankfurt University of Applied Sciences (FRA-UAS)

An der FRA-UAS wird im Fachbereich 04 - Soziale Arbeit und Gesundheit zum Thema geforscht.

7. Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main (HfG)

Seit Mai 2014 arbeitet ein Frankfurter Historiker und Soziologe im Rahmen eines Werkvertrags mit der HfG an den Vorrecherchen für ein Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der Geschichte der HfG während der NS-Zeit. Diese Aktivitäten sind übergeordnet.

8. Hochschule Fulda

An der Hochschule Fulda wird am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften über die Ursache und die Motivationen des Rechtsextremismus geforscht.

- b) Welche Rolle spielt die Auseinandersetzung mit NS-Geschichte und Neonazismus in geistes- und sozialwissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen Studien in Hessen (bitte nach Fächern und Studienanteilen aufliedern)?

Technische Universität Darmstadt (TUD):

Das Fach Geschichte (Fachbereich 02, Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften) legt in der Lehre den Schwerpunkt auf die Vermittlung epochenspezifischer methodischer, nicht aber inhaltlicher Kenntnisse, da es nach Ansicht der Disziplin keine "objektiven" Fakten gibt, sondern das Wissenswerte sich aus der Fragestellung ergibt und entsprechend erschlossen und bearbeitet werden muss. Deshalb machen die in Darmstadt angebotenen Studiengänge keine inhaltlichen Vorgaben, sondern formulieren disziplinspezifische Kompetenzen. Eine Ausnahme stellte der bis zum Jahr 2006 angebotene Studiengang "Lehramt an beruflichen Schulen" dar. Lehramtsanwärter waren, sofern sie nicht Geschichte als Zweit-Fach studierten, verpflichtet, vier Semesterwochenstunden Zeitgeschichte, insbesondere Geschichte des Nationalsozialismus zu belegen.

Im Fach Politikwissenschaften (Fachbereich 02, Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften) ist die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte Bestandteil der Lehre zum politischen System der Bundesrepublik, nicht zuletzt auch in den vertiefenden Seminaren zum Parteiensystem, zu sozialen Bewegungen oder zu politischen Einstellungen. Hierbei stützt sich die TUD auf den aktuellen Forschungsstand in der Geschichtswissenschaft. Ferner gehören extremistische Ideologien zur Lehre im Arbeitsbereich "Politische Theorie und Ideengeschichte". Veranstaltungen zur Demokratietheorie und zum Vergleich demokratischer und autokratischer Regierungssysteme vermitteln den Studierenden die Bedingungen für eine funktionierende Demokratie und weisen auf Gefährdungen der Demokratie hin. Zu letzteren zählen extremistische, gewaltbereite Parteien oder Gruppierungen in der Gesellschaft. Spezielle Seminare zum Rechtsextremismus oder rechtsextremistischen Ideologien werden vereinzelt angeboten, sind aber keine regelmäßig stattfindenden Pflichtveranstaltungen.

An der TUD gibt es im Bereich der Politikwissenschaft aktuell keine Forschungsprojekte zum Rechtsextremismus. Das Darmstädter Institut für Politikwissenschaft hat im Gedenken an seinen Namensgeber Eugen Kogon jedoch mit der Veranstaltung jährlicher wissenschaftlicher Vorträge (Kogon-Lectures) begonnen, die Bezüge zu dessen Arbeiten (Forschung zum KZ-System) herstellen sollen.

Am Institut für Soziologie (Fachbereich 02, Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften) gab es vor einigen Jahren eine große Studie zu Fragen des Rechtsextremismus (Repräsentativ-Befragung von 5.000 Schülern), in deren Rahmen verschiedene Erklärungsansätze für das Entstehen rechtsextremistischer Einstellungen vergleichend untersucht wurden.

Rechtsextremismus wird also in verschiedenen Zusammenhängen als Ideologie und Demokratiegefährdung in der Lehre behandelt. Eine verlässliche Quantifizierung nach Studienanteilen ist allerdings nicht möglich. Immer wieder gibt es Studierende, die sich, auch angeregt durch Lehrveranstaltungen, mit Fragen des Rechtsextremismus im Rahmen von Seminar- oder Abschlussarbeiten befassen. Die TUD fördert, unterstützt und betreut solche Arbeiten.

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt (GU):

Auch hier kann die Frage nach Studienanteilen nicht in Form eines prozentualen Anteils beantwortet werden. Die seitens der GU aufgeführten Veranstaltungen sind lediglich exemplarisch.

Fachbereich 01, Rechtswissenschaften:

Rechts-, verfassungs- und wissenschaftsgeschichtliche Aspekte der NS-Geschichte und des Neonazismus werden im rechtswissenschaftlichen Studium bereits im ersten Semester im Rahmen der Grundlagenveranstaltungen behandelt. Ursachen und Motivation des Rechtsextremismus sind integraler Teil der Lehrveranstaltungen zur "Rechts- und Verfassungsgeschichte I und II" sowie zu einer Vielzahl weiterer Veranstaltungen im Bereich der Rechtsgeschichte. Dabei steht naturgemäß die Analyse der Rolle des Rechts im Bereich des Nationalsozialismus und bei der Fortwirkung rechtsextremistischer Strukturen und Denkweisen in der Nachkriegszeit im Mittel-

punkt. Die Studierenden werden zudem dafür sensibilisiert, dass auch das geltende Zivilrecht nicht immun gegen Rechtsextremismus ist.

Hinzu tritt die Einbeziehung aktueller Veranstaltungsangebote in das Studium, etwa des Fritz-Bauer-Instituts oder die Präsentation der Quelledition "Der Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963 bis 1965)" im Historischen Saal des Hessischen Ministeriums der Justiz in Wiesbaden im Herbst 2013.

In der Forschung zur Strafrechts- und insbesondere Kriminologiegeschichte (Institut für Rechtsgeschichte) wird die Bedeutung biologistischer und rassistischer Modelle für die Entwicklung von Strafrecht und Kriminologie vor, während und nach dem "Dritten Reich" untersucht.

Fachbereich 04, Erziehungswissenschaften:

Die Pädagogik der NS-Zeit wird in den Bachelor-, Master- und Lehramtsstudiengängen des Fachbereichs thematisiert. Zu Forschung und Lehre in diesem Bereich trägt die seit 2012 bestehende Forschungsstelle NS-Pädagogik erheblich bei. In den Vorlesungen und Seminaren wird z.B. NS-Propaganda in erziehungswissenschaftlichen Zeitschriften analysiert sowie auch auf heutige neonazistische Aktivitäten (z.B. NSU) eingegangen. Die Forschungsstelle hat zudem Vorlesungskonzepte für Studierende der Erziehungswissenschaften entwickelt und publiziert, die in laufenden Vorlesungen und Seminaren an der GU verwendet werden. Die Auseinandersetzung der Studierenden mit Rechtsextremismus findet zudem regelmäßig in weiteren Veranstaltungen des Fachbereichs Erziehungswissenschaften wie etwa dem Seminar "Außerschulische demokratische Jugendarbeit. Politische Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus" statt.

Fachbereich 08, Philosophie und Geschichtswissenschaften:

In der Lehre wird die NS-Zeit regelmäßig und auf allen Studienstufen für alle Studiengänge aufgegriffen. Neben Lehrveranstaltungen, die sich auf die NS-Zeit konzentrieren, wird die Geschichte des Dritten Reichs in diachrone und synchrone Vergleiche eingeordnet.

Getragen wird dieses Lehrangebot in erster Linie durch den Lehrstuhl für Zeitgeschichte. Beteiligt sind mit insgesamt zwei bis drei Veranstaltungen pro Jahr der Lehrstuhl für Wissenschaftsgeschichte und der für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Schwerpunkte sind dementsprechend politik- und sozialgeschichtliche Fragestellungen (Migration, Wohlfahrtsstaat, Geschlecht), aber auch solche der neueren Militärgeschichte, der Wirtschafts- und der Wissenschaftsgeschichte. Aus den vergangenen Semestern seien beispielhaft angeführt: "Die nationalsozialistische Propaganda 1919 bis 1945" (Proseminar), "Zwischen Fürsorge und Selektion: Neuere Forschungen zur faschistischen Wohlfahrtsstaatlichkeit" (Übung), "Kriege im 20. Jahrhundert" (Vorlesung). Ergänzt wurde dieses Angebot im Jubiläumsjahr der GU durch einzelne, von Lehrbeauftragten geleitete studentische forschende Lehrprojekte zur Universität, insbesondere zum Studium/studentischen Leben im ersten Jahrhundert der GU. Im Projekt "Handbuch zur Statistik der Parlamente und der Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland" (erschienen 2005) wurde im Teilprojekt "FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien: Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990" unter anderem auch das rechtsextremistische Parteienspektrum berücksichtigt.

Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU):

Fachbereich 01 - Rechtswissenschaft:

Die Thematik betraf in den Jahren 2002 bis 2006 ein Forschungsprojekt zum Thema "Hate Crime", das auch das Thema Rechtsextremismus umfasste. Daraus ist eine Reihe von Publikationen hervorgegangen.

Es existiert zudem eine Arbeitsgruppe für das Projekt "Hasskriminalität - Vorurteilskriminalität. Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige - insbesondere junge Menschen". In Bielefeld hat eine Professorin gemeinsam mit einer Forschergruppe im Kontext des zehnjährigen Forschungsprojektes "Deutsche Zustände" (Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) zum Thema gearbeitet. Daraus ist eine Dissertation hervorgegangen ("Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen allgemeiner Gewaltbereitschaft und rechtsextremen Einstellungen: Eine kriminologische Studie zum Phänomen jugendlicher rechter Gewaltstraftäter", Mönchengladbach 2008). Im Zusammenhang mit der Erforschung sogenannter Amoktaten (Mehrfachtötungen aus Rache- und Hassmotiven) ist eine Publikation über Anders Behring Breivik und den Massmord in Norwegen verfasst worden.

Am Fachbereich 03 - Sozial- und Kulturwissenschaften der JLU sowie der Arbeitsstelle Gender Studies stehen Fragen zum Themenbereich Faschismus/Neofaschismus seit Jahren immer wieder im Fokus wissenschaftlicher Untersuchungen. Vor allem im Institut für Politikwissenschaft, aber auch im Institut für Soziologie und im Institut für Erziehungswissenschaften befassen sich Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen immer wieder mit diesem Komplex.

In folgenden Studiengängen des Fachbereichs 03 - Sozial- und Kulturwissenschaften ist der Themenkomplex regelmäßig Teil des Studienangebots:

- B.A. Sozialwissenschaften: Modul 4 (Soziales Handeln und Kommunikation/Sozialisation), Modul 11 (Kommunikation und Medien/Kulturen und Konflikt), Modul 12 (Sozialer und politischer Wandel/Internationale Beziehungen und Gesellschaftsvergleich), Modul 13 (Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnis/Institutionen und Politikfelder). Darüber hinaus wird das Themenfeld immer wieder im Rahmen des Moduls 2 (Politische und Soziologische Theorie) berührt.
- B.A. Außerschulische Bildung: Modul AEW1 Historische und systematische Grundlagen der Erziehung und Bildung, AEW2 Theorie und Praxis von Bildung und Erziehung, AJB1 Jugend, Institution und Gesellschaft, AJB2 Jugend, Lebenswelt und soziale Probleme.

Im Studiengang B.A. Musikwissenschaft wird das Thema im Rahmen der Module zur Musikgeschichte behandelt: Historische Musikwissenschaft 1, Historische Musikwissenschaft 2, Musik der Gegenwart I.

Auch in den sozial- und erziehungswissenschaftlichen Masterprogrammen des Fachbereichs 03 spielt die Frage - wenn auch nicht systematisch - immer wieder eine nicht unerhebliche Rolle (M.A. Demokratie und Governance, M.A. Gesellschaft und Kulturen der Moderne, M.A. Erziehungswissenschaft).

Im Bereich des Lehramtsstudiums hat sich die Beschäftigung mit dem Thema in den letzten Jahren verändert. Während bis zur Reform des Fachs der Themenbereich "Nationalsozialismus und seine Folgen" eine zentrale Stellung einnahm, wurde mit der Neuorientierung des damaligen Fachs "Sozialkunde" hin zum aktuellen Fach "Politik und Wirtschaft" in den Curricula auf eine sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Faschismus weitgehend verzichtet. Dieser Bereich sollte fortan vorrangig im Rahmen des Fachs Geschichte unterrichtet werden. An diese Stelle traten Unterrichtsanteile zu ökonomischen Fragen. Das Thema wird daher in den folgenden Modulen behandelt: Modul 1: Das politische, rechtliche und soziale System der BRD, Modul 2: Institutionen, Konfliktfelder und soziale Bewegungen, Modul 5: Vergleich politischer, gesellschaftlicher und kultureller Systeme.

Für die Gießener Zeitgeschichte am Fachbereich 04 - Geschichts- und Kulturwissenschaften ist das Thema Rechtsextremismus in seinen historischen Ursachen ein konstitutives Thema der Forschung und Lehre. Spezielle Forschungsvorhaben beziehen sich u.a. auf ein von der Kommission zur politischen und parlamentarischen Geschichte des Landes Hessen gefördertes Dissertationsprojekt über "Konjunkturen des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in der hessischen Landespolitik nach 1945. Eine Analyse vergangenheitspolitischer Belastung und Entlastung".

Am Institut für Katholische Theologie des Fachbereichs wurden folgende Publikationen zum Thema Rechtsextremismus veröffentlicht:

- Franz Josef Bäumer: "O, Maria kennt die Werte, die in den Worten liegen: Blut und Boden. Zur katholischen Marienfrömmigkeit im Nationalsozialismus", in: Kampling, Rainer (Herausgeber): "Maria Tochter Sion? Mariologie, Marienfrömmigkeit und Judenfeindschaft", Paderborn 2001.
- Linus Hauser:
 - "Schweden im Weltall. Der Jungdeutsche Orden auf dem Planeten Värnimöki - ein bizarres Stück ‚völkischer‘ Science Fiction", in: Mamczak, S./ Jeschke, W. (Herausgeber): "Das Science Fiction Jahr 2004", München 2004.
 - "Kritik der neomythischen Vernunft, Band 1: Menschen als Götter der Erde", Paderborn 2004.
- Michael Novian: "Von Ariern und Aliens: Völkische Weltanschauung in der Science-Fiction-Literatur vor dem Zweiten Weltkrieg", Marburg 2013.

In Lehre und Forschung gehört die NS-Geschichte zu den zentralen Themen und zu den am meisten nachgefragten in der Lehre und bei Abschlussarbeiten. In der Kunstgeschichte werden Fragen von NS-Architekturgeschichte und Städtebau im Rahmen der Architekturgeschichte und im Zusammenhang mit Exkursionen regelmäßig thematisiert.

Am Fachbereich 05 (Sprache, Literatur, Kultur), am Institut für Slawistik (Professur für Slawische Literaturwissenschaft) besteht seit 2010 der "Forschungskreis Holocaustliteratur und -kultur im mittleren und östlichen Europa", der eine umfassende Datenbank zum Thema Holocaustliteratur und -kultur betreibt und somit - im weitesten Sinne - thematische Berührungen mit der abgefragten Problematik aufweist.

Darüber hinaus wurden seit 2010 in Zusammenarbeit mit tschechischen (Prag) und polnischen Partnern (Łódź, Poznań) in bislang sechs internationalen Workshops Probleme der vergleichenden Erforschung der Holocaustliteratur und -kultur (Film, Theater) behandelt. Die Materialien dieser Workshops wurden in Sammelbänden veröffentlicht. Diese Veranstaltungen wurden u.a. vom DAAD, der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, dem Polnischen Wissenschaftsministerium und dem Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds finanziell unterstützt.

Die Arbeitsstelle Holocaustliteratur forscht und lehrt zur Holocaustliteratur vor allem in (literatur-) historischer Perspektive. Die Lehr- und Kooperationsveranstaltungen (u.a. mit Gedenkstätten, Archiven, Schulen und anderen Trägern) sind auch darauf ausgelegt, mit Literatur dazu beizutragen, dass "Auschwitz nicht noch einmal sei" (Adorno). Das heißt, dass besonders in den didaktischen Seminaren und Gedenkstättenseminaren zukünftige Lehrer dafür ausgebildet werden, die Holocaust- und Lagerliteratur nicht nur in historischer, sondern auch in gegenwärtiger Hinsicht zu befragen und enge Verbindungen zu den Lebenswelten ihrer Schülerinnen und Schüler herzustellen. Immer wieder sind Schulklassen zu Gast, mit denen über die Bedeutung der Texte für die Gegenwart diskutiert wird. In der konkreten Forschung spielen aktuelle rechtsextremistische Tendenzen (und ihre etwaige literarische Darstellung/Inszenierung) in engerem Sinne allerdings eine geringere Rolle.

Am Fachbereich 11 (Medizin) sind die Medizin und Biowissenschaften in der Zeit des Nationalsozialismus und ihre Auswirkungen auf die Nachkriegszeit zentrale Themen des Instituts für Geschichte der Medizin in Forschung und Lehre. Der Institutsleiter ist zu dieser Thematik auch in einer Vielzahl von nationalen und internationalen Gremien vertreten.

Das Institut für Geschichte der Medizin produziert eine große Zahl von Publikationen (Aufsätze, Sammelbände, Monografien, Dissertationen) in deutscher, englischer und französischer Sprache. Vonseiten des Instituts wurde auch 2007 eine umfassende Studie zur Medizinischen Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der unmittelbaren Nachkriegszeit vorgelegt, in der unter anderem die Kontinuitäten auf der Ebene der Hochschullehrer analysiert wurden (Sigrid Oehler-Klein, Herausgeberin: "Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit: Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten", Stuttgart 2007).

Weiterhin wurde am Institut eine Dissertation abgeschlossen, die inzwischen als Buch vorliegt (2009) und die Zwangsarbeit an der Medizinischen Fakultät Gießen in der NS-Zeit untersucht; diese Dissertation wurde mit dem Preis der JLU für Arbeiten zur Geschichte der Universität Gießen ausgezeichnet.

Im Kontext des Sonderforschungsbereichs "Erinnerungskulturen" wurden am Institut zwei Teilprojekte, im Anschluss daran ein weiteres DFG-finanziertes Projekt zur Thematisierung der NS-Medizin in der Nachkriegszeit durchgeführt. Ein weiterer englischsprachiger Sammelband zur Thematik ist in Vorbereitung und soll noch publiziert werden.

Universität Kassel:

In der Lehre der geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereiche der Universität Kassel werden Themen zur Geschichte Deutschlands in der Zeit des Nationalsozialismus regelmäßig angeboten. Zudem werden neben der Geschichte des Nationalsozialismus insbesondere auch dessen "Nachleben" und die unterschiedlichen Formen von Erinnerung, Auseinandersetzung und Annäherung berücksichtigt. Präzise Studienanteile können hierfür nicht angegeben werden, einschlägige Veranstaltungen finden sich in den genannten Fächern aber in nahezu jedem Semester.

Im Fachbereich 01 (Humanwissenschaften) werden von den Instituten für Erziehungswissenschaft, für Sozialwesen und für Musik entsprechende Lehrangebote erbracht.

Im Institut für Sozialwesen wurden für die betreffenden Studiengänge u.a. Lehrangebote zu Themen wie "Sozialpolitik und Sozialarbeit im Nationalsozialismus" oder "Sozialpolitik und Fürsorge im Nationalsozialismus" erbracht.

Im erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Kernstudium der Lehrerbildung wird im Rahmen der Vorlesung "Schulgeschichte", die jedes Jahr im Wintersemester stattfindet, auch auf Schule und Jugendleben im Nationalsozialismus eingegangen. In unregelmäßigen Abständen finden Seminare zu dem Themenbereich "NS - Schule - Jugendleben", verbunden mit einer Exkursion zur Gedenkstätte Breitenau, statt. Weitere Lehrveranstaltungen befassten sich mit Themenbereichen wie "Pädagogik im Nationalsozialismus" oder "Bildung und Erziehung im Nationalsozialismus: Schulkonzepte und Unterrichtspraxis am Beispiel von Schulen der Region".

In den Lehramtsstudiengängen des Fachs Musik befasst sich das Fachgebiet Historische Musikwissenschaft schwerpunktmäßig mit Musik und Kultur des 20. und 21. Jahrhunderts. Die Themen, Personen, Strukturen und Entwicklungen verlangen die Auseinandersetzung mit zentralen politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Aspekten der NS-Geschichte, etwa Vertreibung

und Exil, Instrumentalisierung von Musik in den Diktaturen des 20. Jh. oder Kontinuitäten und Brüche im Kulturleben nach 1945 (Remigration, Mythos "Stunde Null", Reeducation und Kulturimport).

Im Fachbereich 02 (Geistes- und Kulturwissenschaften) werden im Fach Germanistik aus literatur- und sprachwissenschaftlicher Perspektive etwa Lehrveranstaltungen zur "Sprache der Führer - Sprache der Verführer" oder zu "Literatur im Kontext der Bücherverbrennungen" angeboten. Auch in den Theologien werden Fragen wie die nach der Rolle der Kirchen im Nationalsozialismus beleuchtet. Themen von Erinnerung und Gedenken werden in den genannten Fächern ebenfalls berücksichtigt, sodass Fragen der kritischen Auseinandersetzung mit den geistigen Traditionen, in denen der Nationalsozialismus stand und steht, ebenso eine Rolle spielen, wie rechtsextremistische Annäherungen an dieses historische Erbe. Hier sind auch die Fachdidaktiken aktiv.

Im Fachbereich 05 (Gesellschaftswissenschaften) werden NS-Geschichte und die Geschichte von neonazistischen Erscheinungen auf unterschiedlichen Ebenen in Forschung und Lehre behandelt, dies besonders in den Fachgruppen Geschichte und Politikwissenschaft.

Im Fachgebiet Neuere und Neueste Geschichte werden regelmäßig Lehrveranstaltungen einerseits zur Geschichte des Nationalsozialismus angeboten, andererseits zur Verarbeitung der Diktaturvergangenheit in Deutschland einschließlich der Geschichte von Gedenkstätten (z.B. die Gedenkstätte Breitenau) und Denkmälern und aktuelle Geschichtsdebatten.

Seitens des Fachgebiets Geschichtsdidaktik werden regelmäßig Seminare zur "zweiten Geschichte" des Nationalsozialismus angeboten, in denen vor allem Rezeptionsphänomene im Film und in den Neuen Medien sowie die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte im Rahmen nicht schulischer Bildungsarbeit in den Mittelpunkt gestellt werden; hier werden vereinzelt auch neonazistische Geschichtsaneignungen kritisch analysiert. Weiterhin ist die Gedenkstättenpädagogik Gegenstand von Forschung und Lehre, in deren Rahmen stets auch die Frage der Eignung von Gedenkstättenbesuchen zur Rechtsextremismusprävention diskutiert wird. Es besteht in diesem Zusammenhang ein regelmäßiger Kontakt zur Gedenkstätte Breitenau.

Wissenschafts- und rezeptionsgeschichtliche Themen spielen auch in der Geschichte anderer Epochen eine Rolle, so etwa in der Lehre des Fachgebiets Alte Geschichte, wo die Verargumentierung der Antike durch nationalsozialistische und faschistische Interpretationen Berücksichtigung findet.

Der Themenkomplex ist insbesondere auch in der Politikwissenschaft präsent, wo schwerpunktmäßig das Fachgebiet Didaktik der politischen Bildung Lehre zu diesem Themenbereich anbietet, so in allen einführenden Lehrveranstaltungen und in weiteren Lehrveranstaltungen zur aktuellen Lage und zum Umgang mit Rechtsextremisten (in der Schule).

Philipps-Universität Marburg:

Ein integraler Bestandteil des Curriculums im Bereich Geschichte (Fachbereich 06: Geschichte und Kulturwissenschaften) und Politikwissenschaft (Fachbereich 03: Gesellschaftswissenschaften und Philosophie) sind die Zeitgeschichte, die Geschichte und das politische System des Nationalsozialismus. Im Rahmen der Fachgeschichte werden in den meisten geisteswissenschaftlichen Disziplinen exemplarisch wissenschaftliche Konzepte und Forschungsvorhaben in Lehr- und Forschungsvorhaben aus der Zeit des Nationalsozialismus untersucht (z.B. Europäische Ethnologie, Kunstgeschichte). Das Programm wechselt von Semester zu Semester.

Frankfurt University of Applied Sciences:

Es gibt keine curriculare Verankerung der NS-Geschichte in den angebotenen Studiengängen, jedoch spielt die Geschichte des NS in der Entwicklungsgeschichte der Sozialen Arbeit eine tragende Rolle, die jedoch als Thematik nur vereinzelt von Professoren aufgegriffen wird.

Im Fachbereich 04 - Soziale Arbeit und Gesundheit wird die Familienvergangenheit im Nationalsozialismus von jungen Frauen analysiert, die sich im Rechtsextremismus engagieren. Darüber hinaus beschäftigt sich der Fachbereich mit den Familienvergangenheiten von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, die sich gegenwärtig im Bereich Rechtsextremismus engagieren. Der Fachbereich setzt sich zudem mit dem NS-Hintergrund im Bereich Sozialer Arbeit allgemein sowie spezifisch in der Jugendarbeit in ihren Lehrinhalten auseinander.

Aktuell wird eine zweisemestrige Lehrforschung in den Studiengängen Bachelor Soziale Arbeit sowie Master Empirische Forschung in der Sozialen Arbeit durchgeführt (Thema: Rechtsextremismus - Gender - Soziale Arbeit). In der Lehre des Bachelor Soziale Arbeit sowie des Masters Psychosoziale Beratung und Recht (PBR) werden Lehrinhalte zum Thema Trauma und Traumafolgen aufgrund des Nationalsozialismus angeboten.

Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main (HfG):

Auf einer Podiumsdiskussion, die am 22. März 2013 anlässlich des 80. Jahrestages der Bücherverbrennung stattfand, wurde unter anderem deutlich, dass die Archivlage zur NS-Geschichte der HfG zum einen kaum erforscht, zum anderen sehr dürftig ist. Noch auf dieser Veranstaltung beschloss die Hochschule, von einem Historiker die relevanten Archivbestände sichten zu lassen. Erste Ergebnisse liegen vor und wurden am 4. Dezember 2014 im Rahmen eines Vortrages mit anschließender Publikumsdiskussion dargestellt. Die Hochschule strebt an, die Forschungen weiterzuführen und zu publizieren. Hierfür sollen Fördermittel akquiriert werden.

Mit Beginn des Wintersemesters 2013/2014 wurde die Arbeitsgruppe gegründet mit dem Ziel, die NS-Vergangenheit der HfG mit Handlungsmodellen aufzuarbeiten, die der nachmaligen Bewusstwerdung und Erinnerung an die NS-Verstrickungen dienen.

Eine zweiteilige Vorlesungsreihe soll zudem den Diskurs um die "Kunst des Denkmals" im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus aktualisieren und ist als Vorarbeit für ein "Denkmal" zur Geschichte der HfG während des Nationalsozialismus zu verstehen. Der erste Teil der Vorträge fand am 11. Juni statt. Die Vorträge wurden audio-visuell aufgezeichnet und bilden den Anfang für ein multimediales Archiv der Erinnerung. Die Vortragsreihe wird im Wintersemester 2014/2015 fortgesetzt.

Hochschule Fulda:

In den Gesundheitswissenschaften (Fachbereich Pflege und Gesundheit) werden die Rolle der Medizin und der "Volksgesundheitspflege" im Nationalsozialismus, ethische Prinzipien und die Folgen für Public Health thematisiert. Am Fachbereich Pflege und Gesundheit wird zur gesundheitlichen Versorgung von Zwangsarbeitern im Nationalsozialismus und zur Euthanasie geforscht.

NS-Geschichte und Neonazismus werden thematisiert in den beiden am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda angebotenen Studiengängen Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt interkulturelle Beziehungen (B.A.) und in dem bilingualen Master-Studiengang ICEUS Intercultural Communication and European Studies. Am Fachbereich Oecotrophologie wurde zur nationalsozialistischen Vergangenheit geforscht und veröffentlicht, etwa in "Romanistik und Gewalt".

In der Lehre wird das Thema "Rechtsextremismus und nationalsozialistische Ideologie" in entsprechendem Zusammenhang (z.B. in den sozialwissenschaftlichen Modulen) angesprochen.

Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte:

Im Studium der Rechtswissenschaft wird an verschiedenen Stellen auf die NS-Geschichte Bezug genommen. Besonders ist hier das Fach Rechtsgeschichte zu nennen, das in Frankfurt wegen des entsprechenden Schwerpunkts an der Frankfurter Goethe-Universität und durch das Frankfurter Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte ein weltweites Zentrum hat. Hier werden Seminare, Lehrveranstaltungen zur Rechtsgeschichte im Nationalsozialismus durchgeführt; das Frankfurter Fritz-Bauer-Institut widmet sich bekanntermaßen im Schwerpunkt der Geschichte der juristischen Aufarbeitung des NS.

Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft:

Laut dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft ist historische Ostmitteleuropaforschung nur durch die Auseinandersetzung mit NS-Geschichte und Neonazismus ernsthaft zu betreiben.

- c) Finden die Ergebnisse dieser Forschung gerade zum Phänomen des heutigen Rechtsextremismus Eingang in die Arbeit der Polizei und des Verfassungsschutzes?
Wenn ja, in welcher Form?

Hierzu führt die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt an, dass Werke von Professor von Mayenburg, Fachbereich 1 - Rechtswissenschaft (Professur für Neuere Rechtsgeschichte, Geschichte des Kirchenrechts und Zivilrecht) in einige Literaturlisten für die Polizeiausbildung aufgenommen wurden.

Relevante sozial- und politikwissenschaftliche Studien und Literatur werden im LfV nach Möglichkeit ausgewertet und bei der täglichen Arbeit berücksichtigt.

- d) Welche Rolle spielt die NS-Forschung und wie werden ihre Ergebnisse in Hessen aufgearbeitet und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

Aufgabe der HLZ ist es, im Rahmen ihrer Bildungsangebote auch die Ergebnisse der NS-Forschung zu berücksichtigen und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dies geschieht mittels Fachvorträgen und Fachtagungen für interessierte Bürgerinnen und Bürger, durch Förderung von Ausstellungsvorhaben in Städten und Gemeinden des Landes, durch Ankauf, Weitergabe oder Ausleihe von Publikationen, aber auch durch die Präsentation hessischer Gedenk-

stätten und Einrichtungen des Gedenkens mit ihren Arbeiten im Bereich der NS-Forschung auf der Homepage der Landeszentrale.

Das Studienzentrum der Finanzverwaltung und Justiz in Rotenburg a.d. Fulda hat zu diesem Themenkomplex o.g. Ausstellung organisiert und ermöglicht. An der Konzeption und der Umsetzung waren neben dem Studienzentrum in einem Gemeinschaftsprojekt das Bundesministerium der Justiz, die Philipps-Universität Marburg, das Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt und das Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden beteiligt.

Adressaten und Gäste der Ausstellung waren zunächst die über 1.000 Studierenden beider Fachbereiche der Hessischen Hochschule für Finanzen und Rechtspflege, die von geschulten Guides geführt wurden und zahlreiche Informationen über die Rolle der Justiz im Nationalsozialismus erhielten. Darüber hinaus erhielten auch alle Anwärtinnen und Anwärtler der Landesfinanzschule Hessen und der Ausbildungsstätte für den mittleren Justizdienst eine kompetente Führung durch die Ausstellung. Schließlich war die Ausstellung auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger geöffnet, auf Wunsch auch mit Führungen durch Dozenten der Hessischen Hochschule für Finanzen und Rechtspflege.

Erster Teil der Ausstellung war eine Präsentation der bereits 1989 unter Federführung des Bundesministeriums der Justiz konzipierten und erarbeiteten Ausstellung "Im Namen des Volkes - Justiz und Nationalsozialismus". Den zweiten Teil mit regionalen Bezügen erstellte die von hessischen Historikern und Juristen gebildete Arbeitsgruppe unter dem Titel "Verstrickung der Justiz in das NS-System 1933 bis 1945", in dem auf das heutige Land Hessen bezogene neuere Forschungen thematisiert werden.

Am 16. September 2012 endete die Doppelausstellung in Rotenburg a.d. Fulda; damit endeten jedoch noch nicht die Aufarbeitung und der Arbeitsschritt, die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Auf Initiative des ehemaligen hessischen Staatsministers Jörg-Uwe Hahn und des damaligen Staatssekretärs Dr. Rudolf Kriszeleit wurde und wird die Ausstellung bis zum heutigen Tag als Wanderausstellung in Hessen präsentiert.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass auch die Ausstellung "Legalisierter Raub - Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945" im Jahr 2010 für sieben Monate im Studienzentrum Rotenburg zu sehen war. Bei der Ausstellung des Fritz-Bauer-Instituts und des Hessischen Rundfunks mit Unterstützung der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen und des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst handelt es sich zwar nicht um eine Präsentation von Forschungsergebnissen der Studierenden oder Dozenten der Hessischen Hochschule für Finanzen und Rechtspflege; das Studienzentrum hatte aber auch hierbei die Motivation, in seinen Räumlichkeiten die Ergebnisse der NS-Forschung allen Studierenden, Anwärtern und Bediensteten, aber auch der breiten Öffentlichkeit näher zu bringen.

Die NS-Forschung und das Aufarbeiten ihrer Ergebnisse ist auch der Justiz ein wichtiges Anliegen. Beispielhaft hierfür kann die im Eingang genannte Ausstellung "Verstrickung der Justiz in das NS-System 1933 bis 1945" genannt werden.

Außerdem ist auf die Ausstellung "Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht" hinzuweisen. Dabei handelt es sich um eine Ausstellung des Fritz-Bauer-Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt, welche vom 10. April 2014 bis 7. September 2014 im Jüdischen Museum Frankfurt am Main zu sehen war und seit dem 9. Dezember 2014 im Thüringer Landtag in Erfurt gastiert. Die Ausstellung steht unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Joachim Gauck und wird unter anderem durch das Hessische Ministerium der Justiz gefördert.

Technische Universität Darmstadt (TUD):

Die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte wird von einzelnen Historikern geführt. Die gegenwärtig hauptamtlich an der TUD Beschäftigten befassen sich mit dem Thema überwiegend in der Lehre. Der bis 2008 lehrende Professor Dr. Christof Dipper hatte dagegen wie sein Vorgänger einen Forschungsschwerpunkt in der NS- und vergleichenden Faschismus-Geschichte und setzt diesen auch im Ruhestand fort. Deshalb hat ihn 2009 das Präsidium der TUD gebeten, die Erforschung der Geschichte der TH Darmstadt im "Dritten Reich" und des Umgangs mit dieser Vergangenheit danach zu leiten. Professor Dipper hält darüber hinaus regelmäßig Vorträge zum Nationalsozialismus und ist Ansprechpartner für Medien, Fortbildungseinrichtungen sowie Buchherausgeber.

Zudem betreut derzeit Professor Dr. Jens Ivo Engels ein einschlägiges Dissertationsvorhaben: "Das Bankhaus H. Aufhäuser 1870-1938/54. Netzwerkbildung vor dem Hintergrund der "Arisierung"".

Seit 1964 am Institut für Geschichte angesiedelt und derzeit von Professor Engels geschäftsführend betreut, befasst sich die Besprechungszeitschrift "Neue Politische Literatur. Berichte aus

Geschichts- und Politikwissenschaft" regelmäßig mit neuen Forschungsergebnissen zum Nationalsozialismus, fallweise auch zum Rechtsextremismus.

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt:

Die Forschungsstelle NS-Pädagogik leitet bzw. leitete drei drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte:

- "Rassismus und Antisemitismus in erziehungswissenschaftlichen und pädagogischen Zeitschriften 1933-1944/45. Über die Konstruktion von Feindbildern und positivem Selbstbildnis" (laufend, gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, DFG)
- "Propagandafiguren des NS-Systems für Jugendliche im Kampf gegen die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung nach 1933. Eine Studie anhand der NS-Zeitschriften für Lehrkräfte und Schülerschaft" (laufend, gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung)
- "Lern- und Forschungsprojekt "Reflexionen über die NS-Zeit und über die NS-Pädagogik als Vorbereitung auf den Lehrberuf" (abgeschlossen, gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung)

Die Hessische Landeszentrale für Politische Bildung hat ein Ergebnis dieser Forschung, das Buch "Indoktrination" (Beltz-Verlag), in ihr Publikationsangebot aufgenommen. Zudem stehen die von der Forschungsstelle entwickelten - und von der Bundeszentrale für politische Bildung verlinkten - Vorlesungskonzepte für Studierende der Erziehungswissenschaft allen Universitäten und Bildungseinrichtungen zur Verfügung.

Am Historischen Seminar der Goethe-Universität gibt es eine Reihe von Dissertations- und Habilitationsprojekten sowie Editionsvorhaben und weitere Forschungsprojekte, die sich hauptsächlich oder in Teilen mit der NS-Geschichte befassen. Die Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Gremien und Arbeitskreisen zur NS-Geschichte der Inhaber der Lehrstühle für Zeitgeschichte, für Wissenschaftsgeschichte sowie für Wirtschafts- und Sozialgeschichte zeugen von der intensiven wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem "Dritten Reich".

Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU):

Im Jahr 1967 gab das damalige Rektorat eine Gedenkschrift zur 10-jährigen (Wieder-)Gründungsfeier der Justus-Liebig-Universität heraus, in der erstmals vonseiten der JLU auf die NS-Vergangenheit der Universität Gießen eingegangen wurde. In der Gedenkschrift ist eine Liste der "1933 und danach vertriebenen Professoren und Dozenten" veröffentlicht.

Aus Anlass des 375. Jubiläums der Universität im Jahre 1982 entstand der Ausstellungskatalog "375 Jahre Universität Gießen 1607 - 1982. Geschichte und Gegenwart. Ausstellungskatalog", Gießen 1982. Hier ist ein Beitrag "Zur politischen Geschichte der Ludwigs-Universität 1914 - 1945" enthalten, außerdem enthält dieser Katalog einen Aufsatz zur "Gießener Studentenschaft vor und nach 1933". Es waren dies die ersten Ansätze zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der Universität Gießen, die durch Ausstellung und Katalog auch einem breiteren Publikum vorgestellt wurden.

1989 wurde auf Initiative des Präsidiums der JLU eine Gedenktafel im Eingang des Universitäts-Hauptgebäudes angebracht, auf der der Opfer des NS-Regimes gedacht wird. Mit wenigen Stichworten wird auf dieser Tafel die Unmenschlichkeit des NS-Regimes umrissen, die von der Ausgrenzung zum Mord führte.

Auf Initiative des Kanzlers der JLU setzte das Erweiterte Präsidium im Januar 2005 eine Kommission ein, die unter der Leitung des Vizepräsidenten die öffentliche Rehabilitierung der von Doktorgradentziehung Betroffenen vorbereiten sollte. Die Kommission erarbeitete einen Textentwurf, der vom Präsidium und anschließend vom Erweiterten Präsidium einstimmig verabschiedet und als offizielle Stellungnahme der JLU in einer Pressekonferenz am 13. Februar 2006 der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde. Kurz darauf wurde die Stellungnahme am 16. Februar 2006 in der Universitätszeitung Uniforum mit weiteren Hintergrundinformationen veröffentlicht. In diesem Text zur Rehabilitierung stellt sich die Universität Gießen als Institution ihrer eigenen Vergangenheit und stellt fest, dass sie "am nationalsozialistischen System und an seinen inhumanen Praktiken ihren eigenen Anteil gehabt" habe. Zur Erinnerung an die Unrechtsmaßnahme der Doktorgradentziehungen wurde zudem vonseiten der JLU eine Gedenktafel in Auftrag gegeben, auf der die Namen aller von Doktorgradentziehung Betroffenen aufgeführt sind. Sie wurde in einem Raum im Universitätshauptgebäude, im sogenannten Gustav-Krüger-Saal, angebracht, dessen Namensgeber - der Theologe Gustav Krüger - der einzige Gießener Professor gewesen war, der während einer Sitzung des Senats im Juni 1933 in einer Rede öffentlich Position gegen die Einschränkung der akademischen Freiheit durch die nationalsozialistischen Machthaber bezogen hatte. Zwei Jahre nach der öffentlichen Rehabilitierung der Degradierten wurde die Gedenktafel im Rahmen des alljährlich stattfindenden Akademischen Festakts im November 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die JLU nutzte diese Gelegenheit, um ein

langes Versäumnis nachzuholen: Es wurden die Nachkommen der von diesen Unrechtsmaßnahmen Betroffenen - soweit diese ausfindig gemacht werden konnten - nach Gießen eingeladen, um ihnen gegenüber die erfolgte Rehabilitierung persönlich auszusprechen.

Aus Anlass des 400-jährigen Bestehens der Universität Gießen im Jahr 2007 erschienen mehrere Publikationen zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. In der vom Präsidenten der JLU herausgegeben Festschrift ("Panorama. 400 Jahre Universität Gießen. Akteure, Schauplätze, Erinnerungskultur", Gießen 2007) widmeten sich zwei Beiträge dieser Thematik. Eine vom Universitätsarchiv Gießen erarbeitete Jubiläumsausstellung, die im Universitätshauptgebäude im Herbst 2007 gezeigt wurde, beleuchtete die Geschichte der Universität Gießen von der Zeit des Nationalsozialismus über die Nachkriegszeit bis zu den Hochschulreformen in den 1960er-Jahren, die Ergebnisse dieser Ausstellung sind in einer Publikation veröffentlicht (Eva-Marie Felschow, Carsten Lind, Neill Busse: "Krieg, Krise, Konsolidierung. Die "zweite Gründung" der Universität Gießen nach 1945", Gießen 2008). Das Institut für Geschichte der Medizin erarbeitete eine umfangreiche Dokumentation zur Geschichte der Gießener Medizin in der NS-Zeit: Sigrid Oehler-Klein (Herausgeberin): "Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten", Stuttgart 2007.

Außer diesen vonseiten der JLU initiierten Publikationen und Erinnerungsorten ist eine Reihe weiterer Veröffentlichungen zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der Universität Gießen erschienen, hingewiesen sei hier nur beispielhaft auf einige, wenige Publikationen:

Klaus Fritzsche:

- "Etablierung, Herrschaftspraxis und Funktion des faschistischen Systems in Deutschland", in: Frank Deppe u.a. (Herausgeber): Abendroth-Forum. Marburger Gespräche zum 70. Geburtstag von Wolfgang Abendroth, Marburg 1977.
- "Faschismus als Vergangenheit und Gegenwart", in: Rainer Eisfeld und Ingo Müller (Herausgeber): Gegen Barbarei. Essays Robert M.W. Kempner zu Ehren, Frankfurt/M. 1989.
- "Faschismustheorie: Konzeptionen, Kontroversen und Perspektiven", in: Franz Neumann, (Herausgeber): Handbuch: Politische Theorien und Ideologien, Opladen 1998.

Alexandra Kurth:

- "Männer - Bünde - Rituale. Studentenverbindungen seit 1800", Campus Verlag: Frankfurt am Main - New York 2004.
- "Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften", Fischer Taschenbuch Verlag: Frankfurt am Main 1997 (zusammen mit Dietrich Heither, Michael Gehler und Gerhard Schäfer).

Claus Leggewie:

- "Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an", Berlin: Rotbuch, 1990.
- "Der Geist steht rechts. Ein Ausflug in die Denkfabriken der Wende", Berlin: Rotbuch, 1987.

Am Fachbereich 03 - Sozial- und Kulturwissenschaften finden darüber hinaus öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen der Arbeitsstelle Gender Studies statt.

Am Fachbereich 04 - Geschichts- und Kulturwissenschaften existiert seit 2009 ein "Arbeitskreis Hessische Zeitgeschichte", der sich unter Beteiligung führender universitärer bzw. außeruniversitärer Forscher sowie leitender hessischer Archivare halbjährlich zum Gedankenaustausch trifft und Forschungen anregt, auch zur NS-Geschichte. Der Öffentlichkeit werden die Ergebnisse dieser und anderer Forschungen über Publikationen, Vorträge und Ausstellungen zugänglich gemacht. Zuletzt war z.B. die Ausstellung "Der Goethe-Bund in Gießen. Eine Geschichte zwischen Kunst und Politik" von Gießener Masterstudierenden (Leitung: Professor Dr. Dirk van Laak) zu sehen. 2010 erschien das Buch der Gießener Historikerin Anne C. Nagel: "Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934-1945", das auf ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördertes Projekt zurückging.

Universität Kassel:

Die NS-Forschung spielt an der Universität Kassel eine besondere Rolle, die insbesondere durch die Auseinandersetzung mit der Vorgeschichte des Universitätscampus und der Rolle Nordhessens im Nationalsozialismus begründet ist.

Hervorzuheben sind die umfangreichen Forschungsarbeiten von Professor i.R. Dr. Krause-Vilmar, dem ehemaligen Leiter der Informationsstelle zur Geschichte des Nationalsozialismus in Nordhessen. Die ca. 12.500 Quellen und Dokumente, die er mit seinem Team zusammengestellt hat, darunter Gerichtsurteile, Häftlingskarteien sowie Ton- und Videoaufnahmen mit Zeitzeugen, wurden in das Stadtarchiv Kassel aufgenommen und damit einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Der Leiter des Fachgebiets Neuere und Neueste Geschichte (Fachbereich 05 - Gesellschaftswissenschaften) ist in der Forschung in mehrfacher Hinsicht wiederholt mit der Geschichte des Nationalsozialismus befasst, beispielsweise derzeit in einer im Auftrag der Stadt Eschwege vorbereiteten Untersuchung zur Geschichte dieser Stadt in der nationalsozialistischen Zeit.

Die wissenschaftliche Begleitung der Gedenkstätte Breitenau wird im Auftrag des Präsidiums der Universität Kassel durch das Fachgebiet Neuere und Neueste Geschichte durchgeführt. Eine Dauerausstellung mit Archiv erinnert an die Geschichte der dortigen Anstalt als Lager in der Zeit des Nationalsozialismus. In zahlreichen Veranstaltungen und Führungen werden hier Studierende sowie Schülerinnen und Schüler an diesen Aspekt herangeführt. Auch Abschlussarbeiten hierzu sind wiederholt angeregt worden.

Zur Aufarbeitung der Vorgeschichte des Unicampus, dem Stammareal der 1810 gegründeten Firma Henschel, die während des Nationalsozialismus als Rüstungsbetrieb auch Zwangsarbeiter beschäftigte, wurden Gedenktafeln und Steinkreise am Campus Holländischer Platz eingelassen. Zusammen mit Broschüren und einer Homepage sollen sie Mahnmale für die Verantwortung der Wissenschaft sein. Das Projekt wurde vor allem aus Eigenmitteln der Universität finanziert. Das Buch "Henschel, Gottschalk & Co." beschreibt die industrielle Vorgeschichte und dient ebenfalls zur Aufarbeitung der Belastungen der Henschel-Firmengeschichte.

Durch Ringvorlesungen und Seminare im Rahmen der sogenannten Bürgeruniversität sowie weitere Veranstaltungen werden die Ergebnisse der Forschung zu Rechtsextremismus und Neonazismus einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Besonders hervorzuheben sind die beiden von den geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereichen organisierten Ringvorlesungen "Rechtsextremismus" und "Rechte Gewalt" in den Wintersemestern 2012/2013 und 2013/2014, die Ursachen, Ausprägungen und Erscheinungsformen des Neonazismus sowie Präventionsmöglichkeiten unter die Lupe nahmen. Begleitet wurde diese Ringvorlesung im Wintersemester 2013/2014 von der Wanderausstellung "EXIT - Rechtsradikale im Ausstieg" des Berliner Zentrums für demokratische Kultur. Mitarbeiter dieser Einrichtung hatten im Sommersemester 2014 im erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Kernstudium einen Lehrauftrag zum Thema "Extremismus im Klassenzimmer. Rechtsextremismus und Jihadismus in der Schule". Diese reagierten auch auf die Erkenntnis, dass in unmittelbarer Nachbarschaft der Universität 2006 Halit Yozgat Opfer eines NSU-Mordanschlags geworden war; beide Ringvorlesungen trafen auf große Resonanz. Eine Fortsetzungsveranstaltung ist in Vorbereitung.

Seit 1987 vergibt die Universität Kassel jährlich die Franz-Rosenzweig-Gastprofessur an Wissenschaftler, die sich in ihren Forschungen mit Themen der europäisch-jüdischen Geschichte, Kultur und Bildung beschäftigen. Sie wird seit 1987 jeweils im Sommersemester an einen Wissenschaftler aus dem Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften vergeben, der mit seiner Arbeit und Forschung zu Fragen der europäisch-jüdischen Geschichte, Kultur und Bildung dem Verdrängen und Vergessen des in Europa zerstörten jüdischen Erbes entgegenwirkt.

Philipps-Universität Marburg:

Die Philipps-Universität Marburg verweist auf ihre Antworten zu den Teilfragen g und h.

Frankfurt University of Applied Sciences:

Am Fachbereich 04 - Soziale Arbeit & Gesundheit - wird unter anderem zur Erinnerungskultur geforscht (insbesondere individuelle und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust) sowie zur Narrationsforschung (insbesondere zu Geschichten von Überlebenden, die während des Holocausts Kinder waren).

Das gegenwärtige Forschungsprojekt trägt den Titel: "Trauma im Alter". Es untersucht die Spätfolgen früher Traumatisierungen durch Krieg und Verfolgung.

Das Forschungsprojekt "Jüdische Pflegegeschichte/Jewish Nursing History - Biographien und Institutionen in Frankfurt am Main" beschäftigt sich mit der Aufbereitung der Geschichte der jüdischen Pflegegeschichte in Frankfurt am Main. Die Ergebnisse der Forschungen werden über den Webauftritt www.juedische-pflegegeschichte.de der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dort finden sich aufbereitete Informationen zu Personen, Orten, Gebäuden, Institutionen und Quellen jüdischer Pflegegeschichte in Frankfurt am Main aus der Zeit zwischen 1870/1871 und 1945. Angesiedelt ist das Projekt an der Frankfurt University of Applied Sciences in der Historischen Sondersammlung Soziale Arbeit und Pflege. Das Projekt wurde finanziell von verschiedenen Förderern unterstützt.

Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main:

Die HfG verweist auf ihre Antworten zu den Teilfragen a und b.

Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte:

Das Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte verweist zunächst auf seine Antwort zu Teilfrage b. Die Ergebnisse werden durch öffentliche Veranstaltungen, insbesondere Vorträ-

ge und Publikationen aufgearbeitet und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. So hat der emeritierte Direktor des Frankfurter Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte zahlreiche Publikationen zur Rechtsgeschichte des NS vorgelegt, jüngst dezidiert auf eine breitere Öffentlichkeit gerichtet.

Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft:

Das Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft arbeitet die Ergebnisse im Rahmen von Ausstellungen auf:

- Ausstellung: Warschau - der letzte Blick. Deutsche Luftaufnahmen aus der Zeit vor dem Warschauer Aufstand, August 1944).
Die Ausstellung zeigt deutsche Luftaufnahmen des Zentrums der von der deutschen Wehrmacht besetzten Stadt Warschau. Die Fotografien wurden wenige Wochen vor dem Ausbruch des Warschauer Aufstands im August 1944 aufgenommen.
- Ausstellung: Im Objektiv des Feindes - Die deutschen Bildberichterstatter im besetzten Warschau 1939-1945.
Eine Ausstellung des Herder-Instituts in Marburg in Zusammenarbeit mit dem "Haus der Begegnungen mit der Geschichte" in Warschau, der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau, dem Bundesarchiv in Koblenz und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit der Bildagentur bpk sowie dem Museum Europäischer Kulturen - Staatliche Museen zu Berlin im Rahmen des Föderalen Programms der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Die Ausstellung steht unter der Schirmherrschaft der Stadtpräsidentin der Stadt Warschau und des Regierenden Bürgermeisters der Stadt Berlin.
Die gezeigten Fotografien entstammen der Wahrnehmung durch das "Objektiv des Feindes", nämlich jenes der Propaganda-Kompanien der Wehrmacht und der Waffen-SS.

Historische Kommissionen:

Die vom Land Hessen geförderten Historischen Kommissionen nehmen für die Forschung, insbesondere für die Aufarbeitung von Forschungsergebnissen landesgeschichtlicher Bedeutung, eine wesentliche Rolle ein. Sie publizieren historische Darstellungen und zentrale Quellenwerke, sie unterstützen bzw. betreiben einschlägige Forschungsvorhaben und Tagungsveranstaltungen - nicht zuletzt durch den Druck der Tagungsergebnisse.

Die Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen kann auf einschlägige Publikationen zur NS-Forschung verweisen (neben einigen biografischen Studien: E. Noam, W.-A. Kropat: Juden vor Gericht. Eine Dokumentation aus hessischen Justizakten, 1975; E. Knauß: die jüdische Bevölkerung Gießens 1933-1945, 1987; W.-A. Kropat: Kristallnacht in Hessen, 1988; ders.: "Reichskristallnacht", 1997; H. Heer u.a.: Verstumte Stimmen. Die Vertreibung der "Juden" und "politisch Untragbaren" aus den hessischen Theatern 1933-1945, 2011) sowie auf das derzeit laufende Projekt "Synagogenbuch Hessen", das unter anderem die Zerstörung der mehr als 400 hessischen Synagogen dokumentieren wird.

Die Historische Kommission für Hessen (Marburg) verlegt einschlägige Titel in ihrer Veröffentlichungsreihe (W. Form/T. Schiller, Herausgeber): Politische NS-Justiz in Hessen, 2005; dies.: Gedenkbuch Die Verfolgten der politischen NS-Strafjustiz in Hessen; geplant Band 4: Vorträge des Begleitprogramms der Wanderausstellung "Verstrickung der Justiz in das NS-System" in Hessen; A. Kirschner: Deserteure, Wehrkraftzersetzer und ihre Richter, 2010; N. Kartmann (Herausgeber): NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter, 2014; die Kommission ist darüber hinaus organisatorisch und inhaltlich engagiert in der Leitung der Arbeitsgruppe "NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter" der Kommission für die politische und parlamentarische Geschichte Hessens beim Hessischen Landtag, im Rahmen des seit fünf Jahren zweimal jährlich tagenden Arbeitskreises hessische Zeitgeschichte (Koordination: Professor v. Laak, Gießen, Professor Conze und Dr. A. Hedwig, beide Marburg) sowie bei der Wanderausstellung "Verstrickung der Justiz in das NS-System. Forschungsergebnisse für Hessen" und deren begleitendes Vortragsprogramm.

Die Historische Kommission für Nassau (Wiesbaden) führt ebenfalls einschlägige Buchtitel in ihrem Verlagsprogramm: H. Bauch u.a.: Quellen zu Widerstand und Verfolgung unter der NS-Diktatur in hessischen Archiven, 1995; A. Schuster: Die Entnazifizierung in Hessen (1945-1954), 1999; M. Meusch, Von der Diktatur zur Demokratie. Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Hessen (1956-1968), 2001; H. Friggemann: Kameradschaft in der "Grünen Farbe". Forstbeamte in Hessen zwischen Entnazifizierung und deutscher Personalpolitik (1945-1954), 2014.), und sie unterstützte das Forschungsvorhaben "Widerstand und Verfolgung unter der NS-Diktatur".

Schließlich sind in der von der gemeinsam Darmstädter Historischen Kommission und der Historischen Kommission für Hessen betriebenen Buchreihe "Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte" weitere thematisch einschlägige Titel beziehbar (P. Kannappel: Die Behandlung von Frauen im nationalsozialistischen Familienrecht, 1999; Th. Klein: Lageberichte der

Justiz in Hessen 1940-1945, 1999; St. Zibell: Jakob Sprenger, 1999; R. Maier: NS-Kriminalität vor Gericht, 2009).

Landesarchiv/Hessische Staatsarchive:

Wichtige Voraussetzung für die Erforschung der NS-Zeit - nicht nur für die wissenschaftliche historische Forschung, sondern auch für die Lokal- und Regionalforschung wie für die Medien - sind das Sichern, Aufbereiten, Zugänglichmachen und Vermitteln der historischen Quellen. Hier bieten das Hessische Landesarchiv und seine drei Dienststellen in Darmstadt, Marburg und Wiesbaden eine breite Palette von Aktivitäten:

Die Staatsarchive kümmern sich intensiv um die Übernahme von aussagefähigem Schriftgut aus der und über die NS-Zeit sowie zum Rechtsextremismus - aus den Dienststellen des Landes und, soweit möglich und zugänglich, von privater Seite. Sie haben in den letzten beiden Jahrzehnten ihre Anstrengungen bei der Erschließung der für die NS-Forschung relevanten Bestände deutlich ausgebaut, sodass diese fast durchgängig in der Archivdatenbank HADIS recherchierbar sind (aus datenschutzrechtlichen Gründen zumeist im Internet noch gesperrt, aber für die Forschung grundsätzlich zugänglich und nutzbar).

Die Nutzer der hessischen Staatsarchive können von einer sehr weitgehenden Erschließung aller archivierten Unterlagen der allgemeinen und Fachverwaltungen bis 1945 ausgehen, dies betrifft auch einschlägige Bestände wie die der Justiz (Staatsanwaltschaften, Sondergerichte einschließlich Erbgesundheitsgerichte), von jüdischen Staatsanwälten, der Gestapo (Frankfurt, Darmstadt), der Finanzverwaltung (Entschädigungs- und Wiedergutmachungsakten), von Landesheil- und Pflegeanstalten, von Parteiorganisationen (NSDAP/Massenorganisationen Gau Hessen-Nassau, ehem. Volksstaat Hessen, z.T. Tiefenerschließung mit Unterstützung der DFG); darüber hinaus werden zur Zeit die Spruchkammer- bzw. Entnazifizierungsakten komplett erschlossen und teilweise digitalisiert, vollständig digitalisiert liegt die Gestapo-Kartei Frankfurt a.M. vor, die Datenbank "Widerstand und Verfolgung" ist digital nutzbar.

Hervorzuheben ist die Arbeit der Hessischen Staatsarchive im Rahmen der Nachweisbeschaffung ehemaliger Zwangsarbeit im Rahmen des Projekts "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft", denn sie hat eingehende Dokumentationen über diesen Komplex hervorgebracht.

Die Staatsarchive betätigen sich als "Häuser der Geschichte" aktiv bei der Vermittlung ihrer Quellen, einerseits in Kooperation mit den Historischen Kommissionen sowie den regionalen und lokalen Geschichtsvereinen, andererseits betreiben sie eigene Projekte, so etwa Ausstellungsprojekte (in den letzten Jahren zu den Themen Zwangsarbeit in Hessen, Pogromnacht in Hessen, zum 20. Juli 1944, zur justiziellen Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Hessen), Tagungen (zur Zwangsarbeit, zur Verfolgung der Juden in Hessen, zu Wilhelm Leuschner) und erstellen zumeist aus diesen Aktivitäten hervorgehende Publikationen (Ausstellungskataloge/-begleitpublikationen, Tagungsbände, Quellenführer oder sachthematische Inventare).

Das Archiv der deutschen Jugendbewegung auf der Jugendburg Ludwigstein richtet seine Aufmerksamkeit seit einigen Jahren ebenfalls stärker auf die Geschichte der Jugendbewegung in der NS-Zeit (vgl. Jahrestagungen 2004 und 2014 sowie die durch das Archiv und seinen wissenschaftlichen Beirat maßgeblich unterstützte Ausstellung "Aufbruch der Jugend" im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg, 2013).

In diesen Zusammenhang sind ebenso einschlägig die Aktivitäten der Archivpädagogischen Arbeitsstellen an den drei Staatsarchiven, die in großer Zahl lokale und regionale Schülerprojekte zur NS-Zeit initiieren, begleiten oder unterstützen, teilweise in Kooperation mit den Gedenkstätten (vgl. hierzu die Angebote des Digitalen Archivs Marburg, auch des Digitalen Archivs Hessen-Darmstadt).

Schließlich ist anzumerken, dass die Staatsarchive auf vielfältige Weise Projekte Dritter unterstützen, die u.a. auf ihre historischen Unterlagen zurückgreifen, wie zuletzt beispielsweise die Forschungen zur NS-Vergangenheit ehemaliger Mandatsträger (unter anderem im Hessischen Landtag, in den Kreistagen Gießen, Marburg-Biedenkopf, Waldeck-Frankenberg) oder die Verlegung von "Stolpersteinen" in Erinnerung an ehemalige jüdische Mitbürger. Zuweilen entwickeln sich aus den Aktivitäten auch unmittelbar weitere Projekte oder Publikationen (vgl. K.-D. Rack, Zwangsarbeit in der Wetterau, 2004; H. Fogel. Das Lager Rollwald, 2004, die Zwangsarbeiterprojekte der beiden evangelischen Landeskirchen, die biografischen Studien zu NS-belasteten Lokal- und Landespolitikern).

Hessisches Landesamt für geschichtliche Landeskunde:

Im Rahmen der zeitgeschichtlichen Arbeiten, die im Hessischen Landesamt für geschichtliche Landeskunde vor allem im Zusammenhang mit dem Landesgeschichtlichen Informationssystem Hessen (LAGIS) stehen, wird auch der Nationalsozialismus behandelt.

Das LAGIS-Modul "Topographie des Nationalsozialismus in Hessen" dokumentiert zurzeit rund 3.200 Orte und Objekte in Hessen, die in historischem Zusammenhang mit dem Unrechtssystem des Nationalsozialismus standen (Partei und Unterorganisationen, Justiz, Militär, Polizei, Wirtschaft etc.). Im LAGIS-Modul "Zeitgeschichte in Hessen", das die Zeit ab 1900 behandelt, finden sich mehrere Hundert Datensätze, in denen der Nationalsozialismus (einschließlich der Jahre vor 1933) behandelt wird. In den Einträgen, die die Zeit ab 1945 behandeln, wird in zahlreichen Fällen auch das Problem des Rechtsextremismus in Hessen thematisiert.

Im LAGIS-Modul "Historische Bilddokumente in Hessen" finden sich mehrere hundert historische Fotografien, die das Aufkommen und die Wirkung des Nationalsozialismus in Hessen dokumentieren.

Die Ergebnisse der Forschungen und Dokumentationen des Hessischen Landesamts für geschichtliche Landeskunde zum Nationalsozialismus wie zum Rechtsextremismus nach 1945 werden im Landesgeschichtlichen Informationssystem Hessen frei zugänglich im Internet angeboten. Die Nutzerzahlen sowie die Anfragen und Kontakte zu LAGIS-Nutzern zeigen deutlich, dass diese Angebote vielfach wahrgenommen werden und in den Schulunterricht, in die Forschung oder in die Arbeit von Geschichtsvereinen und Interessierten einfließen.

e) Welche Hochschullehrer/innen mit NS-Vergangenheit wurden in Hessen bekannt?

Unabhängig davon, wie der hier angesprochene Personenkreis näher gefasst werden soll, verlangt die Antwort für den Bereich des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst in jedem Fall erheblichen Rechercheaufwand; er kollidiert zudem mit Personen- und Datenschutzrechten und Zugangssperren in den zuständigen Archiven. Der Arbeitskreis Hessische Zeitgeschichte hat sich mehrfach, zuletzt auf seiner Sitzung am 9. Mai 2014 in Wiesbaden, mit diesem Thema befasst.

Die Frankfurt University of Applied Sciences, die Hochschule Fulda, die Universität Kassel, die Technische Hochschule Mittelhessen und die Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main melden hierzu Fehlanzeige.

Technische Universität Darmstadt (TUD):

Für die TU Darmstadt lässt sich anhand der Dissertation von Isabel Schmidt im Rahmen des in der Antwort zu Teilfrage d angegebenen Forschungsprojekts ausführen, dass von den zwischen 1945 und 1960 neu oder wieder berufenen 68 ordentlichen und außerordentlichen Professoren mindestens 36 der NSDAP und/oder SA, einige auch der SS angehört haben (die Mitgliedschaft des Nachwuchses im NS-Dozentenbund nicht mitgerechnet).

Von den 50 am 8. Mai 1945 im Amt befindlichen Ordinarien gehörten 28 der Partei und/oder SA an oder waren kurzzeitig fördernde Mitglieder der SS; nur zwei von ihnen waren Parteiaktivisten, wurden entlassen und auch nach der Entnazifizierung nicht wieder berufen.

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt:

Unter Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern mit "NS-Vergangenheit" werden diejenigen Forschenden und Lehrenden verstanden, die nach 1945 an der GU tätig waren, und deren Engagement für das nationalsozialistische Regime und seine Ideologie während des Dritten Reichs über die reine Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer ihrer Unterorganisationen (z.B. HJ) hinausging.

Dank der raschen und gründlichen Entnazifizierung an der GU kann hier allenfalls Heinz Otto B. erwähnt werden, seit 1961 ordentlicher Professor für Neuere deutsche Philologie, 1969 emeritiert. 1963 zum Rektor gewählt, wurde er noch vor Amtsantritt auf eigenen Wunsch wieder vom Rektorenamt entbunden, nachdem ein von ihm verfasster belastender Aufsatz aus der NS-Zeit über "Die rassistischen Kräfte in der deutschen Literatur" bekannt geworden war.

Justus-Liebig-Universität Gießen:

Anhand der bislang vorliegenden Publikationen zur NS-Vergangenheit der Universität Gießen können folgende Professoren als Befürworter des NS-Regimes genannt werden:

- Professor Pfahler (Psychologie),
- Professor Heinrich Wilhelm Kranz (Erb- und Rasseforscher),
- Professor Otto Eger (Rechtswissenschaften),
- Professor Philalethes Kuhn (Hygiene),
- Professor Karl Hummel (Geologie),
- Professor Hermann Hoffmann (Psychiatrie),
- Professorin Hildegard Hetzer (Pädagogische Psychologie).

Aus der Studie von Markus Bernhardt ("Gießener Professoren zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik. Ein Beitrag zur hessischen Hochschulgeschichte 1945-1957" Gießen 1990) geht hervor, dass von den 115 Professoren, die im Wintersemester 1944/45 an der Universität Gießen tätig waren, 19 Professoren aus politischen Gründen auf Dauer aus dem Hochschuldienst entlassen wurden (66 Professoren waren von den Entlassungen nicht betroffen, 30 Professoren wurden zeitweise entlassen und waren später wieder im Hochschuldienst tätig). Von den 19 auf Dauer aus dem Hochschuldienst entfernten Professoren gehörten die meisten der Medizinischen Fakultät an (insgesamt 12 Professoren), die übrigen 7 Professoren verteilten sich auf die Fakultäten folgendermaßen: Juristische Fakultät 1, Landwirtschaftliche Fakultät 1, Philosophische Fakultät Naturwissenschaftliche Abteilung 2, Philosophische Fakultät Geisteswissenschaftliche Abteilung 2 und Veterinärmedizinische Fakultät 1.

Zu diesen 19 auf Dauer aus dem Hochschuldienst entfernten Gießener Professoren gehörten u.a. der Gynäkologe Professor Rudolf Theodor Edler von Jaschke, der als Direktor der Gießener Frauenklinik für zahlreiche Zwangssterilisationen verantwortlich war, und Professor Hermann Boehm, der von 1943 bis 1945 als Nachfolger von Heinrich Wilhelm Kranz Direktor des Instituts für Erb- und Rassenpflege an der Universität Gießen war.

Am Fachbereich 04 - Geschichts- und Kulturwissenschaften wird in der Zeitgeschichte seit den 1960er-Jahren kontinuierlich hierzu geforscht, insbesondere zu den akademischen "Vordenkern" der NS-Gräueltaten sowie zur nationalsozialistischen Prägung einzelner Personen, einzelner Institute oder ganzer Universitäten.

Philipps-Universität Marburg:

Die Philipps-Universität Marburg hat eine Liste aller Professoren, die zwischen 1945 und 1955 an der Marburger Universität gelehrt haben, erstellt. Darin eingearbeitet sind Angaben zu entsprechenden Mitgliedschaften aufgrund einer Akte des Office of Military Government for Germany, US ("OMGUS-Akte") und der vorhandenen Literatur. Aufgrund des unvollständigen Forschungsstands und des Gebots des Datenschutzes wird die vorläufige Übersicht zurzeit nicht publiziert.

- f) Gibt es Erkenntnisse über Hochschullehrer/innen, die heute noch in rechtsextremen oder neurechten Organisationen und Zirkeln tätig sind, und welche disziplinarischen Maßnahmen hat die Landesregierung diesbezüglich ergriffen?

Der Technischen Universität Darmstadt, der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, der Universität Kassel, der Philipps-Universität Marburg, der Frankfurt University of Applied Sciences, der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main, der Technischen Hochschule Mittelhessen sowie der Hochschule Fulda liegen solche Erkenntnisse nicht vor. Die Justus-Liebig-Universität Gießen verweist auf ihre Antwort zu Teilfrage e. Darüber hinausgehende Erkenntnisse liegen der Hessischen Landesregierung nicht vor.

- g) Welche Forschungsprojekte über die Ursachen des Rechtsextremismus werden derzeit durchgeführt?

Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU):

Zu den Forschungsprojekten an den Fachbereichen 01 (Rechtswissenschaft), 04 (Geschichts- und Kulturwissenschaften) und 11 (Medizin) verweist die JLU auf ihre Antwort zu Teilfrage a.

Am Fachbereich 03 (Sozial- und Kulturwissenschaften), Institut für Politikwissenschaft, wird ebenfalls zum Thema Rechtsextremismus gelehrt und geforscht. An der Arbeitsstelle Gender Studies wird promoviert zum Thema "Rechtsextremismus zwischen Verharmlosung und Verurteilung. Ein diskursanalytischer Vergleich im politischen Meinungsspektrum und Zeitverlauf in der bundesdeutschen Tagespresse zwischen 1992-2012". Darüber hinaus hat am 14. November 2013 an der JLU die Podiumsdiskussion "Terroristin Unterstützerin Sympathisantin Frauen im militanten Rechtsextremismus" stattgefunden.

Universität Kassel:

An der Universität Kassel wird die Thematik verstärkt vor allem in der Lehre bearbeitet. So werden Arbeitsmaterialien zum Umgang mit und zur Prävention von Rechtsextremismus konzipiert. Forschung zu den Ursachen wird insbesondere in Abschluss- und Promotionsarbeiten betrieben.

Im Fachgebiet Didaktik der politischen Bildung im Fachbereich 05 (Gesellschaftswissenschaften) wurde ein Lehrbuch mit zahlreichen Praxisartikeln und Lernmaterialien für die Lehrerbildung erarbeitet: Schule mit Courage - Rechtsextremismus als pädagogische Herausforderung.

Das Fachgebiet Allgemeine Pädagogik am Institut für Erziehungswissenschaft (Fachbereich 01, Humanwissenschaften) hat ein Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus "Handeln für Demokratie" mit umfangreichen Materialien auf einer CD-ROM erstellt. Das Handbuch vermit-

telt Informationen und erprobte Methoden für die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus in Schulen und Kommunen, in der Jugendarbeit und in der politischen Bildung.

Die Promotionsarbeit "Aktivierungsprozesse bei SchülerInnen gegen Rassismus und Rechtsextremismus" und ein Gutachten "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage: theoretische Reflexionen über einen zivilgesellschaftlichen Ansatz zur Stärkung demokratischer Kultur an Schulen" wurden im Fachbereich 05 (Gesellschaftswissenschaften) betreut bzw. wissenschaftlich begleitet.

Philipps-Universität Marburg:

Die Landeskoordinierungsstelle "beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus" (Bezeichnung seit 2015: Demokratiezentrum) ist seit 2011 an der UMR am Fachbereich 21 (Erziehungswissenschaften), dort am Institut für Erziehungswissenschaft angesiedelt. Das Demokratiezentrum gewährleistet die Steuerung der Beratungsprozesse, deren Dokumentation und Auswertung. Es ist außerdem zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerks und für die Qualitätsentwicklung. Es ist direkter Ansprechpartner bei Beratungsfragen, Fragen zur Öffentlichkeitsarbeit oder zu den Informationsmaterialien der UMR.

Frankfurt University of Applied Sciences:

Die FRA-UAS verweist auf ihre Antwort zu Teilfrage b.

Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main:

Die HfG verweist auf ihre Antworten zu den Teilfragen a und b.

Hochschule Fulda:

Im Rahmen der EU-Förderung Horizont 2020 wurde das Projekt "Crisis, individual reactions, solidarity and social policy" beantragt, das sich unter anderem mit der Frage beschäftigt, ob und in welcher Weise die aktuellen Krisenentwicklungen eine Hinwendung zur extremen Rechten begünstigen.

Am 30. und 31. Januar 2015 fand an der Hochschule Fulda eine CİNTEUS-Tagung zum Thema "Europäische Identität in der Krise? Aneignungs- und Umdeutungsstrategien europäischer Identitätsvorstellungen durch rechtspopulistische und rechtsextreme Akteure" statt. Auch hier geht es um die Erforschung der extremen Rechten im europäischen Kontext. Die Vorträge sollen in einem Buch publiziert werden.

Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft:

Das Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft meldet folgende Forschungsprojekte:

- Historische Ursachen des heutigen Rechtsextremismus bzw. Auswirkungen des NS im 2. Weltkrieg.
Projekt: Die Digitalisierung der Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt.
Förderung: Land Hessen (Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst im Rahmen von LOEWE).
Das Entwicklungsprojekt befasst sich mit der Erstellung einer interaktiv gestalteten Online-Version der 2007 in Buchform veröffentlichten "Lodzger Getto-Chronik" der Arbeitsstelle für Holocaustliteratur am Institut für Germanistik der Justus-Liebig-Universität Gießen, die Berichte von Augenzeugen aus dem Ghetto von Lodz zwischen 1940 und 1944 zusammenfasst und mit Rahmeninformationen verknüpft. Angestrebt ist nicht nur die Digitalisierung des Materials und dessen Erweiterung um Information in weiteren Medienformaten, sondern auch deren Ausbau zu einem multimedial gestalteten Informationsportal. Der LOEWE-Schwerpunkt "Kulturtechniken und ihre Medialisierung" wurde vom 1. Juli 2008 bis zum 30. Juni 2012 durch das Land Hessen gefördert.
- BMBF-Projekt "GeoBib - Frühe deutsch- bzw. polnischsprachige Holocaust- und Lagerliteratur (1933-1949). Annotierte und georeferenzierte Online-Bibliographie zur Erforschung von Erinnerungsnarrativen".
Förderung: Bund (Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF).
Das Projekt wird in Kooperation mit vier Partnern an der Justus-Liebig-Universität Gießen durchgeführt. Im Einzelnen sind dies: die Arbeitsstelle Holocaustliteratur, das Institut für Geographie/Bereich Geoinformatik und Fernerkundung, das "Zentrum für Medien und Interaktivität" sowie das Institut für Germanistik/Bereich angewandte Sprachwissenschaft und Computerlinguistik.
Der Holocaust und seine Erinnerungsdiskurse stellen ein zentrales Forschungsfeld dar, nicht zuletzt weil das Erinnern an den Holocaust nach wie vor unerlässlich ist. Bald wird es keine überlebenden Zeugen der NS-Verbrechen mehr geben - die ersten Texte, die in den Jahren der Taten und den ersten Nachkriegsjahren verfasst und veröffentlicht wurden, sind nicht mehr Bestandteil des kollektiven und des kulturellen Gedächtnisses oder sind vielfach gar nicht erst in diese eingegangen. Erschlossen werden soll in dem BMBF finanzierten eHuma-

nities-Projekt deshalb die frühe deutsch- und polnischsprachige Holocaustliteratur, die in den Jahren zwischen 1933 und 1949 publiziert wurde.

- Projekt: World War II - Everyday Life Under German Occupation.
Förderung: Leibniz-Gemeinschaft (SAW-Mittel im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation).
Die Geschichte des Zweiten Weltkriegs ist in den vergangenen Jahren vor allem als Geschichte der nationalsozialistischen Expansion und ihrer Akteure, das heißt als "Tätergeschichte" geschrieben worden. Schwerpunkte der Forschungstätigkeit waren und sind der Holocaust und die Wehrmachtverbrechen. Hinzu tritt in den meisten ehemals besetzten Ländern eine starke Ausrichtung auf den Widerstand. Die Situation lokaler Bevölkerungen unter den Bedingungen deutscher Besatzung wurde demgegenüber in Forschung und Dokumentation nur unzureichend berücksichtigt.
Das internationale Forschungs- und Editionsprojekt "World War II - Everyday Life Under German Occupation" soll helfen, diese Lücke zu schließen. Ziel des Projekts ist eine forschungsgestützte Edition von Quellen zu Alltags- und Gewalterfahrungen der Lokalbevölkerungen in den im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht besetzten Gebieten. Durch den vergleichenden Blick auf Phänomene des Kriegsalltags in ganz Europa und der Konzentration auf die Situation lokaler Bevölkerungen beleuchtet die Edition ein für die europäische Erinnerungs- und Geschichtspolitik zentrales Themenfeld, das in dieser länderübergreifenden Form bislang nicht dokumentiert ist. Es vereinigt Kooperationspartner aus insgesamt 15 europäischen Ländern, die sich schwerpunktmäßig oder ausschließlich mit der Geschichte des Zweiten Weltkriegs befassen. Gefördert wird das Projekt von der Leibniz-Gemeinschaft im Rahmen des Pakts für Forschung und Innovation.

h) Wie und in welcher Höhe werden diese Forschungsprojekte finanziert?

Die Finanzierung erfolgt auf unterschiedliche Art und Weise.

Justus-Liebig-Universität Gießen:

Die Finanzierung der Forschungsprojekte am Fachbereich 03 - Sozial- und Kulturwissenschaften erfolgt aus der Grundfinanzierung.

Fachbereich 04 - Geschichts- und Kulturwissenschaften: Das unter Teilfrage a angeführte Forschungsprojekt über "Konjunkturen des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in der hessischen Landespolitik nach 1945. Eine Analyse vergangenheitspolitischer Belastung und Entlastung" wird von der Kommission zur politischen und parlamentarischen Geschichte des Landes Hessen in Höhe eines Promotionsstipendiums (ca. 1.200 €/monatlich) gefördert.

Universität Kassel:

Die Lehr- und Forschungsprojekte werden vor allem durch Eigenmittel der Universität und der Fachbereiche bzw. durch Verkauf der Lehrmaterialien finanziert. Die Promotionsarbeit wurde durch die Hans-Böckler-Stiftung finanziert und das Gutachten durch die Max-Traeger-Stiftung. Die genauen Fördersummen sind nicht bekannt, da es sich um eine Personalförderung gehandelt hat.

Philipps-Universität Marburg:

Die Finanzierung wird (in unterschiedlichen Anteilen) sowohl von der DFG und Stiftungen, wie auch von Landes- und Bundesmitteln und ausländischen Partnern getragen. Die vorliegende Antwort bezieht sich direkt auf die Antworten zu Teilfrage g. Daher erfolgt die gewünschte Spezifizierung bezogen auf die Antworten zu Teilfrage h in zwei Abschnitten:

- Forschungs- und Dokumentationszentrum für Kriegsverbrecherprozesse:
DFG und Stiftungen: ca. 510.000 €;
Landes- und Bundesmittel: ca. 310.000 €;
Ausländische Partner: ca. 250.000 €.
- Demokratiezentrum: Landesmittel: 400.000 €; Bundesmittel: 400.000 € (siehe Frage 28 c).

Frankfurt University of Applied Sciences:

Die FRA-UAS verweist auf ihre Antwort zu Teilfragen a und b.

Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main:

Die HfG finanziert die Forschungsprojekte aus Eigenmitteln in Höhe von rund 1.200 €.

Hochschule Fulda:

Zum unter Teilfrage g genannten Projekt "Crisis, individual reactions, solidarity and social policy" hat die Hochschule Fulda die Ausarbeitung des Projektantrags mit Mitteln der internen Forschungsförderung in Höhe von 10.000 € unterstützt.

Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft:

Die vom Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft genannten Projekte werden durch das Land Hessen, das Bundesministerium für Bildung und Forschung oder die Leibniz-Gemeinschaft (SAW-Mittel im Rahmen des Pakts für Forschung und Innovation) gefördert. Das Herder-Institut als Leibniz-Institut erbringt jeweils Eigenleistungen.

Die einzelnen Projekte wurden in folgender Höhe gefördert:

- Getto Chronik Lodz (LOEWE): 656.420 €;
- GeoBib: 103.600 €;
- WWII Alltag unter deutscher Besatzung: 532.400 €.

- i) Welche Möglichkeiten zur Intensivierung und Förderung der Forschung über Stand und Ursachen des Rechtsextremismus sieht die Landesregierung und welche konkreten Vorhaben wird sie auf den Weg bringen?

Die Forschungsförderung des Landes Hessen erfolgt in erster Linie über das themenoffene, streng wettbewerblich gestaltete Forschungsexzellenzprogramm LOEWE (Landes-Offensive zur Entwicklung Wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz). Hier können über sogenannte LOEWE-Schwerpunkte und LOEWE-Zentren einzelne Themenschwerpunkte - nach Maßgabe des Ergebnisses eines Begutachtungsprozesses durch außerhessische Gutachter - durch Mittel des HMWK unterstützt, mehrjährig durchgeführt werden.

Im Rahmen der Hochschulautonomie setzen die Hochschulen ihre jeweiligen Forschungsschwerpunkte eigenverantwortlich. Das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst kann, sofern es sich um hochschulpolitisch besonders wichtige Schwerpunkte handelt, den Aufbau einzelner Hochschulschwerpunkte zeitlich befristet im Rahmen von Anschubfinanzierungsmaßnahmen unterstützen. Dies erfolgt in erster Linie im Rahmen von Zielvereinbarungen und ausschließlich auf Antrag der jeweiligen Hochschulleitung. Darüber hinaus soll künftig aus Mitteln des Landesprogramms "Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" Forschung zum Thema Extremismus gefördert werden. So wird gegenwärtig etwa die Machbarkeit einer Studie zur schulischen und außerschulischen Extremismusprävention geprüft. Die Mittel des Landesprogramms ermöglichen auch die Grundlagenforschung etwa zu Radikalisierungsursachen und -hintergründen.

Wiesbaden, 18. März 2015

Peter Beuth

Anlage(n):

Die komplette Drucksache inklusive der Anlage kann im Landtagsinformationssystem abgerufen werden → www.Hessischer-Landtag.de

Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte im Kerncurriculum für Hessen

Bildungsstandards für die Schulabschlüsse der Bildungsgänge Haupt- und Realschule nach Inhaltsfeldern und Kompetenzbereichen der relevanten Unterrichtsfächer:

Bildungsgang Hauptschule

	Rechtsextremismus der Gegenwart	Rechtsextremismus im Zusammenhang der NS-Geschichte
Unterrichtsfach	Inhaltsfelder¹:	Inhaltsfelder:
Geschichte	<p><u>Epochenbezug: Neueste Zeit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Versuche der Friedenssicherung und Neuordnung nach 1918 ⇒ Totalitäre Systeme / Nationalsozialismus ⇒ Shoa ⇒ Neuordnungen der Welt nach 1945 und 1989 (national und international) <p><u>Geschichtswissenschaftliche Dimensionen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> – Alltagskulturen – Herrschaft – Wirtschaft – Eigenes und Fremdes 	<p><u>Epochenbezug: Neuzeit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Renaissance, Humanismus, Reformation und Konfessionalisierung ⇒ Beziehungen und Konflikte Europas mit anderen Kulturzentren ⇒ Aufklärung und Streben nach Freiheit - Bürgerliche Revolutionen (Französische Revolution) ⇒ Industrielle Revolutionen und Soziale Frage ⇒ Kolonialismus / Imperialismus, Nationalstaaten / 1. Weltkrieg <p><u>Epochenbezug: Neueste Zeit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Versuche der Friedenssicherung und Neuordnung nach 1918 ⇒ Totalitäre Systeme / Nationalsozialismus ⇒ Shoa ⇒ Neuordnungen der Welt nach 1945 und 1989 (national und international) <p><u>Geschichtswissenschaftliche Dimensionen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> – Alltagskulturen – Herrschaft – Wirtschaft – Eigenes und Fremdes

¹ In der Beschäftigung mit Fragen des Themenbereichs Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte werden die jeweiligen Inhaltsfelder konkretisiert.
Jede Angabe im Bereich der Inhaltsfelder steht stets in Bezug zu den Standards aus den vier Kompetenzbereichen.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Hauptschule Kompetenzbereiche ² :
Geschichte	<p>Wahrnehmungskompetenz für Kontinuität und Veränderung in der Zeit</p> <ul style="list-style-type: none">– eine sachgerechte Vermutung auf der Grundlage von Zeugnissen aus der Vergangenheit und Gegenwart sowie aus geschichtskulturellen Darstellungen formulieren,– selbst an Beispielen zielgerichtet Fragen an Menschen, Phänomene, Ereignisse, Artefakte aus der Vergangenheit stellen. <p>Analysekompetenz für Kontinuität und Veränderung in der Zeit</p> <ul style="list-style-type: none">– den Inhalt von Quellen und Darstellungen strukturiert mit eigenen Worten wiedergeben (Sachaussagen formulieren),– Veränderungen anhand von Zeugnissen aus Vergangenheit und Gegenwart beschreiben, unter Vorgabe von Kriterien in historischen Quellen und Darstellungen zwischen Sachaussagen und subjektiven Wertungen unterscheiden,– an Beispielen einfache historische Zeugnisse identifizieren, charakterisieren und die Absichten ihrer Autoren ermitteln (Augenzeuge / Zeitzeuge / Historiker / Journalist etc.). <p>Urteilskompetenz für Kontinuität und Veränderung in der Zeit</p> <ul style="list-style-type: none">– weitgehend selbstständig Eckpunkte von Entwicklungen kennzeichnen durch Ursprünge, Wendepunkte und Schlusspunkte,– die Unterscheidung von Anlass, Ursache und Folgen mit dem Ziel Zusammenhänge darstellen,– Motive und Begründungen der Handlungen einzelner Akteure und Gruppen in ihrem historischen Kontext erklären und in ihren Konsequenzen beurteilen,– mit Hilfe von Sachaussagen über historische Ereignisse und Zusammenhänge und ihre Auswirkungen auf die Gegenwart selbstständig begründete Sachurteile fällen. <p>Orientierungskompetenz für Zeiterfahrung</p> <ul style="list-style-type: none">– ihre eigenen Einstellungen, Vorurteile, Haltungen, Deutungsmuster und Wertmaßstäbe in den Geschichtsunterricht einbringen und kritisch hinterfragen und bewerten,– eigene bzw. gegenwärtige und frühere Wertvorstellungen und Urteilsmaßstäbe kritisch aufeinander beziehen und gegenüberstellen,– an einem Beispiel Zusammenhänge zwischen aktuellen politischen und wirtschaftlichen Konflikten zu historischen Ereignissen herstellen und die Handlungsoptionen der Akteure vergleichend bewerten.

² Die angeführten Kompetenzbereiche stellen einen Auszug dar und haben in der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte besondere Relevanz.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Hauptschule Inhaltsfelder ³ :
Deutsch	<p>Lesarten und Rezeptionskonventionen Lesarten von Texten/Medien entstehen situativ und sind an Ziele, Erwartungen und Wissensbestände der Rezipientinnen und Rezipienten gebunden. Durch das Lesen von Kinder- und Jugendliteratur sowie altersangemessener tradierter Literatur werden Leseerfahrungen erworben und vernetztes Wissen über Werke, Autorinnen und Autoren, Figuren und Handlungen ausgebildet. Rezeptionskonventionen umfassen unter anderem die Produktions- und Rezeptionsbedingungen von Texten / Medien. Sie sind historischen, kulturellen, sozialen, regionalen und biografischen Einflüssen unterworfen. Speziell sind darunter Sprachkonventionen und literarische Konventionen zu verstehen. Literarische Konventionen berühren Fragen zu den Gattungsmerkmalen, der Ästhetik, der Mehrdeutigkeit bei der Sinnkonstruktion sowie zur Unterscheidung von Fiktionalität, Virtualität und Realität.</p>
	<p>Bildungsgang Hauptschule Kompetenzbereiche⁴:</p>
	<p>Lesen und Rezipieren – mit literarischen und nichtliterarischen Texten / Medien umgehen</p> <ul style="list-style-type: none"> – zentrale Aussagen eines Textes wiedergeben, – Aussagen mit Textstellen belegen, – sich mithilfe verschiedener Quellen sachorientiert informieren, – sich mit anderen über lebendige Vorstellungen, eigene Gedanken und Deutungen zu Texten / Medien verständigen, – Empfindungen von Figuren / Personen in Texten / Medien wahrnehmen und differenziert beschreiben, – Verhalten von Figuren / Personen in Texten / Medien beurteilen, – Handlungszusammenhänge in Texten / Medien reflektieren, – Konflikte und deren Ausgestaltung in literarischen Texten aufzeigen und in Bezug zu ihrer eigenen Lebenswelt setzen, – zwischen Wirklichkeit, fiktionalen Welten literarischer Texte und virtuellen Welten in Medien unterscheiden, – zu Aussagen eines Textes / Medienangebots unter Berücksichtigung gesellschaftlicher, historischer und kultureller Kontexte Stellung beziehen.

³ Die Auflistung im Folgenden bezieht sich auf authentische Quellen oder literarische Schriften, die personen- oder situationsbezogen mit der Thematik Nationalsozialismus / Rechtstextremismus in Beziehung gesetzt werden können (z.B. das Tagebuch der Anne Frank, Hans Peter Richter: Damals war es Friedrich).

⁴ Die angeführten Kompetenzbereiche stellen einen Auszug dar und haben in der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtstextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte besondere Relevanz.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Hauptschule Inhaltsfelder ⁵ :
Ethik	<p>Selbst und Welt Der Mensch ist ein fühlendes, denkendes und handelndes Wesen. Als solches hat der Mensch soziale, kulturelle und religiöse Wurzeln. Im Mittelpunkt dieses Inhaltsfeldes steht die Entwicklung des Ichbewusstseins. Diese vollzieht sich in der Reflexion inter- und transkultureller Zusammenhänge. Eine Auseinandersetzung mit diesen Aspekten geschieht auf der Grundlage unterschiedlicher Menschen- und Weltbilder.</p> <p>Gewissen und Verantwortung Das Gewissen ist als sittliches Bewusstsein von Gut und Böse, Recht und Unrecht der Kern ethischer Identität. Die Vernunftfähigkeit lässt den Menschen zum freien, moralisch verantwortlichen Wesen werden. Verantwortung hat ein Mensch für etwas, gegenüber jemandem und im Hinblick auf eine Instanz. Verantwortung schließt daher Aspekte der Moral, der Handlung und der Berücksichtigung der Handlungsfolgen ein: Ein Mensch handelt verantwortlich, wenn er unter der Berücksichtigung ethisch-moralischer Gesichtspunkte handelt und bereit ist, für die Folgen seines Handelns einzustehen. Im Mittelpunkt dieses Inhaltsfeldes stehen Kulturgebundenheit von Normen sowie Aspekte und Motive von Verantwortung.</p> <p>Recht und Gerechtigkeit Gerechtigkeit bezeichnet einen idealen Zustand des sozialen Miteinanders, in dem es einen angemessenen, unparteiischen und einforderbaren Ausgleich der Interessen und der Verteilung von Gütern und Chancen zwischen den beteiligten Personen oder Gruppen gibt. Recht besteht aus der Schnittmenge divergierender Gerechtigkeitsvorstellungen. Es ist ein System von Regeln mit allgemeinem Geltungsanspruch, das von gesetzgebenden Institutionen geschaffen und bei Bedarf von Organen der Rechtspflege durchgesetzt wird. Recht und Moral sind nicht identisch. Recht basiert auf Normen, Moral bezieht sich auf Werte. Im Mittelpunkt dieses Inhaltsfeldes stehen Arten der Gerechtigkeit, das kodifizierte Recht mit seinen Gerechtigkeitsvorstellungen im gesellschaftlichen Wandel. Eine Auseinandersetzung mit diesen Aspekten geschieht auf der Grundlage der Menschenrechte und Gerechtigkeitsgrundsätzen.</p> <p>Freiheit und Würde Würde ist der jedem Menschen eigene, nur durch sein Dasein gegebene Anspruch auf Achtung als Mensch. Würde kommt allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder anderer Merkmale wie Geschlecht, Alter oder Lebensumständen zu. Der Anspruch auf Achtung ist unantastbar. Freiheit drückt sich in der Fähigkeit aus, selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu handeln. Willens- und Handlungsfreiheit sind Voraussetzungen von Würde. Werden sie eingeschränkt, wird auch der Wert des Menschseins verletzt. Im Mittelpunkt dieses Inhaltsfeldes stehen Handlungs- und Willensfreiheit sowie Grenzen der Freiheit. Eine Auseinandersetzung mit diesen Aspekten geschieht auf der Grundlage persönlicher Erfahrungen, informierender Medien und philosophischer Ansätze.</p>

⁵ In der Beschäftigung mit Fragen des Themenbereichs Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) werden die jeweiligen Inhaltsfelder konkretisiert. Die Inhaltsfelder stehen stets in Bezug zu den Standards aus den fünf Kompetenzbereichen.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Hauptschule Inhaltsfelder ⁶ :
Ethik	<p>Religionen, Weltbilder und Kulturen Religiosität, Weltanschauung und kulturelle Zugehörigkeit sind Ausdruck des menschlichen Selbst- und Weltverständnisses. Sie sind sinngebend und handlungsleitend und beeinflussen individuelle und gesellschaftliche Wertvorstellungen. Im Mittelpunkt dieses Inhaltsfeldes stehen die bewusste Auseinandersetzung mit divergierenden Wertvorstellungen, Glaubensüberzeugungen und kulturell bestimmten Lebens- und Denkweisen, Welt und Menschenbildern sowie der interkulturelle und interreligiöse Dialog. Eine Auseinandersetzung mit diesen Aspekten geschieht auf der Grundlage persönlicher Erfahrungen und Begegnungen sowie informierender Medien.</p> <p>Wahrheit und Wirklichkeit Wahrnehmung ist begrenzt, subjektiv und kulturell geprägt. Sie entsteht in einem aktiven Selektions- und Konstruktionsprozess. Im Mittelpunkt des Inhaltsfeldes stehen Pluralität und Perspektivität von Wahrnehmung, mediale Wahrnehmung, unterschiedliche Wege zur Wahrheitsfindung und die gesellschaftliche Relevanz des Wahrheitsgebots. Eine Auseinandersetzung mit diesen Aspekten geschieht auf der Grundlage persönlicher Erfahrungen, unterschiedlicher medialer Zugänge sowie erkenntnistheoretischer Ansätze.</p>

⁶ In der Beschäftigung mit Fragen des Themenbereichs Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) werden die jeweiligen Inhaltsfelder konkretisiert. Die Inhaltsfelder stehen stets in Bezug zu den Standards aus den fünf Kompetenzbereichen.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Hauptschule Kompetenzbereiche ⁷ :
Ethik	<p>Wahrnehmen und Deuten</p> <ul style="list-style-type: none">– ihre persönliche Wahrnehmung beschreiben und hinterfragen,– die Situation und das Erleben anderer im gesellschaftlichen Rahmen nachvollziehen und beschreiben,– kulturelle Unterschiede und Wertvorstellungen wahrnehmen, vergleichend beschreiben und einordnen,– Grunderfahrungen menschlichen Lebens beschreiben und deuten,– Handlungen, Entscheidungen und Motive anderer Personen bewerten,– die Folgen eigenen und fremden Handelns für sich und andere beschreiben und bewerten. <p>Analysieren und Reflektieren</p> <ul style="list-style-type: none">– ethisch relevante Fragestellungen in ihrer Bedeutung für den Einzelnen und die Gemeinschaft erörtern. <p>Argumentieren und Urteilen</p> <ul style="list-style-type: none">– unterschiedliche moralische Wertvorstellungen einordnen und vergleichen,– ethische Argumentationen angeleitet nachvollziehen und bewerten. <p>Interagieren und Sich-Mitteilen</p> <ul style="list-style-type: none">– Voraussetzungen für ein gelingendes Miteinander anerkennen und schaffen,– Achtung und kritische Toleranz gegenüber Andersdenkenden entwickeln und praktizieren,– vernunftgeleitete Auseinandersetzungen führen und Konflikte verantwortungsvoll lösen,– Lösungsmodelle für Konfliktsituationen entwickeln. <p>Sich-Orientieren und Handeln</p> <ul style="list-style-type: none">– eigene Verantwortlichkeit sehen und Verantwortung für sich und andere übernehmen,– die Konsequenzen eigenen Handelns und Unterlassens beschreiben und bewerten,– Entscheidungsspielräume für eigenes Handeln erkennen und im schulischen Umfeld erproben,– sich innerhalb der Pluralität von Kulturen, Weltbildern und Religionen begründet verorten.

⁷ Die angeführten Kompetenzbereiche stellen einen Auszug dar und haben in der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) besondere Relevanz.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Hauptschule Inhaltsfelder ⁸ :
Katholische Religion	<p>Religionen In diesem Inhaltsfeld stehen Begegnung und Auseinandersetzung mit den monotheistischen Religionen im Mittelpunkt. Der Glaube an den einen Gott eint Judentum, Christentum und Islam. In ihrem Offenbarungsverständnis unterscheiden sie sich (Tora, Jesus Christus, Koran). Das Christentum hat seine Wurzeln im Judentum und teilt mit dieser Geschwisterreligion die Bücher des Ersten Bundes. Die Wegweisung durch die Tora und die Mittlergestalt des Mose prägen das Judentum. Jüdische Feste und Feiertage und die Versammlung in der Synagoge bringen dies zum Ausdruck. [...] Die Kirche sucht den Dialog mit anderen Religionen. Sie setzt sich engagiert gegen Antijudaismus und Antisemitismus ein.</p> <p>Darüber hinaus stehen die Begegnung und das Kennenlernen der Erscheinungsformen von Judentum und Islam im Mittelpunkt. Judentum erschließt sich in Festen wie Schabbat, Pessach (Seder), in der Bedeutung von Tora und Synagoge. [...] An der Gestalt Abrahams zeigen sich Verbundenheit und Verschiedenheit der drei monotheistischen Religionen.</p> <p>Ein weiteres Inhaltsfeld befasst sich mit Gemeinsamkeiten und Unterschieden im Glaubensvollzug und in der Lebenspraxis im Judentum, Christentum und Islam. Die Tora als Buch der Weisung ist Ausdruck der Beziehung zwischen Gott und Mensch; sie ist Grundlage jüdischen Lebens (Bar bzw. Bat mizwa).</p>

⁸ In der Beschäftigung mit Fragen des Themenbereichs Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) werden die jeweiligen Inhaltsfelder konkretisiert. Jede Angabe im Bereich der Inhaltsfelder steht stets in Bezug zu den Standards aus den fünf Kompetenzbereichen.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Hauptschule Kompetenzbereiche ⁹ :
Katholische Religion	<p>Wahrnehmungskompetenz: Vielfalt religiöser Phänomene in ihrer Differenz wahrnehmen und beschreiben</p> <ul style="list-style-type: none">– Verhaltensweisen religiöser Praxis einordnen,– Orte und Zeiten religiösen Lebens differenziert beschreiben. <p>Deutungskompetenz: Religiöse Sprache und Zeugnisse verstehen und deuten</p> <ul style="list-style-type: none">– religiöse Sprachformen, Symbolsprache, religiösästhetische Ausdrucksformen und biblische Textformen interpretieren. <p>Urteilskompetenz: In religiösen und sittlichen Fragen Vernunft geleitet urteilen</p> <ul style="list-style-type: none">– zu Fragen in Bezug auf Religion, Glaube und Moral Stellung nehmen und die eigene Position prüfen. <p>Kommunikationskompetenz: Am religiösen Dialog argumentierend teilnehmen</p> <ul style="list-style-type: none">– sich mit anderen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede von religiösen Überzeugungen begründet und respektvoll auseinandersetzen,– religiöse Vorurteile analysieren, begründet beurteilen und mit anderen erörtern. <p>Partizipationskompetenz: An religiösen und ethisch motivierten Handlungen teilhaben</p> <ul style="list-style-type: none">– Ausdrucksformen gelebten Glaubens reflektierend nachvollziehen,– nach ethischen Kriterien Handlungsoptionen, die die Perspektiven anderer berücksichtigen, entfalten.

⁹ Die angeführten Kompetenzbereiche stellen einen Auszug dar und haben in der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) besondere Relevanz.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Hauptschule Inhaltsfelder ¹⁰ :
Evangelische Religion	<p>Ethik [...] Konfliktsituationen im gesellschaftlichen Kontext und im individuellen Erfahrungsbereich werfen ethische Fragen auf. Dabei sind die Bedeutung des Gewissens und der Umgang mit Schuld wichtige Aspekte. [...] Die Frage nach Frieden und Gerechtigkeit fordert zur Stellungnahme heraus. Beispiele modellhafter Lebensgestaltung geben Orientierung.</p> <p>Religionen Menschen begegnen unterschiedlichen Ausdrucks- und Lebensformen von Religionen und religiösen Gemeinschaften. Zentral ist die Frage nach Funktion und kultureller Prägekraft von Religion(en) für Individuen und Gesellschaften. Das Miteinander der Religionen – insbesondere die Verhältnisse von Judentum und Christentum, von Judentum und Islam sowie von Islam und Christentum – sind Kernpunkte im interreligiösen Dialog.</p>
	<p style="text-align: center;">Bildungsgang Hauptschule Kompetenzbereiche¹¹:</p>
	<p>Wahrnehmen und beschreiben</p> <ul style="list-style-type: none"> – religiöse Motive in Gesellschaft und Kultur entdecken und beschreiben, – Ausdrucks- und Handlungsformen als religiös identifizieren und beschreiben. <p>Deuten und verstehen</p> <ul style="list-style-type: none"> – religiöse Sprach- und Ausdrucksformen bestimmen und ihre Bedeutung erklären. <p>Fragen und begründen</p> <ul style="list-style-type: none"> – eigene Überlegungen zu religiösen Fragen formulieren und begründen. <p>Kommunizieren und bewerten</p> <ul style="list-style-type: none"> – anderen Positionen aufgeschlossen und respektvoll begegnen, – aus dem Dialog Schlussfolgerungen für die eigene Auffassung ziehen. <p>Ausdrücken und gestalten</p> <ul style="list-style-type: none"> – religiöse Sprach- und Ausdrucksformen anwenden und reflektieren. <p>Entscheiden und teilhaben</p> <ul style="list-style-type: none"> – Formen einer religiös motivierten Lebensgestaltung durchdenken und eigene Entscheidungen treffen.

¹⁰ In der Beschäftigung mit Fragen des Themenbereichs Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) werden die jeweiligen Inhaltsfelder konkretisiert.

Jede Angabe im Bereich der Inhaltsfelder steht stets in Bezug zu den Standards aus den sechs Kompetenzbereichen.

¹¹ Die angeführten Kompetenzbereiche stellen einen Auszug dar und haben in der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) besondere Relevanz.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Hauptschule Inhaltsfelder ¹² :
Politik und Wirtschaft	<p>Demokratie Im Mittelpunkt des Inhaltsfeldes stehen das politische System der Bundesrepublik Deutschland und seine Grundrechtsbindung als Grundlage des demokratischen Verfassungsstaates. Heutige Demokratien definieren sich in Abgrenzung zu anderen Systemen im Rahmen des parlamentarisch-repräsentativen Systems durch die Aspekte der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere der Grundrechte, der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität, des Pluralismus und der Parteiendemokratie sowie Elementen gesellschaftspolitischer Partizipation. [...] Der grundgesetzlich verankerte Auftrag zum Sozialstaat ist in der Bundesrepublik Deutschland die Basis gesellschaftlich organisierter sozialer Gerechtigkeit. [...] Die kritische Untersuchung von demokratiefeindlichen Verhaltensweisen im lebensweltlichen Nahbereich und in überregionalen Zusammenhängen ist ein weiterer zentraler Bestandteil dieses Inhaltsfeldes.</p> <p>Individuum und Gesellschaft Im Mittelpunkt des Inhaltsfeldes steht die Situation von Einzelpersonen und Gruppen in der Gesellschaft unter den Aspekten Sozialisation, Individuation und Enkulturation. [...] Probleme der Sozialstruktur, der Genderproblematik, des sozialen Wandels und Möglichkeiten und Grenzen politischer Gestaltung, gesellschaftlicher Entwicklungen, interkultureller Differenz und die Frage nach Grenzen der Toleranz gegenüber freiheits- und demokratiefeindlichen Gruppen und Milieus bilden wesentliche Schwerpunkte dieses Inhaltsfeldes.</p> <p>Recht und Rechtsprechung Im Mittelpunkt des Inhaltsfeldes stehen Rechtssysteme und rechtliche Strukturen mit zugeordneten Prozessen unter Berücksichtigung grundgesetzlich verankerter Menschenrechte und internationaler Bezüge. Recht und Politik bedingen einander wechselseitig. [...] Politische Bildung befasst sich hierbei insbesondere mit dem Spannungsverhältnis zwischen der Freiheit, die das Recht dem Individuum ermöglicht, und seiner Schutz- und Ordnungsfunktion, die in Demokratien die Freiheit aller sichern soll. [...]</p>

¹² In der Beschäftigung mit Fragen des Themenbereichs Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) werden die jeweiligen Inhaltsfelder konkretisiert. Jede Angabe im Bereich der Inhaltsfelder steht stets in Bezug zu den Standards aus den vier Kompetenzbereichen.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Hauptschule Kompetenzbereiche ¹³ :
Politik und Wirtschaft	<p>Analysekompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> – die eigenen Deutungsmuster zu politischen, sozialen, rechtlichen, wirtschaftlichen Aspekten und Wertefragen wahrnehmen und darstellen, – in politischen Aussagen Beschreibungen von Sachverhalten von subjektiven Wertungen unterscheiden, – kontroverse Positionen zu einem aktuellen Konflikt aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Recht nach offenkundigen Werthaltungen, verfolgten Interessen der Beteiligten und möglichen Auswirkungen beschreiben und unterscheiden, – offenkundige Ursachen und Gründe für gesellschaftliche regionale und lebensweltlich verankerte Konflikte herausarbeiten und unterscheiden, – ausgehend von den Problemstellungen des Faches Politik und Wirtschaft Ansatzpunkte für fächerübergreifende Bezüge und vernetztes Denken nutzen. <p>Urteilskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> – politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme, Strukturen und Prozesse unter dem Aspekt der politischen Herrschaft vergleichend und begründend bewerten und in Ansätzen Schlussfolgerungen daraus ziehen, – zu einem aktuellen gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Konflikt aus verschiedenen Blickwinkeln Zusammenhänge, Argumente und Lösungsmöglichkeiten beurteilen und sich mit Unterstützung für eine Lösungsperspektive begründet entscheiden, – politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche Systeme, Strukturen und Prozesse unter dem Aspekt der politischen Herrschaft vergleichend und begründend bewerten und in Ansätzen Schlussfolgerungen daraus ziehen, – die Funktion, die Produkte und die Macht der Medien in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Ansätzen kritisch hinterfragen, einschätzen und bewerten, – Problem- und Konfliktlösungen auch aus einer fächerübergreifenden Perspektive überprüfen, bewerten und Schlussfolgerungen daraus ziehen. <p>Handlungskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> – demokratische Beteiligungsmöglichkeiten im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben reflektiert nutzen, – sich im Sinne der aktiven Bürgerrolle am schulöffentlichen Prozess der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung unter Wahrung demokratischer Grundprinzipien mit der notwendigen Konflikt- und Kompromissbereitschaft weitgehend selbstständig beteiligen, – undemokratisches Verhalten erkennen und Möglichkeiten der Abwehr verfassungsfeindlicher Positionen und von Fremdenfeindlichkeit in Diskussionen formulieren, sich mit Möglichkeiten des Engagements auseinandersetzen und ein historisches Beispiel hiermit in Verbindung bringen, – Möglichkeiten zur politischen Gestaltung und Einflussnahme unter Berücksichtigung zumindest einer Handlungsalternative im Sinne von Perspektivwechsel formulieren und vertreten, – sich in politischen Auseinandersetzungen reflektiert mit sozialer, geschlechtsspezifischer und kultureller Differenz auseinandersetzen und einen an den Menschen- und Grundrechten orientierten Standpunkt im Sinne von Zivilcourage auch gegen Widerstände einnehmen, – bei der Formulierung eines eigenen Standpunktes, zum Beispiel im Rahmen einer Diskussion in der Lerngruppe, auch fächerübergreifende Überlegungen zur Entwicklung eines politischen oder ökonomischen Lösungsvorschlags einbeziehen.

¹³ Die angeführten Kompetenzbereiche stellen einen Auszug dar und haben in der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) besondere Relevanz.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Hauptschule Kompetenzbereiche ¹⁴ :
Politik und Wirtschaft	Methodenkompetenz <ul style="list-style-type: none">– aus unterschiedlichen Medien mit Unterstützung politisch und ökonomisch relevante Informationen entnehmen, aufbereiten und selbstständig darstellen,– geeignete mediale Lernprodukte zur Analyse politischer und wirtschaftlicher Fragestellungen kriterienorientiert entwickeln, aufbereiten und im Rahmen von Präsentationen einsetzen,– Methoden anderer Fächer gewinnbringend für die Lösung gesellschaftspolitischer Problemstellungen mit Unterstützung einsetzen (Statistik, Experiment etc.).

¹⁴ Die angeführten Kompetenzbereiche stellen einen Auszug dar und haben in der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) besondere Relevanz.

Bildungsgang Realschule

	Rechtsextremismus der Gegenwart	Rechtsextremismus im Zusammenhang der NS-Geschichte
Unterrichtsfach	Inhaltsfelder ¹⁵:	Inhaltsfelder:
Geschichte	<p><u>Epochenbezug: Neueste Zeit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Versuche der Friedenssicherung und Neuordnung nach 1918 ⇒ Totalitäre Systeme / Nationalsozialismus ⇒ Shoa ⇒ Neuordnungen der Welt nach 1945 und 1989 (national und international) <p><u>Geschichtswissenschaftliche Dimensionen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Alltagskulturen - Herrschaft - Wirtschaft - Eigenes und Fremdes 	<p><u>Epochenbezug: Neuzeit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Renaissance, Humanismus, Reformation und Konfessionalisierung ⇒ Beziehungen und Konflikte Europas mit anderen Kulturzentren ⇒ Aufklärung und Streben nach Freiheit - Bürgerliche Revolutionen (Französische Revolution) ⇒ Industrielle Revolutionen und Soziale Frage ⇒ Kolonialismus / Imperialismus, Nationalstaaten / 1. Weltkrieg <p><u>Epochenbezug: Neueste Zeit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Versuche der Friedenssicherung und Neuordnung nach 1918 ⇒ Totalitäre Systeme / Nationalsozialismus ⇒ Shoa ⇒ Neuordnungen der Welt nach 1945 und 1989 (national und international) <p><u>Geschichtswissenschaftliche Dimensionen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Alltagskulturen - Herrschaft - Wirtschaft - Eigenes und Fremdes

¹⁵ In der Beschäftigung mit Fragen des Themenbereichs Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte werden die jeweiligen Inhaltsfelder konkretisiert.
Jede Angabe im Bereich der Inhaltsfelder steht stets in Bezug zu den Standards aus den vier Kompetenzbereichen.

Unterrichts- fach	Bildungsgang Realschule Kompetenzbereiche ¹⁶ :
Geschichte	<p>Wahrnehmungskompetenz für Kontinuität und Veränderung in der Zeit</p> <ul style="list-style-type: none">– eine sachgerechte Vermutung auf der Grundlage von Zeugnissen aus der Vergangenheit und Gegenwart sowie aus geschichtskulturellen Darstellungen formulieren,– selbst an Beispielen zielgerichtet Fragen an Menschen, Phänomene, Ereignisse, Artefakte aus der Vergangenheit stellen,– sich selbstständig die für eine Problemlösung erforderlichen Informationen beschaffen. <p>Analysekompetenz für Kontinuität und Veränderung in der Zeit</p> <ul style="list-style-type: none">– den Inhalt von Quellen und Darstellungen strukturiert mit eigenen Worten wiedergeben (Sachaussagen formulieren),– Veränderungen anhand von Zeugnissen aus Vergangenheit und Gegenwart beschreiben,– in historischen Quellen und Darstellungen zwischen Sachaussagen und subjektiven Wertungen unterscheiden,– historische Zeugnisse identifizieren, charakterisieren und die Absichten ihrer Autoren ermitteln (Augenzeuge / Zeitzeuge / Historiker / Journalist etc.). <p>Urteilskompetenz für Kontinuität und Veränderung in der Zeit</p> <ul style="list-style-type: none">– weitgehend selbstständig Eckpunkte von Entwicklungen kennzeichnen durch Ursprünge, Wendepunkte und Schlusspunkte,– die Unterscheidung von Anlass, Ursache und Folgen mit dem Ziel Zusammenhänge darstellen,– Motive und Begründungen der Handlungen einzelner Akteure und Gruppen in ihrem historischen Kontext erklären und in ihren Konsequenzen beurteilen,– mit Hilfe von Sachaussagen über historische Ereignisse und Zusammenhänge und ihre Auswirkungen auf die Gegenwart selbstständig begründete Sachurteile fällen. <p>Orientierungskompetenz für Zeiterfahrung</p> <ul style="list-style-type: none">– ihre eigenen Einstellungen, Vorurteile, Haltungen, Deutungsmuster und Wertmaßstäbe in den Geschichtsunterricht einbringen, kritisch hinterfragen und bewerten,– eigene, bzw. gegenwärtige und frühere Wertvorstellungen und Urteilsmaßstäbe kritisch aufeinander beziehen und gegenüberstellen,– an Beispielen die historische Bedingtheit ihrer Lebenswirklichkeit erläutern,– Zusammenhänge zwischen aktuellen politischen und wirtschaftlichen Konflikten zu historischen Ereignissen herstellen und die Handlungsoptionen der Akteure vergleichend bewerten.

¹⁶ Die angeführten Kompetenzbereiche stellen einen Auszug dar und haben in der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte besondere Relevanz.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Realschule Inhaltsfelder ¹⁷ :
Deutsch	<p>Lesarten und Rezeptionskonventionen Lesarten von Texten/Medien entstehen situativ und sind an Ziele, Erwartungen und Wissensbestände der Rezipientinnen und Rezipienten gebunden. Durch das Lesen von Kinder- und Jugendliteratur sowie altersangemessener tradierter Literatur werden Leseerfahrungen erworben und vernetztes Wissen über Werke, Autorinnen und Autoren, Figuren und Handlungen ausgebildet. Rezeptionskonventionen umfassen unter anderem die Produktions- und Rezeptionsbedingungen von Texten / Medien. Sie sind historischen, kulturellen, sozialen, regionalen und biografischen Einflüssen unterworfen. Speziell sind darunter Sprachkonventionen und literarische Konventionen zu verstehen. Literarische Konventionen berühren Fragen zu den Gattungsmerkmalen, der Ästhetik, der Mehrdeutigkeit bei der Sinnkonstruktion sowie zur Unterscheidung von Fiktionalität, Virtualität und Realität.</p>
	<p>Bildungsgang Realschule Kompetenzbereiche¹⁸:</p>
	<p>Lesen und Rezipieren – mit literarischen und nichtliterarischen Texten / Medien umgehen</p> <ul style="list-style-type: none"> – zentrale Aussagen eines Textes wiedergeben, – Aussagen mit Textstellen belegen, – sich mit anderen über lebendige Vorstellungen, eigene Gedanken und Deutungen zu Texten / Medien verständigen, – Empfindungen von Figuren / Personen in Texten / Medien reflektieren, – Figuren / Personen in Texten / Medien charakterisieren, – Verhalten und Handlungsmotive von Figuren / Personen in Texten / Medien beurteilen, – Konflikte und deren Ausgestaltung in literarischen Texten aufzeigen und in Bezug zu ihrer eigenen Lebenswelt setzen, – zwischen Wirklichkeit, fiktionalen Welten literarischer Texte und virtuellen Welten in Medien unterscheiden, – zu Aussagen eines Textes / Medienangebots unter Berücksichtigung gesellschaftlicher, historischer und kultureller Kontexte Stellung beziehen.

¹⁷ Die Auflistung im Folgenden bezieht sich auf authentische Quellen, literarische Schriften oder Lyrik, die personen- oder situationsbezogen mit der Thematik Nationalsozialismus / Rechtstextremismus in Beziehung gesetzt werden können (z.B. das Tagebuch der Anne Frank, Dietrich Bonhoeffer: Von guten Mächten).

¹⁸ Die angeführten Kompetenzbereiche stellen einen Auszug dar und haben in der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtstextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte besondere Relevanz.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Realschule Inhaltsfelder ¹⁹ :
Ethik	<p>Selbst und Welt Der Mensch ist ein fühlendes, denkendes und handelndes Wesen. Als solches hat der Mensch soziale, kulturelle und religiöse Wurzeln. Im Mittelpunkt dieses Inhaltsfeldes steht die Entwicklung des Ichbewusstseins. Diese vollzieht sich in der Reflexion inter- und transkultureller Zusammenhänge. Eine Auseinandersetzung mit diesen Aspekten geschieht auf der Grundlage unterschiedlicher Menschen- und Weltbilder.</p> <p>Gewissen und Verantwortung Das Gewissen ist als sittliches Bewusstsein von Gut und Böse, Recht und Unrecht der Kern ethischer Identität. Die Vernunftfähigkeit lässt den Menschen zum freien, moralisch verantwortlichen Wesen werden. Verantwortung hat ein Mensch für etwas, gegenüber jemandem und im Hinblick auf eine Instanz. Verantwortung schließt daher Aspekte der Moral, der Handlung und der Berücksichtigung der Handlungsfolgen ein: Ein Mensch handelt verantwortlich, wenn er unter der Berücksichtigung ethisch-moralischer Gesichtspunkte handelt und bereit ist, für die Folgen seines Handelns einzustehen. Im Mittelpunkt dieses Inhaltsfeldes stehen Kulturgebundenheit von Normen sowie Aspekte und Motive von Verantwortung.</p> <p>Recht und Gerechtigkeit Gerechtigkeit bezeichnet einen idealen Zustand des sozialen Miteinanders, in dem es einen angemessenen, unparteiischen und einforderbaren Ausgleich der Interessen und der Verteilung von Gütern und Chancen zwischen den beteiligten Personen oder Gruppen gibt. Recht besteht aus der Schnittmenge divergierender Gerechtigkeitsvorstellungen. Es ist ein System von Regeln mit allgemeinem Geltungsanspruch, das von gesetzgebenden Institutionen geschaffen und bei Bedarf von Organen der Rechtspflege durchgesetzt wird. Recht und Moral sind nicht identisch. Recht basiert auf Normen, Moral bezieht sich auf Werte. Im Mittelpunkt dieses Inhaltsfeldes stehen Arten der Gerechtigkeit, das kodifizierte Recht mit seinen Gerechtigkeitsvorstellungen im gesellschaftlichen Wandel. Eine Auseinandersetzung mit diesen Aspekten geschieht auf der Grundlage der Menschenrechte und Gerechtigkeitsgrundsätzen.</p> <p>Freiheit und Würde Würde ist der jedem Menschen eigene, nur durch sein Dasein gegebene Anspruch auf Achtung als Mensch. Würde kommt allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder anderer Merkmale wie Geschlecht, Alter oder Lebensumständen zu. Der Anspruch auf Achtung ist unantastbar. Freiheit drückt sich in der Fähigkeit aus, selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu handeln. Willens- und Handlungsfreiheit sind Voraussetzungen von Würde. Werden sie eingeschränkt, wird auch der Wert des Menschseins verletzt. Im Mittelpunkt dieses Inhaltsfeldes stehen Handlungs- und Willensfreiheit sowie Grenzen der Freiheit. Eine Auseinandersetzung mit diesen Aspekten geschieht auf der Grundlage persönlicher Erfahrungen, informierender Medien und philosophischer Ansätze.</p>

¹⁹ In der Beschäftigung mit Fragen des Themenbereichs Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) werden die jeweiligen Inhaltsfelder konkretisiert. Die Inhaltsfelder stehen stets in Bezug zu den Standards aus den fünf Kompetenzbereichen.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Realschule Inhaltsfelder ²⁰ :
Ethik	<p>Religionen, Weltbilder und Kulturen Religiosität, Weltanschauung und kulturelle Zugehörigkeit sind Ausdruck des menschlichen Selbst- und Weltverständnisses. Sie sind sinngebend und handlungsleitend und beeinflussen individuelle und gesellschaftliche Wertvorstellungen. Im Mittelpunkt dieses Inhaltsfeldes stehen die bewusste Auseinandersetzung mit divergierenden Wertvorstellungen, Glaubensüberzeugungen und kulturell bestimmten Lebens- und Denkweisen, Welt und Menschenbildern sowie der interkulturelle und interreligiöse Dialog. Eine Auseinandersetzung mit diesen Aspekten geschieht auf der Grundlage persönlicher Erfahrungen und Begegnungen sowie informierender Medien.</p> <p>Wahrheit und Wirklichkeit Wahrnehmung ist begrenzt, subjektiv und kulturell geprägt. Sie entsteht in einem aktiven Selektions- und Konstruktionsprozess. Im Mittelpunkt des Inhaltsfeldes stehen Pluralität und Perspektivität von Wahrnehmung, mediale Wahrnehmung, unterschiedliche Wege zur Wahrheitsfindung und die gesellschaftliche Relevanz des Wahrheitsgebots. Eine Auseinandersetzung mit diesen Aspekten geschieht auf der Grundlage persönlicher Erfahrungen, unterschiedlicher medialer Zugänge sowie erkenntnistheoretischer Ansätze.</p>
	<p>Bildungsgang Realschule Kompetenzbereiche²¹:</p>
	<p>Wahrnehmen und Deuten</p> <ul style="list-style-type: none"> – ihre persönliche Wahrnehmung theoriegeleitet beschreiben und hinterfragen, – die Situation und das Erleben anderer im gesellschaftlichen Rahmen nachvollziehen und beschreiben, – kulturelle Unterschiede und differierende Wertvorstellungen wahrnehmen, vergleichend beschreiben und einordnen, – Grunderfahrungen menschlichen Lebens beschreiben und deuten, – Handlungen, Entscheidungen und Motive anderer Personen einordnen und bewerten, – die Folgen eigenen und fremden Handelns für sich und andere beschreiben und bewerten. <p>Analysieren und Reflektieren</p> <ul style="list-style-type: none"> – ethisch relevante Fragestellungen in ihrer Bedeutung für den Einzelnen und die Gemeinschaft reflektieren, – ethische Fragestellungen fachübergreifend bearbeiten und reflektieren.

²⁰ In der Beschäftigung mit Fragen des Themenbereichs Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) werden die jeweiligen Inhaltsfelder konkretisiert. Die Inhaltsfelder stehen stets in Bezug zu den Standards aus den fünf Kompetenzbereichen.

²¹ Die angeführten Kompetenzbereiche stellen einen Auszug dar und haben in der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) besondere Relevanz.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Realschule Kompetenzbereiche ²² :
Ethik	<p>Argumentieren und Urteilen</p> <ul style="list-style-type: none">– lösungsorientierte Urteile zu ethischen Konflikten des Alltags entwickeln,– moralische Wertvorstellungen in ihren historischen, kulturellen und religiösen Zusammenhängen beschreiben und einordnen,– ethische Argumentationen nachvollziehen und bewerten,– unter Bezug auf erworbenes Fachwissen eigene und fremde Positionen überprüfen und beurteilen. <p>Interagieren und Sich-Mitteilen</p> <ul style="list-style-type: none">– Voraussetzungen für ein gelingendes Miteinander anerkennen und schaffen,– Achtung und kritische Toleranz gegenüber Andersdenkenden entwickeln und praktizieren,– vernunftgeleitete Auseinandersetzungen führen und Konflikte verantwortungsvoll lösen,– Lösungsmodelle für Konfliktsituationen entwickeln. <p>Sich-Orientieren und Handeln</p> <ul style="list-style-type: none">– Verantwortung in persönlichen und gesellschaftlichen Entscheidungs- und Handlungssituationen erkennen und argumentativ darlegen,– die Konsequenzen eigenen Handelns und Unterlassens beschreiben und bewerten,– Entscheidungsspielräume für eigenes Handeln reflektieren und im schulischen Umfeld erproben,– sich innerhalb der Pluralität von Kulturen, Weltbildern und Religionen begründet verorten.

²² Die angeführten Kompetenzbereiche stellen einen Auszug dar und haben in der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) besondere Relevanz.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Realschule Inhaltsfelder ²³ :
Katholische Religion	<p>Religionen</p> <p>In diesem Inhaltsfeld stehen Begegnung und Auseinandersetzung mit den monotheistischen Religionen im Mittelpunkt. Der Glaube an den einen Gott eint Judentum, Christentum und Islam. In ihrem Offenbarungsverständnis unterscheiden sie sich (Tora, Jesus Christus, Koran). Das Christentum hat seine Wurzeln im Judentum und teilt mit dieser Geschwisterreligion die Bücher des Ersten Bundes. Die Wegweisung durch die Tora und die Mittlergestalt des Mose prägen das Judentum. Jüdische Feste und Feiertage und die Versammlung in der Synagoge bringen dies zum Ausdruck. [...] Die Kirche sucht den Dialog mit anderen Religionen. Sie setzt sich engagiert gegen Antijudaismus und Antisemitismus ein.</p> <p>Darüber hinaus stehen die Begegnung und das Kennenlernen der Erscheinungsformen von Judentum und Islam im Mittelpunkt. Judentum erschließt sich in Festen wie Schabbat, Pessach (Seder), in der Bedeutung von Tora und Synagoge. [...] An der Gestalt Abrahams zeigen sich Verbundenheit und Verschiedenheit der drei monotheistischen Religionen.</p> <p>Ein weiteres Inhaltsfeld befasst sich mit Gemeinsamkeiten und Unterschieden im Glaubensvollzug und in der Lebenspraxis im Judentum, Christentum und Islam. Die Tora als Buch der Weisung ist Ausdruck der Beziehung zwischen Gott und Mensch; sie ist Grundlage jüdischen Lebens (Bar bzw. Bat mizwa).</p>

²³ In der Beschäftigung mit Fragen des Themenbereichs Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) werden die jeweiligen Inhaltsfelder konkretisiert. Jede Angabe im Bereich der Inhaltsfelder steht stets in Bezug zu den Standards aus den fünf Kompetenzbereichen.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Realschule Kompetenzbereiche ²⁴ :
Katholische Religion	<p>Wahrnehmungskompetenz: Vielfalt religiöser Phänomene in ihrer Differenz wahrnehmen und beschreiben</p> <ul style="list-style-type: none"> – Verhaltensweisen religiöser Praxis einordnen. <p>Deutungskompetenz: Religiöse Sprache und Zeugnisse verstehen und deuten</p> <ul style="list-style-type: none"> – religiöse Sprachformen, Symbolsprache, religiösästhetische Ausdrucksformen und biblische Textformen differenzieren und interpretieren. <p>Urteilkompetenz: In religiösen und sittlichen Fragen Vernunft geleitet urteilen</p> <ul style="list-style-type: none"> – zu Fragen in Bezug auf Religion, Glaube und Moral sachbezogen Stellung nehmen und die eigene Position prüfen. <p>Kommunikationskompetenz: Am religiösen Dialog argumentierend teilnehmen</p> <ul style="list-style-type: none"> – sich mit anderen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede von religiösen Überzeugungen begründet und respektvoll auseinandersetzen, – religiöse Vorurteile analysieren, begründet beurteilen und mit anderen erörtern. <p>Partizipationskompetenz: An religiösen und ethisch motivierten Handlungen teilhaben</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ausdrucksformen gelebten Glaubens reflektierend nachvollziehen, – nach ethischen Kriterien Handlungsoptionen, die die Perspektiven anderer berücksichtigen, entfalten.

²⁴ Die angeführten Kompetenzbereiche stellen einen Auszug dar und haben in der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) besondere Relevanz.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Realschule Inhaltsfelder ²⁵ :
Evangelische Religion	<p>Ethik [...] Konfliktsituationen im gesellschaftlichen Kontext und im individuellen Erfahrungsbereich werfen ethische Fragen auf. Dabei sind die Bedeutung des Gewissens und der Umgang mit Schuld wichtige Aspekte. [...] Die Frage nach Frieden und Gerechtigkeit fordert zur Stellungnahme heraus. Beispiele modellhafter Lebensgestaltung geben Orientierung.</p> <p>Religionen Menschen begegnen unterschiedlichen Ausdrucks- und Lebensformen von Religionen und religiösen Gemeinschaften. Zentral ist die Frage nach Funktion und kultureller Prägekraft von Religion(en) für Individuen und Gesellschaften. Das Miteinander der Religionen – insbesondere die Verhältnisse von Judentum und Christentum, von Judentum und Islam sowie von Islam und Christentum – sind Kernpunkte im interreligiösen Dialog.</p>
	<p>Bildungsgang Realschule Kompetenzbereiche²⁶:</p>
	<p>Wahrnehmen und beschreiben</p> <ul style="list-style-type: none"> – religiöse Motive in Gesellschaft und Kultur entdecken und beschreiben, – Ausdrucks- und Handlungsformen als religiös identifizieren und beschreiben. <p>Deuten und verstehen</p> <ul style="list-style-type: none"> – religiöse Sprach- und Ausdrucksformen bestimmen und ihre Funktion und Bedeutung erklären. <p>Fragen und begründen</p> <ul style="list-style-type: none"> – eigene Überlegungen zu religiösen Fragen formulieren und differenziert begründen. <p>Kommunizieren und bewerten</p> <ul style="list-style-type: none"> – anderen Positionen aufgeschlossen und respektvoll begegnen, – die Relevanz des Gesprächsgegenstandes für die Dialogpartner einschätzen und berücksichtigen, – Positionen bewerten und aus dem Dialog Schlussfolgerungen für die eigene Auffassung ziehen. <p>Ausdrücken und gestalten</p> <ul style="list-style-type: none"> – religiöse Sprach- und Ausdrucksformen anwenden und reflektieren. <p>Entscheiden und teilhaben</p> <ul style="list-style-type: none"> – Formen einer religiös motivierten Lebensgestaltung durchdenken und eigene Entscheidungen treffen.

²⁵ In der Beschäftigung mit Fragen des Themenbereichs Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) werden die jeweiligen Inhaltsfelder konkretisiert.

Jede Angabe im Bereich der Inhaltsfelder steht stets in Bezug zu den Standards aus den fünf Kompetenzbereichen.

²⁶ Die angeführten Kompetenzbereiche stellen einen Auszug dar und haben in der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) besondere Relevanz.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Realschule Inhaltsfelder ²⁷ :
Politik und Wirtschaft	<p>Demokratie Im Mittelpunkt des Inhaltsfeldes stehen das politische System der Bundesrepublik Deutschland und seine Grundrechtsbindung als Grundlage des demokratischen Verfassungsstaates. Heutige Demokratien definieren sich in Abgrenzung zu anderen Systemen im Rahmen des parlamentarisch-repräsentativen Systems durch die Aspekte der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere der Grundrechte, der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität, des Pluralismus und der Parteiendemokratie sowie Elementen gesellschaftspolitischer Partizipation. [...] Der grundgesetzlich verankerte Auftrag zum Sozialstaat ist in der Bundesrepublik Deutschland die Basis gesellschaftlich organisierter sozialer Gerechtigkeit. [...] Die kritische Untersuchung von demokratiefeindlichen Verhaltensweisen im lebensweltlichen Nahbereich und in überregionalen Zusammenhängen ist ein weiterer zentraler Bestandteil dieses Inhaltsfeldes.</p> <p>Individuum und Gesellschaft Im Mittelpunkt des Inhaltsfeldes steht die Situation von Einzelpersonen und Gruppen in der Gesellschaft unter den Aspekten Sozialisation, Individuation und Enkulturation. [...] Probleme der Sozialstruktur, der Genderproblematik, des sozialen Wandels und Möglichkeiten und Grenzen politischer Gestaltung, gesellschaftlicher Entwicklungen, interkultureller Differenz und die Frage nach Grenzen der Toleranz gegenüber freiheits- und demokratiefeindlichen Gruppen und Milieus bilden wesentliche Schwerpunkte dieses Inhaltsfeldes.</p> <p>Recht und Rechtsprechung Im Mittelpunkt des Inhaltsfeldes stehen Rechtssysteme und rechtliche Strukturen mit zugeordneten Prozessen unter Berücksichtigung grundgesetzlich verankerter Menschenrechte und internationaler Bezüge. Recht und Politik bedingen einander wechselseitig. [...] Politische Bildung befasst sich hierbei insbesondere mit dem Spannungsverhältnis zwischen der Freiheit, die das Recht dem Individuum ermöglicht, und seiner Schutz- und Ordnungsfunktion, die in Demokratien die Freiheit aller sichern soll. [...]</p>

²⁷ In der Beschäftigung mit Fragen des Themenbereichs Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) werden die jeweiligen Inhaltsfelder konkretisiert.
 Jede Angabe im Bereich der Inhaltsfelder steht stets in Bezug zu den Standards aus den vier Kompetenzbereichen.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Realschule Kompetenzbereiche ²⁸ :
Politik und Wirtschaft	<p>Analysekompetenz</p> <ul style="list-style-type: none">– die eigenen Deutungsmuster zu politischen, sozialen, rechtlichen, wirtschaftlichen Aspekten und Wertefragen wahrnehmen und darstellen,– in politischen Aussagen Beschreibungen von Sachverhalten von subjektiven Wertungen unterscheiden,– kontroverse Positionen zu einem aktuellen Konflikt aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Recht nach offenkundigen Werthaltungen, verfolgten Interessen der Beteiligten und möglichen Auswirkungen beschreiben und unterscheiden,– offenkundige Ursachen und Gründe für gesellschaftliche regionale und lebensweltlich verankerte Konflikte herausarbeiten und unterscheiden,– ausgehend von den Problemstellungen des Faches Politik und Wirtschaft Ansatzpunkte für fächerübergreifende Bezüge und vernetztes Denken nutzen. <p>Urteilskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none">– politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme, Strukturen und Prozesse unter dem Aspekt der politischen Herrschaft vergleichend und begründend bewerten und Schlussfolgerungen daraus ziehen,– zu einem aktuellen gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Konflikt aus verschiedenen Blickwinkeln Zusammenhänge, Argumente und Lösungsmöglichkeiten beurteilen und sich für eine Lösungsperspektive begründet entscheiden,– politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche Systeme, Strukturen und Prozesse unter dem Aspekt der politischen Herrschaft vergleichend und begründend bewerten und daraus ziehen,– die Funktion, die Produkte und die Macht der Medien in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kritisch hinterfragen, einschätzen und bewerten,– Problem- und Konfliktlösungen auch aus einer fächerübergreifenden Perspektive überprüfen, bewerten und Schlussfolgerungen daraus ziehen.–

²⁸ Die angeführten Kompetenzbereiche stellen einen Auszug dar und haben in der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) besondere Relevanz.

Unterrichtsfach	Bildungsgang Realschule Kompetenzbereiche ²⁹ :
Politik und Wirtschaft	<p>Handlungskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> – demokratische Beteiligungsmöglichkeiten im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben reflektiert nutzen, – sich im Sinne der aktiven Bürgerrolle am schulöffentlichen Prozess der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung unter Wahrung demokratischer Grundprinzipien mit der notwendigen Konflikt- und Kompromissbereitschaft weitgehend selbstständig beteiligen, – eigene Positionen zu politischen und wirtschaftlichen Lösungsmöglichkeiten formulieren und vor anderen begründend vertreten, – undemokratisches Verhalten erkennen und Möglichkeiten der Abwehr verfassungsfeindlicher Positionen und von Fremdenfeindlichkeit in Diskussionen formulieren, sich mit Möglichkeiten des Engagements auseinandersetzen und ein historisches Beispiel hiermit in Verbindung bringen, – in Arbeitsgruppen, deren Mitglieder verschiedene Positionen vertreten, mitarbeiten und hierbei den Gruppenprozess so gestalten, dass die unterschiedlichen Meinungen in der Gruppenarbeit berücksichtigt werden, – Möglichkeiten zur politischen Gestaltung und Einflussnahme unter Berücksichtigung verschiedener Handlungsalternativen im Sinne von Perspektivwechsel formulieren und vertreten, – sich in politischen Auseinandersetzungen reflektiert mit sozialer, geschlechtsspezifischer und kultureller Differenz auseinandersetzen und einen an den Menschen- und Grundrechten orientierten Standpunkt im Sinne von Zivilcourage auch gegen Widerstände einnehmen, – Handlungsmöglichkeiten im Rahmen organisierter Interessenwahrnehmung durch Mitarbeit in Verbänden und Organisationen erkunden und simulativ erproben, – bei der Formulierung eines eigenen Standpunktes, zum Beispiel im Rahmen einer Diskussion in der Lerngruppe, auch fächerübergreifende Überlegungen zur Entwicklung eines politischen oder ökonomischen Lösungsvorschlags einbeziehen. <p>Methodenkompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> – aus unterschiedlichen Medien weitgehend selbstständig politisch und ökonomisch relevante Informationen entnehmen, aufbereiten und selbstständig darstellen, – elementare Formen empirischer Forschungsmethoden weitgehend selbstständig durchführen, die Ergebnisse auswerten und in geeigneter Form darstellen und präsentieren, – die Arbeitsvorhaben in einer Lerngruppe unter dem Aspekt des methodischen Vorgehens entwickeln, anwenden und nach vorgegebenen Kriterien reflektieren, – geeignete mediale Lernprodukte zur Analyse politischer und wirtschaftlicher Fragestellungen kriterienorientiert entwickeln, aufbereiten und im Rahmen von Präsentationen einsetzen, – Methoden anderer Fächer gewinnbringend für die Lösung gesellschaftspolitischer Problemstellungen weitgehend selbstständig einsetzen (Statistik, Experiment etc.).

²⁹ Die angeführten Kompetenzbereiche stellen einen Auszug dar und haben in der Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte (→ Nationalsozialismus, Antisemitismus) besondere Relevanz.

Gymnasialer Bildungsgang

Eine intensive Auseinandersetzung mit den benannten Themen erfolgt im Unterrichtsfach Geschichte. Darüber hinaus bieten auch verbindliche Unterrichtsgrundlagen in anderen Unterrichtsfächern die Möglichkeit bzw. sind darauf ausgerichtet, im Sinne des in § 2 HSchG formulierten Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule, welcher der Werteordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen verpflichtet ist, eine Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte zu gewährleisten. In Fächern, in denen die Stichworte nicht explizit benannt sind, werden durch das Herstellen von Bezügen vielfältige Möglichkeiten einer spezifischen Kontextualisierung eröffnet. Neben dem Unterrichtsfach Geschichte ist vor allem das Fach Politik und Wirtschaft von zentraler Bedeutung, da die Schülerinnen und Schüler hier Analyse- und Urteilskompetenz hinsichtlich politischer Systeme und Herrschaftsstrukturen ausbilden. Auch das Fach Deutsch bietet vielfältige Ansatzmöglichkeiten, vor allem durch das Medium der Literatur. Darüber hinaus sind die Unterrichtsfächer der verschiedenen Religionen sowie das Unterrichtsfach Ethik aufgrund ihres Selbstverständnisses prädestiniert für eine Auseinandersetzung mit der Thematik. Thematische Anknüpfungspunkte bieten außerdem die Unterrichtsfächer Rechtskunde und Philosophie.

Die verbindliche curriculare Grundlage für den Unterricht in der Sekundarstufe I (die „Bildungsstandards und Inhaltsfelder“ bzw. das sogenannte Kerncurriculum) sowie die Lehrpläne für die Sekundarstufe II enthalten folgende verbindliche Hinweise.

1. Unterrichtsfach Geschichte

Kompetenzorientierung und Beitrag des Faches zur Bildung
Eine demokratische Gesellschaft braucht mündige, informierte und politisch handlungsfähige Bürger. Wie Menschen Gegenwart und Zukunft gestalten, hängt wesentlich davon ab, wie entwickelt ihr Bewusstsein von der Geschichtlichkeit menschlichen Handelns ist. Geschichtsbewusstsein besteht darin, die geschichtlichen Voraussetzungen und die Entwicklungsperspektiven der gegenwärtigen Gesellschaft zu erkennen. Dann kann ein Zusammenhang zwischen Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektiven hergestellt werden. Das Fach Geschichte leistet einen Beitrag dazu, im Sinne einer historischen, politischen und kulturellen Bildung Geschichtsbewusstsein zu entwickeln. Die Entwicklung des Geschichtsbewusstseins beinhaltet ebenfalls eine Orientierung an den Grundrechten (GG) und der Hessischen Verfassung.
Basisnarrativ
Im Unterrichtsfach Geschichte ist eine Verknüpfung der fünf geschichtswissenschaftlichen Dimensionen „Alltagskulturen“, „Herrschaft“, „Wirtschaft“, „Eigenes und Fremdes“ sowie „Bewältigung und Nutzung von Räumen“ sowie der weiteren Dimensionen „Gesellschaft“, „Geschlecht“, „Religion“, „Kultur“ und „Ideologie“ mit dem „Epochenbezug Neueste Zeit“ (Basisnarrativ) vorgesehen: Diesem sind die Stichworte: „Versuche der Friedenssicherung und Neuordnung nach 1918“ sowie „Totalitäre Systeme/Nationalsozialismus“, „Shoa“ und „Neuordnungen der Welt nach 1945 und 1989 (national und international)“ zugeordnet.
Kursthema der Qualifikationsphase 2: Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur – Weimarer Republik und Nationalsozialismus
Das Hauptanliegen dieses Unterrichts besteht darin, die Schülerinnen und Schüler dazu zu motivieren, in einen Prozess der reflexiven Auseinandersetzung mit der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland einzutreten, in dessen Verlauf ihnen bewusst wird, dass es hier, über die reine Kenntnisnahme der Fakten hinaus, um die Frage von individueller Schuld und historischer Verantwortung geht, der sich auch ihre Generation zu stellen hat. Zentrales Unterrichtsziel ist nicht nur ein auf ein hinreichendes Fundament an Kenntnissen gegründetes historisches Urteilsvermögen, sondern darüber hinaus das Wissen um die besondere

Verantwortung, die in diesem Fall die eigene Geschichte jedem Deutschen auferlegt. Die Einbeziehung der rezeptionsgeschichtlichen Dimension des Unterrichtsgegenstandes, das Eingehen auf die Frage also, wie die nationalsozialistische Diktatur als Bestandteil deutscher Geschichte interpretiert und in der öffentlichen Diskussion reflektiert wurde, ist für die deutsche Nachkriegsgeschichte von besonderer Bedeutung und findet in verbindlicher Weise im Kurshalbjahr Q3 statt. Die verbindlichen Unterrichtsinhalte werden folgendermaßen konkretisiert:

- Weimarer Demokratie versus nationalsozialistischer Führerstaat
- Modernisierung des Kapitalismus versus Wirtschafts- und Sozialpolitik des Nationalsozialismus
- Außenpolitik der Weimarer Republik versus nationalsozialistische Außenpolitik und Zweiter Weltkrieg
- Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden
- Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus
- Der europäische Faschismus (fakultativ)
- Die Weimarer Republik und das Dritte Reich im Urteil der Zeitgenossen und der Geschichtswissenschaft (fakultativ)
- Der Zweite Weltkrieg (fakultativ)

Kursthema der Qualifikationsphase 3: Konflikt und Kooperation in der Welt nach 1945

Anknüpfend an das vorangegangene Kurshalbjahr besteht das Ziel darin, den Schülerinnen und Schülern deutlich zu machen, dass die Geschichte Deutschlands und Europas nach 1945 wesentlich als Folge des vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten Zweiten Weltkriegs zu begreifen ist.

Abschlussprofil am Ende der Qualifikationsphase

Grundkurs

- Wissen um die innen- und außenpolitische Entwicklung der Weimarer Republik, die Gründe ihres Scheiterns und ihre historische Bedeutung im Rahmen der demokratischen Tradition der Bundesrepublik
- Wissen um die konstitutiven Merkmale der NS-Diktatur
- Wissen um die besondere Verantwortung der Deutschen angesichts des nationalsozialistischen Völkermords und die Fähigkeit, zu diesem Sachverhalt eine reflektierte Haltung einzunehmen
- Im Einzelnen sollen Kenntnisse vorhanden sein über: die Entstehungsbedingungen der Weimarer Republik und die Ursachen ihres Scheiterns, die Grundstruktur der Weimarer Verfassung, die zentralen Thesen der NS-Ideologie, den Aufbau und die Herrschaftsmethoden des Führerstaates, die Aggressivität der NS-Außenpolitik und die Folgen der Expansion des Dritten Reiches, die Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung der Juden und anderer

Leistungskurs

- Wissen um die einzelnen Phasen und verschiedenen Formen der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in der deutschen Nachkriegsgeschichte
- Fähigkeit, dem Dritten Reich einen definierten und sachlich fundierten Ort im Geschichtsbewusstsein der Deutschen zuzuweisen
- Im Einzelnen sollen Kenntnisse vorhanden sein über den italienischen Faschismus, den Umgang und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Rechtsprechung, der Publizistik und der Literatur und in Deutschland von der Besatzungszeit an; den Historikerstreit.

angeblich „rassisch minderwertiger“ Menschen, die Formen des Widerstandes gegen die NS-Diktatur, die Verhältnisse in Deutschland am Ende des Zweiten Weltkriegs; Flucht, Vertreibung und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen.	
Anhang	
<ul style="list-style-type: none">➤ Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus➤ Schülerprojekte zum Thema Nationalsozialismus	

2. Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft

Kompetenzorientierung und Beitrag des Faches zur Bildung
Das Fach Politik und Wirtschaft fördert auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie der Hessischen Verfassung jene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften, die es den Lernenden ermöglichen, als mündige Person, d. h. autonom und verantwortungsvoll, an der demokratischen Öffentlichkeit und dem Wirtschaftsleben teilzunehmen und sich an der Diskussion und Lösung grundlegender Fragen und Probleme aus Politik, Gesellschaft, Recht und Wirtschaft zu beteiligen. Demokratie verlangt die mündige Bürgerin bzw. den mündigen Bürger, der seine Rechte kennt, einfordert, vertritt und diese auch verteidigt und selbstverantwortlich umsetzt. Die eigenständige, sozial orientierte und verantwortungsvolle Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern ist eine zentrale Grundlage, um eine demokratische politische Kultur bzw. ein demokratisches System und eine auf freiheitlichen und sozialen Prinzipien beruhende Wirtschaftsordnung zu bewahren und weiterzuentwickeln.
Inhaltsfelder
Mit Hilfe der Basiskonzepte „Systeme und Strukturen“, „Prozesse und Handlungen“ sowie „Akteure“ werden die Inhaltsfelder erschlossen. Neben den Inhaltsfeldern „Wirtschaft“, „Individuum und Gesellschaft“, „Gesellschaft und Natur“, „Recht und Rechtsprechung“, „Internationale Beziehungen und Globalisierung“ ist in diesem Kontext das Inhaltsfeld „Demokratie“ von besonderer Bedeutung.
Kursthema der Qualifikationsphase 1: Politische Strukturen und Prozesse
Für die politische Bildung bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die Einsicht, dass den Grund- und Menschenrechten des Einzelnen die Grundrechte anderer oder auch die Überlebensfähigkeit und Sicherheit des Ganzen („wehrhafte Demokratie“) entgegenstehen können, also eine Abwägung von Grundrechten stattfinden muss. Die so verstandenen Grund- und Menschenrechte beziehen die Verantwortung des Einzelnen für das Ganze und die Toleranz gegenüber den Rechten anderer mit ein. Die Wertschätzung demokratischer Entscheidungsstrukturen ist für ein demokratisches System unabdingbar. Für den Unterricht ergibt sich daraus die Aufgabe, die kritische Betrachtung politischer Entscheidungsprozesse um das Verständnis für funktionale Willensbildungsprozesse zu ergänzen.

3. Unterrichtsfach Deutsch

Kompetenzorientierung und Beitrag des Faches zur Bildung
Indem sich die Kinder und Jugendlichen mit Literatur in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen und historischen Kontext beschäftigen, können sie Einblicke in für sie vertraute oder fremde Sachverhalte und in die Gedanken, Gefühle und Erlebnisse anderer gewinnen. Anknüpfend an die eigenen Fragestellungen, Erfahrungen und Empfindungen kann Literatur den Lernenden somit Zugänge zu neuen Weltansichten eröffnen und/oder die Kinder und Jugendlichen in ihren persönlichen Gefühlen, Sicht- und Denkweisen bestärken.
Kursthema der Qualifikationsphase 3: Weltentwürfe
<ul style="list-style-type: none">➤ Frieden und Krieg: Friedenskonzepte, Kriegsursachen, Kriegsdarstellungen, Auswirkungen und Folgen, Antikriegslyrik➤ Naturwissenschaftlich-technische Entwürfe: Humanisierung – Enthumanisierung

4. Unterrichtsfach Evangelische Religion

Kompetenzorientierung und Beitrag des Faches zur Bildung
Das Fach Evangelische Religion fördert die Fähigkeit zu Empathie und zu verantwortlichem Handeln im Rahmen einer demokratischen Teilhabe.
Kursthema der Qualifikationsphase 2: Als Mensch handeln
<ul style="list-style-type: none">➤ Eine ethische Fragestellung in ihrer aktuellen und historischen Dimension: Euthanasie, Herrschaft, Gewalt [...]➤ Evangelisch-katholisches Projekt: Christsein im Nationalsozialismus (fak.)
Kursthema der Qualifikationsphase 4: Als Christ leben
<ul style="list-style-type: none">➤ Christsein und Kirche im Wandel der Zeiten: Kirche und Staat (Nationalismus, Nationalsozialismus, Kommunismus, Demokratie, Fundamentalismus)➤ Christsein und Engagement

5. Unterrichtsfach Katholische Religion

Kompetenzorientierung und Beitrag des Faches zur Bildung
Die Lernenden entwickeln die Fähigkeit, <ul style="list-style-type: none">➤ sich gegenüber Entscheidungen anderer verständnisvoll und tolerant zu verhalten,➤ an religiösem Leben teilzuhaben und verantwortlich in Kirche und Gesellschaft zu handeln. Prägend für die Kompetenzentwicklung im Fach Katholische Religion sind neben evaluierbaren Kenntnissen und Fähigkeiten besondere Haltungen: Wachheit für letzte Fragen, Lebensfreude, Dankbarkeit für das eigene Leben und die ganze Schöpfung, Sensibilität für das Leiden anderer, Hoffnung auf Versöhnung über den Tod hinaus, Wertschätzung des christlichen Glaubens.
Kursthema der Qualifikationsphase 2: Kirche Christi und Weltverantwortung
<ul style="list-style-type: none">➤ Kirche und ethische Fragen➤ Evangelisch-katholisches Projekt: Christsein im Nationalsozialismus (fak.)

6. Unterrichtsfach Ethik

Kompetenzorientierung und Beitrag des Faches zur Bildung

Im Fach Ethik wird den Lernenden das Verständnis für Wertvorstellungen und ethische Grundsätze vermittelt und ein Zugang zu ethischen, philosophischen und religionskundlichen Fragen eröffnet. Die Erklärung der Menschenrechte, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Hessische Verfassung, d. h. die zivile Ordnung unseres Zusammenlebens, stellen dafür - im Sinne eines Minimalkonsenses - Rahmen und Maßstab dar. Der Ethikunterricht achtet die Pluralität der Bekenntnisse und der Weltanschauungen. Er thematisiert die Normgebundenheit menschlichen Handelns im Kontext der Geschichte, der religiösen und kulturellen Traditionen, der Sozialisation und der persönlichen Erfahrungen des Individuums.

Kursthema der Qualifikationsphase 2: Vernunft und Gewissen: Normsetzende Begründungen verantwortlichen Handelns

- Das Gewissen in der Lebenswirklichkeit der Menschen

Kursthema der Qualifikationsphase 3: Recht und Gerechtigkeit in Gesellschaft, Staat und Staatengemeinschaft: Gerechtigkeitsbezogene Begründungen verantwortlichen Handelns

Gegenstand des Themas ist die ethische Basis des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit sowie des vielfach gegebenen Spannungsverhältnisses zwischen Recht und Moral (Moralität).

7. Unterrichtsfach Rechtskunde

Kursthema der Einführungsphase: Bürger und Staat: Grundrechte, Strafrecht, Justiz

Grundrechte als subjektive öffentliche Rechte begründen einerseits Abwehr und Freiheitsrechte gegen den Staat und sind als solche historisch entstanden.

- Fachübergreifende und fächerverbindende Aspekte: Der Verlust der Rechtsstaatlichkeit und die Missachtung von Menschenrechten, z. B. im Nationalsozialismus

8. Unterrichtsfach Philosophie

Kursthema der Qualifikationsphase 1: Staats-, Gesellschafts- und Geschichtsphilosophie

Insbesondere sollen Grundlagen und Funktionen von Herrschaft deutlich werden sowie die Interdependenzen zwischen Herrschaftsform, Herrschaftslegitimation, Zweck der Herrschaft und Widerstandsrecht.

- Anregungen zum fachübergreifenden und fächerverbindenden Arbeiten (Neue Sprachen): Kritik an Kommunismus und Nationalsozialismus, Rassismus, Widerstand gegen die Diktatur, Freiheit des Einzelnen und in der Gesellschaft

Berufsschulen (Duale Berufsausbildung)

Die Behandlung von Fragen des Rechtsextremismus geschieht in der Berufsschule im Wesentlichen im Fach Politik und Wirtschaft sowie im Religions- bzw. Ethikunterricht.

Förderschulen

Im Lehrplan "Gesellschaftslehre" für die Schule mit Förderschwerpunkt Lernen vom 01. Februar 2009 sind die Fragen von Gewalt, Unterwerfung und Vernichtung im NS-Staat sowie die Frage der Widerstandsbewegung in der Hauptstufe 9 vorgesehen. Im Abschnitt "Missbrauch von Macht - Nationalsozialismus" finden sich Unterrichtsinhalte/Aufgaben zu Antisemitismus, Verletzung der Menschenrechte; Völkermord an europäischen Juden und anderen ethnischen, religiösen Bevölkerungsgruppen sowie rechtsextremistische Bestrebungen heute. Entsprechende Verknüpfungen lassen sich zudem mit dem Lehrplan für katholische und evangelische Religion sowie für Ethik herstellen (Würde des Menschen, Krieg und Frieden, als Christ leben, verantwortungsvolles Handeln und Verantwortung übernehmen, Umgang mit Gewalt, Friedenserziehung).

Die Schulen mit dem Förderschwerpunkt Sprachheilverfahren, dem Förderschwerpunkt Sehen, dem Förderschwerpunkt Hören, dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung, dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung sowie dem Förderschwerpunkt kranke Schülerinnen und Schüler orientierten sich an den Lehrplänen der allgemeinen Schulen in den entsprechenden Bildungsgängen.